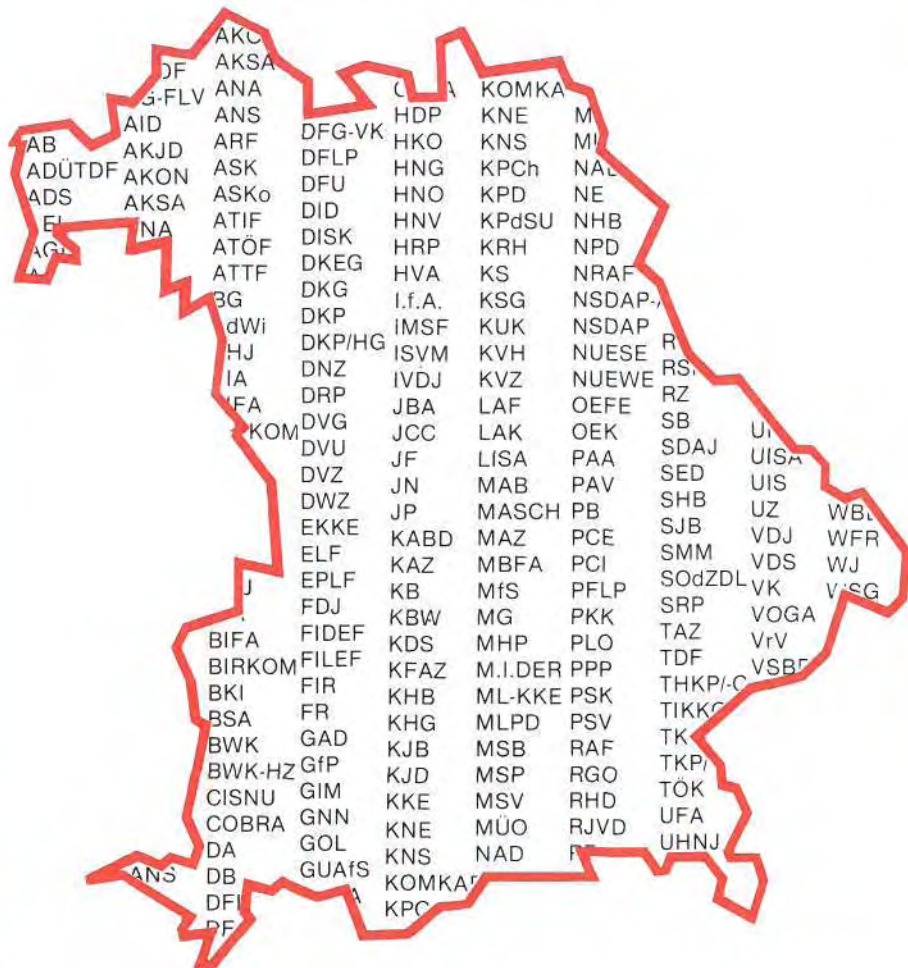


# Verfassungsschutzbericht

## Bayern 1982



Bayerisches Staatsministerium des Innern



# Verfassungsschutzbericht

---

Bayern

1982

Herausgeber:

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Odeonsplatz 3, 8000 München 22

RB Nr. 03A/83/04

Gesamtherstellung: Meindl-Druck GmbH, München



Die Bayerische Verfassung und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beinhalten eine wertgebundene freiheitliche und demokratische Staatsordnung, in deren Mittelpunkt die Menschenwürde und die Freiheit des Bürgers stehen. Damit es den Feinden dieser Ordnung nicht gelingt, ihre totalitären und unfreiheitlichen Vorstellungen zu realisieren, haben die Verfassungsgeber diese Ordnung wehrhaft gestaltet.

Im Rahmen dieser wehrhaften Demokratie hat der Verfassungsschutz, selbst im Grundgesetz verankert, vor allem die Aufgabe, Informationen über Bestrebungen zu sammeln und auszuwerten, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie den Bestand und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder richten. Polizeiliche Befugnisse hat er nicht.

Die Aufklärungstätigkeit des Verfassungsschutzes ermöglicht es der Staatsregierung, die erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung extremistischer und sicherheitsgefährdender Bestrebungen zu treffen. Hierzu gehört im Rahmen der geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Extremismus auch die Information des Bürgers über die drohenden Gefahren. Der vorliegende Verfassungsschutzbericht soll dazu beitragen.

Den pflichtbewußten Mitarbeitern im Bereich des Verfassungsschutzes gilt unser Dank und unsere Anerkennung für die Erfüllung ihrer schwierigen und verantwortungsvollen Aufgaben.

Das Jahr 1982 war ab dem Monat März auch gekennzeichnet von der breiten öffentlichen Diskussion um den ehemaligen Leiter der Abteilung „Staatsschutz“ im Staatsministerium des Innern Dr. Langemann. Im Zusammenhang mit einem Artikel in einer Zeitschrift wurden gegen Dr. Langemann am 3. März Vorermittlungen wegen des Verdachtes eines Dienstvergehens eingeleitet. Am 4. März wurde ihm die Führung der Dienstgeschäfte untersagt. Das förmliche Disziplinarverfahren wurde am 3. Juni eingeleitet. Der Generalbundesanwalt und die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I leiteten Ermittlungsverfahren gegen Dr. Langemann wegen des Verdachtes des Offenbarens von Staatsgeheimnissen, der Verletzung des Dienstgeheimnisses, des Betruges, der Untreue und der Urkundenfälschung ein. Das Disziplinarverfahren und die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren dauern noch an. Der

Bayerische Landtag befaßte sich und befaßt sich in mehreren Untersuchungsausschüssen mit dem durch Veröffentlichungen ausgelösten Fragenkomplex. Dr. Langemann wurde mit Wirkung vom 1. März 1983 in den Ruhestand versetzt. Das Staatsministerium des Innern hat alles getan, um an der Aufklärung der Vorwürfe, soweit es betroffen war, mitzuwirken.

München, im Mai 1983



Dr. Karl Hillermeier · Staatsminister



Franz Neubauer · Staatssekretär

# Inhalt

---

<b>1. Abschnitt</b>	
<b>Allgemeiner Überblick</b>	11

---

<b>2. Abschnitt</b>		
<b>Linksextremismus</b>	14	
1	Allgemeines	14
2	Orthodoxer Kommunismus	17
2.1	Überblick	17
2.2	Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	18
2.2.1	Ideologisch-politischer Standort	18
2.2.2	Anforderungen an das DKP-Mitglied	22
2.2.3	Bündnispolitik	22
2.2.3.1	Aktionseinheit	23
2.2.3.2	Volksfrontpolitik	24
2.2.4	Organisation	27
2.2.5	Verlage, Publikationen, sonstige Propagandaträger	29
2.2.6	Schulung	31
2.2.7	Betriebsarbeit der DKP	32
2.2.8	Wahlbeteiligung	34
2.2.9	Aktivitäten	35
2.2.10	Steuerung der DKP durch die SED	38
2.2.11	Internationale Kontakte der DKP	39
2.3	Nebenorganisationen der DKP	40
2.3.1	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	40
2.3.2	Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB Spartakus)	44
2.3.3	Junge Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation (JP)	45
2.4	Von der DKP beeinflusste Organisationen	46
2.4.1	Allgemeines	46
2.4.2	Deutsche Friedens-Union (DFU)	47
2.4.3	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)	50

2.4.4	Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)	52
2.4.5	Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)	55
2.4.6	Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ)	57
2.4.7	Demokratische Fraueninitiative (DFI)	58
2.4.8	Komitees und Initiativen gegen „Berufsverbote“	58
3	Neue Linke	60
3.1	Überblick	60
3.2	Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD), Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	62
3.3	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)	65
3.4	Kommunistischer Bund (KB)	68
3.5	Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)	69
3.6	Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)	71
3.7	Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD)	72
3.8	Trotzkistische Gruppen	76
3.9	Marxistische Gruppen (MG)	76
3.10	Sonstige Komitees und Gruppen	78
3.11	Undogmatische Gruppen der Neuen Linken	78
3.11.1	Allgemeines	78
3.11.2	Sozialistisches Büro Offenbach (SB)	79
3.11.3	Kollektiv Rote Hilfe München (KRH)	79
3.11.4	Freizeit '81/Freizeit '82	79
3.11.5	„Autonome“ Gruppen	80
3.11.6	Schriften, Verlage und „illegale Sender“	80
4	Linksextremer Einfluß auf die Anti-Kernkraftbewegung	82
5	Linksextremer Einfluß auf die „Friedensbewegung“	84
5.1	Allgemeines	84
5.2	Agitationsschwerpunkte	86

---

### 3. Abschnitt

<b>Rechtsextremismus</b>		90
1	Allgemeines	90
2	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	93
2.1	Ideologisch-politischer Standort	93
2.2	Organisation	95
2.3	Aktivitäten	96
2.4	Wahlbeteiligung	97
2.5	Junge Nationaldemokraten	98
2.6	Nationaldemokratischer Hochschulbund	100
2.7	Bürgerinitiative Ausländerstopp	101
3	Deutsche Volksunion (DVU)	102
3.1	Ideologisch-politischer Standort	102
6		

3.2	Organisation	103
3.3	Aktivitäten	104
3.4	Aktionsgemeinschaften der DVU	104
4	Neonazistische Organisationen und Vorfälle	107
4.1	Allgemeines	107
4.2	Verbotene Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA)	107
4.3	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG)	110
4.4	Verbotene Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG)	110
4.5	Grüne Aktion Deutschland (GAD)	112
4.6	Neonazistische und antisemitische Vorfälle	112
5	Sonstige rechtsextreme Organisationen	114
5.1	Deutscher Block (DB)	114
5.2	Wiking-Jugend (WJ)	115
5.3	Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)	116
5.4	Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG)	117
5.5	Gesellschaft für freie Publizistik (GfP)	117
5.6	Freundeskreis Ulrich von Hutten	118
6	Organisationsunabhängige Publizistik	118
7	Verbindungen zum ausländischen Rechtsextremismus	122

#### 4. Abschnitt

<b>Gewalt und Terror</b>	127	
1	Allgemeines	127
2	Terroristische Gruppen	128
2.1	Rote Armee Fraktion (RAF)	128
2.2	Revolutionäre Zellen (RZ)	130
2.3	Gruppe um Walter Kexel und Odfried Hepp	131
3	Politisch motivierte Gewaltaktionen in Bayern	132
4	Terroristisches Umfeld	136

#### 5. Abschnitt

<b>Extremismus im Bildungsbereich</b>	138	
1	Allgemeines	138
2	Orthodox-kommunistische Hochschulgruppen	140
2.1	DKP-Hochschulgruppen (DKP-HG)	140
2.2	Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB Spartakus)	141
3	Sozialistischer Hochschulbund (SHB)	142
4	Studentengruppen der Neuen Linken	144

4.1	Marxistische Gruppen (MG)	144
4.2	Sonstige Studentengruppen der Neuen Linken	145
5	Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS)	146
6	Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)	147
7	Aktivitäten	147
8	Wahlen an den Hochschulen	150
9	Weiterführende Schulen	150

---

## **6. Abschnitt**

	<b>Verfassungstreue im öffentlichen Dienst</b>	152
1	Allgemeines	152
2	Bayerische Praxis	153
2.1	Extremisten im öffentlichen Dienst	153
2.2	Einstellungsüberprüfung	154

---

## **7. Abschnitt**

	<b>Extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern</b>	156
1	Allgemeines	156
2	Afghanische Gruppen	158
3	Afrikanische Gruppen	158
4	Arabische Gruppen	159
5	Griechische Gruppen	160
5.1	Orthodoxe Kommunisten	160
5.2	Neue Linke	162
6	Iranische Gruppen	162
6.1	Khomeini-Anhänger	162
6.2	Khomeini-Gegner	163
6.2.1	Linksextremisten	163
6.2.2	Islamische Fundamentalisten	165
6.2.3	Aktionsbündnis	165
7	Italienische Gruppen	166
7.1	Linksextremisten	166
7.2	Rechtsextremisten	166
8	Jugoslawische Gruppen	167
8.1	Kroatischer Nationalrat (HNV)	167
8.2	Kroatische Staatsbildende Bewegung (HDP)	167
8.3	Kroatische Gruppen in Bayern	168

8.4	Mordanschläge gegen Exiljugoslawen	168
9	Kurden	169
10	Pakistanische Gruppen	170
11	Spanische Gruppen	170
12	Türkische Gruppen	170
12.1	Linksextremisten	171
12.1.1	Orthodoxe Kommunisten	171
12.1.2	Neue Linke	172
12.1.3	Aktionsbündnis türkischer Linksextremisten	175
12.2	Rechtsextremisten	175

---

## 8. Abschnitt

<b>Spionageabwehr</b>		177
1	Allgemeine Erfahrungen	177
2	Die Rolle der Nachrichtendienste in kommunistischen Staaten	178
3	Werbungen, Werbungsversuche und allgemeine Werbungs- methodik	178
4	Aufträge	180
5	Die Nachrichtendienste der DDR	181
6	Nachrichtendienste der übrigen kommunistischen Staaten	184
7	Festnahmen	185

---

## Anhang 1

Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1974	187
--	-----

---

## Anhang 2

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 27. März 1973 über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst	191
--	-----

---

## Anhang 3

Ergebnisse der extremistischen Parteien bei der Wahl zum Bayerischen Landtag am 10. Oktober 1982	195
---	-----

---

<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	204
------------------------------	-----

801    Services  
802    Savings Club  
803    Savings Club  
804    Savings Club  
805    Savings Club  
806    Savings Club  
807    Savings Club  
808    Savings Club

# 1. Abschnitt

## Allgemeiner Überblick

Dieser Verfassungsschutzbericht gibt einen Überblick über Ziele, Art und Umfang extremistischer und anderer sicherheitsgefährdender Bestrebungen im Jahre 1982. Er enthält die wesentlichen nicht geheimhaltungsbedürftigen Erkenntnisse. Der Bericht befaßt sich mit der Lage in Bayern. Daher können im Vergleich zu Verfassungsschutzberichten des Bundes oder anderer Länder in Einzelfällen Unterschiede auftreten.

Bei der Beurteilung der Gefahren, die unserem Staat von extremistischen Kräften drohen, ist zu unterscheiden, in welchem Umfang diese Kräfte eine Gefahr für die im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung verankerte freiheitliche demokratische Grundordnung als solche und in welchem Ausmaß sie eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedeuten. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist die freiheitliche demokratische Grundordnung eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den fundamentalen Prinzipien dieser freiheitlichen Grundordnung gehören mindestens die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip, die Chancengleichheit der politischen Parteien und das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Der politische Extremismus stellte auch 1982 in Bayern keine ernsthafte Gefahr für den Bestand unseres Staates und seine freiheitliche Ordnung dar. Nach wie vor gibt es aber eine Reihe von Gruppen unterschiedlicher Zielsetzung, die zur Anwendung von Gewalt und Terror bereit sind und damit eine akute Gefahr für die Sicherheit darstellen.

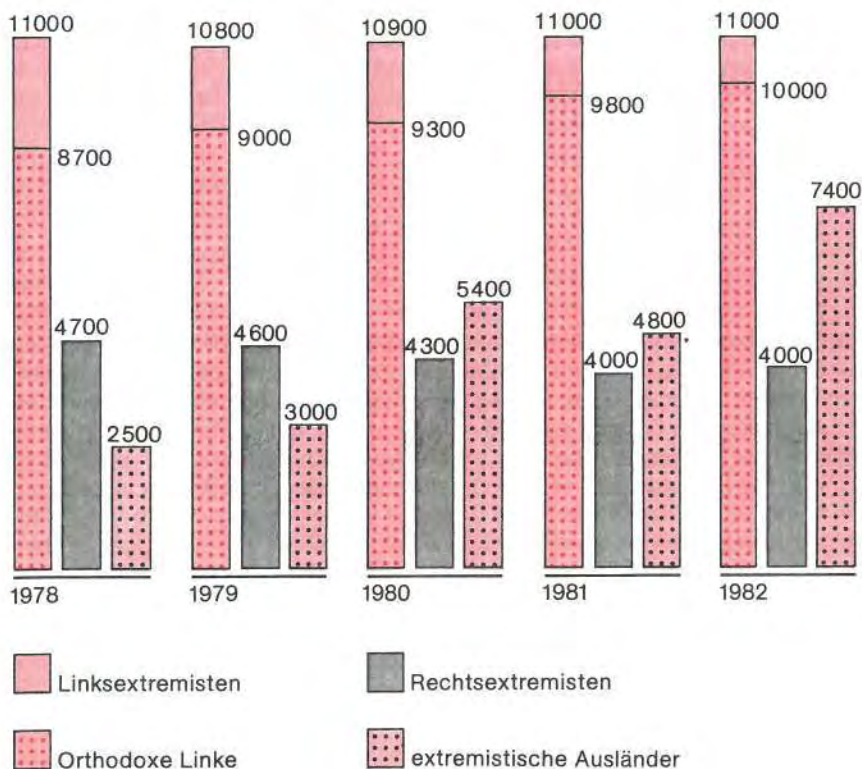
Die linksextremen Kräfte gefährdeten auch 1982 nicht ernsthaft die freiheitliche demokratische Grundordnung. Allerdings zeigten auch Gruppen aus dem Bereich der Orthodoxen Linken vermehrt Bereitschaft, Gewalt anzuwenden. Damit stellen sie zunehmend eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung

dar. Außerdem gelang es ihnen, ihren Einfluß gegenüber den Vorjahren nicht unerheblich auszudehnen. Dies spiegelt sich weniger in dem geringfügigen Mitgliederzuwachs wider. Das Potential der Linksextremisten lag 1982 in Bayern bei rund 11.000 Personen in 140 Organisationen, wobei die Orthodoxe Linke wieder zu, die Neue Linke weiter abnahm. Vielmehr gelang es der Deutschen Kommunistischen Partei, ihren Nebenorganisationen und den zahlreichen, von ihr beeinflussten Organisationen vor allem mit den Kampagnen für Frieden und Abrüstung und gegen den NATO-Beschluß über Nachrüstung, Anhänger demokratischer Parteien oder Gruppen und sonstige nicht extremistische Personenkreise in noch stärkerem Umfang als bisher für gemeinsame Aktionen zu gewinnen. Dabei stellten sie sich der allgemeinen Öffentlichkeit als alleinige Garanten für Frieden, Demokratie und Freiheit dar. Mit ihrer Volksfrontpolitik versuchen die DKP und ihre Nebenorganisationen, ihren totalitären marxistisch-leninistischen Zielen näher zu kommen. Hierin liegt die besondere Gefährlichkeit der orthodoxen Kommunisten. Die geringe Resonanz bei Wahlen (DKP: 0,2 %) darf darüber nicht hinwegtäuschen. Bei den Gruppen der Dogmatischen Neuen Linken setzte sich 1982 der Abwärtstrend fort. Ideologische Differenzen, Resignation der Mitglieder und finanzielle Probleme waren dafür verantwortlich. Bemerkenswert war eine zunehmende Bereitschaft zu Aktionsbündnissen untereinander, aber auch vereinzelt mit orthodox-kommunistischen Kräften. Die Kandidatur einer ihrer Gruppierungen für die Landtagswahl in Bayern war ohne Erfolg (BWK: 413 Stimmen). Die undogmatische Neue Linke blieb schwer überschaubar. Sie war in viele Gruppen und Grüppchen zerfallen, zeigte sich aber in Randbereichen militant, insbesondere im Zusammenhang mit Antiimperialismus-, Antimilitarismus- und Umweltschutzkampagnen.

Die Bestrebungen rechtsextremer Vereinigungen und Personen stellten auch 1982 keine Gefährdung unseres freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates dar. Die 1982 verübten rechtsextrem motivierten Gewaltakte sowie die latente Gewaltbereitschaft einiger neonazistischer Zusammenschlüsse und Einzelpersonen zeigen, daß von Teilen des Rechtsextremismus eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht. 1982 betätigten sich in Bayern 34 rechtsextreme Gruppen mit rund 4.000 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands nahm etwa in dem Maße ab wie die der Deutschen Volksunion zu. Das Verbot der neonazistischen Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands — Partei der Arbeit einschließlich der Jungen Front im Januar hatte den organisierten Neonazismus nicht unerheblich getroffen. Offenbar im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung, einer in Teilbereichen der Bevölkerung vorhandenen Fremdenfeindlichkeit und der verstärkten Berichterstattung über Verbrechen des NS-Regimes in den Massenmedien stieg die Zahl neonazistischer und antisemitischer Vorfälle weiter an.

Die von Terroristen und ihren Sympathisanten 1982 verübten Gewaltanschläge zeigten, daß die von ihnen ausgehende Bedrohung unvermindert anhält. Die linksterroristischen Gruppen verfügen trotz bedeutender Fahndungserfolge der Sicherheitsbehörden 1982 noch über eine personelle und logistische Basis, um jederzeit Anschläge zu verüben. Auch von Rechtsextremisten geht weiterhin die Gefahr terroristischer Anschläge aus.

## Übersicht über die Zahl der Extremisten in Bayern



Die ausländischen Extremisten und die von ihnen gegründeten Organisationen haben 1982 einen relativ hohen Zuwachs erfahren. So stieg die Zahl der Anhänger von 4.800 auf 7.400, ihrer Organisationen von 121 auf 158. Die Steigerung ist vor allem auf die erstmalige Erfassung einiger kommunistisch-beeinflußter Organisationen zurückzuführen. 1982 war allerdings keine Intensivierung ihrer Aktivitäten zu verzeichnen. Die in der Bundesrepublik Deutschland ausgetragenen Konflikte zwischen rivalisierenden Ausländergruppen haben ihre Ursache hauptsächlich im jeweiligen Herkunftsland. Soweit es hierbei zu Gewaltanwendungen kommt, ist die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet.

Von den Nachrichtendiensten der kommunistischen Staaten gingen 1982 unvermindert Spionageaktivitäten aus. Nach wie vor haben die Dienste der DDR daran den größten Anteil.

# 2. Abschnitt

## Linksextremismus

### 1. Allgemeines

1982 gab es in Bayern 140 linksextreme Organisationen mit etwa 11.000 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl und die Zahl der Organisationen blieben gegenüber dem Vorjahr konstant. Einen Rückgang verzeichneten abermals Gruppen der Neuen Linken. Im Bereich der Orthodoxen Linken entstanden im Zusammenhang mit der Kampagne gegen den „NATO-Nachrüstungsbeschluß“ weitere Initiativen. Die Mitgliederzahl bei den Organisationen der Orthodoxen Linken stieg um etwa 200 auf rund 10.000. Der Zuwachs war im wesentlichen bei den von der DKP und ihren Nebenorganisationen beeinflussten Initiativen gegen den „NATO-Nachrüstungsbeschluß“ festzustellen. Die Gruppen der Neuen Linken nahmen 1982 weiter ab und verfügten nur noch über rund 1.000 gegenüber 1.200 Mitgliedern 1981. Bei diesen Zahlen sind jedoch zahlreiche Doppelmitgliedschaften zu berücksichtigen.

### Übersicht über Zahl und Mitgliederstärke linksextremer Organisationen in Bayern

	1978	1979	1980	1981	1982
Zahl der Organisationen	192	156	138	140	140
<b>Mitgliederstärke</b>					
Orthodoxe Linke	8.700	9.000	9.300	9.800	10.000
Neue Linke	2.300	1.800	1.600	1.200	1.000
insgesamt	11.000	10.800	10.900	11.000	11.000

Durch eine Vielzahl von Aktionen, insbesondere im Zusammenhang mit Abrüstungs-, Friedens- und Umweltschutzkampagnen, sowie durch eine anhaltend starke publizistische Tätigkeit versuchten die Linksextremisten 1982, ihrem Ziel, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern, näherzukommen. In diesem Ziel sind sich die moskauorientierten orthodoxen Kommunisten und die Anhänger und Gruppen der Neuen Linken einig. Auf dem Weg über die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats wollen sie die bestehende freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen und an ihrer Stelle einen kommunistischen Staat errichten. Zur Erreichung dieses Zieles bekennen sich die Gruppen der Neuen Linken, letztlich aber auch der orthodoxen Kommunisten

zur Gewalt. Aber auch zur Verwirklichung tagespolitischer Ziele propagieren sowohl die Orthodoxe wie die Neue Linke zunehmend die Anwendung von Gewalt.

Die Gruppen der Orthodoxen Linken stellen einen ideologisch festen Block dar. Bei Gruppen der Neuen Linken hielten die ideologischen Auseinandersetzungen an; es kam aber auch zu einer Neuformierung. Gelegentlich waren wieder Aktionsbündnisse von Gruppen der dogmatischen Neuen Linken mit Gruppen der Orthodoxen Linken zu verzeichnen. Die undogmatischen Gruppen der Neuen Linken sind nach wie vor zerstritten. Die Gegensätze zwischen gemäßigten und militanten Gruppen blieben unüberbrückbar.

Bei der Landtagswahl am 10. Oktober erzielten DKP und BWK nur unbedeutende Stimmenanteile. Der geringe Stimmenanteil der DKP (0,2 %) spiegelt aber nicht die tatsächlich erhebliche Einflußnahme der orthodoxen Kommunisten und ihres Bündnisbereiches auf nichtextremistische Bevölkerungskreise wider, der sich insbesondere bei der Kampagne gegen den „NATO-Nachrüstungsbeschluß“ zeigte.

Die bedeutendsten linksextremen Organisationen waren 1982:

### 1.1 Kommunistische Kernorganisationen

Die kommunistischen Kernorganisationen verstehen sich als führende Kraft im Kampf für die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats.

#### Orthodoxe Linke

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

#### Neue Linke

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD), früher Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD)

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)

Kommunistischer Bund (KB)

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD)

Gruppe Internationale Marxisten — Deutsche Sektion der IV. Internationale (GIM)

Marxistische Gruppen (MG)

### 1.2 Kommunistische Nebenorganisationen

Die kommunistischen Nebenorganisationen sind organisatorisch selbständige Vereinigungen mit eigenen Satzungen und Führungsgremien, die sich jedoch der jeweiligen Kernorganisation unterordnen. Sie bekennen sich wie diese zum Kampf für die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats. Maßgebende Führungsfunktionen der Vereinigungen sind mit Mitgliedern der Kernorganisation besetzt.

### **Nebenorganisationen der DKP**

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)  
Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB Spartakus)  
Junge Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation (JP)

### **Nebenorganisationen der MLPD, früher des KABD**

Revolutionärer Jugendverband Deutschlands (RJVD)  
Kommunistische Studentengruppen (KSG)  
Bund Kommunistischer Intellektueller (BKI)

### **Nebenorganisationen des AB**

Rote Schülerfront (RSF)  
Kommunistischer Hochschulbund (KHB)

### **Nebenorganisationen des KB**

KB-Studenten

### **Nebenorganisationen des KBW**

Kommunistische Jugendbünde (KJB)  
Kommunistische Hochschulgruppen (KHG)

### **Nebenorganisationen der KPD**

Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD)  
Kommunistische Studenten (KS)

## **1.3 Kommunistisch beeinflusste Organisationen**

Ein großer Teil der linksextremen Organisationen sind Vereinigungen, die sich meist überparteilich oder unabhängig darstellen, tatsächlich aber unter einem mehr oder weniger starken Einfluß der kommunistischen Kern- und Nebenorganisationen stehen. Der Einfluß drückt sich insbesondere darin aus, daß sie

- von ihnen oder auf ihre Initiative hin gegründet wurden,
- insbesondere wichtige Führungsfunktionen von Kommunisten besetzt sind,
- eng mit den Kern- und Nebenorganisationen zusammenarbeiten,
- Ziele verfolgen, die sich in Teilbereichen mit typisch kommunistischen Zielsetzungen decken.

Teilweise liegen mehrere oder alle diese Merkmale vor. Entsprechend stark ist dann der kommunistische Einfluß. So gibt es Gruppen, die keine wesentliche Entscheidung gegen den Willen der Kern- oder Nebenorganisationen treffen können; andere haben trotz erheblichen kommunistischen Einflusses noch Raum für ein politisches Eigenleben.

Die wichtigsten kommunistisch beeinflussten Organisationen waren 1982:

Deutsche Friedens-Union (DFU)

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)

Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)

Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ)

Demokratische Fraueninitiative (DFI)

Einzelne Komitees und Initiativen gegen „Berufsverbote“ und für „Frieden“ und „Abrüstung“

Sozialistischer Hochschulbund (SHB)

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT)

Anti-Strauß-Komitees (ASKo)

Bund Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend — Landesverband Bayern (BDP/BDJ — Landesverband Bayern)

#### 1.4 Sonstige linksextreme Gruppen

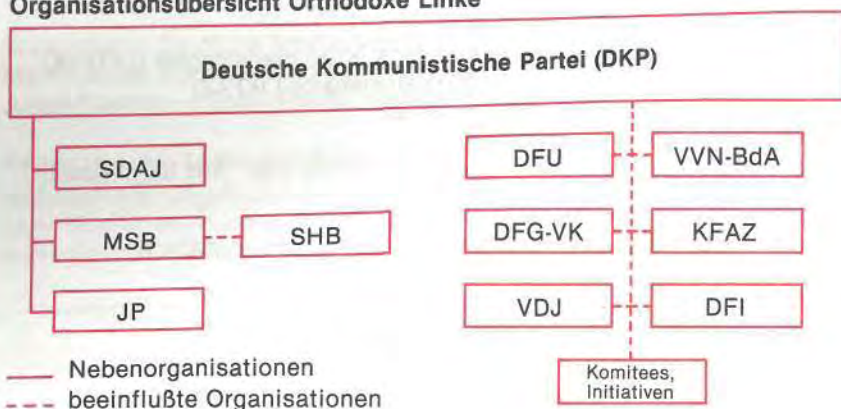
Daneben gibt es noch eine Reihe autonomer Gruppierungen, die anarchistische, spontaneistische oder undogmatische Richtungen vertreten. Sie wollen die verfassungsmäßige Ordnung revolutionär beseitigen, lehnen jedoch das dogmatische Konzept des Marxismus-Leninismus ab. Diese Gruppen sind häufig kleine, lose und kurzlebige Zusammenschlüsse.

## 2. Orthodoxer Kommunismus

### 2.1 Überblick

Die orthodoxen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland leisteten auch 1982 ihren Beitrag zur Festigung der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung. Sie bekennen sich zum Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung und folgen bedingungslos der ideologischen und politischen Linie der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) der DDR. Sie sehen in der Sowjetunion und in der DDR den „realen Sozialismus“ verwirklicht. Sie betonten die feste Verbundenheit mit den kommunistischen Parteien der Sowjetunion, der DDR und anderer sozialistischer Länder. Sie verstehen sich als Teil der kommunistischen Weltbewegung, der die Führungsrolle bei der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft zukommt. Innerhalb der kommunistischen Weltbewegung hat das „sozialistische Weltsystem“ und voran die KPdSU die Vorbild- und Führungsrolle. Einigendes Band ist der „proletarische Internationalismus“, der die „Gesamtheit der Interessen und die Solidarität der Arbeiterklasse und der Werktätigen aller Länder, ihre Geschlossenheit und Aktionseinheit im Kampf um die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft“ zum Ausdruck bringen soll. Der weltumspannende Führungsanspruch der KPdSU und der Sowjetideologie manifestiert sich nicht zuletzt in einigen internationalen prosovietischen Organisationen wie dem Weltfriedensrat (WFR), dem Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) und der Fédération Internationale des Résistants (FIR).

## Organisationsübersicht Orthodoxe Linke



Abkürzungen vgl. Abkürzungsverzeichnis

In der Bundesrepublik Deutschland und damit auch in Bayern sind die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und deren Nebenorganisationen Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB Spartakus) und Junge Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation (JP) sowie — mit Einschränkungen — von der DKP und ihren Nebenorganisationen beeinflusste Organisationen Sammelbecken für die orthodoxen Kommunisten. Sie stellen einen festgefügtten Block dar, sind vor allem im Funktionsbereich eng verflochten und finanziell sehr gut ausgestattet. Die Kern- und Nebenorganisationen werden nach dem marxistisch-leninistischen Organisationsprinzip des „demokratischen Zentralismus“ geführt. Auch wenn es die orthodoxen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland zur Verschleierung ihrer wahren Ziele nicht offen aussprechen, bekennen sie sich zur sozialistischen Weltrevolution und zur Diktatur des Proletariats. Das Grundmodell ihrer „sozialistischen Ordnung“ sehen sie in den sozialistischen Ländern, insbesondere in der DDR, verwirklicht. Unterstützung finden die orthodoxen Kommunisten vor allem bei Teilen der sog. „Friedensbewegung“ und der „Antifaschismus-Bewegung“ sowie bei anderen Organisationen unterschiedlicher Zielsetzung, die vielfach von ihnen beeinflusst sind (vgl. Nr. 2.4).

## 2.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

### 2.2.1 Ideologisch-politischer Standort

Die DKP wurde am 26. September 1968 anstelle der im Jahre 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gegründet. Sie ist nach wie vor die mit Abstand stärkste extremistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland und nimmt hier die politische Führung der orthodoxen Kommunisten in Anspruch.

Die DKP folgt bedingungslos und kritiklos der Linie der KPdSU und der SED. Sie verurteilt jede Art von „Rechts- und Linksoportunismus“, sieht die „Haltung zur Sowjetunion“ als „entscheidenden Prüfstein für jeden Kommunisten, für seine Treue zur Sache der revolutionären Arbeiterbewegung“ und „erzieht ihre Mitglieder beständig im Geist fester Freundschaft zur Sowjetunion“. Bezeichnenderweise übermittelte der DKP-Parteivorstand dem Zentralkomitee der KPdSU anlässlich des Todes des Generalsekretärs der KPdSU Leonid Breschnew am 10. November 1982 das „tiefempfundene Beileid“. Breschnews „tiefe solidarische Verbundenheit mit den Kommunisten unseres Landes“ bleibe unvergessen. Die DKP werde „in seinem Sinne... den Kampf für Frieden, Freiheit und Sozialismus fortsetzen“.

Ziel der DKP ist eine sozialistische und kommunistische Gesellschaftsordnung. Dies ergibt sich aus ihrem am 21. Oktober 1978 auf dem Mannheimer Parteitag beschlossenen Programm und aus einer Vielzahl ideologischer Schriften und Ausbildungsmaterialien. Danach sei „unverrückbares Ziel“ der Sozialismus „als erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation“. Diese „grundlegend neue Gesellschaftsordnung“ baue auf der „revolutionären Überwindung der kapitalistischen Macht- und Besitzverhältnisse“ auf und könne nur „im harten Klassenkampf“ durchgesetzt werden. Sie setze die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen voraus. Die „Lehre von Marx, Engels und Lenin“ sei der „politische Kompaß der DKP und wissenschaftliches Fundament ihrer Politik“. In „schöpferischer Anwendung“ dieser Lehre entwickle die DKP Strategie und Taktik ihres Kampfes um die Errichtung des Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Sie sieht sich als „die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Deutschland“.

Die DKP geht aufgrund marxistisch-leninistischer Analyse davon aus, daß die Gegenwart „die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab“ sei. Der „staatsmonopolistische Kapitalismus“ habe sich in der Bundesrepublik Deutschland voll entwickelt. Er befinde sich in der Krise. Jene „besonderen Faktoren“ hätten aufgehört zu wirken, die die langanhaltende, „viele Gebrechen der kapitalistischen Ordnung überdeckende Nachkriegskonjunktur“ ermöglicht und in breiten Bevölkerungskreisen tiefe Illusionen über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse erweckt hätten. Daher sei die „Hauptzielsetzung der DKP in der gegenwärtigen Etappe“, das Kräfteverhältnis zugunsten der „Arbeiterklasse“ und der „anderen demokratischen Kräfte“ zu verändern und die „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt herbeizuführen“. Sie erachtet es als möglich und im Interesse der Arbeiterklasse erstrebenswert, daß dieser Kampf in eine „antimonopolistische Demokratie“ einmündet. Unter der „antimonopolistischen Demokratie“ versteht die DKP eine Periode „grundlegender Umgestaltungen“, in der eine von der „Arbeiterklasse und den anderen demokratischen Kräften getragene antimonopolistisch-demokratische Staatsmacht“ geschaffen werden soll. Dabei sieht die DKP die antimonopolistische und sozialistische Umwälzung als miteinander verbundene Entwicklungsstadien eines „einheitlichen revolutionären Prozesses des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“.

Die Formulierungen „sozialistische Umwälzung“ und „politische Macht der Arbeiterklasse“ sind gleichbedeutend mit den unverzichtbaren marxistisch-leninistischen Begriffen „sozialistische Revolution“ und „Diktatur des Proletariats“. Diese Begriffsmanipulation dient der DKP ebenso zur Verschleiерung ihrer wahren verfassungsfeindlichen Zielsetzung wie ihre Beteuerung, sie „wirke auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland“ und erstrebe die „grundlegende Umgestaltung auf der Basis der demokratischen Prinzipien und Rechte des Grundgesetzes“. In Wirklichkeit sieht die DKP im Grundgesetz nur eine disponible Basis für ihren Kampf. Die Grundrechte versteht sie nicht als Garantie eines Freiheitsraumes für den Bürger, sondern als Legitimation und Auftrag für die Arbeiterklasse, die bestehende Ordnung zu beseitigen und den Sozialismus und eine sozialistische Verfassung zu erkämpfen. Ihr Eintreten für „Demokratie“ ist nur vor dem Hintergrund des marxistisch-leninistischen Demokratieverständnisses zu sehen. Entsprechendes gilt bezüglich des Eintretens der DKP für die Erhaltung und Sicherung des Friedens, für die Einhaltung der Prinzipien der „friedlichen Koexistenz“ und gegen „Faschismus und Rechtsentwicklung“.

Die Systemüberwindung will die DKP unter den gegenwärtigen Umständen mit systemkonformen Mitteln und grundsätzlich auf friedlichem Weg erreichen. Gleichwohl betont sie im Programm, daß es von der Kraft der Arbeiterklasse, der Stabilität ihrer Bündnisse mit anderen „demokratischen Kräften“, der Stärke ihrer revolutionären Partei, insbesondere aber von den „Formen des Widerstandes der Reaktion“ abhänge, wie sich dieser Weg konkret gestalten werde. Hatte sich die DKP in der Vergangenheit zur Frage der Gewaltanwendung bei aktuellen Aktionen Zurückhaltung auferlegt, so zeigte sie in jüngerer Zeit zunehmend Bereitschaft, auch gewalttätige Aktionen in Kauf zu nehmen. Der DKP-Vorsitzende Mies erklärte in seinem Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag 1981: „Das demokratische Widerstandsrecht, das Grundrecht der arbeitenden Menschen, ihre Interessen zur Geltung zu bringen und die entsprechenden Kampfformen zu wählen, entspricht voll und ganz den demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes. . . . Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Wo Macht vor Recht geht, da muß man sich gegen die Macht des Unrechts wehren. . . . Da fragt man nicht lange: Darf man denn das? Da sollte man in der Tat wahre Demokratie wagen“. Nach Auffassung des Mitgliedes des DKP-Parteivorstandes Beate Landefeld im theoretischen Organ der DKP „Marxistische Blätter“ bedeute Gewalt „Ausübung von Druck“ und sei ein „spezifisches Mittel zur Durchsetzung von Klasseninteressen“. Je nach Ziel und Inhalt der Gewaltausübung gebe es „reaktionäre und fortschrittliche Gewalt“ und zugleich „friedliche und nicht-friedliche Formen der Gewalt“. In manchen Situationen — wie z.B. im Kampf gegen den „Terror der Reaktion“ — seien „militärische Formen des Klassenkampfes“ notwendig, um größere Opfer der „fortschrittlichen Kräfte“ zu vermeiden. Entscheidend für die Bewertung von Gewalt sei, ob sie den „materiellen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der arbeitenden Menschen“ nütze oder die „Macht der Ausbeuterklasse“ erhalte. Eine „gewalt- und herrschaftsfreie Gesellschaft“ könne sich erst nach Überwindung von „Ausbeutung und Klassenspaltung“ entwickeln. Entsprechend diesen „Freibriefen“ von obersten Stellen nahmen orthodoxe Kommunisten bundesweit an gewalttätigen Aktionen teil.



## 2.2.2 Anforderungen an das DKP-Mitglied

Die DKP-Mitglieder sind nach dem Parteistatut verpflichtet, die Grundsätze und Ziele der Partei anzuerkennen, sich für die Verwirklichung der beschlossenen Politik einzusetzen und sie im gesellschaftlichen Leben aktiv zu vertreten.

Die DKP sieht sich als einheitlich und solidarisch handelnde „Kampfgemeinschaft“, deren innerparteiliches Leben von der „marxistischen Weltanschauung und der Gemeinschaft der politischen Ziele“ geprägt werde. „Kommunist ist man überall: am Arbeitsplatz, im Wohngebiet, in der Familie“. Als richtige Haltung der Kommunisten sieht es die DKP an, offen und konsequent den kommunistischen Standpunkt zu vertreten, initiativreiche, geduldige Verfechter der Politik der Aktionseinheit zu sein, in Bündnissen „aktiv, initiativ und partnerschaftlich“ zu wirken und sich als „die besten, entscheidendsten, uneigennützigsten Vertreter des Volksinteresses“ zu erweisen und aktiv bei der Gewinnung neuer Mitglieder und der Verbreitung und Gestaltung der DKP-Presse mitzuwirken. Kommunist sein heiße, aus Klassenbewußtsein ein disziplinierter Kämpfer der Partei der Arbeiterklasse zu sein, heiße qualitativ gut, gewissenhaft, diszipliniert am Arbeitsplatz, in der Schule, in den Hochschulen, in der Elternvertretung, in der parlamentarischen Vertretung, „im sogenannten normalen Leben“ zu sein. Bereits in der kapitalistischen Gesellschaft erwerbe der Genosse in der Gemeinschaft der Partei eine eigene „proletarische Klassenmoral“, die im Gegensatz zur „bürgerlichen Moral“ stehe, die „heuchlerisch“, „doppelbödig“ und „menscheneindlich“ sei. Die Erfüllung dieser hohen Anforderungen an die „proletarische Moral“ wird u.a. im Rahmen einer von Zeit zu Zeit stattfindenden Umtauschaktion der Mitgliedsbücher überwacht. Im September begannen die Vorbereitungen für die Ausgabe neuer Mitgliedsbücher zum 1. Januar 1983. Vor der Ausgabe des Parteibuches sind mit jedem „Genossen“ intensive und individuelle Gespräche zu führen, um das Mitglied voll auf die Linie der Partei einzuschwören.

## 2.2.3 Bündnispolitik

Die sogenannte Bündnispolitik ist zentraler Bestandteil der Gesamtpolitik der DKP und ihrer Nebenorganisationen. Sie beruht auf marxistisch-leninistischer Strategie und Taktik. Aufgrund ihrer Analyse der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geht die DKP davon aus, daß sich in der Bundesrepublik Deutschland der staatsmonopolistische Kapitalismus voll entwickelt habe. Wegen der dadurch eingetretenen Polarisierung zwischen der „kleinen Gruppe von Konzernherren und Multimillionären“ und der „überwältigenden Mehrheit des Volkes“ sei die Zusammenfassung aller „antimonopolistischen“ Kräfte um die Arbeiterklasse objektiv möglich, aber auch „unerläßlich“ für die Durchsetzung des „gesellschaftlichen Fortschritts“, also für die Erreichung des sozialistischen Zieles. Nicht zuletzt im Hinblick auf ihre vergleichsweise geringe Mitgliederzahl und ihr schwaches Wählerpotential ist die DKP bestrebt, „Bündnisse“ mit nichtkommunistischen Kräften in der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und in einem „breiten, antimonopolistischen Bündnis“ zu schaffen. Für eine erfolgreiche Politik der „Aktionseinheit und des demokratischen Bündnisses“ ist es für die DKP „von erstrangiger Bedeutung“, die „tiefe Kluft“ zwischen der „objektiven Lage

der vom Monopolkapital ausgebeuteten und bedrängten Klassen und Schichten einerseits und ihrer Erkenntnis durch die Betroffenen andererseits" zu überwinden.

Mögliche Bündnispartner in ihrem Kampf für „Frieden und Abrüstung“, für „soziale Sicherheit“, gegen „Polizei- und Überwachungsstaat mit Berufsverboten“ sieht die DKP in „Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Grünen und Alternativen, Umweltschützern, Frauenbewegungen, Christen, sozialen Liberalen, Sozialisten und Linkskräften“. Um ein umfassendes Bündnis zu erreichen, forderte der DKP-Vorsitzende Mies, das Trennende zurückzustellen. Daß sich die DKP der Möglichkeiten und Wirkungen ihrer Bündnispolitik bewußt ist, verdeutlicht die Äußerung ihres Vorsitzenden Mies: „Jeder, der die Realität des außerparlamentarischen Kampfes kennt, weiß, was es bedeutet, wenn das Engagement, die Disziplin und die Organisationskraft von nahezu 50.000 Kommunisten zum Tragen kommt“.

### 2.2.3.1 Aktionseinheit

Als „Kernstück“ ihrer Politik sieht die DKP die Herbeiführung der „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“. Damit versucht sie, ein Zusammenwirken von „Arbeitern, Angestellten und Beamten, deutschen und ausländischen Kollegen, sozialdemokratischen, kommunistischen, christlichen und parteilosen Arbeitern“ zu erreichen. Mit Nachdruck hat sie im Programm ihre Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit Mitgliedern und Anhängern der SPD sowie mit der SPD als Partei herausgestellt. Im Rahmen der 6. Tagung des Parteivorstandes der DKP am 13./14. November 1982 appellierte der DKP-Vorsitzende Mies an die „SPD-Führung“, angesichts der „Rechtskoalition“ und des „Generalangriffs“ auf die Rechte der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften ihr Verhältnis zur DKP zu überdenken und den „Unvereinbarkeitsbeschluß“ aufzuheben. Dieser Beschluß sei in den „Betrieben ohnehin nicht beachtet“ worden. Die „Aktionseinheit“, die Zusammenarbeit von DKP- und SPD-Betriebsgruppen, müsse in allen Betrieben hergestellt werden.

Besondere Bedeutung mißt die DKP der Arbeit in den Gewerkschaften zu, weil sie dort die „breiteste und umfassendste Klassenorganisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten“ sieht. Sie betont, für jeden Kommunisten sei es „selbstverständliche Pflicht“, „ein aktiver Gewerkschafter zu sein und für die Verwirklichung der den Interessen der Arbeiterklasse dienenden Gewerkschaftsbeschlüsse zu kämpfen“, behält sich damit allerdings vor, zu bestimmen, welche Beschlüsse dies sind. Ihr Ziel ist, in Gewerkschaften Einfluß zu gewinnen und sie zu treuen „Bündnisorganisationen“ zu machen. Sie setzt sich daher dafür ein, dem Antikommunismus in den Gewerkschaften keinen Raum zu geben und die „Grundsätze der Einheitsgewerkschaften strikt zu beachten“. Nach ihrer Auffassung sollen die Einheitsgewerkschaften nicht „Stütze für ein brüchiger werdendes kapitalistisches System“, sondern „Kraftzentrum zur Durchsetzung der Klasseninteressen der Arbeiter, Angestellten und Beamten“ sein. Die DKP hält sich an den Satz von Lenin, wonach man zu jedwedem Opfer entschlossen sein müsse und sogar, wenn es sein muß, alle möglichen Schliche und Listen und illegalen Methoden anwenden, die Wahrheit verschweigen und

verheimlichen müsse, nur um in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten.

Der Intensivierung der Gewerkschaftsarbeit der DKP dienen die in allen DKP-Bezirken tätigen „Marxistischen Betriebsarbeiterschulen“, das „Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V.“ (IMSF) sowie die „Nachrichten-Verlags GmbH“ mit Sitz in Frankfurt a.M., die fast ausschließlich Publikationen zu gewerkschaftlichen, betrieblichen sowie sozial- und wirtschaftspolitischen Themen herausgibt, u.a. die monatlich erscheinenden „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik/Gewerkschaftsspiegel“. Knapp drei Viertel der DKP-Mitglieder sind gewerkschaftlich organisiert. Etwa 10 % von ihnen nehmen gewerkschaftliche Funktionen wahr.

### 2.2.3.2 Volksfrontpolitik

Bei ihren Bemühungen, ein „breites antimonopolistisches Bündnis“, eine sog. Volksfront zu bilden, wendet sich die DKP vor allem an Intellektuelle, an bürgerliche Kreise bis hin zu mittleren Unternehmern. Sie will diese Personenkreise in Bündnisse gegen das „Monopolkapital“, und seien sie auch „sachlich und zeitlich noch so begrenzte“, einbeziehen. Daher arbeitet sie „aktiv in demokratischen Bewegungen, Bürgerinitiativen und Bündnissen“ mit.

In einem Beitrag für das theoretische Organ der DKP „Marxistische Blätter“ erläuterte das Mitglied des DKP-Präsidiums Willi Gerns die „Grundsätze kommunistischer Bündnispolitik in demokratischen Bewegungen“ und nannte dabei folgende Schwerpunkte:

- Die DKP müsse „aktiv und initiativ“ in den Bewegungen mitarbeiten, um Einfluß nehmen zu können;
- die DKP trete für „gleichberechtigte partnerschaftliche Zusammenarbeit“ ein. Alle Bündnispartner müßten sich auf gemeinsame Forderungen (Minimalkonsens) einigen und gemeinsam für diese eintreten. Das „Trennende“ müsse beiseite geschoben werden und dürfe das Bündnis nicht belasten;
- die DKP trete für die „größtmögliche Breite“ eines Bündnisses ein. Sie lehne zwar eine Zusammenarbeit mit „maoistischen Organisationen“ ab, ziehe sich jedoch wegen der Beteiligung maoistischer „Restgruppen“ nicht aus „breiten demokratischen Bündnissen“ zurück;
- die DKP bringe „viele“ in die Bewegungen ein, u.a. ihre Organisationskraft und ihre Verbindung mit der internationalen Arbeiterbewegung;
- die DKP wirke in Bündnissen für die „Arbeiterinteressen“; denn die Arbeiterklasse sei die entscheidende Kraft in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen;
- die DKP habe ihre politische, ideologische und organisatorische Selbständigkeit zu wahren. Obwohl die Kommunisten im Bündnis dessen gemeinsame Forderungen in den Vordergrund stellten, müsse die Partei ihre weitergehende Politik vertreten, z.B. dürfe sie nicht darauf verzichten, eine „klassenmäßige Position“ zum „realen Sozialismus“ und zu Polen einzunehmen;

- die DKP sei unverändert bemüht, punktuelle Bündnisse zu umfassenderen antimonopolistischen Bündnissen zu erweitern.

Im Rahmen ihrer „Volksfrontpolitik“ inszeniert die DKP Kampagnen und greift Forderungen auf, die auch von demokratischen Gruppen vertreten werden. Dabei bedient sie sich vor allem von ihr beeinflussten Organisationen (zu den beeinflussten Organisationen vgl. Nr. 2.4). 1982 waren dies von orthodoxen Kommunisten initiierte und geförderte, meist von DKP-beeinflußten Organisationen getragene Kampagnen, vor allem für „Frieden und Abrüstung“ und gegen den „Nachrüstungsbeschluß der NATO“, aber auch gegen „Faschismus und Rechtsentwicklung“, gegen die sogenannten „Berufsverbote“ sowie für die „Arbeitslosen“.

Die **Kampagne für Frieden und Abrüstung** war 1982 das zentrale Agitationsfeld der DKP, ihrer Neben- und von ihr beeinflussten Organisationen. Nach marxistisch-leninistischem Verständnis geht die Bedrohung des Friedens vom „Imperialismus“ aus. Erst in einer Gesellschaft, die nicht mehr auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln und dem Klassegegensatz beruhe, könne der Frieden dauernd gesichert werden. Der Friede sei ein Wesenselement von Sozialismus und Kommunismus. Der Kampf für Frieden und Abrüstung finde seine Ergänzung im Kampf um den Sozialismus.

In ihren auf der 3. Tagung des Parteivorstandes am 6./7. Februar beschlossenen „Vorschlägen der Deutschen Kommunistischen Partei für eine alternative Sicherheitspolitik“ betonte die DKP, daß im Sozialismus die Friedensinteressen der Völker die Politik bestimmten und die großen Ideale des Friedens lebendig seien, die die kommunistische Bewegung seit jeher vertreten hätte. „Durchsetzung einer alternativen Sicherheitspolitik hier und heute — das ist letztendlich vor allem die Entfaltung demokratischer Massenaktionen, um die Herrschenden und Regierenden dazu zu zwingen, den Friedens- und Lebensinteressen des Volkes Rechnung zu tragen. Das ist die Durchführung von großen und kleinen Friedensaktionen in Wohngebieten und Betrieben, an Schulen und Hochschulen. Das ist die ständige Diskussion, das sind Friedensforen mit Vertretern verschiedener politischer und weltanschaulicher Richtungen. Das ist die Bildung von Friedensinitiativen und Friedens-Komitees auf allen Ebenen“. In diesen Vorschlägen der DKP für den „Friedenskampf“ ist das gesamte Spektrum der heutigen „Friedensbewegung“ angesprochen.

Auf der 4. Tagung des Parteivorstandes der DKP am 22./23. Mai hob der DKP-Vorsitzende Mies hervor, daß die DKP ihren aktiven und konstruktiven Beitrag zum verstärkten Zusammenwirken von Arbeiter- und Friedensbewegung leisten werde; denn „Arbeiter- und Friedensbewegung gehören zusammen. Diese Erkenntnis zu einer Sache der ganzen Arbeiterbewegung zu machen, darauf kommt es heute an“. Erklärtes Ziel der DKP ist es nach wie vor, „eine solche Bewegung zu entwickeln, daß die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen politisch undurchführbar wird“.

Bei der Durchführung von Aktionen im Rahmen der Kampagne für Frieden und Abrüstung sowie gegen die „NATO-Nachrüstung“ trat die DKP nicht immer unmittelbar in Erscheinung. Meist lag die Vorbereitung und Durchführung in den

Händen der von ihr beeinflussten Organisationen DFU, KFAZ und DFG-VK sowie örtlicher orthodox-kommunistisch beeinflusster Initiativen.

Die kommunistische **Antifaschismus-Kampagne** wird weitgehend von der DKP-beeinflußten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) getragen. Der Kampf gegen den „Faschismus“ ist für die DKP eine taktische Variante ihres Kampfes für den Sozialismus, basierend auf der Annahme, daß die gesellschaftlichen Wurzeln, aus denen der Faschismus hervorgegangen sei, nicht beseitigt worden seien, da es dem Monopolkapital gelungen sei, „in der heutigen Bundesrepublik“ seine Macht wieder herzustellen.

Nach wie vor bedeutsam ist die **Kampagne gegen die „Berufsverbote“**. Der DKP-Vorsitzende Mies erklärte auf der 3. Tagung des Parteivorstandes am 6./7. Februar, die DKP teile die Meinung der „Internationalen Konferenz gegen die Berufsverbote“, die am 23./24. Januar in Hannover stattfand, „daß die gesamte Berufsverbotspolitik fallen muß; denn Verfahrensänderungen und Gesetzesnovellen können nur Modifikationen erreichen. Alles zu tun für die weitere Stärkung der Bewegung gegen die Berufsverbote, für die Solidarität mit den Berufsverbotsbetroffenen — das ist und bleibt eine vorrangige Aufgabe in unserer Partei“.

Zunehmende Bedeutung erlangte 1982 die **Kampagne gegen die Arbeitslosigkeit**. Auf der 4. Tagung des Parteivorstandes am 22./23. Mai stellte die DKP besonders ihr Engagement für die Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland heraus. Sie betonte: „Überall — von Kiel bis München — gehörten Mitglieder unserer Partei gemeinsam mit SDAJlern, mit anderen Betroffenen und Bedrohten, zu den Initiatoren von Arbeitsloseninitiativen, von vielfältigen Protestaktionen, von Forderungsprogrammen und anderen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten . . . Sehr oft haben Mitglieder unserer Partei den ersten Schritt getan und bei der Gründung von Arbeitsloseninitiativen geholfen“. Von den 1982 in Bayern bekanntgewordenen acht „Arbeitslosenzentren, -initiativen und -selbsthilfen“ wurden fünf von orthodox-kommunistischen Gruppierungen beeinflusst.

Die DKP, ihre Neben- und beeinflussten Organisationen unternehmen weiterhin intensiv **Versuche, auf die Ökologiebewegung Einfluß zu nehmen**, insbesondere durch eine Verbindung der „Friedensbewegung“ mit der Ökologiebewegung. Die DKP sieht in der Umweltschutzbewegung ein „beträchtliches, objektiv antiimperialistisches und antimonopolistisches Potential“, das die „entscheidende Unterstützung der Kommunisten habe“. Die DKP findet wegen ihrer grundsätzlichen Befürwortung des wissenschaftlichen Fortschritts und der friedlichen Nutzung der Kernenergie keinen unmittelbaren Zugang zur Ökologiebewegung. Daher propagiert sie, Ökologiepolitik sei „in erster Linie Friedens- und Abrüstungspolitik“, und „der Erhalt des Friedens ist die wichtigste Umweltschutzaufgabe“. Nach einer nach wie vor gültigen Entschließung des 6. Parteitages der DKP von 1981 ist „eine enge Zusammenarbeit von Ökologie- und Friedensbewegung unabdingbar. Die DKP wird nach Kräften dazu beitragen, gemeinsame Aktivitäten von Umwelt- und Friedensinitiativen zu initiieren und aktiv

zu unterstützen". In Bayern beteiligt sich die DKP regelmäßig an Protestveranstaltungen von Kernkraftwerksgegnern.

Trotz der ideologischen Differenzen waren die DKP, ihre Neben- und beeinflussten Organisationen 1982 vermehrt bereit, die Teilnahme von Gruppen und Mitgliedern der Neuen Linken an Bündnisaktionen zu tolerieren, um für ihre Ziele eine möglichst breite Massenbasis zu gewinnen. Dies zeigte sich vor allem bei der Kampagne für Frieden und Abrüstung.

Im Rahmen dieser Bündnispolitik gelang es den orthodoxen Kommunisten 1982, vor allem im Rahmen der Friedenskampagne, ihren Einfluß weiter zu vergrößern. Sie konnten in erheblichem Umfang auch demokratische Organisationen für eine Beteiligung an Aktionen gewinnen. Sie nutzten aber auch Veranstaltungen demokratischer Organisationen, um vor deren Hintergrund zu agieren, indem sie z.B. ihre Mitglieder aufriefen, daran teilzunehmen, am Rande Flugblätter verteilten oder sich mit eigenen Parolen bei Demonstrationen zeigten. Ein markantes Zeichen dieser Bündnispolitik sind die vielfältigen Aufrufe zu Demonstrationen und sonstigen Veranstaltungen. Unter den Erstunterzeichnern solcher Aufrufe findet sich oft ein relativ konstanter Stamm führender Vertreter linksextremer und linksextrem beeinflusster, aber auch demokratischer Organisationen, die mit ihrer Unterschrift dem Aufruf erst Schubkraft verleihen. Den Erfolg dieser Bündnispolitik zeigten 1982 vor allem die „Ostermärsche“ (ca. 160.000 Teilnehmer im Bundesgebiet), die Großdemonstrationen anlässlich des NATO-Gipfeltreffens am 10. Juni in Bonn (ca. 300.000 Teilnehmer) und die Großveranstaltung „Künstler für den Frieden“ am 11. September in Bochum (ca. 100.000 Teilnehmer).

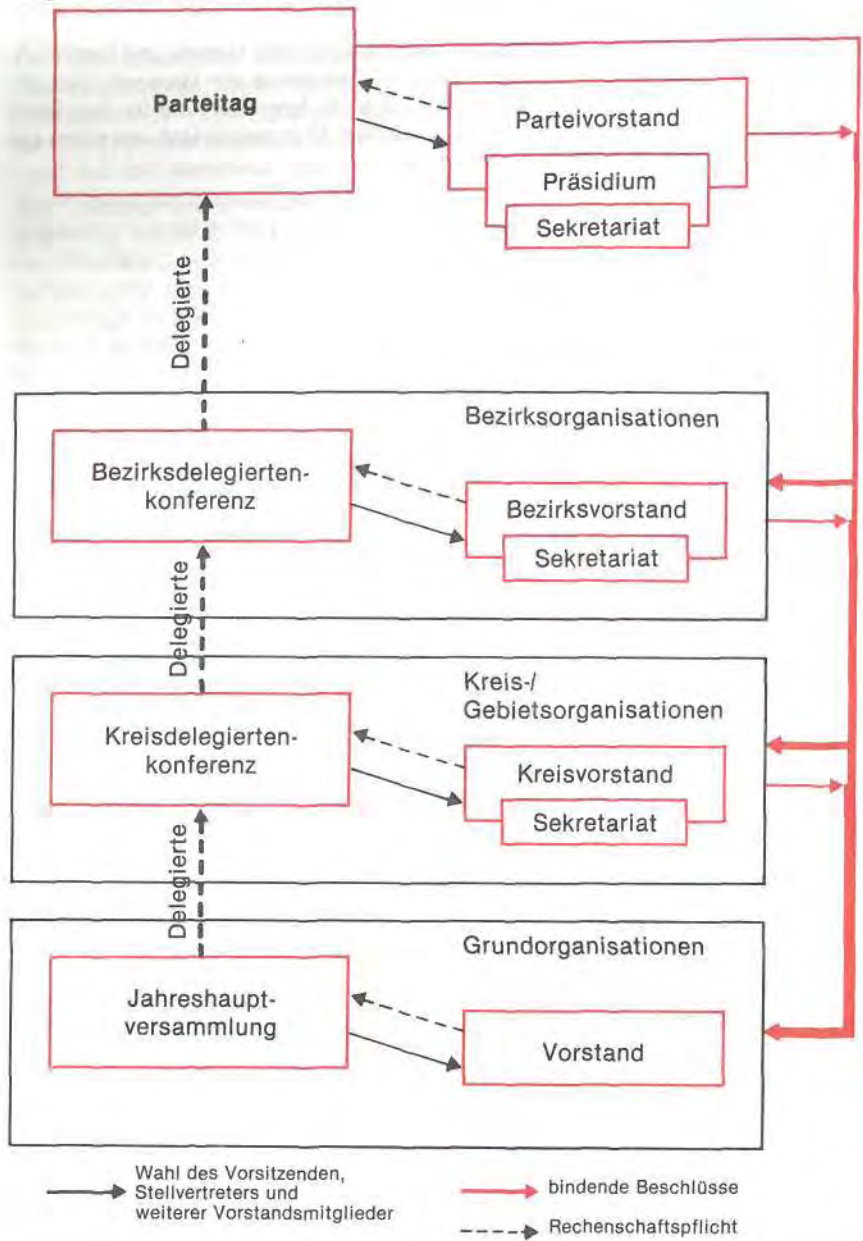
### 2.2.4 Organisation

Die Mitgliederzahl der DKP lag auch 1982 auf Bundesebene bei etwa 40.000 Mitgliedern. In Bayern gab es Ende 1982 rund 3.000 DKP-Mitglieder. Die letzte Etappe des seit Juni 1981 laufenden Wettbewerbes „Stärkung der Partei“ zur Gewinnung neuer Mitglieder und UZ-Abonnenten ging am 15. Januar 1983 zu

#### Entwicklung der Mitgliederzahlen der DKP in Bayern



## Organisationsstruktur der DKP



Stand: 31.12.1982

Ende. Eigenen Angaben zufolge will die DKP nahezu 5.000 neue Mitglieder und 5.800 UZ-Abonnenten geworben haben. Im Gesamtwettbewerb belegten bei den 12 Bezirksorganisationen die Nordbayerns den dritten, die Südbayerns den elften Platz.

Die organisatorische Struktur der DKP änderte sich 1982 nicht. Die DKP gliedert sich in 12 Bezirksorganisationen. Diese sind in Kreis- bzw. Gebietsorganisationen unterteilt, die die bundesweit ca. 1.300 Grundorganisationen, nämlich die Ortsverbände, Stadtteil-, Wohngebiets-, Betriebs- und Hochschulgruppen zusammenfassen. Bayern ist in die Bezirksorganisationen Nord- und Südbayern aufgeteilt. Parteivorsitzender ist seit 1973 Herbert Mies, sein Stellvertreter Hermann Gautier. Vorsitzender im DKP-Bezirk Nordbayern ist Herbert Stiefvater; Anka Konhäuser ist stellvertretende Vorsitzende. Im DKP-Bezirk Südbayern ist Walter Listl Vorsitzender und Heinrich Horrelt sein Stellvertreter.

Die DKP ist in ihrer inneren Struktur nach dem marxistisch-leninistischen Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ aufgebaut (vgl. Schema auf S. 28). Die absolute Verbindlichkeit der Beschlüsse der übergeordneten Einheiten für die untergeordneten sowie das strikte Verbot der Fraktionsbildung gewährleisten die Geschlossenheit der DKP.

In ihrem Ende 1982 veröffentlichten Rechenschaftsbericht gemäß § 23 Parteiengesetz wies die DKP für 1981 Einnahmen in Höhe von 15,1 Mio DM (1980: 15,7 Mio DM) aus, davon 5,8 Mio DM an Mitgliedsbeiträgen und 6,5 Mio DM an Spenden. In dem Spendenbetrag sind dreizehn Einzelspenden von 22.000 DM und mehr mit einem Gesamtbetrag von 759.788 DM enthalten. Darüber hinaus erbrachten die Parteimitglieder Sach-, Werk- und Dienstleistungen in Höhe von 5 Mio DM. Für die DKP-Bezirksorganisation Nordbayern sind für 1981 699.542 DM (1980: 520.426 DM), für die DKP-Bezirksorganisation Südbayern für 1981 703.566 DM (1980: 796.755 DM) an Gesamteinnahmen ausgewiesen.

Zwar behauptet die DKP, sie finanziere sich ausschließlich aus diesen Einnahmequellen, tatsächlich war sie aber auch 1982 nicht in der Lage, die Ausgaben für den aufwendigen Parteiapparat, die zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen sowie die umfangreiche publizistische Agitation aus dem eigenen Parteiaufkommen zu bezahlen. Es liegen Anhaltspunkte vor, daß die DKP auch 1982 für ihre Partearbeit, für ihre Nebenorganisationen sowie für die von ihr geförderten Verlage, Publikationen usw. Zuschüsse von weit mehr als 60 Millionen DM aus der DDR erhalten hat.

### **2.2.5 Publikationen, Verlage und sonstige Propagandaträger**

Die wichtigste Publikation der DKP ist ihr täglich erscheinendes Zentralorgan „Unsere Zeit — Die Zeitung der arbeitenden Menschen — Zeitung der DKP“ (UZ). Sie erschien 1982 an Werktagen in einer Auflage von etwa 25.000, freitags (Wochenendausgabe) in einer Auflage von etwa 50.000 Exemplaren. Für die DKP ist die UZ, getreu der Anweisung Lenins, „nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator“.

Die Forderungen und Vorschläge der DKP zu aktuellen Themen werden nicht nur in UZ-Artikeln, sondern auch in Broschüren veröffentlicht. 1982 erschienen

u.a. die Broschüren „Der Kampf der Kommunisten gegen Remilitarisierung und NATO“ und „Die Herausbildung der beiden deutschen Staaten — wer spaltet Deutschland“. Mit einer überarbeiteten Auflage der Broschüre „Das Pulverfaß — Rüstungs- und Raketenzentrum Südbayern“ und dem Falblatt „DKP: Stoppt den Tiefflugterror! Pulverfaß Oberland“ setzte die DKP in Bayern ihre bereits 1978 begonnene Aktion „Pulverfaß“ fort.

Große Bedeutung mißt die DKP ihren Kleinzeitungen bei. 1982 erschienen in Bayern über 50 Kreis-, Orts-, Stadtteil- und Wohngebietszeitungen der DKP, viele jedoch nur gelegentlich. Neben bundesweiten Themen wie „Gegen Raketen und Rotstift“, „Krefelder Appell“, „Friedensbewegung“, „NATO-Raketenbeschluß“, „Berufsverbot“ und „atomwaffenfreie Zonen“ wurden in den Ausgaben dieser Kleinzeitungen auch örtliche Probleme behandelt. An Betriebszeitungen, dem wichtigsten Propagandamittel der DKP-Betriebsgruppen, wurden 1982 etwa 30 bekannt. Von ihnen erschien etwa ein Drittel nur sporadisch. Als Anleitung für das Abfassen der Kleinzeitungen verteilte der DKP-Parteivorstand monatlich die Broschüre „Info-Dienst“. Ferner gab er das „Handbuch für Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen der DKP“ heraus.

Der DKP-Verlag „Marxistische Blätter“ in Frankfurt a.M. gibt das gleichnamige Organ heraus, das sich hauptsächlich mit „Problemen der Gesellschaft, Wirt-



schaft und Politik" befaßt. In den mehr als 10 Jahren seines Bestehens publizierte der Verlag darüber hinaus über 500 Bücher zu Themen der marxistischen Theorie und Praxis.

Die DKP-beeinflußte „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler" hat sich zum Ziel gesetzt, mit ihrer Literatur als „Waffe im Klassenkampf" den Weg zum Sozialismus zu weisen. Nach Ansicht der DKP soll das „fortschrittliche Buch" dazu dienen, die Bindung an die Partei zu festigen und zur Lösung politisch-ideologischer Probleme beizutragen. Der „Arbeitsgemeinschaft" gehörten 1982 14 Verlage und ca. 30 „kollektiv"-Buchhandlungen an. „Kollektiv"-Buchhandlungen in Bayern, die unter der Firmierung „Libresso"-Buchzentren laufen, gibt es in Erlangen, München, Nürnberg und Regensburg. Die Verlage decken thematisch mit ihren periodischen Schriften und der sonstigen Literatur alle „Kampffelder" der DKP, ihrer Nebenorganisationen und von ihr beeinflusster Organisationen ab. Sie haben sich im einzelnen aber weitgehend auf bestimmte Bereiche spezialisiert. Für Bayern ist der Damnitz Verlag in München zu erwähnen, der die „Literarische Vierteljahresschrift ‚kürbiskern' — Literatur, Kritik, Klassenkampf" sowie „tendenzen — Zeitschrift für engagierte Kunst" druckt. Zu den Herausgebern des „kürbiskern" gehören drei DKP-Funktionäre. Im Redaktionskollektiv der Zeitschrift „tendenzen" befindet sich ein Mitglied des Parteivorstandes der DKP.

Bundesweite „Hausdruckerei" der DKP ist die Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH in Neuß. Sie druckt die „UZ" und die Mehrzahl aller Publikationen der Orthodoxen Linken.

Ein weiterer Propagandaträger ist die „UNIDOC Film GmbH" in München. Geschäftsführung und Gesellschafteranteile der 1970 gegründeten Firma liegen in Händen von DKP-Funktionären. Nach Angaben ihres Leiters sieht sie es als „wichtigste Zielsetzung" an, „die DKP in ihrem Kampf zu unterstützen". Das Verleihprogramm umfaßt u.a. Filme zum „politischen und sozialen Kampf in Westdeutschland", zum „Aufbau des Sozialismus", zur „internationalen Solidarität" und „gegen Faschismus und Krieg".

Eine propagandistische Steuerungsfunktion kommt auch der im November 1979 gegründeten „Marx-Engels-Stiftung e.V." in Wuppertal zu. Sie will der Öffentlichkeit durch Veranstaltungen, Publikationen und eine ständige Ausstellung „Kenntnisse über die heutige Wirksamkeit der Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels" vermitteln. Ihr Vorstandsvorsitzender ist der DKP-Vorsitzende Herbert Mies.

## 2.2.6 Schulung

Die DKP betrachtet es als erstrangige ideologische und politische Aufgabe, „den Arbeitern und anderen Werk tätigen Einsichten in die eigene Klassenlage und den unversöhnlichen Gegensatz zwischen ihren Klasseninteressen und den Macht- und Profitinteressen des Großkapitals zu vermitteln und klassenmäßige Erkenntnisse zu vertiefen". Diesem Ziel sowie der Verwirklichung des Prinzips der kommunistischen Partei als einer „Gemeinschaft von Gleichgesinnten"

dient die intensive Schulung der DKP-Mitglieder. Diese umfaßt Schulungsabende und Studienzirkel in den Parteigruppen, Kurse der „Marxistischen Abend-schulen“ (MASCH) und der „Marxistischen Betriebsarbeiterschulen der DKP“ sowie Kurse und Lehrgänge an der Karl-Liebknecht-Schule der DKP in Leverkusen. An dieser Schule fanden 1982 rund 40 Wochenlehrgänge statt. Die eigens zur Schulung von Angehörigen der DKP eingerichtete SED-Parteischule „Franz Mehring“ in Berlin (Ost) und das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der KPdSU in Moskau boten auch 1982 Schulungsmöglichkeiten für DKP-Funktionäre.

Die „Marxistische Arbeiterbildung — Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus“ (MAB) arbeitet mit über 50 Bildungsgemeinschaften zusammen, die mit Unterstützung insbesondere der DKP-Kreisorganisationen die „Marxistischen Abend-schulen“ (MASCH) betreiben. Ihre Kurse, die auch Nichtparteimitgliedern offenstehen, arbeiten auf der Grundlage einer von der MAB herausgegebenen „Seminarplansammlung“ und umfassen das Studium der marxistischen politischen Ökonomie und des „wissenschaftlichen Sozialismus“. Bundesvorsitzender der MAB ist der frühere Vorsitzende der DKP-Südbayern und jetziges DKP-Parteivorstandsmitglied Hans Schneider.

Als gesellschafts- und sozialwissenschaftliches Institut der DKP ist das „Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF) in Frankfurt a.M. anzusehen. Leiter des Institutes ist das DKP-Parteivorstandsmitglied Dr. Heinz Jung. MASCH und MAB haben gemeinsam mit dem IMSF die Aufgabe, „den originären Marxismus, die Theorie von Marx, Engels und Lenin zu verbreiten und schöpferisch auf die Bedingungen des Klassenkampfes in der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden“.

In den Mittelpunkt des Bildungsjahres 1982/83 stellte die DKP „Die großen Entdeckungen des Marxschen Werkes“. Themen sind u.a. die „Rolle der Volksmassen im Kampf um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt“, „Grundsätze kommunistischer Bündnispolitik in demokratischen Bewegungen“, sowie „Die Konstituierung der DKP und ihr heutiger Platz in der demokratischen und Arbeiterbewegung.“

Daneben plant die DKP öffentliche Schulungen, zu denen auch „sozialdemokratische und andere Kollegen“ eingeladen werden sollen.

### 2.2.7 Betriebsarbeit der DKP

Die DKP ist auf dem Gebiet der Betriebsarbeit nach wie vor die führende extremistische Kraft. Für sie sind die Betriebe das „Hauptfeld des Klassenkampfes“. Hier sieht die DKP „die besten Möglichkeiten, den Arbeitern die Unversöhnlichkeit ihrer Klasseninteressen mit denen der Bourgeoisie bewußt zu machen“. Die DKP handelt getreu der Devise Lenins: „Die Agitation unter den Arbeitern besteht darin, an allen spontanen Kampfaktionen der Arbeiterklasse, an allen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Kapitalisten wegen Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsbedingungen teilzunehmen“. Dementsprechend versucht die DKP intensiv, sich so darzustellen, daß sie in den Betrieben in besonderer Weise Belange und Anliegen der Arbeitnehmerschaft vertritt.

## DKP-Betriebszeitungen



Träger dieser Betriebsarbeit sind vorrangig die Betriebsgruppen, die nach dem Parteistatut wichtigsten Grundorganisationen der Partei. Die herausgehobene Stellung der DKP-Betriebsgruppen verdeutlicht die Forderung des DKP-Vorsitzenden Mies auf der 6. Tagung des Parteivorstandes am 13./14. November: „Die ganze Partei muß sich konsequent der Arbeiterklasse, der Arbeit in den Betrieben, der Aufgabe der weiteren Stärkung der Betriebsgruppen zuwenden.“ Es sollen neue Impulse gegeben werden, damit „unsere Arbeit in den Betrieben intensiviert wird, daß die bestehenden Betriebsgruppen gestärkt und neue Betriebsgruppen gegründet werden“. Wo nach dem Parteistatut die Voraussetzungen für die Gründung einer Betriebsgruppe noch nicht gegeben sind, sollen „Betriebsaktivs“ geschaffen werden. In sie sollen Mitglieder aus Wohngebiets- und Hochschulgruppen zeitweilig delegiert werden, die den „Genossen des Betriebes alle Hilfe und Unterstützung zu geben“ haben.

Die wesentliche Aufgabe der Betriebsgruppen besteht darin, DKP-Mitglieder in den Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern zu unterstützen und in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen „den Standpunkt der Arbeiterklasse überzeugend zu vertreten“.

Mitglieder, die in Betrieben und Gewerkschaften wichtige Funktionen ausüben oder erlangen sollen, werden in den „Marxistischen Betriebsarbeiterschulen der DKP“ intensiv geschult. Diese Lehrgänge haben das Ziel, Betriebsarbeitern eine gründliche und systematische Einführung in die wichtigsten Bereiche des Marxismus-Leninismus zu geben. Neben der allgemeinen theoretischen Schulung wurde auch 1982 Betriebsarbeitern vor allem an Hand aktueller Themen wie „Friedensarbeit im Betrieb“, „Mietstopp“ oder „soziale Demontage“ in Betriebsarbeiterraussprachen, -beratungen und -seminaren die Anwendung der

kommunistischen Ideologie erklärt. Die Seminare dienen zugleich dazu, Fortbildungsthemen wie „Imperialismustheorie“, „Stamokap“ und „Kapitalistische Krise“ zu vertiefen und zu aktualisieren.

Die Zahl der in Bayern bekannten Betriebsgruppen betrug wie im Vorjahr etwa 35. Auch die Mitgliederzahl der Gruppen veränderte sich kaum. Die Aktivitäten nahmen jedoch zu. Die Zahl der bekanntgewordenen Betriebszeitungen erhöhte sich auf etwa 30.

### **Anzahl der in Bayern bekannt gewordenen Betriebsgruppen und -zeitungen**

	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Betriebsgruppen	49	49	46	30	30	35	35
Betriebszeitungen	38	32	61	27	27	25	30

Schwerpunktmäßig bestehen Betriebsgruppen in der Metallindustrie. Ferner bemühte sich die DKP 1982 verstärkt, im öffentlichen Dienst tätige DKP-Mitglieder zu „Betriebsgruppen Öffentlicher Dienst“ lokal zusammenzufassen.

Die DKP konzentriert sich vor allem auf Großbetriebe. Sie sieht die Organisiertheit und Kampfkraft der Arbeiter in den Großbetrieben als wichtigsten „vereinigenden Faktor“. Die industriellen Großbetriebe seien „die Zentren der ökonomischen Macht des Industrie-, Bank- und Finanzkapitals, zugleich aber auch Konzentrationspunkte der Arbeiterklasse und des Klassenkampfes“. Nach Auffassung des DKP-Vorsitzenden Mies ist daher „die Verankerung unserer Partei, die Stärkung und Aktivität unserer Betriebsgruppen in den Groß- und Konzernbetrieben das Kernstück unserer Orientierung auf die Arbeiterklasse... Es ist ein anspruchsvolles, aber lohnendes Kampfziel, in einem überschaubaren Zeitraum, auch schon mit Blick auf den nächsten Parteitag, zu erreichen, daß in den meisten dieser Konzern- und Großbetriebe wirkungsvolle kommunistische Arbeit geleistet wird.“

### **2.2.8 Wahlbeteiligung**

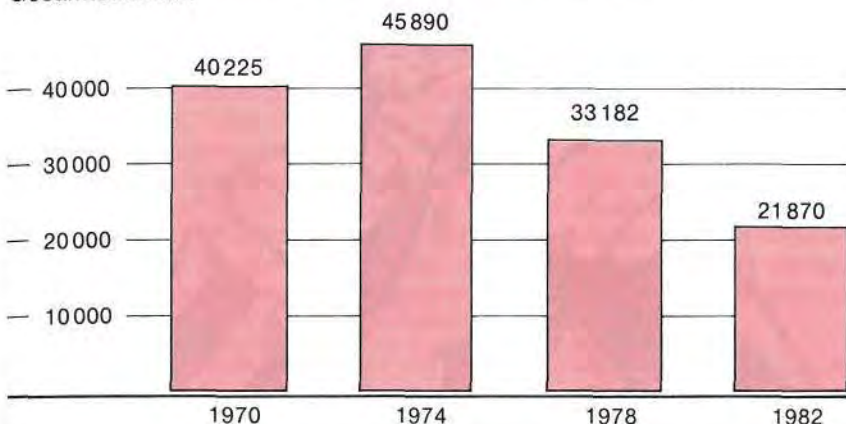
Mit Beginn des Jahres 1982 verstärkte die DKP in Bayern ihre Vorbereitungen für die Landtags- und Bezirkswahl am 10. Oktober. Mit 200 Kandidaten, davon 99 Stimmkreisbewerbern, beteiligte sie sich zum vierten Male seit ihrer Gründung in ununterbrochener Reihenfolge an der Landtagswahl. Am stärksten war sie mit 62 Kandidaten im Wahlkreis Oberbayern vertreten, während für die Wahlkreise Oberpfalz und Niederbayern die wenigsten Kandidaten benannt wurden. Mehrfach warben Kandidaten der DKP auch mit ihrer Zugehörigkeit zu Gewerkschaften sowie mit ihren Funktionen in Betrieb und Gewerkschaft (Betriebsrat, Vertrauensmann u.ä.).

Die DKP-Bezirksorganisationen Nord- und Südbayern führten ihren finanziell aufwendigen Wahlkampf mit den Schlagworten „Gegen Rotstift und Raketen,

für Arbeitsplätze, wir wollen in Frieden leben!“. Hohen propagandistischen Stellenwert nahmen Straßen- und Stadtteilstadt ein.

Trotz ihrer Anstrengungen büßte die DKP gegenüber der Landtagswahl 1978 fast ein Drittel an Stimmen ein. Während sie 1978 noch 33.182 Gesamtstimmen (= 0,3 %) erzielte, waren es bei der Landtagswahl 1982 noch 21.870 Gesamtstimmen (= 0,2 %). Ihre besten Stimmsergebnisse erzielte sie mit je 0,5 % in den Wahlkreisen Schwandorf, Nürnberg-Nord und Fürth-Stadt. Im einzelnen sind die Wahlergebnisse im Anhang 3 abgedruckt.

### Wahlergebnisse der DKP bei Landtagswahlen in Bayern Gesamtstimmen



In einer gemeinsamen Stellungnahme der Bezirksvorstände Nord- und Südbayern zum Ausgang der Wahl hieß es, zahlreiche Wähler, die eigentlich den Argumenten und Vorschlägen der DKP zustimmten, hätten sich angesichts der politischen Veränderungen in Bonn und unter dem Eindruck der „undemokratischen“ 5-Prozent-Klausel für die Wahl der SPD oder der „Grünen“ entschlossen. Das Wahlergebnis unterstreiche die Notwendigkeit des Bündnisses aller demokratischen und linken Kräfte in den außerparlamentarischen Aktionen wie im Kampf um parlamentarische Vertretungen.

#### 2.2.9 Aktivitäten

Agitationsschwerpunkte der DKP waren 1982 die Kampagnen für den „Krefelder Appell“, gegen den „Nachrüstungsbeschluß der NATO“, Aktionen für „atomwaffenfreie Zonen“, der „Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit“, gegen die „Rotstiftpolitik“ und gegen die „Berufsverbote“.

Unter der Losung „Statt Raketen — Arbeit und Moneten — Mach mit!“ forderte die DKP in einem Aufruf zum 1. Mai alle Arbeiter und Angestellten auf, an den eigenen Maiveranstaltungen sowie an Demonstrationen und Kundgebungen des

**Am 10. Oktober  
zur Landtagswahl**

**Statt Raketen:  
Arbeit & Moneten**



**Wählt Richard Konhäuser!**

**Wählt DKP**

DGB teilzunehmen. Angesichts der „rücksichtslosen Demontage“ des sozialen Netzes und einer „Rotstiftpolitik, die Rüstung und Unternehmerprofit über alles stelle“, müsse der 1. Mai „ein Tag des Protestes und der Mobilisierung gegen die schlimmsten Geißeln des kapitalistischen Systems“, d.h. gegen Kriegsgefahr und Arbeitslosigkeit werden.

Führende Funktionäre der DKP erläuterten auf einer Pressekonferenz am 14. Mai in Bonn die Vorschläge der DKP „Für eine demokratische und soziale Wohnungspolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung“. Nach Ansicht der DKP könne eine „endgültige Lösung“ des Wohnungsproblems erst im Sozialismus erfolgen. Zur aktuellen Bekämpfung der Wohnungsnot unterstütze die DKP außerparlamentarische Aktivitäten der „Arbeiterjugend, der Schüler und Studenten, der demokratischen Mieter- und Bürgerinitiativen“. Wer ein leerstehendes Haus besetze, nehme sein „Recht auf Demonstration, auf freie Entfaltung“ und das „Widerstandsrecht des Grundgesetzes“ wahr.

Vom 18. bis 20. Juni veranstaltete die DKP in Duisburg unter der Bezeichnung „UZ-Volksfest '82“ das 5. Pressefest ihres Zentralorgans „Unsere Zeit“ (UZ), an dem nach eigenen Angaben rund 400.000 Personen teilnahmen. Als Gäste waren Vertreter von 35 „Bruderparteien“ und ihren Zeitungen anwesend. Der UZ-Chefredakteur Georg Polikeit erklärte, das UZ-Pressefest habe die „Bündnisbereitschaft und Bündnisfähigkeit“ der DKP bekräftigt. Wie bei früheren Pressefesten war Hauptanziehungspunkt das Unterhaltungsprogramm, bei dem nach Angaben der DKP etwa 1.000 Künstler und Darsteller aus der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und dem Ausland mitwirkten.

Die DKP, ihre Nebenorganisationen und einige DKP-beeinflußte Vereinigungen verstärkten im Juli ihre Solidaritätsaktionen für die „Palästinensische Befreiungsorganisation“ (PLO). Sie initiierten „Solidaritätsveranstaltungen“ und sammelten Spenden für die Opfer der „israelischen Aggression“. Die DKP übergab der PLO eine Spende von 5.000 DM. Die „Jungen Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation“ (JP) spendeten ebenfalls 5.000 DM. Das DKP-beeinflußte „Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika“ (ASK) überreichte dem PLO-Vertreter 15.000 DM.

In einer „programmatischen Antwort“ auf den „Regierungsantritt der Rechtskoalition“ bezeichnete die DKP im Oktober ihren Kampf um eine „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ als notwendiger denn je. Ausgangspunkte hierfür seien „die Verhinderung des NATO-Raketenbeschlusses, die Durchsetzung eines 50-Milliarden-Beschäftigungsprogramms, die Abwehr der sozial-reaktionären Rotstiftpolitik und die Verteidigung der demokratischen Rechte“. Angesichts der veränderten politischen Verhältnisse eröffneten sich der Partei „neue Möglichkeiten“, diese Aufgaben mit Teilen der Sozialdemokratie und Gewerkschaften, mit „sozial-liberalen oder linksliberalen Kräften“ sowie mit der „grün-alternativen Bewegung“ zu verwirklichen. Vorrang habe dabei der außerparlamentarische Kampf. Es gelte aber auch, „fortschrittliche“ Positionen in den Parlamenten durch „Formierung breiter Bündnisse“ zu erringen. Diese „Orientierung“ sei der „Schlüssel . . . für grundsätzliche antimonopolistische Umgestaltungen, mit denen der Weg zum Sozialismus in unserem Lande geöffnet werden“ könne.

Auf der Grundlage der Beschlüsse des 6. Parteitages der DKP von 1981 steckten die DKP-Bezirksorganisationen Nord- und Südbayern den Rahmenplan für 1982 ab und agitierten schwerpunktmäßig. Besonders betont wurde die „weitere Förderung der Friedensbewegung im Zusammenwirken mit anderen Friedenskräften“. Als konkreten Schwerpunkt stellte die DKP-Nordbayern die Bewegung gegen den Bau einer geplanten Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe bei Wackersdorf bei Schwandorf heraus. Entsprechende Aktivitäten der Bürgerinitiative gegen die Wiederaufarbeitungsanlage wurden unterstützt.

Nach einer Erklärung des Präsidiums und der Sekretariate Nord- und Südbayern der DKP zum Rhein-Main-Donau-Kanal steht die DKP der Fertigstellung des Projektes grundsätzlich positiv gegenüber. Nach Auffassung der DKP werde der Kanal wichtige Voraussetzungen für eine Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen „kapitalistischen und sozialistischen Staaten“ Europas schaffen und durch seine „völkerverbindende Rolle“ zur Festigung der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen beitragen.

Die DKP hat mit ihrer Agitation für „atomwaffenfreie Zonen“ im August auch in der Landeshauptstadt München begonnen. Der erste Antrag für eine „atomwaffenfreie Zone“ in München war bereits im Frühjahr von einem DKP-Funktionär auf einer Bürgerversammlung gestellt worden. In zahlreichen DKP-Kleinzeitungen und Flugschriften mit der Schlagzeile „Hiroshima mahnt: München atomwaffenfrei — keine Raketen in unser Land!“ wurde der Münchner Stadtrat aufgefordert, die Stadt zur „atomwaffenfreien Zone“ zu erklären. Mit einer am 6. August (Jahrestag des Abwurfs der Atombombe auf Hiroshima) eingeleiteten Unterschriftenaktion will die DKP ihrer Forderung Nachdruck verleihen. Die Unterschriftenaktion wird von der „Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung“ (BIFA), einer örtlichen Gruppierung des DKP-beeinflußten KFAZ, unterstützt.

In zahlreichen Städten Bayerns verteilten Angehörige der DKP wieder zum Schulanfang Schultüten an die ABC-Schützen. Zugleich erhielten die Eltern ein Flugblatt, in dem der jeweilige DKP-Stimmkreiskandidat die „Rotstiftpolitik“ der Regierung anprangerte, die insbesondere die Familien mit Kindern treffe und auch vor Schulen nicht haltmache.

### 2.2.10 Steuerung der DKP durch die SED

Die DKP wird von der SED angeleitet und umfassend unterstützt (zur finanziellen Unterstützung vgl. Nr. 2.2.4). Zahlreiche „Arbeitsgespräche“ zwischen SED- und DKP-Funktionären sicherten auch 1982 die Kontrolle der DKP durch die SED. Dafür ist die sogenannte „Westabteilung“ beim Zentralkomitee (ZK) der SED verantwortlich, deren Leiter das SED-ZK-Mitglied Prof. Herbert Häber ist. Darüber hinaus sind den Bezirksorganisationen der SED jeweils Bezirksorganisationen der DKP als „Patenbezirk“ zugewiesen. In Bayern sind dies für die DKP-Bezirksorganisation Nordbayern der SED-Bezirk Suhl und für die DKP-Bezirksorganisation Südbayern der SED-Bezirk Gera. Zur Festlegung des Kurses der DKP und zur Abstimmung aktueller „Kampfaufgaben“ wird alljährlich

zwischen den Führungen von SED und DKP ein Rahmenplan festgelegt, innerhalb dessen die SED- und DKP-Bezirksorganisationen ihre jährlichen schriftlichen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit auf „Patenbezirksebene“ treffen.

Die intensiven Kontakte zeigten sich auch 1982 in häufigen Reisen von DKP-Funktionären und -Mitgliedern in die DDR. Umgekehrt wurde auch 1982 eine große Zahl einreisender DDR-„Reisekader“ — allein nach Bayern über 900 — festgestellt. Diese sind Funktionäre, die im Rahmen der „Westarbeit“ der SED einen Auftrag im Bundesgebiet zu erfüllen haben. Zu den „Reisekadern“ zählen neben Funktionären der SED und anderer DDR-„Massenorganisationen“, die Kontakte zur DKP und ihr nahestehenden Organisationen durch Gespräche und Vorträge pflegen, auch Wissenschaftler, die neben ihrem eigentlichen beruflichen Auftrag politisch agitieren und Informationen gewinnen sollen. Die DDR-„Reisekader“ haben über Reiseverlauf und Gespräche ausführliche Berichte anzufertigen, die von der SED und dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR ausgewertet werden.

Weitere Unterstützung erhält die DKP durch die SED, indem sie Einrichtungen in der DDR für die Schulung (vgl. Nr. 2.2.6), Unterstützung und Betreuung westdeutscher Kommunisten zur Verfügung stellt. Hierzu zählen auch die Ferienaktionen der DKP-Nebenorganisation „Junge Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation“ (JP) „Wir fahren in ein kinderfreundliches Land“. Für verdiente Kader der DKP organisiert und finanziert die SED Urlaubs-, Krankenhaus- und Kuraufenthalte in der DDR. Zahlreiche Unterlagen der DKP werden in die DDR verbracht und dort in SED-Archiven aufbewahrt, insbesondere Kaderunterlagen der DKP-Mitglieder.

Den gegenseitigen Kontakten dienen auch über 100 erkannte gemeinsame Reisen von DKP-Mitgliedern und Nichtmitgliedern aus Bayern in die DDR. Diese dienen dem Ziel, „Vorurteile“ gegenüber dem „realen Sozialismus“ abzubauen. Der Leiter der Abteilung Organisations- und Personalpolitik beim Parteivorstand der DKP erklärte: „Bei nicht wenigen gibt erst eine Reise in die DDR oder in ein anderes sozialistisches Land den ersten Impuls für den Eintritt in unsere Partei. . . Wir sind bemüht, diesen Prozeß mit allen Mitteln zu fördern“.

### 2.2.11 Internationale Kontakte der DKP

Abgesehen von den traditionellen Verbindungen zur Mutterpartei KPdSU und der Bruderpartei SED vertiefte die DKP auch 1982 ihre freundschaftlichen Beziehungen zu anderen kommunistischen Parteien durch gegenseitige Besuche, Treffen und bei internationalen Großveranstaltungen kommunistischer Parteien. Die DKP- und SED-Pressemeldungen stellten Begegnungen mit Polen, der Tschechoslowakei, Frankreich, den USA, Portugal, Dänemark, Indien, Vietnam, Zypern, Irland, Belgien, Guyana, Ungarn, dem Libanon, Österreich und Großbritannien heraus. Am 1./2. März besuchte eine DKP-Delegation die „Polnische Vereinigte Arbeiterpartei“ (PVAP) in Warschau. Vertreter des DKP-Parteivorstandes und der „Französischen Kommunistischen Partei“ (KPF) sprachen am 14. Mai in Paris über den „Friedenskampf“ beider Parteien und vereinbarten,

ihre Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu verstärken. Am 12. Juli empfing der DKP-Vorsitzende Mies in Düsseldorf ein Mitglied des Politbüros des ZK der „Palästinensischen Kommunistischen Partei“ (PKP). Mies betonte „die enge Verbundenheit“ der DKP mit der PKP und bekräftigte seine Solidarität mit der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO). Um die „Zusammenarbeit der Kommunisten, der Friedenskräfte und Demokraten beider Länder“ zu vertiefen, hielt sich auf Einladung der DKP der Generalsekretär der KP der USA Gus Hall vom 24. bis 31. Oktober in der Bundesrepublik Deutschland auf. Hall wurde mit der „Ehrenplakette der DKP“ ausgezeichnet. Beim 11. Parteitag der „Kommunistischen Partei Griechenlands“ (KKE-Ausland) vom 14. bis 19. Dezember in Athen waren Gäste von rund 50 „Bruderparteien“ anwesend, darunter auch eine DKP-Delegation unter der Leitung des DKP-Vorsitzenden Mies.

### 2.3 Nebenorganisationen der DKP

Die DKP wurde auch 1982 bei ihren politischen Aktivitäten in weiten Bereichen durch ihre Nebenorganisationen unterstützt. Diese sind zwar organisatorisch selbständige Vereinigungen mit eigenen Satzungen und Führungsgremien. Sie ordnen sich aber politisch der DKP unter und bekennen sich wie diese zum *Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung*. Maßgebende Funktionen nehmen DKP-Mitglieder wahr. Solche Nebenorganisationen sind wie bisher die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), der Marxistische Studentenbund Spartakus (MSB Spartakus) und die Jungen Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation (JP).

#### 2.3.1 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Die SDAJ wurde am 4./5. Mai 1968 in Essen gegründet. Sie ist nach wie vor die mitgliederstärkste Nebenorganisation und bedeutendste Kaderreserve der DKP. Mit dieser kämpft sie gemeinsam für eine „sozialistische Ordnung“ in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Vorbild der DDR. Nach ihrem „Aktionsprogramm für die fünf Grundrechte der Jugend“ will die SDAJ die „sozialistische Bundesrepublik“ im „entschiedenen Klassenkampf“ erreichen. Sie bekennt sich zu einem Sozialismus nach den Ideen von Marx, Engels und Lenin und will die revolutionären Traditionen der Arbeiterjugendbewegung fortsetzen.

Die SDAJ ist eine der aktivsten Mitgliedsorganisationen des prosowjetischen „Weltbundes der Demokratischen Jugend“ (WBDJ). Sie pflegt vor allem mit der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR und der sowjetischen Jugendorganisation „Komsomol“ „freundschaftliche Verbundenheit“. So nahm eine Abordnung der SDAJ an der XI. Generalversammlung des WBDJ vom 3. bis 9. Juni in Prag teil. Auf Einladung des „Komsomol“ hielt sich vom 9. bis 11. Februar eine Delegation des SDAJ-Bundesvorstandes in Moskau auf und vereinbarte eine enge Zusammenarbeit zwischen SDAJ und dem „Komsomol“ für 1982. Beide Verbände wollen ihre Aktivitäten gegen die Stationierung neuer US-Raketen verstärken und sich für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den „demokratischen“ Jugendverbänden und der „Friedensbewegung“ einsetzen. Vom 28. September bis 3. Oktober führte die SDAJ eine bundesweite Veranstaltungswoche zum Thema „So lebt die Jugend in der DDR“ mit Angehörigen der

„Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) durch. In Bayern fanden derartige Veranstaltungen in Landshut, München, Nürnberg, Schweinfurt und Vilshofen statt. Im Rahmen dieser Veranstaltungen berichteten Jugendliche aus der DDR über Schul-, Wohn- und „Friedenspolitik“ in ihrem Land.

Am 6./7. März führte die SDAJ in Düsseldorf unter dem Motto „Her mit dem ganzen Leben, Frieden — Arbeit — Bildung“ ihren VII. Bundeskongreß durch. Der wiedergewählte Bundesvorsitzende Werner Stürmann, Mitglied des Präsidiums der DKP, bekannte sich erneut zu den Ideen von Marx, Engels und Lenin, zur DKP und zum „realen Sozialismus“.

Nach wie vor hat die SDAJ bundesweit etwa 15.000 Mitglieder. Die Mitgliederzahl der SDAJ in Bayern hat sich unwesentlich erhöht und lag Ende 1982 etwas über 1.000 (1981: 950).

### Entwicklung der Mitgliederzahlen der SDAJ in Bayern



Die organisatorische Struktur der SDAJ blieb 1982 unverändert. Es bestehen Landesverbände, die ihrerseits in Kreisverbände und Ortsgruppen unterteilt sind. Nach eigenen Angaben will die SDAJ bundesweit über 835 Gruppen, darunter 104 Betriebsgruppen, verfügen. In Bayern gibt es in Anlehnung an die Organisation der DKP die Landesverbände Franken/Oberpfalz und Südbayern.

Sprachrohr der SDAJ ist „elan — das Jugendmagazin“. Es erscheint monatlich in einer Auflage von 30.000 Exemplaren. In Bayern wurden 1982 zehn Kleinzeittungen der SDAJ bekannt.

Auf der Wahrburg — Gut Wahrberg in Aurach, Kreis Ansbach, befindet sich die zentrale Ausbildungsstätte für SDAJ-Mitglieder, die auch von der DKP und den JP genutzt wird. 1982 fanden dort zahlreiche, meist einwöchige Lehrgänge für Gruppenleiter, Kreis- und Vorstandsmitglieder statt. Themen wie „Sozialismus, unser Ziel“, „Was ist Ausbeutung?“ und „Was sind Klassen?“ wurden in den Lehrgängen abgehandelt. In dieser SDAJ-Schulungsstätte wurde vom 15. bis 22. August das 6. „Victor-Jara-Treffen“ abgehalten. Die Veranstaltung, an der rund 500 Personen teilnahmen, stand unter dem Motto „Jugend, Frieden und Kultur“.

- DREI TAGE - AN PFINGSTEN - IN DER OBERPFALZ - ZUSAMMEN UND DRAUSSEN -

# ANTI-ATOM FESTIVAL

gegen Atomraketen  
und Wiederaufbereitungs-  
Anlage

Bei Hiltersdorf /  
Amberg

28.~31.Mai '82

Das Pfingstfestival mit  
ROCK GEGEN ATOMRAKETEN,  
mit "ZOLLFREI"(Nürnberg)  
"ROT WIE DAS BLUT DER  
CALYPSO", Schwandorf  
und **Franz K.**

Mit der chilenischen  
Folkloregruppe  
KAMAK PACHA INTI, anderen  
ausländischen Folklore-  
gruppen beim SOLIDARITÄTS-  
KONZERT mit El Salvador!  
Mit Liedermachern, Sport,  
Diskussionsrunden, Disco,  
internationalen Gästen,  
Dorf junger Arbeitsloser,  
Nachtkino.....

KULTUR ZUM GENIESSEN  
UND ZUM SELBERMACHEN!!

- DREI TAGE - AN PFINGSTEN -

- IN DER OBERPFALZ - ZUSAMMEN UND DRAUSSEN -



Sozialistische  
Deutsche  
Arbeiterjugend

**SDAJ** ★

Die SDAJ ist in Bayern in keinem Jugendring auf Stadt-, Kreis- oder Landesebene vertreten. Beim Deutschen Bundesjugendring fand sie keine Aufnahme.

Die propagandistischen Aktionen der SDAJ befaßten sich 1982 schwerpunktmäßig mit dem „Krefelder Appell“, der Schaffung „atomwaffenfreier Zonen“, mit den Vorgängen in Polen und im Libanon sowie mit der „Ausländerfeindlichkeit“ und der Jugendarbeitslosigkeit.

Im Rahmen der Kampagne gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel veranstaltete der SDAJ-Landesverband Südbayern vom 24. bis 27. März unter der Losung „Arbeit statt Raketen“ einen „Marsch junger Arbeitsloser durch Niederbayern“, an dem sich jedoch nur wenige Personen beteiligten.

Der „Artikeldienst für Schülerzeitungen“ des SDAJ-Sprachrohrs „elan“ empfahl Schulabgängern, Aktionen wie „gemeinsam mit der Arbeitsloseninitiative einen Marsch zum Arbeitsamt oder zur Industrie- und Handelskammer zu organisieren“, sich dort „anzuketten“, einen „Hunger- oder Sitzstreik zu machen“, „mal einen Morgen in die Lehrwerkstatt eines Betriebes zu gehen und dort anfangen zu arbeiten oder sie zu besetzen“. Am 5. April sammelten sich in der Nähe des Haupteinganges der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) in Nürnberg 14 Personen, die der SDAJ zuzurechnen sind, zu einer Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Sie führten Transparente mit Aufschriften wie „Wir wollen nicht länger auf der Straße liegen“, „Arbeit statt Raketen“, und „Weg mit den Zumutbarkeitsregeln“ mit sich. Am Eingang zur BfA verteilten einige Teilnehmer Flugblätter einer „Nürnberger Arbeitsloseninitiative“. Wenige Minuten später drangen die Demonstranten in die BfA ein. Da sie sich trotz mehrmaliger Aufforderung nicht entfernten, stellte die Polizei die Personalien der Beteiligten fest und leitete ein Ermittlungsverfahren ein.

Wie in den früheren Jahren veranstalteten die SDAJ-Landesverbände Südbayern und Franken/Oberpfalz gemeinsam mit den „Jungen Pionieren — Sozialistische Kinderorganisation“ (JP) während der Pfingstfeiertage vom 28. bis 31. Mai ihre sogenannten Pfingstcamps. An den Veranstaltungen des Landesverbandes Südbayern am Zellsee bei Weilheim nahmen rund 350 Personen teil. Der Landesverband Franken/Oberpfalz führte das Pfingstcamp in Hiltersdorf, Kreis Amberg-Sulzbach, als „Anti-Atom-Festival“ durch, an dem sich rund 300 Personen beteiligten. An beiden Veranstaltungen nahmen jeweils Delegationen der FDJ aus der DDR teil.

Der SDAJ-Bundesvorstand appellierte in dem von ihm herausgegebenen „Treffpunkt Gruppenleiter Extra“ an die SDAJ-Mitglieder in Schulen, sich an den Schülervertretungswahlen zu beteiligen: „Genossen/innen in Schülervertretungen nutzen auch der SDAJ was“. Schülervertretungen gäben mehr Möglichkeit zu wirksamen Aktionen. Auch als Schülervertreter wirkten SDAJ-Mitglieder als „Genossen“.

In ihrem „antimilitaristischen Kampf“ unterstützte die SDAJ auch 1982 die von ihr beeinflussten „Arbeitskreise Demokratischer Soldaten“ (ADS). Die Gesamtzahl der Angehörigen der ADS auf Bundesebene wird auf etwa 600 Anhänger geschätzt. In Bayern dürfte die Zahl 40 Personen nicht überschreiten. 1982 gingen lediglich von den ADS-Gruppen in München und Nürnberg Aktionen wie das

Verteilen von Flugblättern vor Kasernen oder der Soldatenzeitungen „Der Alarm-Posten“ und „Neue Lage“ aus.

### 2.3.2 Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB Spartakus)

Der MSB Spartakus wurde im Oktober 1971 gegründet. Als stärkster orthodox-kommunistischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland bekennt er sich zum Marxismus-Leninismus und kämpft mit der DKP und der SDAJ für die sozialistische Revolution. Er propagiert den „realen Sozialismus“ der DDR als grundsätzliche Alternative zum „kapitalistischen System“.

Der MSB Spartakus hat etwa 6.000 Mitglieder. In Bayern gehörten dem MSB Spartakus Ende 1982 rund 200 (1981: 170) Mitglieder an. Er verfügte 1982 an den Hochschulen in Augsburg, Bamberg, Coburg, Erlangen/Nürnberg, Landshut, München, Regensburg und Würzburg über Gruppen. Vorsitzender des MSB Spartakus ist Uwe Knickrehm. Organ des MSB Spartakus sind die „roten blätter“, die in einer monatlichen Auflage von 18.000 Exemplaren erschienen.

Der MSB Spartakus baute 1982 die Zusammenarbeit mit kommunistischen Jugend- und Studentenorganisationen der DDR weiter aus. Vertreter des MSB Spartakus nahmen im Juli an einem „Internationalen Freundschaftslager“ der FDJ in der DDR teil.

Der MSB Spartakus setzte 1982 seine bisherige Bündnispolitik im Hochschulbereich fort, um die Studentenbewegung zu einer „antimonopolistischen Kraft“ gegen die „Herrschenden“ zu entwickeln. Dabei will er sein Ziel insbesondere durch die Politik der „Gewerkschaftlichen Orientierung“ erreichen, indem er seine Forderungen mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln wie „Urabstimmung“ und „Streiks“ durchzusetzen versucht.

In einem Rundbrief vom April zum Thema „Friedenskampf“ erklärte der MSB-Bundesvorstand, eine Welt ohne Waffen sei erst nach Überwindung des „Kapitalismus“ möglich. „Friedenskampf“ bedeute auch „Kampf zum Schutz revolutionärer und sozialistischer Entwicklung in der Welt“. Gleichfalls im April gab der MSB Spartakus eine neue Auflage des Arbeitsheftes „sinnvoll leben, studieren und kämpfen! Einführung in die Politik des MSB Spartakus“ heraus. In ihm bezeichnete er den „antimilitaristischen Kampf“ als wesentlichen Bestandteil des Kampfes um die „revolutionäre Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft“. Aufgabe des MSB Spartakus als „marxistischer Organisation“ sei es dabei, an den Hochschulen für ein Zusammengehen aller Kriegsgegner einzutreten.

In ihrem im Mai erschienenen Buch „Streiten über den Frieden — Strategien/Perspektiven/Alternativen in der Friedensbewegung“ behaupten zwei MSB-Funktionäre, der „Imperialismus“ wolle die Welt unterwerfen und das „sozialistische System“ beseitigen. Der NATO-Beschluß von 1979 sei Ausdruck dieses Vorherrschaftsstrebens und müsse deshalb politisch undurchführbar gemacht werden.

Bei seinen Aktivitäten wurde der MSB Spartakus wiederum von anderen Organisationen unterstützt. Sein zuverlässigster Bündnispartner ist der Sozialistische

Hochschulbund (SHB) — vgl. im einzelnen zum SHB 5. Abschnitt Nr. 3. Ferner gelang es ihm erneut, für Bündnisse und einzelne Aktionen demokratische Organisationen und Unorganisierte zu gewinnen.

Der MSB Spartakus entfaltete auch 1982 seine Aktivitäten im wesentlichen im Bildungsbereich — vgl. im einzelnen 5. Abschnitt Nr. 2.2.

### 2.3.3 Junge Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation (JP)

Die JP wurden 1974 auf Initiative der DKP nach dem Vorbild der Staatsjugendorganisationen der sozialistischen Länder gegründet. Sie erfassen Kinder von 6 bis 14 Jahren. Nach ihrer Satzung kämpfen die JP für den Sozialismus und betrachten sich als Teil der weltweiten kommunistischen Pionierbewegung. Sie dienen der DKP und der SDAJ als Basis für ihren Nachwuchs. DKP, SDAJ und MSB Spartakus unterstützen die JP in der Erwartung, daß sie die Kinder kommunistisch erziehen.

Die JP gliedern sich nach ihrer Satzung in Gruppen-, Kreis- und Landesverbände. In Bayern bestehen die Landesverbände Franken/Oberpfalz und Südbayern. Die Zahl der Mitglieder der JP betrug 1982 bundesweit rund 3.500. In Bayern dürfte sich aufgrund starker Werbeaktionen (sog. „Straßenfieber“ in Nürnberg, Aktion Kinderspielplätze in München) die Mitgliederzahl von 350 auf ca. 400 erhöht haben. Der Bundesvorstand der JP veröffentlicht die zentrale Kinderzeitung „Willibald“ und die „Pionierleiterinformation“.

Die JP forderten, die Kinder in die „Friedensbewegung“ mit einzubeziehen. Sie verstärkten Unterschriftensammlungen und erklärten Spielplätze zu „Friedensspielplätzen“. In einem „Elternbrief“ riefen sie Eltern auf, sich mit JP-Gruppen an den „Ostermärschen“ zu beteiligen. Auf einem Treffen führender JP-Funktionäre am 5. September in Dortmund dankte der DKP-Vorsitzende Mies den JP für ihren aktiven Einsatz im Kampf zur Verhinderung der geplanten Stationierung der neuen „NATO-Erstschlagraketen“.

Neben mannigfaltigen Freizeitangeboten waren auch 1982 Höhepunkte die Pfingstcamps und die Kinderferienaktion. Im Rahmen dieser Kinderferienaktion warben DKP, SDAJ und JP intensiv für „Ferienreisen in sozialistische Länder“. Anfang August reisten von Bayern aus etwa 350 Kinder und 25 Betreuer zu Ferienaufenthalten in die DDR.

Unter dem Motto „Kinder wollen Frieden“ führten die JP am 4./5. Dezember in Dortmund ihre 4. Bundeskonferenz durch. Als Gäste nahmen Vertreter sozialistischer Kinderorganisationen aus der DDR und der UdSSR sowie Repräsentanten von DKP, SDAJ und MSB Spartakus teil. Der wiedergewählte JP-Bundesvorsitzende Achim Krooß lobte die enge Zusammenarbeit mit DKP und SDAJ im Kampf für eine „bessere, kinderfreundliche, sozialistische Gesellschaftsordnung“ und betonte das freundschaftliche Verhältnis insbesondere zur DDR, wo alle Voraussetzungen für eine „wirklich kinderfreundliche Politik“ geschaffen seien. Aufgabe der Organisation sei, die Kinder durch „sozialistische Kinderarbeit“ für die JP zu gewinnen und zu „sozialistischem Bewußtsein“ zu erziehen. Die Konferenz verabschiedete einen Antrag „Kinder wollen Frieden — Vorschläge der sozialistischen Kinderorganisation Junge Pioniere zur Friedens-

erziehung"; in dem es heißt, Kinder müßten dem gefährlichen Einfluß der „Raketenstationierer“ entrissen werden und am Kampf „für den Frieden“, gegen „Rotstiftpolitik“ und „Ausländerfeindlichkeit“ aktiv teilnehmen.

## 2.4 Von der DKP beeinflusste Organisationen

### 2.4.1 Allgemeines

Die DKP ist realistisch genug zu erkennen, daß sie allein mit einer unverhohlenen Propagierung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele bei der Bevölkerung auf keine große Resonanz trifft. Daher bemüht sie sich, nach den Grundsätzen ihrer Bündnispolitik (vgl. oben Nr. 2.2.3) bei zahlreichen Organisationen Einfluß zu gewinnen, zu erhalten und zu stärken. Zu diesem Zweck werden von der DKP und ihren Nebenorganisationen oder auf ihre Initiative hin Organisationen, Initiativen oder Komitees gegründet. Der Einfluß der DKP und ihrer Nebenorganisationen kann sich auch darin zeigen, daß solche Organisationen eng mit ihnen zusammenarbeiten, daß in ihren Führungsgremien wichtige Positionen mit Kommunisten besetzt sind, daß sie von der DKP und ihren Nebenorganisationen materiell unterstützt werden und daß unter ihren Mitgliedern zahlreiche Kommunisten sind. Solche beeinflusste Organisationen verfolgen Ziele, die in Teilbereichen mit typisch kommunistischen Zielsetzungen übereinstimmen, und unterstützen damit die Bestrebung der DKP, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen. Häufig liegen mehrere, gelegentlich auch alle diese Merkmale vor; entsprechend stark ist dann der kommunistische Einfluß. In einigen dieser beeinflussten Organisationen sind wesentliche Entscheidungen gegen den Willen der DKP oder ihrer Nebenorganisationen nicht möglich. Bei anderen hingegen besteht trotz des DKP-Einflusses noch Raum für politisches Eigenleben; die kommunistische Beeinflussung ist dann für das einfache Mitglied und für Außenstehende nicht immer leicht erkennbar.

Zu den von der DKP beeinflussten Organisationen zählen insbesondere

- die Deutsche Friedens-Union (DFU),
- die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (VVN-BdA),
- die Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK),
- das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ),
- die Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ),
- die Demokratische Fraueninitiative (DFI),
- einzelne Komitees und Initiativen, die die Bewegung gegen „Berufsverbote“ und für „Frieden“ und „Abrüstung“ tragen.

Die DKP verfügt über eine so umfangreiche Palette beeinflusster Organisationen, daß für jedes Alter, jeden Beruf, jede soziale Schicht, Frauen und Männer, jeden Bildungsstand zumindest eine sich nach außen unabhängig gebende Gruppierung besteht, die sie in ihrer Politik unterstützt.

Die DKP-beeinflußten Organisationen nahmen auch 1982 aktiv an den Kampagnen der DKP gegen die Bundesrepublik Deutschland teil. Der Schwerpunkt

ihrer Aktivitäten lag auf dem Gebiet der „Friedensbewegung“. Sie unterstützten den auf Initiative der DFU entstandenen „Krefelder Appell“ und die damit verbundene Unterschriftenaktion. Sie beteiligten sich in Bayern, zum Teil gemeinsam mit der DKP und ihren Nebenorganisationen, in unterschiedlicher Zusammensetzung am „Ostermarsch 1982“, am 2. „Nürnberger Friedensfest“ (17. Juli), am 3. „Nürnberger Forum“ (27. November), am „Friedensfest“ der Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung am 4. September, an den bundesweiten „Friedenswochen“ im November und an den Aktionstagen zum 3. Jahrestag des „NATO-Doppelbeschlusses“ am 12. Dezember.

#### 2.4.2 Deutsche Friedens-Union (DFU)

Die Deutsche Friedens-Union (DFU) wurde 1960 auf kommunistisches Betreiben als „Volksfrontpartei“ gegründet. Ihr Ziel ist eine „reale Demokratie, in der der antifaschistische, antimonopolistische und antimilitaristische Auftrag des Grundgesetzes und der Länderverfassungen verwirklicht ist“. Als unerlässlich erachtet sie es, den „Ungeist des Antikommunismus in der Bundesrepublik Deutschland“ zu überwinden. Ihre Tätigkeit besteht fast ausschließlich in der Förderung kommunistischer Vorstellungen. Die DFU ist Mitglied des sowjetisch gelenkten Weltfriedensrates (WFR).

Auf Bundesebene wird die DFU vom Bundesvorstand geleitet, dessen Vorsitz ein „Direktorium“ aus sieben Personen innehat. Von diesen sieben und den 58 Mitgliedern des Bundesvorstandes gehörten etwa ein Viertel der 1956 verbotenen KPD, etwa ein Drittel gehörte gleichzeitig anderen kommunistisch beeinflussten Organisationen an.

Die DFU verfügt über neun Landesverbände, die weiter untergliedert sind. Vorsitzender des Landesverbandes Bayern ist seit 1977 Gerhard Bitterwolf. In Bayern bestanden 1982 Bezirksverbände in Augsburg, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg, die jedoch sehr unterschiedlich aktiv waren. Die Zahl der Mitglieder in Bayern blieb mit rund 400 gleich (Bund 1.500).

Als Sprachrohr der DFU dient die wöchentlich herausgegebene „Deutsche Volkszeitung“ (DVZ). Eine wichtige Publikation der DFU ist der unregelmäßig erscheinende „pressediens“, in dem überwiegend Stellungnahmen des Direktoriums und von Direktoriumsmitgliedern zu aktuellen Ereignissen veröffentlicht werden.

Die DFU unterhielt auch 1982 Verbindungen zu „Friedensorganisationen“ außerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Mitte Mai und Ende November reisten Delegationen des Bundesverbandes zu Treffen mit dem „Friedensrat“ der DDR nach Berlin (Ost). Auch der Landesverband Bayern pflegte internationale Verbindungen, vor allem mit dem „tschechoslowakischen Friedenskomitee“. Mitte Mai hielt sich eine Delegation aus der CSSR in Bayern auf; Mitglieder dieser Delegation traten bei Veranstaltungen verschiedener Bezirksverbände der DFU auf. Ende September führte der DFU-Landesverband Bayern zusammen mit der VVN-BdA eine „Friedensfahrt in die CSSR“ durch, bei der Möglichkeiten zu Gesprächen mit Vertretern des „Friedenskomitees der CSSR“ bestanden.



Die Aktivitäten der DFU konzentrierten sich auch 1982 auf die Agitation gegen den „Nachrüstungsbeschluß der NATO“ und die Unterstützung des „Krefelder Appells“. Andere Programmpunkte der DFU, wie der „Abbau des Antikommunismus“ und der „Kampf gegen die Berufsverbote“, wurden in die Abrüstungskampagne integriert oder ihr untergeordnet.

Die DFU trat auch 1982 nur in geringem Maß mit eigenen Veranstaltungen in Erscheinung. Dafür betätigte sie sich in erheblichem Umfang im Bündnisbereich. Sie beteiligte sich zum Beispiel auf Bundes- und Landesebene an der Vorbereitung der Ostermärsche und unterzeichnete den Aufruf zur Demonstration am 10. Juni in Bonn anläßlich des NATO-Gipfeltreffens. Führende Mitglieder der DFU waren an der Vorbereitung und Abwicklung der Großveranstaltung der Krefelder Initiative „Künstler für den Frieden“ am 11. September in Bochum beteiligt. In der „Krefelder Initiative“, dem „Initiatorenkreis“ des „Krefelder Appells“, der sich 1980 auf Betreiben der DFU konstituierte, spielt das Direktionsmitglied der DFU Josef Weber eine herausragende Rolle. Die Adresse der Geschäftsstelle der „Krefelder Initiative“ ist mit dem Büro der DFU identisch. Der „Krefelder Appell“ ist nach Meinung der DFU „Seismograph der Stärke und Geschlossenheit der Friedensbewegung und eine wichtige Hilfe bei der Gewinnung neuer Mitstreiter“. Für den „Krefelder Appell“ sollen nach — offensichtlich übertriebenen Angaben — inzwischen über 3 Millionen Unterschriften gesammelt worden sein. Führende Funktionäre des DFU-Landesverbandes Bayern arbeiten im Trägerkreis des „Nürnberger Forums — Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden — Keine Atomraketen in Europa“ mit, in dem auch namhafte DKP-Funktionäre vertreten sind.

Die DFU gehört in München der orthodox-kommunistisch beeinflussten „Münchener Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung“ (BIFA), einer örtlichen Gruppierung des DKP-beeinflußten KFAZ an. Die enge Verbundenheit der DFU und der BIFA läßt sich daraus ersehen, daß beide Organisationen ihre Büros in den gleichen Räumen unterhalten. Die DFU stellte sich auch 1982, vor allem im Nürnberger Raum, als zentrale Organisation im Konzept der Bündnispolitik der DKP dar.

Zur Darlegung ihres Standpunktes innerhalb der „Friedensbewegung“ veröffentlichte die DFU Anfang August einen „Diskussionsbeitrag zum Kampf für Frieden und Abrüstung“. In dem Positionspapier heißt es, die „Friedensbewegung“ müsse zu einer „Volksbewegung“ werden. Dazu bedürfe es der Weiterentwicklung stadtteil- und berufsbezogener „Friedensinitiativen“, der Arbeit in den Kirchen, des Kampfes um die „millionenfache Zustimmung zum Krefelder Appell“ und der „systematischen Einflußnahme“ auf Politiker, z.B. durch „Besuche bei Abgeordneten“. Hauptziel der „Friedensbewegung“ müsse jedoch nach wie vor die Verhinderung des NATO-Beschlusses vom 12. Dezember 1979 bleiben. Die entscheidende Aufgabe sei gegenwärtig die Formierung des „Widerstandes in und aus den Betrieben und die Zusammenführung von Arbeiterbewegung und Friedensbewegung“.

### 2.4.3 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) ist eine der größten orthodox-kommunistisch beeinflussten Organisationen. Nach dem Ende 1982 vom Präsidium der VVN-BdA überarbeiteten Entwurf des 1979 verabschiedeten Orientierungs- und Aktionsprogrammes, über den auf dem Bundeskongreß im Mai 1983 beschlossen werden soll, bedeutet „antifaschistische Politik“ heute: „Eintreten gegen die Stationierung weiterer Atomwaffen in unserem Land, für Frieden, Entspannung und internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz . . .“ und „Eintreten für die wirksame und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Demokraten im Kampf gegen Aufrüstung, Reaktion und Neofaschismus“. Neu aufgenommen wurden die Programmpunkte „Erfolge der Entspannungspolitik und erneute Gefahren für den Frieden“ sowie die „Ausländerfeindlichkeit“. Als weitere Bündnispartner der VVN-BdA werden neben Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen, Liberalen und Parteilosen auch „Grüne“ genannt, die im „antifaschistischen Kampf“ zusammenfinden müßten.

Präsident der VVN-BdA ist Dr. Joseph C. Rossaint; er ist Träger der vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR verliehenen Leninmedaille, Träger der Friedensmedaille des WFR und Büromitglied des DKP-beeinflußten KFAZ. Generalsekretär ist das DKP-Parteivorstandsmitglied Kurt Erlebach. Vorsitzender des Landesverbandes Bayern der VVN-BdA ist der DKP-Funktionär Oskar Neumann; Landessekretärin ist das Vorstandsmitglied der DKP-Bezirksorganisation Südbayern und Mitglied des Sprecherkreises der „Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung“ (BIFA) Marion Lehmicke.

Die VVN-BdA ist der prosowjetische Fédération Internationale des Résistants (FIR) und dem sowjetisch gelenkten Weltfriedensrat (WFR) angeschlossen.

Die VVN-BdA hat bundesweit rund 13.000, in Bayern weiterhin etwa 1.000 Mitglieder. Die mitgliederstärksten der 14 Kreisvereinigungen in Bayern sind nach wie vor die in München mit rund 450 und in Nürnberg mit rund 250 Mitgliedern. Der überwiegende Teil der Mitglieder verhält sich jedoch passiv.

Sprachrohr der VVN-BdA ist „die tat — antifaschistische Wochenzeitung“, die in einer geschätzten Auflage von 14.000 Exemplaren von der Hausdruckerei der DKP Plambeck & Co. in Neuß gedruckt wird. Chefredakteurin ist das Mitglied des Parteivorstandes der DKP und Mitglied des geschäftsführenden Präsidiums der VVN-BdA Ingrid Schuster. Das Funktionsorgan der VVN-BdA ist „effektiv“, das in einer Auflage von 1.000 Exemplaren mindestens viermal jährlich vom Präsidium der VVN-BdA herausgegeben wird. Seit Ende 1981 erscheint die Broschüre „AID — Argumentation, Information, Dokumentation“. Die VVN-BdA-Kreisvereinigungen Nürnberg, Fürth und Ansbach gaben, meist in zweimonatlichem Rhythmus, eine „Information“ heraus.

Der Landesverband Bayern der VVN-BdA gründete einen „Antifaschistischen Kampffond“, der die schlechte finanzielle Situation des Verbandes verbessern helfen soll. Bundesweit existiert ein gleichnamiger Fond bereits seit Ende 1980.

**Atomraketen  
Neonazismus  
Rüstungswahn  
Berufsverbote**

**Atomraketen**

**Neonazismus**

**Rüstungswahn**

**Berufsverbote**

**Atomraketen**

**Neonazismus**

**Rüstungswahn**

**Berufsverbote**

**Atomraketen**

**Neonazismus**

**Rüstungswahn**

**Berufsverbote**

**Atomraketen**

**Neonazismus**

**Rüstungswahn**

**Berufsverbote**

**Atomr**



**Mach mit in der  
VFN/Bund der  
Antifaschisten!**

Agitationsschwerpunkte der VVN-BdA waren auch 1982 in erster Linie der Kampf gegen den „NATO-Beschluß“, damit verbunden der Kampf gegen den Antikommunismus und die „Bedrohungslüge von der Gefahr aus dem Osten“ sowie die Unterschriftensammlung unter den „Krefelder Appell“, ferner der Kampf gegen den „Neonazismus und die verfassungswidrigen Berufsverbote“ und die „Ausländerfeindlichkeit“.

Die VVN-BdA, die sich als aktiver Teil der „Friedensbewegung“ versteht, beteiligte sich an allen Großveranstaltungen der „Friedensbewegung“ und arbeitete auch in örtlichen „Friedensinitiativen“ mit. Sie war Mitunterzeichnerin des Aufrufs zur Großdemonstration gegen das NATO-Gipfeltreffen am 10. Juni in Bonn und unterstützte die Vorbereitung und Durchführung dieser Massenveranstaltung. Sie unterstützte gleichlautend mit den übrigen Organisationen des orthodox-kommunistischen Bereichs die Forderung, den „Krefelder Appell“ zu einer „Abstimmung des Volkes gegen die Aufrüstung“ zu machen.

Aus Anlaß ihres 35jährigen Bestehens führte die VVN-BdA am 20. März in Düsseldorf eine Festveranstaltung „35 Jahre Kampf für antifaschistische Demokratie — für Frieden und Abrüstung — für nationale Souveränität“ durch. Unter den etwa 1.500 Teilnehmern befanden sich Abordnungen von DKP und DFU, Vertreter der SDAJ, des DKP-beeinflußten „Bundes demokratischer Wissenschaftler“ (BdWi) und des „Sozialistischen Hochschulbundes“ (SHB) sowie Gäste ausländischer und internationaler Widerstandskämpferorganisationen, darunter der Vizepräsident der FIR. In der Eröffnungsansprache betonte der Generalsekretär der VVN-BdA Kurt Erlebach das Engagement der Organisation für den „Krefelder Appell“ und die „Ostermarschaktionen“. Der Präsident der VVN-BdA Dr. Joseph Rossaint forderte als „oberstes Gebot deutscher Politik“ das Recht, „deutsche Länder als Raketenabschußrampen“ abzulehnen.

Aus Anlaß des 2. Jahrestages des Sprengstoffanschlags auf dem Münchner Oktoberfest (26. September 1980) führte die von der VVN-BdA beeinflusste bayerische Initiative „Dem Naziterror Einhalt gebieten“ vom 18. bis 26. September in München eine „Antifaschistische Woche“ durch, an der sich die VVN-BdA selbst, die SDAJ und die „Libresso-Buchhandlung“ mit eigenen Veranstaltungen beteiligten. Den Höhepunkt der Aktionswoche bildete ein Symposium am 25. September zum Thema „Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit“. Zum Abschluß der „Antifaschistischen Woche“ fand am 26. September ein Aufzug zum Gedenken an die Opfer des „faschistischen Attentats“ statt. An der Demonstration beteiligten sich rund 300 Personen, darunter zahlreiche Angehörige der DKP, SDAJ, VVN-BdA sowie der KPD und des AB.

#### **2.4.4 Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)**

Die DFG-VK entstand 1974 durch Fusion der Deutschen Friedensgesellschaft — Internationale der Kriegsdienstgegner (DFG-IdK) mit dem Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK).

Die sich als „antimilitaristischer Kampfverband“ verstehende Organisation kämpft für Abrüstung und die „Verwirklichung des Menschenrechts auf Kriegs-

dienstverweigerung", aber auch gegen „Antikommunismus" und die „Militarisierung der Bundesrepublik". Sie erachtet die Verweigerung jeglichen Kriegsdienstes als eine „demonstrative, individuelle Handlung gegen Krieg und Kriegsvorbereitung". Den Kriegsdienstverweigerern gewährt sie „Schutz und Hilfe". Die DFG-VK sieht nach ihrem Programm „Schwerpunkte ihrer bündnispolitischen Zusammenarbeit vor allem dort, wo die Forderung nach Beseitigung der Atomwaffen, nach dem Verbot der Weitergabe von Plutonium und nach dem Schutz der Landschaft vor militärischer Zerstörung aufgestellt wird".

Die DFG-VK ist nach wie vor die mitgliederstärkste kommunistisch beeinflusste Organisation. Die Mitgliederzahl hat sich bundesweit auf über 21.000 erhöht. Die Zahl der Mitglieder des Landesverbandes Bayern ist auf über 2.000 angestiegen, von denen allerdings nur ein geringer Teil aktiv mitarbeitet. Die Anzahl der DFG-VK-Gruppen blieb mit etwa 20 gleich. Neben den Ortsgruppen bestehen in über 20 Orten Arbeitskreise, Friedenskreise, Initiativen, und in etwa 10 Orten wird KDV-Beratung betrieben, die weiter aktiviert werden soll. Mit rund 800 Mitgliedern ist die Münchner Gruppe die größte, gefolgt von der Nürnberger mit etwa 300 Mitgliedern. Von beiden gehen die meisten Aktivitäten aus. Es bestehen auch in Bayern einige Jugendgruppen der DFG-VK mit der Bezeichnung „Jugendclub Courage" (JCC).

Die DFG-VK unterstützt die ihr nahestehende „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden" (SOdZDL).

Das Publikationsorgan der DFG-VK „Zivilcourage — Das antimilitaristische Magazin" erscheint alle zwei Monate.

Zur Vorbereitung des Bundeskongresses im November veröffentlichte der Bundesvorstand der DFG-VK in einer Sonderbeilage zum Verbandsorgan „Zivilcourage" Mai/Juni 1982 zwei Diskussionsbeiträge zur „Theorie des politischen Pazifismus". In ihnen wurde deutlich, daß sich innerverbandlich unterschiedliche Strömungen verstärkt artikulieren. Der bayerische Landesvorsitzende der DFG-VK und Bundesvorstandsmitglied Heinrich Häberlein hob in seinem Beitrag hervor, „politischer Pazifismus" bedeute, „alle Kriegsdienste (nicht nur den bei der Bundeswehr) verweigern, direkte und indirekte Kriegsursachen erkennen, benennen und gewaltfrei für ihre Beseitigung kämpfen!". Da der Antikommunismus jedoch Teil der „Psychologischen Kriegsvorbereitung" und somit eine „potentielle direkte Kriegsursache" sei, müsse die DFG-VK für dessen Überwindung kämpfen. In dem anderen Beitrag wurden „einzelne direkte Aktionen" und „massenhafter ziviler Ungehorsam" als Strategie „radikaler Pazifisten" propagiert. Die „Strategie radikaler Pazifisten" könne nicht status-quo-orientiert sein, sie müsse vielmehr „destabilisierend auf die gegenwärtigen spätkapitalistischen und bürokratisch-sozialistischen Gesellschaftsformationen wirken".

Der 4. Bundeskongreß fand vom 26. bis 28. November in Bergen-Enkheim bei Frankfurt a.M. statt. In einem Grußschreiben an den Kongreß dankte der DKP-Vorsitzende Herbert Mies der DFG-VK für „partnerschaftliche Zusammenarbeit" sowie für die Zurückweisung des „Antikommunismus" und der „Bedrohungslüge". Der Bundesvorstand führte im Rechenschaftsbericht aus, die DFG-VK gehöre seit der Bonner Großdemonstration vom 10. Oktober 1981 zum

„inneren Trägerkreis der Friedensbewegung“ und wirke „maßgeblich“ bei bundesweiten Aktionsberatungen mit. Die Kontakte zu einzelnen „Bündnisorganisationen“, vor allem zur „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ (ASF), seien „bis hin zu gemeinsamen Projekten“ verbessert worden. Der Bundesvorsitzende Klaus Mannhardt warf den „Kriegsplanern in Washington“ vor, auf „totale politische und militärische Konfrontation“ zu setzen. Demgegenüber wolle die Sowjetunion die „Politik der Entspannung“ fortführen. Die „Friedensbewegung“ müsse sich in ihrem Kampf „auf die Raketenstationierung konzentrieren“ und dürfe dabei keine Gruppen „ausgrenzen“. Er propagierte „zivilen Ungehorsam“ durch massenhafte und öffentliche Kriegsdienstverweigerung und forderte: „Unterstützen, beteiligen wir uns und organisieren wir direkte gewaltfreie Aktionen als weitere Kampfformen gegen die neuen Atomraketen. Setzen wir diese Form unseres Widerstandes gezielt und bewußt dort ein, wo die neuen Atomraketen stationiert werden sollen“.

Bei den Neuwahlen wurden die bisherigen Vorsitzenden Klaus Mannhardt und Gerd Greune in ihren Ämtern bestätigt. Aus Bayern sind Heinrich Häberlein (Referat Kriegsdienstverweigerung), Ekhardt Dietzfelbinger (Referat Bildung/Schulung) sowie Christian Schmidt (neu geschaffenes Referat „Gewaltfreie direkte Aktion und soziale Verteidigung“) im Bundesvorstand vertreten.

Der Kongreß konnte wegen kontrovers gebliebener Punkte nicht abgeschlossen werden. Er wurde am 5./6. Februar 1983 in Duisburg fortgesetzt. Hier gelang auch die Wiederwahl von Rolf Breuch für das Referat „Abrüstung“.

Führende Funktionen im Bundesvorstand nehmen weiterhin orthodoxe Kommunisten bzw. Mitglieder orthodox-kommunistisch beeinflusster Organisationen wahr. Der Bundesvorsitzende Klaus Mannhardt ist Mitglied des „Büros“ des KFAZ und gehört dem sowjetisch gelenkten Weltfriedensrat (WFR) an. Das DKP-Mitglied Gregor Witt ist zuständig für Dokumentation und Information. Das DKP-Mitglied Rolf Breuch leitet das Referat „Abrüstung“. Helmut Erwe, Mitglied des KFAZ, ist Referent für Pressekontakte. Heinrich Häberlein, verantwortlich für das Referat Kriegsdienstverweigerung, gehört der VVN-BdA an.

Gemeinsam mit der DFU und dem KFAZ zählte die DFG-VK auch 1982 zu den führenden und aktivsten kommunistisch beeinflussten Organisationen bei den Kampagnen gegen den „NATO-Nachrüstungsbeschluß“ und für den „Krefelder Appell“.

Anfang des Jahres wandte sich die DFG-VK mit einem Aktionsplan für den weiteren Kampf gegen die Stationierung neuer Atomraketen an die Organisationen und Gruppen der „Friedensbewegung“. Unter dem Motto „Mobilmachung fürs Überleben“ wurden in dem Aktionsplan Anregungen für Handlungsperspektiven gegen Atomraketen aufgezeigt. Unter der Perspektive „Machen wir unser Land atomwaffenfrei“ hieß es: „Um bis 1983 die Stationierung neuer Atomwaffen zu verhindern, muß es uns gelingen, in jeder Stadt, jedem Dorf in unserer Nachbarschaft ein öffentliches Klima gegen weitere atomare Hochrüstung zu schaffen. Überlassen wir den täglichen Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen in unserem Land nicht den Raketenbefürwortern, sondern popularisieren wir verstärkt vor Ort unsere Forderung, Argumente und Alternativen“.

Die DFG-VK Ortsgruppe München veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem DFG-VK Landesverband Bayern unter Leitung ihrer Jugendorganisation „Jugendclub Courage“ (JCC) vom 29. Mai bis 6. Juni am Windachspeicher, Kreis Landsberg a. Lech, ihr „5. Friedenscamp“. An dem Camp beteiligten sich rund 80 Personen. Neben Diskussionen in Mannschaftszelten fanden Planspiele statt, in denen u.a. die Bildung von „Widerstandsgruppen“ gegen „kriegführende“ Politiker geprobt wurden. Höhepunkt war das vom DFG-VK-Landesverband organisierte Seminar zum Thema „Gewaltfreie Aktionen“.

#### 2.4.5 Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)

Das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ) entstand 1974 unter maßgeblicher Beteiligung orthodox-kommunistischer Organisationen. Es verfügt weder rechtlich noch tatsächlich über eine feste Organisation.

Das „Büro des KFAZ“, das Leitungsgremium dieser Organisation, ist eine der Schaltzentralen der „Friedensbewegung“. Es wurde 1982 von neun auf 17 Personen erweitert. Neu im „Büro“ ist u.a. das Mitglied des Präsidiums der DKP Martha Buschmann, die für die „Friedensarbeit“ der DKP zuständig und Mitglied im sowjetisch gelenkten WFR ist. Sie hatte nach der Großdemonstration am 10. Oktober 1981 die sowjetische Ehrenmedaille „Kämpfer für den Frieden“ erhalten. Insgesamt gehören zehn Mitglieder des „Büros“ dem WFR direkt oder über ihre Organisationen (DFU, VVN-BdA), die ihrerseits Mitglieder des WFR sind, an.

Bundesweit bestehen örtliche Komitees und Initiativen des KFAZ, in Bayern in München, Regensburg und Weilheim. Seit November 1981 gibt das KFAZ die „Friedenszeitung“ heraus, die zur Stärkung der örtlichen Initiativen beitragen soll.

Das KFAZ war auch 1982 einer der Träger der kommunistischen Friedens- und Abrüstungskampagne. Es rief zur Unterstützung des „Krefelder Appells“ auf, war sowohl an der Durchführung der „Ostermärsche 82“ aktiv beteiligt als auch im Koordinierungsausschuß der Großdemonstration am 10. Juni in Bonn anlässlich des NATO-Gipfeltreffens vertreten. Die Initiative zu dieser Demonstration ging vom Mitglied des Büros des KFAZ, Bundesvorsitzenden der DFG-VK und Mitglied des WFR Klaus Mannhardt aus. Das KFAZ bat in einem Rundschreiben vom 14. Juni um Spenden, da die „Unterstützung der Ostermärsche“ und die „aktive Mithilfe bei der Demonstration am 10. 6.“ das KFAZ „finanziell sehr belastet“ hätten.

Auf einer Arbeitstagung des KFAZ am 26. September in Köln berieten mehr als 300 Vertreter von „Friedensinitiativen“ in vier Arbeitsgruppen über „alternative Friedenssicherung“ und „Friedensarbeit vor Ort“. An der Tagung nahmen auch das Mitglied des DKP-Präsidiums und des WFR Martha Buschmann, das Mitglied des KFAZ-Büros und des WFR-Präsidiums Pastor Konrad Lübbert und die DFU-Direktoriumsmitglieder Lorenz Knorr und Horst Trapp teil. Während der Tagung legte das KFAZ eine Erklärung vor, nach der die „Friedensbewegung“ ihre Aktionen und ihre Zusammenarbeit in der „Kernfrage“ (Verhinderung der NATO-Nachrüstung) „weiterentwickeln“ müsse.

# München Atomwaffenfrei !

---

## Keine Atomraketen in Europa !

4. Sept. '82  
Samstag  
12 - 19 Uhr

ZUM ANTIKRIEGSTAG

# FRIEDENSFEST

IM FORUM DER  
MÜNCHNER FREIHEIT

Es sprechen: Pfarrer Gerhard Heinz (Andreas Gem.)  
Otto Mathis (BI für Frieden und Abrüstg)  
Richard Reitmeier (Jugendvertreter)

Es treten auf: Guglhupf, Anne Grudzinsky, Michael  
Wendl, Gabriell Giesela-Traut,  
Apocalypse No, Songgruppe der Frei-  
männer Friedensinitiative, u.a.

TEXTE,  
MUSIK &  
INFOMARKT !



MÜNCHNER  
BÜRGERINITIATIVE  
FÜR FRIEDEN  
UND ABRÜSTUNG

E.i.S. F.Iberl, Heßstr.51 (DFU), 8 Mü 40

In einem Rundschreiben vom 3. Dezember erklärte das KFAZ, jetzt und im entscheidenden Jahr 1983 gehe es darum, alle Kräfte zu mobilisieren, um den Widerstand gegen die Raketenstationierung unüberwindlich zu machen. Es wies auf die für 1983 geplanten Aktionen hin und erwähnte hierbei insbesondere die verstärkte Unterschriftensammlung für die Kampagne „Atomwaffenfreie Städte“ in Verbindung mit der Unterschriftensammlung für den „Krefelder Appell“, die Kundgebungen anlässlich des 50. Jahrestages der Machtergreifung Hitlers, die „Ostermärsche“, den „Hiroshima-Tag“ (6. August), den „Anti-Kriegstag“ (1. September) und die Demonstrationen am 22./23. Oktober 1983 in mehreren europäischen Hauptstädten.

Von den in Bayern bestehenden örtlichen Gruppierungen des KFAZ war die „Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung“ (BIFA, ehemals MBFA) die aktivste. In ihr arbeiten u.a. DKP, SDAJ, MSB Spartakus, SHB, DFU, DFG-VK, VVN-BdA und DFI zusammen. Ihrem Sprecherkreis gehören die DKP-Funktionärinnen Renate Cullmann-Reder und Marion Lehmicke, die auch Landessekretärin der VVN-BdA in Bayern ist, an. Die BIFA unterhält ihr Büro in der DFU-Geschäftsstelle in München. Seit November 1982 gibt sie zusammen mit „Münchner Friedensinitiativen“ und „anderen Friedensorganisationen“ die Zeitschrift „Pazifix“ heraus. Nach einer Selbstdarstellung der BIFA haben durch die „Vielzahl neuer, vor allem stadtteilbezogener Friedensinitiativen“ „die kontinuierliche Koordination und der Erfahrungsaustausch an Gewicht“ zugenommen.

Die BIFA veranstaltete zusammen mit dem „Münchner Friedensforum“ am 10. April in München den „Ostermarsch '82“ in Form eines Sternmarsches zur Münchner Freiheit. Zu den Unterstützern dieses „Ostermarsches '82“ gehörten DKP, SDAJ, MSB Spartakus, DFU, VVN-BdA, SHB, DFG-VK und verschiedene „Stadtteulfriedensinitiativen“. An diesen Kundgebungen beteiligten sich rund 4.000 Personen. Anschließend wurde ein „Friedensfest“ durchgeführt.

Im Oktober verbreitete die BIFA eine „Argumentationshilfe“ zu der von der DKP initiierten Kampagne „München atomwaffenfrei“. Um der Kampagne Nachdruck zu verleihen, beabsichtigt die BIFA, in München eine Unterschriftensammlung in Form einer „Volksbefragung“ durchzuführen.

Am 4. September veranstaltete die BIFA in München ein „Friedensfest“ zum Antikriegstag (1. September), an dem etwa 400 Personen teilnahmen. Sie war auch Veranstalterin einer Demonstration in München am 11. Dezember aus Anlaß des 3. Jahrestages des „NATO-Nachrüstungsbeschlusses“, an der sich 900 Personen beteiligten.

#### 2.4.6 Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ)

Die auf Initiative der DKP gegründete VDJ, in der Kommunisten maßgeblich tätig sind, versuchte auch 1982, Einfluß auf die Rechtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland im Sinne der Ziele der DKP zu nehmen. Die VDJ arbeitet als nationale Sektion in der kommunistisch gesteuerten „Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen“ (IVDJ) mit Sitz in Brüssel mit.

1982 erhöhte sich die Mitgliederzahl der VDJ bundesweit auf rund 1.000 Mitglieder (1981: 600). Organisatorisch gliederte sie sich in 24 Regionalgruppen, davon 2 in Bayern.

Im März 1982 bereiste eine sowjetische Delegation, der 20 Juristen, Richter und Staatsanwälte angehörten, die Bundesrepublik Deutschland und führte Gespräche mit verschiedenen Regionalgruppen der VDJ. Die Delegation nahm auch an einer Internationalen Juristenkonferenz in Frankfurt a.M. teil, die am 20./21. März unter dem Motto: „Juristen gegen Kriegsgefahr in Europa, für Frieden, Abrüstung und Entspannung“ stattfand. Veranstalter war die VDJ in Zusammenarbeit mit der IVDJ. In einem gemeinsamen Kommuniqué erklärten die Teilnehmer, daß die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen dem Grundgesetz widerspreche sowie eine Verletzung völkerrechtlicher Pflichten bedeute und deshalb verhindert werden müsse.

Die VDJ-Gruppe München veranstaltete im Juni und Juli Informationsabende zum Thema „Arbeits- und Sozialrecht in der Wirtschaftskrise“.

#### **2.4.7 Demokratische Fraueninitiative (DFI)**

Die DFI wurde 1975 mit Unterstützung der DKP als „Initiative Internationales Jahr der Frau '75“ gegründet und 1976 in DFI umbenannt. Sie versucht, die Aktivitäten „fortschrittlicher“ Frauengruppen zu koordinieren und im Sinne der DKP zu lenken. Die DKP hält es für gut, daß sich mit der DFI „erfolgreich ein Anziehungspunkt und Aktivposten fortschrittlicher Frauenpolitik entwickelt und daß viele Genossen hier in einem demokratischen Bündnis ihren Platz einnehmen“.

Im Rahmen des „Internationalen Frauentages“ (8. März) veranstaltete die DFI am 6. März in München einen Aufzug mit Auftakt- und Schlußkundgebung, an dem sich etwa 450 Personen beteiligten, darunter Anhänger von DKP, SDAJ, MSB Spartakus und VVN-BdA. Während der Demonstration sowie an Informationsständen wurden Flugblätter der DKP, des „Anti-Strauß-Komitees“ (ASKO) und der „Münchener Bürgerinitiative gegen Berufsverbote“ verteilt.

Die DFI prangerte die „Rotstiftpolitik der Regierung und Folgen der Hochrüstung“ an. Mit der von ihr ins Leben gerufene Initiative „Frauen in der Bundeswehr? Wir sagen nein!“ griff sie verstärkt die angeblich geplante „Zwangsverpflichtung der Frauen in die Bundeswehr“ an.

#### **2.4.8 Komitees und Initiativen gegen „Berufsverbote“**

Auch 1982 setzten die Komitees und Initiativen „gegen die Berufsverbote“ und für die „Verteidigung der Grundrechte“ die Kampagne gegen die Prüfung der Verfassungstreue der Bewerber für den öffentlichen Dienst, insbesondere gegen den Beschluß der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 28. Januar 1972 über die Verfassungstreue im öffentlichen Dienst (in Bayern: Bekanntmachung der Bayer. Staatsregierung vom 27. März 1973) fort. Bundesweit sollen nach eigenen, offensichtlich übertriebenen Angaben 370 Komitees und Initiativen bestehen. Die Koordination ihrer Tätigkeit liegt überwiegend beim DKP-beeinflußten „Arbeitsausschuß“ der überregionalen „Initiative Weg mit den Berufsverboten“ mit Sitz in Hamburg.



# Neue Deutsche Berufsverbote- welle

Wahlrecht  
in Gefahr

Entlassung  
droht

Niedersachsen  
und Hamburg  
gehen voran

Seit Anfang Oktober heißt die Bundeskanzlerin Helmut Kohl. Für den Besatzungs- und Überwachungsapparat der CDU-Mann und Bauab-Vertraute Zimmermann gilt Innenminister zuständig. Doch jetzt eine Plafond von Berufsverboten? Die also Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt hat mit der Entlassung des Postbeamten Hans Peter schon vorher die Ausübung der Berufsverbote auf alle tätigend beschäftigten Beamten heraufbeschworen. In Niedersachsen laufen Verfahren gegen 28 Lehrer und Hochschulhelfer. In Hamburg müssen ähnliche Versuche schnell beendet werden. Der Vorwurf gegen die Betroffenen ist übereinstimmend: Kandidatur auf Listen der DKP.

Die SPD-FDP-Bundesregierung hat Entlassungsverfahren gegen 12 Postbeamten eingeleitet. Vorwurf: Mitgliedschaft in der DKP und die Teilnahme an politischen Treffen. Ab einer Woche im Oktober 1981 den Bundesgrenzschutz Hans Peter nach 10 Jahren aus dem Dienst entlassen. Das zuständige Bundesverwaltungsgericht sprach am 1. März, die vier Richter (die im Regelfall nicht von der Verfügung Anordnungen für eine Weile von heute. Hans Peter hat seinen Berufsurlaub verlor, was er in der Welt „Berufsverbote“ getrieben, weil er sich bei einem neuen Kopf nicht mit ihm nicht von Klammern distanzieren will auch, weil er nicht in Widerspruch zum Markt geworden hat, auf der Liste der DKP.

Mit diesen Kandidaturen, die abgelehnt werden nur für die „Fall Hans Peter“ abgelehnt werden, die gelte, und die Betroffenen, die Nachbarn von sich zu Beginn, die auf Listen der DKP kandidieren, keine weiteren werden. Alle haben sich im Prozess zu bewahren. Listen, deren sich Matthias Schulerbrocker (Vizebürger), ab, in der Sozialdemokratie. Wenn man im Staat, bringt man auch die Menschen, die die an überlebten gewalt haben.

gerichtet werden und Sachverständigen abgelehnt werden darf. Wenn diese Grundrechte nicht für eine gute Gruppe, nämlich Beamte, eingeschätzt sind, sind das auch bei den dem der politizistischen Demokratie.

Die Regierungsbürokratie (CDU/SPD) haben sehr trübe Augen gemacht, daß für die Betroffenen unentschieden werden. Man dem neuen Innen-



Auszug aus einer Agitationsschrift des Arbeitsausschusses der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“.

In Bayern bestanden 1982 10 Bürgerinitiativen und Bürgerkomitees „Gegen die Berufsverbote“ und für die „Verteidigung der Grundrechte“. Orthodox-kommunistisch beeinflusst sind nach wie vor das Nürnberger „Bürgerkomitee Verteidigung der Grundrechte — Aufhebung der Berufsverbote“ und die „Münchener Bürgerinitiative gegen Berufsverbote“. Die Aktivitäten gingen 1982 bei den meisten Komitees gegenüber den vergangenen Jahren erheblich zurück.

Zum 10. Jahrestag des Beschlusses der Regierungschefs des Bundes und der Länder veranstaltete der „Arbeitsausschuß“ der überregionalen Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ Hamburg am 23./24. Januar in Hannover eine „internationale Konferenz“ unter dem Motto „Gemeinsam zur Verteidigung demokratischer Rechte — Weg mit den Berufsverboten“. Bei der Podiumsdiskussion sagte Ingrid Kurz, Sprecherin des „Arbeitsausschusses“ und Mitglied des DFU-Direktoriums, vor 750 Teilnehmern, „Berufsverbote“ und Repression richteten sich „zunehmend gegen die wachsende Friedensbewegung“. Auf der Konferenz sprachen u.a. Sepp Mayer, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes der DKP und der Vorsitzende des DKP-beeinflußten BdWi Prof. Reinhard Kühnl.

Die überregionale Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ initiierte bundesweit eine „Aktionswoche gegen Berufsverbote“. Vom 16. bis 23. Oktober fanden in mehreren Städten des Bundesgebietes, darunter auch in München, Aufklärungs- und Protestaktionen gegen „Berufsverbote“ statt. Zum Auftakt der Aktionswoche reiste eine Delegation des DKP-beeinflußten „Arbeitsausschusses“ der Initiative mit mehreren „Berufsverbotsopfern“ zum Europa-Parlament nach Straßburg. Höhepunkt und Abschluß der Aktionswoche war eine Demonstration am 23. Oktober in Hannover, an der sich etwa 1.000 Personen beteiligten.

Der Anfang 1979 auf Initiative des DKP-beeinflußten „Bundes demokratischer Wissenschaftler“ (BdWi) gegründete „Heinrich-Heine-Fond“, der wegen fehlender Verfassungstreue abgelehnte Bewerber für den öffentlichen Dienst unterstützt, gab Ende August seinen 3. Rechenschaftsbericht bekannt. Danach betrage das Spendenaufkommen 310.000 DM, wozu vor allem örtliche „Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote“ und die DKP, aber auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie ausländische Organisationen Beiträge geleistet hätten.

### 3. Neue Linke

#### 3.1 Überblick

Bei der Neuen Linken handelt es sich um linksextreme Organisationen und Gruppen, die in ihrer Mehrzahl aus der sozialrevolutionären Studentenbewegung der sechziger Jahre hervorgegangen sind. Ihr Ziel ist die kommunistische Gesellschaft. Sie lehnen den Kommunismus sowjetischer Prägung als „revisionistisch“, „bürokratisch“ und „sozialimperialistisch“ entartet ab. Die dogmatischen Organisationen orientieren sich überwiegend an der Ideologie des Marxismus-Leninismus in der Weiterentwicklung durch Mao Zedong oder die gegenwärtige Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh). Einige Gruppierungen richten sich nach dem Kurs der Partei der Arbeit Albaniens (PAA) oder folgen den Lehren Trotzki's. Bei den undogmatischen Gruppen reicht das Spektrum von revolutionär-marxistischen bis zu anarchistischen Einstellungen. Einige Gruppen der Neuen Linken bekennen sich offen zur Anwendung revolutionärer Gewalt, die den Weg zur Diktatur des Proletariats öffnen soll.

Die Krise innerhalb der organisierten Neuen Linken hielt 1982 unverändert an. Ursächlich dafür war die Orientierung der Arbeit an der sich als Illusion erwiesenen Vorstellung, mit Hilfe der marxistisch-leninistischen Ideologie bestimmen den Einfluß auf die Arbeiterklasse nehmen und eine Umwälzung der bestehenden Verhältnisse einleiten zu können. Hinzu kamen die Schwächen, die sich bei ihren einstigen revolutionären Leitbildern in der Dritten Welt (Kuba, Vietnam und Kampuchea) zeigten, und der Kurswechsel der KPCh nach dem Tode von Mao Zedong. Darüber hinaus führte bei den meisten Gruppen nachlassendes Interesse an aktiver Mitarbeit in den vielfach straff geführten Kaderorganisationen zu einer Stagnation der Mitgliederzahl oder sogar zu erheblichen Mitgliederverlusten. Seine drohende Auflösung konnte der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) nur durch einschneidende organisatorische und personelle Maßnahmen verhindern. Die Marxistischen Gruppen (MG) waren als einzige Organisation der Neuen Linken von dieser rückläufigen Entwicklung nicht betroffen.

Nach der theoretischen Diskussion über die „Krise des Marxismus“ stellten die meisten Gruppen das Bemühen um praktische Politik in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. Sie sahen ihr zentrales Anliegen in der Zusammenführung der zersplitterten kommunistischen Kräfte. Kennzeichnend für diese beginnende Umorientierung waren Bestrebungen um eine verstärkte Zusammenarbeit der Organisa-

# Organisationsübersicht Neue Linke

Dogmatische Gruppen

Undogmatische Gruppen

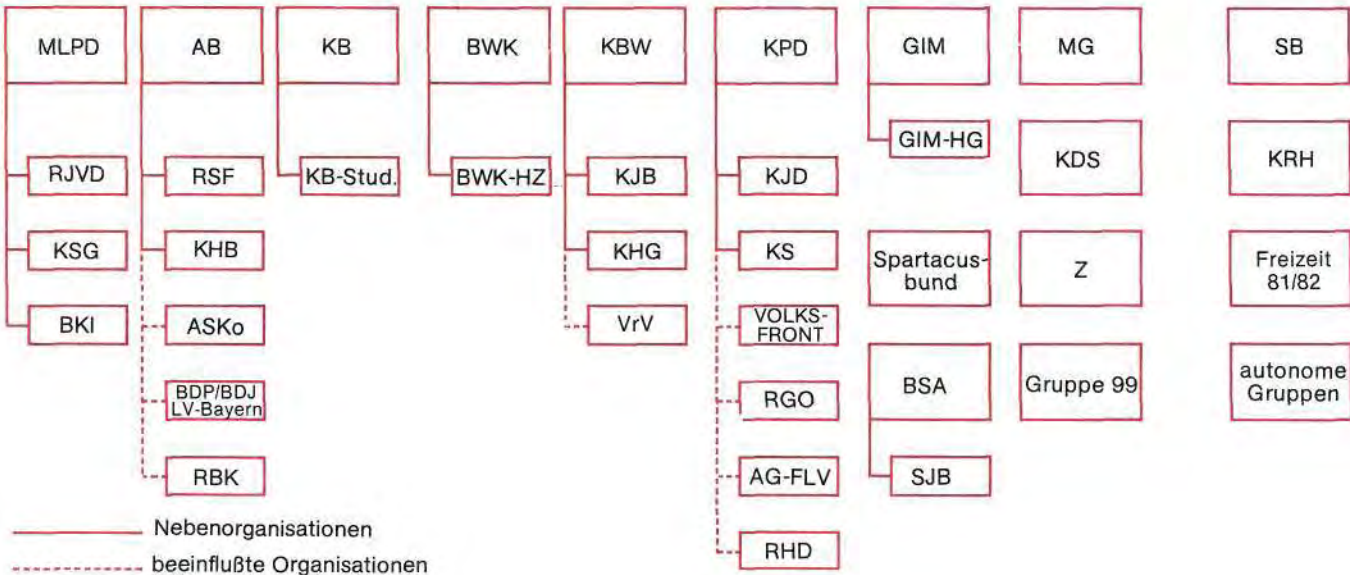
alte Linie Mao Zedongs

neue Peking-Linie

Albanien orientiert

Trotzkisten

Sonstige



tionen, die zwischen der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) — KPD — und dem Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) sogar zu einer gemeinsamen Wahlplattform und Kandidatur bei der Bundestagswahl 1983 führten. Daneben war auch eine vermehrte Bereitschaft zu breiteren Bündnissen sowie zu gemeinsamen Aktionen mit orthodox-kommunistischen Gruppierungen erkennbar.

Die in Bayern vertretenen dogmatischen Gruppen der Neuen Linken engagierten sich 1982 vorwiegend im Betriebs-, Bildungs-, Antifaschismus-, Antiimperialismus-, Ausländer- und Umweltschutzbereich. Sie nutzten weiterhin die bundesweite „Friedenskampagne“ als Aktionsfeld, um ihre revolutionären Ziele zu propagieren. An der Landtagswahl in Bayern beteiligte sich nur der BWK. Er erreichte lediglich 413 Gesamtstimmen.

Die undogmatische Neue Linke, die in ihren Randbereichen unübersichtlich und militant blieb, setzte ihre vielfältigen, zum Teil gewalttätigen Protestaktionen fort. Forderungen nach „alternativen Lebensformen“, „Autonomie“ und „Freiräumen“ in Staat und Gesellschaft hielten an. Die 1982 stärker in den Vordergrund getretenen „autonomen“ Gruppen entfachten eine neue Strategiediskussion. Während die „Häuserrevolte“ als „ausgebrannt“ abgetan wurde, konzentrierten einige Gruppen ihre Aktivitäten auf die „imperialistische Kriegsvorbereitung“ und die Umweltschutzbewegung, weil dort eine „Konfrontation mit dem System“ am ehesten möglich sei. Ihre Anhänger, auch aus Bayern, beteiligten sich an den Aktionen, die an „Brennpunkten“ wie Frankfurt a.M. (Startbahn West), West-Berlin (Besuch des amerikanischen Präsidenten), Gorleben, Kalkar und Salzgitter (Anti-Kernkraftbewegung) stattfanden.

### **3.2 Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD) Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)**

Die 1982 in Bochum gegründete MLPD ging aus dem „Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD) hervor. Der KABD und seine Nebenorganisationen hatten sich Monate vorher intensiv auf die Gründung einer „revolutionären Partei der Arbeiterklasse“ vorbereitet. Am 17./18. Juni fand dann unter strenger Geheimhaltung der 5. und letzte Zentrale Delegiertentag des KABD statt, der sich gleichzeitig als Gründungsparteitag der MLPD konstituierte.

In ihrem Statut bezeichnet sich die MLPD als „politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in der BRD und in West-Berlin“. Ihr grundlegendes Ziel sei der „revolutionäre Sturz“ der „Diktatur der Monopolkapitalisten“ und die Errichtung der „Diktatur des Proletariats“. In ihrem „Grundsatzprogramm“ bekennt sich die MLPD zu den „Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung“, dessen Idee der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ sie verteidigt. Sie kritisiert jedoch die „revisionistische Entartung“ in allen „realsozialistischen“ Ländern, einschließlich der Volksrepublik China.

Nach Auffassung der MLPD dient die gegenwärtige Etappe des Klassenkampfes der Vorbereitung der Revolution. Nur unter Führung einer „revolutionären Partei“ könne die Arbeiterklasse erfolgreich zum Sturm gegen den „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ übergehen. Die MLPD habe die Aufgabe, die Arbeiter-

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

# Partei

Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands — MLPD

Preis 50 Pfennig

31. Juli 1982/13. Jahrgang Nr. 16

E 2583 D

Spendet  
für die  
Gründung  
der Partei

Dieter Grundwald  
Bismarckstr. 3  
4650 Geleenkirchen  
Stadtparkseite Geleenkirchen  
Konto-Nr. 222 139 943  
BLZ: 420 500 01

## Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands gegründet!

Vom 17. bis 20. Juni fanden im Ruhrgebiet der 5. Zentrale Delegiertentag des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands (KABD) und der Gründungsparität der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) statt.

Täglich aufs neue bestrebt sich, was notwendig eine revolutionäre Arbeiterpartei ist. Die Angriffe auf den Lebensstandard der Werktätigen haben mit dem Krisenjahr '81 einen neuen Höhepunkt, aber noch lange nicht das Ende erreicht. Alle Bonbon-Pakete werden dem Monopolkapital, Stück für Stück, man alle in einen Sack und schlägt tüchtig drauf — man trifft nie den Falloben.

Wie will heute dem Arbeiter nicht alles einreden, es müsse Opfer bringen damit die Talpater der Wirtschaft gestoppt werde!

Wahle Politiker behaupten trotz ständigen Ausbaus der Polizeitrupe und lauterem Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten, wir leben im demokratischeren Staat aller Zeiten!

Und wozu „Experten“ werden auch nicht nötig zu befragen, so III. Weltkrieg könnte nur durch innere gesellschaftliche Massenveränderungen gewonnen werden!

Gegen dieses Fremdeverstehen entsteht mit der MLPD eine Kraft, die kommunistische Grundsätze für den Aufbau und die Gründung der Partei in den Ostblockländern gibt es keinen Sozialismus mehr. Dort macht sich eine erweiterte Bürokratie auf Kosten der Arbeiter ein schönes Leben.

zum Ende der Arbeiterpartei vertritt wird. Das Ziel der neuen Partei ist der Sozialismus.

Will das nicht auch die (DKP) sein, die die Abwege in den sogenannten „realen Sozialismus“ in der Sowjetunion, der DDR und Polen waren ein



schwindende Gründe für den Aufbau und die Gründung der Partei. In den Ostblockländern gibt es keinen Sozialismus mehr. Dort macht sich eine erweiterte Bürokratie auf Kosten der Arbeiter ein schönes Leben.

Mit der MLPD wurde eine Kampfpartei geschaffen. Wie notwendig das ist, zeigt uns doch gerade das Beispiel AEG. Selbst große Monopolbetriebe geraten wegen Stillstand der sich abzeichnenden Wirtschaftskrise, 40.000 Arbeitsplätze sind akut bedroht. Doch es kommt nicht zum existenziellen Kampf aller AEG-Beschäftigten, weil die rechtliche Gewerkschaftsbindung spaltet. Ein geschlossener Kampf erfordert eine einheitliche Führung — das kann nur eine revolutionäre Partei sein.

Über 16 Jahre Erfahrung im täglichen betrieblichen Kampf, ständiger Kampf gegen die Verantwortlichen der Leiden der Marximus-Leitungen, Teilnahme an den vielfältigen Kämpfen der Arbeiter, eine Mitgliedschaft und Leitung, die sich zu über 90 Prozent aus Arbeitern und einfachen Angestellten zusammensetzt, — das sind die Voraussetzungen mit denen die MLPD ihre Arbeit beginnt. Sie bilden eine Grundlage, die die MLPD ihren Anspruch als Arbeiterpartei, auch in der Praxis unter Beweis stellt.

Ausführliche Berichterstattung über den Gründungsparität und den 5. Zentralen Delegiertentag auf den Seiten 5 bis 9.



### Gründungs-Veranstaltung

Samstag, 21. August 1982  
Düsseldorf - Philipshalle  
Beginn 14 Uhr

Kommt nach Düsseldorf! Informiert euch über die Ziele und den Kampf der Partei! Fahrt mit uns die Gründung nach zehn Jahren Partenaufbau durch den KABD!

- Nachmittagsprogramm ab 14 Uhr
- Abendveranstaltung ab 18 Uhr
- Rede des Vorsitzenden des Zentralkomitees der MLPD
- „Inzertener“ unser Weg und unser Ziel
- Informationstafel und Filme
- Ausstellung „Wer aber ist die Partei?“
- Konferenzprogramm
- Abendveranstaltung ab 18 Uhr
- Rede des Vorsitzenden des Zentralkomitees der MLPD
- „Inzertener“ unser Weg und unser Ziel
- Lombria für die Spendenkampagne
- Großes Buchangebot vom Verlag Neuer Weg

### Deutsch-französisches Komitee fordert: Auflösung aller Giftgasdepots



Geldlose empfangene Soldaten im 1. Weltkrieg

Aus Protest gegen die Lagerung von US-Nervengas in der Westpfalz, haben sich am Wochenende 24./25. Juli erstmals über die Grenze hinweg die deutsche und die französische Bevölkerung zusammengeschlossen und das Deutsch-Französische Komitee gegen Giftgas und Atomraketen\* gegründet.

Der vom BRD-Verteidigungsministerium gehaltene Lager in der Westpfalz ist nur eines von vielen in der BRD und in Europa und stellt eine ständige Bedrohung der Bevölkerung dar. Die Völker Europas haben bereits im 1. Weltkrieg Erfahrungen mit der zerstörerischen Wirkung von giftig-biotenischen Wunden: Tropfen auf der Haut genügen, um eines Menschen qualvoll unter Krämpfen in Se kundenzustände zu überführen. Das Gas, das in der Westpfalz lagert, ist nicht aus dem die gesamte europäische Bevölkerung abzuwehren. Deshalb heißt es in dem deutsch-französischen Aufruf: „Wir wollen die gemeinsame Kampagne gegen die giftig-biotenischen Wunden: Kontrolle, Kontrolle, überlebens- und atomarer Waffen in Europa.“ Gegen diese auch schon in Friedenszeiten lebensgefährlichen Waffen unterstützen wir die 100 Millionen im Komitee nach Aufklärung aller Giftgasdepots in der BRD und nach einem vollständigen Verbot aller chemischen Waffen.

Die Arbeiter wird geträumelt mit der Pistole. Es beschimpft sie als Banditen, die schuld sind, daß der Staat kaputt geht! Die Pistole möchte ihn entzweifeln! Von einer Bedrohung der Arbeiter kommt aber nicht gesprochen werden, sondern die „Hüter der Ordnung“! Klar! Ihr Auftrag ist auch die Giftigkeit zu schützen!

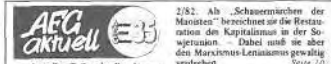
Für Verbot und Vernichtung aller AUC-Waffen!

### Kapitalist droht mit Pistole

Im Juni '82 werden bei Alu-Neuman in Offenburg 50 Arbeiter entlassen und den Beschäftigten die Lohnzulagen gekürzt. Anfang Juli werden 40 ungeheuer Arbeiter neue eingestellt.

Am 15. Juli wurde den 300 Beschäftigten auf der Betriebsversammlung bekanntgegeben, daß Kukkas angekündigt, die Kontrolle besitzend daraufhin den Betrieb in den Abtransport von Maschinen zu veranlassen und am damit um ihre Existenzgrundlage — die Arbeitsplätze — zu kämpfen.

Nachdem während der Besetzung, kommt der Firmen-Besitzer und be-



Aus allen Teilen der Bundesrepublik trafen sich Kollegen des AEG-Hausgerätebereichs auf einer Konferenz der MLPD, um ihre Erfahrungen im Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung abzuwerten.  
Bericht Seite 17

**DKP-Führung antwortet**  
In einem „letzten Papier“ antwortet die DKP-Führung auf einen Artikel in der ROTEN FAHNE Nr. 12/82. Ab „Schassensmieren der Massen“ berechnen sie die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion. Dabei muß sie aber den Marxismus-Leninismus gewaltig verstoßen.  
Seite 10

**Zionisten raus aus Libanon!**  
Dreißig Stunden lang bombardierte die israelische Armee am 27. und 28. Juli die Wohnviertel von West-Beirut. Über 200 Menschen starben. „Frieden für Galiläa“ nennt Beginn seiner Massakerföhlung und er nennt „Friedhofe für die Galiläa“.  
Seite 17

Organ der MLPD

klasse „über die Aktionseinheit in kleinen Fragen zur Einheitsfront in allen wesentlichen Fragen“ zusammenzuschließen.

Der Schwerpunkt der Partei liegt im west- und südwestdeutschen Raum. Ihre Mitglieder sind in Betriebszellen, Ortsgruppen, Bezirken und Landesverbänden organisiert, die einer „Zentralen Leitung“ mit Sitz in Essen unterstehen. Die Mitgliederzahl der MLPD lag im Bundesgebiet zum Jahresende bei 900 Personen (KABD 1981: 900). In Bayern liegen die Schwerpunkte der MLPD im fränkischen und südbayerischen Raum. Mit weniger als 50 Aktivisten hat sich der Mitgliederstand in Bayern gegenüber dem Vorjahr (KABD 1981: 30) nur unwesentlich verändert.

Das Zentralorgan „Rote Fahne“ erscheint 14tägig in einer Auflage von rund 8.000 Exemplaren. Theoretisches Organ der Partei ist der „Revolutionäre Weg“.

Mit der Gründung der Partei wurde der Auf- und Ausbau von Betriebsgruppen mit eigenen Betriebszeitungen verstärkt betrieben. In Zeitungen und Flugblättern wurden vorwiegend aktuelle Probleme der Großbetriebe wie Rationalisierung, Stilllegung, Kurzarbeit und Entlassungen behandelt. Die Publikationen befaßten sich auch wiederholt mit der „Ausländerfeindlichkeit“ in der Bundesrepublik Deutschland.

Die MLPD führte im Oktober/November in mehreren bayerischen Städten Veranstaltungen durch, um sich der Öffentlichkeit zu präsentieren. An einer Veranstaltung anlässlich des „Antikriegstages“ am 4. September in Neu-Ulm beteiligten sich rund 150 Personen. Hierbei wurden Themen wie „Abschaffung der NATO und des Warschauer Paktes“ sowie „Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa“ erörtert.

Im Rahmen des „Friedenskampfes“ wirkte der KABD und später die MLPD vielfach bei den von anderen linksextremen Gruppierungen durchgeführten örtlichen „Friedensaktionen“ mit und beteiligte sich an den „Ostermärschen“. Mitglieder der MLPD arbeiteten aktiv in nordbayerischen „Friedensinitiativen“ mit. Ferner beteiligten sich Anhänger des KABD an der von den „Vereinigten Münchner Friedensinitiativen“ (VMF) am 17. April in München organisierten Demonstration und an der „Internationalen Friedensdemonstration“ am 10. Juni in Bonn gegen die „NATO-Nachrüstung“.

Höhepunkt der Aktivitäten war die offizielle „Parteigründungsveranstaltung“ am 21. August in Düsseldorf, an der rund 2.800 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen. Hierbei erklärte der erstmals öffentlich aufgetretene Vorsitzende des Zentralkomitees (ZK) der MLPD Stefan Engel aus Gelsenkirchen, seine Partei vertrete als einzige die Interessen der Arbeiterklasse.

Die seit Herbst 1981 vom KABD eingeleitete Spendenkampagne zur Gründung der MLPD soll nach eigenen Angaben 1,7 Millionen erbracht haben.

Zu den Nebenorganisationen des KABD und nunmehr der MLPD gehören der **„Revolutionäre Jugendverband Deutschlands“ (RJVD)** mit seinem Organ „Rebell“, die **„Kommunistische Studentengruppe“ (KSG)** mit dem Organ „Roter Pfeil“ und der **„Bund Kommunistischer Intellektueller“ (BKI)**, denen bundesweit insgesamt 600 Mitglieder angehören.

### 3.3 Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)

Der 1973 aus dem Zusammenschluß mehrerer örtlich tätiger maoistisch orientierter Zirkel in Bayern entstandene AB beruft sich auf den Marxismus-Leninismus und Mao Zedongs Ideen. Er strebt die Beseitigung der „herrschenden Ausbeuterklasse“ und die „Errichtung einer Diktatur des Proletariats“ an. Endziel ist die Verwirklichung des Kommunismus in einer „klassenlosen Gesellschaft“. Der AB bekennt offen, daß er seine Ziele nur mit Gewalt erreichen könne. Er rechtfertigt die „revolutionäre Gewalt“, weil die „herrschende Klasse“ nicht freiwillig auf ihre Macht verzichte.

Der AB hat die politische Entwicklung in der Volksrepublik China nach dem Tode von Mao Zedong nicht nachvollzogen. Er kritisiert die gegenwärtige politische Führung Chinas und verurteilt die Öffnung nach dem Westen als „Revisionismus“.

Der AB ist vorwiegend in Bayern tätig. Hier bestehen Gruppen in Augsburg, München, Nürnberg, Regensburg und im Raum Altötting-Burghausen-Waldkraiburg. Neben diesen AB-Gruppen gibt es in München, Nürnberg und Regensburg „Freundeskreise“, die den AB finanziell unterstützen sollen. Außerhalb Bayerns verfügt der AB unverändert in 14 Städten des Bundesgebietes über Ortsgruppen oder Stützpunkte. Die Gesamtmitgliederzahl blieb mit rund 300 Personen gleich.

Zentralorgan des AB ist die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ (KAZ). Sie wird in einer Auflage von unverändert 1.200 Exemplaren im Auftrag des Zentralkomitees (ZK) vom AB-eigenen „Verlag Das Freie Buch GmbH, Buch- und Zeitungsverlag“ in München herausgegeben. Der in der Februar-Ausgabe angekündigte zweimonatliche Erscheinungsrhythmus wurde nicht eingehalten. Statt dessen erschienen 1982 eine Normalausgabe, zwei Doppelnummern und zwei Sondernummern.

Im Bildungsbereich wird der AB von seinen Nebenorganisationen, der „**Roten Schülerfront**“ (RSF) und dem „**Kommunistischen Hochschulbund**“ (KHB) unterstützt. Beide Organisationen gehören zu den aktivsten linksextremen Gruppen an bayerischen Schulen und Hochschulen.

Agitationsschwerpunkt des AB war 1982 wiederum die Antifaschismus-Kampagne. Hierbei setzte der AB seine Bemühungen um „antifaschistische Aktionsbündnisse“ fort. Er wirkte ferner bei Aktionen mit, die andere Gruppierungen der Neuen Linken oder DKP-beeinflußte Organisationen durchführten. So unterstützte der AB mehrfach Protestaktionen der VVN-BdA gegen die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und ihre Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN). Zwischen den Anhängern des AB und Mitgliedern der NPD und JN kam es wiederholt zu tätlichen Auseinandersetzungen. Anhänger des AB beteiligten sich auch an einem Aufzug, den die bayerische Initiative „Dem Naziterror Einhalt gebieten“ anlässlich des 2. Jahrestages des Anschlags auf dem Münchner Oktoberfest am 26. September in München durchführte (vgl. Nr. 2.4.3 dieses Abschnitts).

Der AB und sein Umfeld unterstützten auch eine weitere, aus dem gleichen Anlaß für den 26. September angemeldete Versammlung, die von der Landes-

hauptstadt München wegen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten wurde. Gegen dieses Verbot protestierten am 26. September auf dem Königsplatz in München rund 1.000 Personen, darunter zahlreiche Anhänger der orthodoxen Kommunisten und der Neuen Linken. Die Initiatoren der verbotenen Versammlung meldeten für den 9. Oktober erneut eine Kundgebung auf dem Königsplatz an mit dem Motto „Es klagen an: Opfer der von Strauß zu verantwortenden Politik in Bayern bzw. deren Angehörige, Zeugen und Sachverständige“. An dieser Veranstaltung, die über eine telefonische Standleitung nach Bonn übertragen wurde, beteiligten sich rund 500 Personen. In Bonn verfolgten etwa 150 Zuschauer den Verlauf der Münchner Veranstaltung.

Die AB-Ortsgruppe München gab im April unter dem Titel „München darf nie wieder Hauptstadt der Bewegung werden“ einen „Stadtführer“ heraus. Nach eigener Darstellung soll der Stadtführer „Arbeiter und Antifaschisten, die München besuchen, auf die Fährte... der weiß-blauen Reaktion und der braunen Banden und derer, die ihr Geschäft fortsetzen...“ bringen.

In Flugblättern und anderen Publikationen wandte sich der AB gegen eine vermeintlich zunehmende „Ausländerfeindlichkeit“ und eine damit verbundene ungenügende Unterbringung von Asylanten in Sammellagern. Der AB beteiligte sich ferner wiederholt an Aufzügen und Kundgebungen in München, Nürnberg und Regensburg, die von sogenannten „Initiativkreisen“ oder „Aktionsausschüssen“ veranstaltet wurden. Hierbei traten vielfach Anhänger des AB und des KHB als Organisatoren, Versammlungsleiter und Redner auf. Die mitgeführten Transparente trugen Aufschriften wie „NSDAP 1933 — Arbeit macht frei“, „CSU 1982 — Zwangsarbeit als Chance“ und „Sammellager und Zwangsarbeit — auf dem Weg zum KZ“.

Als Beitrag zum „Friedenskampf“ beteiligten sich Anhänger des AB an der Demonstration der „Vereinigten Münchner Friedensinitiativen“ am 17. April in München und an der Großdemonstration am 10. Juni in Bonn, die sich gegen die NATO-Nachrüstung richteten.

Die Betriebsarbeit des AB ging 1982 erneut zurück. Sie beschränkte sich im wesentlichen auf die Verbreitung von Betriebszeitungen, die Beiträge zur Lohn- und Tarifpolitik, zum Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung und zu den Rationalisierungsmaßnahmen mehrerer Münchner Großbetriebe enthielten.

Im Zusammenhang mit den Landtags- und Bezirkstagswahlen in Bayern verbreiteten Anhänger des AB unter dem Titel „Quo vadis Bavaria“ einen Wahlaufruf. Der Aufruf, für den eine Sympathisantin des AB presserechtlich verantwortlich zeichnete, wandte sich gegen die CSU und die Wiederwahl ihres Vorsitzenden in den bayerischen Landtag.

Im Jahre 1972 gründeten Schüler-, Betriebs- und Arbeiterbasisgruppen in Passau, Regensburg und München jeweils ein „**Anti-Strauß-Komitee**“ (ASKo). Nach dem Zusammenschluß der in Bayern bestehenden Arbeiterbasis- und Betriebsgruppen 1973 zum Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) übernahmen AB-Aktivistinnen die Führung der Anti-Strauß-Komitees. Nach der 1972 ausgearbeiteten „Plattform“, die auch heute noch gilt, haben die Komitees die Aufgabe, den „Sturz des rechten Führungskaders und dessen ideologischen

Publikationen der Neuen Linken

Bemühungen für ein linkes Wahlbündnis S. 10 H 3752 C Fraktion  
wöchentlich Freitag

Proletariat aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 30 vom 17. Dezember 1982 18. Jahrgang 1 DM



Nr. 7/8, Juli/August 1982 1H4982E

# Volksecho

MITTEILUNGEN DER VOLKSFRONT GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG



# KAZ

# kämpfende jugend

Für den Aufbau des BDJ

Nr. 4/82 5. Jahrg. DM 2,-

# DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

HERAUSGEGEBEN VOM ANTI - STRAUSS - KOMITEE SEP/OKT 82 NR. 48 **2,-**

Wannsee 17, Wolf GmbH, Münster-Länder, 147, 6000 Frankfurt am Main 1

# was tun

Sozialistische Zeitung

Nr. 339  
DM 1,50

**DGB und  
Sparpolitik:  
Jetzt erst recht  
mobilisieren!**

Seite 16

Führers" vorzubereiten und „alle faschistischen Organisationen" zu bekämpfen.

Das ASKo in Passau wurde 1976 aufgelöst. Heute bestehen ASKo's noch in Regensburg und München, die vom AB stark beeinflusst sind. Der Mitgliederstand liegt in München unverändert bei etwa 40, in Regensburg bei rund 55. Sprachrohr der Komitees ist der „Demokratische Informationsdienst" (DID), der im Eigendruck und Selbstverlag hergestellt wird. Die Auflage beträgt rund 4.000 Exemplare.

Die ASKo's unterstützten 1982 den AB insbesondere bei der „Antifaschismus-Kampagne", bei den Aktionen gegen die „Ausländerfeindlichkeit" sowie im Landtagswahlkampf. Wiederholt wurden ASKo-Anhänger als Störer von CSU-Wahlversammlungen festgestellt. Anhänger der ASKo's traten mehrfach als Anmelder von Informationsständen und Protestversammlungen auf.

Der Landesverband Bayern des 1971/72 vom Bund der Pfadfinder (BdP) abgespaltenen „**Bundes Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend**" (BDP/BDJ) entwickelte 1982 rege Aktivitäten. Er betrachtet nach einer Grundsatzklärung das „kapitalistische System" als Haupthindernis für die vielfältigen Interessen der arbeitenden und lernenden Jugend und hält eine „grundlegende Umwälzung dieser gesellschaftlichen Verhältnisse" für notwendig. Darüber hinaus tritt er für den Wiederaufbau der 1951 wegen verfassungsfeindlicher Betätigung verbotenen „Freien Deutschen Jugend" (FDJ) ein.

Der BDP/BDJ-Landesverband Bayern wird vom AB beeinflusst. Das Organ des BDP/BDJ „Kämpfende Jugend" dient dem AB als Werbeträger. Neben eigenen Beiträgen enthält das Organ vielfach Berichte über die vom AB initiierten und veranstalteten Aktionen.

Zum Gedenken an Philipp Müller, der am 11. Mai 1952 in Essen bei der polizeilichen Auflösung einer nicht angemeldeten Demonstration gegen die Wiederbewaffnung tödliche Schußverletzungen erlitten hatte, wollte der BDP/BDJ-Landesverband Bayern am 11. Mai in Essen unter dem Namen seines Organs „Kämpfende Jugend" den der 1951 verbotenen FDJ gewidmeten „Herrnburger Bericht" von Berthold Brecht und Paul Dessau aufführen. Die Aufführung mußte auf 1983 verschoben werden, weil die Stadt Essen keine geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung stellte. Der Veranstalter führte stattdessen einen nicht angemeldeten Aufzug durch, an dem sich etwa 170 Personen beteiligten. Vor und nach der Demonstration traten Angehörige des BDP/BDJ in FDJ-Kleidung auf.

Bei seinen Propagandaaktionen konnte sich der AB auch auf das von ihm beeinflusste „**Regensburger Bürgerkomitee**" (RBK) stützen, das die Zeitschrift „Zur Sache" herausgibt.

### 3.4 Kommunistischer Bund (KB)

Der Ende 1970 entstandene KB ist ein Zusammenschluß kommunistischer Organisationen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus in seiner Weiterentwicklung durch Mao Zedong. Er strebt die „gewaltsame Zerschlagung des

Staatsapparates" und seine „Ersetzung durch rätedemokratische Strukturen" an. Die Delegierten bekräftigten auf ihrem 2. Kongreß am 16./17. Januar in Hamburg die bisherige „revolutionäre Linie" des KB.

Der KB hat die politische Entwicklung in der Volksrepublik China nach dem Tode von Mao Zedong nicht nachvollzogen. Er verurteilt die innenpolitischen Vorgänge als „Rechtsputsch" und als „schweren Rückschlag" für den „revolutionären Prozeß".

Der KB hat kein schriftliches Programm. Nach dem 1980 verabschiedeten Statut beruht der Organisationsaufbau des KB auf dem Grundsatz des „demokratischen Zentralismus". Die Grundeinheiten sind die „Zellen" in Betrieben, Büros, Ausbildungsstätten, Institutionen und Wohngebieten. Das höchste Organ des KB ist der „Nationale Kongreß".

Ende des Jahres 1982 verfügte der KB im Bundesgebiet noch über 500 Anhänger (1981: 600), wobei die Mehrzahl seiner Aktivisten im norddeutschen Raum, vor allem in Hamburg, organisiert ist. In Bayern lag die Zahl der Anhänger unverändert bei 30. Der Schwerpunkt befindet sich in Nürnberg.

Zentralorgan des KB ist die Zeitung „Arbeiterkampf" mit einer Auflage von rund 6.000 Stück (1981: 5.000), die im KB-eigenen Verlag „Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH" herausgegeben wird. Nach einem auf dem 2. KB-Kongreß gefaßten Beschluß erscheint das Zentralorgan seit Februar 1982 nur noch monatlich, statt bisher alle zwei Wochen. Das theoretische Organ „Unser Weg" ist 1982 nicht mehr erschienen.

Schwerpunkte in der politischen Agitation des KB waren die Themen „Antiimperialismus", „Antifaschismus" und „Antimilitarismus". In Flugblättern und Sonderdrucken befaßte sich der KB mit dem Falkland-Konflikt, der Situation im Libanon, der Startbahn West in Frankfurt a.M. und dem Regierungswechsel in Bonn. Anhänger des KB beteiligten sich vielfach an den von anderen linksextremen Gruppierungen organisierten Demonstrationen, Kundgebungen und sonstigen Aktionen. An den Störaktionen am 27. März in Nürnberg gegen eine Kundgebung der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) nahmen auch Anhänger des KB teil.

Als weiteres Aktionsfeld nutzte der KB 1982 wiederum die Bewegung gegen Kernkraftwerke, wobei sich Propaganda und Aktionen vorrangig gegen den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe im Raum Schwandorf richteten.

Bei seinen Aktivitäten stützt sich der KB auf „**KB-Studentengruppen**", die 1982 in Bayern inaktiv blieben.

### 3.5 Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Der BWK wurde im September 1980 von ehemaligen Anhängern des KBW gegründet. Für ihn gilt nach wie vor das vom KBW 1973 beschlossene und 1976 überarbeitete Programm. Nach diesem Programm bekennt sich der BWK zur „proletarischen Revolution" und zur „Diktatur des Proletariats" im marxistisch-

leninistischen Sinne und propagiert offen die „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates“.

Oberstes Organ des BWK ist nach dem Statut die Zentrale Delegiertenkonferenz, die vom Zentralen Komitee (ZK) einberufen wird. Die bei der Gründung gebildeten 7 Landesverbände sind in Bezirke unterteilt. Die Grundeinheiten sind die Zellen. Die Zentrale des BWK hat ihren Sitz in Köln. Der Landesverband Bayern wird von München aus geleitet. Bezirke mit Bezirksleitungen bestehen in Augsburg, Bayreuth, München, Regensburg, Rosenheim und Würzburg. Auf Bundesebene verfügte der BWK zum Jahresende noch über 500 Mitglieder (1981: 600). In Bayern sank die Mitgliederzahl unter 100 (1981: etwa 100).

Organ des BWK ist die Zeitschrift „Politische Berichte“. Sie erscheint vierzehntägig im Verlag „Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung — Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH“ (GNN) in Köln. Die Auflage betrug Ende 1982 rund 1.500 Exemplare (1981: 2.000). Neben der Verlagsgesellschaft in Köln bestehen auf der Ebene der Landesverbände unter der Bezeichnung „Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH“ (GNN) weitere Verlage. Der GNN-Verlag für Bayern, der seinen Sitz in München hat, brachte 1982 Betriebszeitungen, Kasernenzeitungen, Hochschulzeitungen sowie Flugblätter und interne Schriften des BWK zu regionalen Themen heraus. Die Anzahl dieser Druckschriften ging 1982 erheblich zurück.

Die Agitation des BWK richtete sich 1982 vorrangig gegen die westliche Verteidigungsgemeinschaft, die er als „aggressives imperialistisches Militärbündnis“ bezeichnete. Er wandte sich ferner gegen die „israelische Aggression“ und die „NATO-Interessen“ im Libanon und warf der Bundesregierung wegen der EG-Wirtschaftssanktionen gegen Argentinien eine „Verstrickung“ im Falkland-Konflikt vor. Anhänger des BWK beteiligten sich an der anlässlich des NATO-Gipfeltreffens am 10. Juni in Bonn von den Marxistischen Gruppen (MG) organisierten Demonstration „gegen den NATO-Imperialismus und gegen die deutsch-amerikanische Kriegsallianz“ und unterstützten die von anderen linksextremen Gruppierungen am 11. September in Frankfurt a.M. durchgeführte Kundgebung gegen die „faschistische Militärdiktatur“ in der Türkei.

Weiter wandte sich der BWK gegen die Tarifabschlüsse, das Beschäftigungsprogramm und die Sparbeschlüsse der Bundesregierung. In seinen Publikationen kritisierte er mehrfach die zunehmende „Ausländerfeindlichkeit“ und forderte eine „Einbürgerung der Ausländer ohne wenn und aber!“. Angehörige des BWK beteiligten sich auch an einer Demonstration am 24. April in München, die sich gegen „Ausländerhetze und Ausländererlasse“ richtete.

An der Landtagswahl in Bayern am 10. Oktober beteiligte sich der BWK lediglich mit 4 Bewerbern, die im Wahlkreis Oberbayern kandidierten. Er erhielt 413 Gesamtstimmen. In seinem Wahlauf Ruf „Gegen Deutsch-Nationalismus und Reaktion“ warf der BWK den anderen Parteien vor, den „Deutsch-Nationalismus“ zu fördern, „politische Unterdrückung“ auszuüben, die „Berufsverbote“ zu akzeptieren und die „Interessen der Arbeiterklasse mit Füßen zu treten“.

BWK und KPD bemühten sich 1982 zunehmend um ein Bündnis. Auf einer gemeinsamen Sitzung am 4./5. Dezember einigten sich beide Organisationen, bei der Bundestagswahl 1983 mit „offenen Listen“ zu kandidieren. Die „offene Landesliste“ des BWK für Bayern enthielt acht Kandidaten. Davon gehörten sechs Bewerber dem BWK und zwei Bewerber der KPD an (vgl. auch Nr. 3.7 dieses Abschnitts).

An einigen Universitäten in Bayern bestehen „**BWK-Hochschulzellen**“ (BWK-HZ). Ihre Aktivitäten beschränkten sich im wesentlichen auf die Verbreitung der vom BWK herausgegebenen Hochschulzeitung.

### 3.6 **Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)**

Der im Jahre 1973 entstandene KBW bekennt sich zur „proletarischen Revolution“ im marxistisch-leninistischen Sinne. Er propagiert offen die „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates“ und strebt die „Machtergreifung durch die Volksmassen“ an. Sein Vorbild ist nach wie vor die Kommunistische Partei Chinas (KPCh).

Der KBW richtet sich nach der neuen Parteikonzeption, wie sie auf der VI. Delegiertenkonferenz vom 14. bis 18. November 1981 in Frankfurt a.M. beschlossen wurde. Diese Konferenz hob alle vorherigen programmatischen Dokumente auf, beschloß ein neues Statut und verabschiedete drei Resolutionen, in denen der neue politische Kurs umrissen wurde.

Im Hinblick auf die andauernde Krise des KBW beantragten mehrere Mitglieder der Bundesleitung, den KBW aufzulösen. Dieser Antrag wurde jedoch von den Teilnehmern einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz am 12./13. Juni in Frankfurt a.M. mit großer Mehrheit abgelehnt. Diese Konferenz legte ferner fest, daß die Bundesleitung, der nunmehr 39 Mitglieder angehören, aus ihren Reihen den aus drei Personen bestehenden Bundesvorstand (bisher 3 Sekretäre) bestellt. Der Bundesleitung unterstehen regional gebildete Bezirke oder Ortsgruppen, die sich in „Grundeinheiten“ (= Zellen) untergliedern. In Bayern verfügt der KBW nur noch in einigen größeren Städten über Zellen.

Der seit 1980 festgestellte Rückgang der Mitgliederzahlen setzte sich auch 1982 fort. Maßgebend hierfür sind nach wie vor die anhaltenden ideologischen Differenzen in der Parteiführung. Zum Jahresende zählte der KBW im Bundesgebiet noch rund 500 Mitglieder (1981: 1.250). Auch in Bayern ging die Mitgliederzahl weiter zurück. Sie lag Ende 1982 unter 50 Personen.

Als Zentralorgan gab der KBW die Wochenzeitung „Kommunistische Volkszeitung“ (KVZ) mit einer Gesamtauflage von etwa 4.000 Exemplaren (1981: 7.000) heraus. Die Theorie-Zeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf“ (KuK) erschien monatlich mit einer Auflage von rund 2.000 Stück (1981: 4.000). Ende 1982 stellte der KBW vorwiegend aus finanziellen Erwägungen die Herausgabe seiner Verbandsorgane ein. Seit Januar 1983 erscheint dafür die Monatszeitschrift „Kommune — Forum für Politik und Ökonomie“, die von einem aus 15 KBW-Mitgliedern bestehenden Redaktionskomitees herausgegeben wird.

In der Agitations- und Propagandatätigkeit befaßte sich der KBW mit dem Falkland-Konflikt, der „Ausländerfeindlichkeit“, dem „US-Imperialismus“ und der

NATO-Nachrüstung. Im Rahmen seiner Aktivitäten versuchte er, über „Aktionsbündnisse“ in der „Friedensbewegung“ verstärkt an Einfluß zu gewinnen. So beteiligten sich seine Anhänger wiederholt an den von anderen linksextremen Gruppen durchgeführten örtlichen „Friedensaktionen“. Darüber hinaus beteiligte sich der KBW an den „Ostermärschen“ im April sowie den „Friedensdemonstrationen“ am 17. April in München und am 10. Juni in Bonn.

Im Februar veröffentlichte der KBW einen Beschluß der Bundesleitung über „Parlamentarische Wahlen und Wahlbeteiligung“. Danach will der KBW seine Arbeit längerfristig auf eine „strategisch-politische Konzeption einer linken Frontbildung“ konzentrieren. Für die Bundestagswahl 1983 befürwortete er eine „offene Liste“ der „Grünen“.

Der Einfluß des KBW auf die Anti-Kernkraft-Bewegung ging 1982 merklich zurück.

Von der krisenhaften Entwicklung des KBW blieben auch seine Nebenorganisationen, die **„Kommunistischen Jugendbünde“ (KJB)** und die **„Kommunistischen Hochschulgruppen“ (KHG)** nicht verschont. Beide Gruppierungen traten 1982 in Bayern nicht mehr in Erscheinung.

Die **„Vereinigung für revolutionäre Volksbildung“ (VrV)**, die den KBW bis 1981 als Nebenorganisation unterstützte, verschaffte sich mehr Eigenständigkeit. Seit Oktober 1981 arbeitet die VrV selbständig auf der Grundlage eines „Plattformvorschlages“. Zum KBW bestanden jedoch weiterhin personelle Verbindungen.

### 3.7 Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD)

Die im Dezember 1968 in Hamburg gegründete KPD bekennt sich zu den „unvergänglichen Lehren von Marx, Lenin und Stalin“. Sie tritt offen für die „gewalttätige sozialistische Revolution“, die „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates“ und die „Errichtung der Diktatur des Proletariats“ ein. Die KPD lehnt den Kommunismus sowjetischer Prägung ab. Ihr ideologisches Vorbild ist die Volksrepublik Albanien. Zur Vertiefung ihrer „brüderlichen Beziehungen“ zur Partei der Arbeit Albanien (PAA) reisten auch 1982 Delegationen der KPD wieder nach Tirana.

Führungsgremium der KPD ist das Zentralkomitee (ZK). Die laufende Arbeit verrichtet das Politbüro in Dortmund. Die Partei gliedert sich in die Sektionen „Deutsche Bundesrepublik“ (DBR), Berlin (West) und DDR. In der Bundesrepublik Deutschland unterhält sie 3 Landesverbände (Nord, Mitte und Süd) und mehrere Landesbezirksverbände, davon einen in Bayern mit Sitz in München. Daneben bestehen KPD-Gruppen oder -Initiativen in Augsburg, Coburg, Kempten, München, Nürnberg und Würzburg.

Die KPD zählte Ende 1982 im Bundesgebiet unverändert rund 500 Mitglieder. Der Mitgliederstand in Bayern blieb annähernd konstant bei 50.

Zentralorgan der KPD ist der „Rote Morgen“, der wöchentlich in der Vorjahresaufgabe von etwa 6.000 Exemplaren erscheint. Seit Ende 1980 wird das Zentral-

organ zweisprachig herausgegeben, und zwar mit 13 deutschen und 3 türkischen Seiten. Theoretisches Organ der KPD ist der „Weg der Partei“. Daneben verbreitet die KPD das Funktionsorgan „Der Kommunist“.

Agitationsschwerpunkte der KPD waren 1982 der Kampf gegen „Reaktion und Faschismus“ und gegen die „anwachsende Ausländerfeindlichkeit“, die von den „Bonner Parteien“ und anderen „reaktionären Kräften“ geschürt werde.

Als Beitrag zum „Friedenskampf“ wertete die KPD die Teilnahme ihrer Anhänger an den bundesweiten „Ostermärschen“ und an den „Friedensdemonstrationen“ am 17. April in München und am 10. Juni in Bonn, die sich gegen die NATO-Nachrüstung richteten.

Zum 15jährigen Bestehen des KPD-Zentralorgans „Roter Morgen“ veranstaltete die KPD am 25./26. September in Dortmund ein „Pressefest“ mit Informationsständen der Landesbezirke, Filmvorführungen, Diskussionsrunden und einem Bunten Abend. An den Veranstaltungen beteiligten sich rund 2.000 Personen. In seiner Begrüßungsansprache betonte der KPD-Vorsitzende Ernst Aust die „Notwendigkeit des entschlossenen Widerstandes der Werktätigen“ im „revolutionären Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat“.

Die Zusammenarbeit zwischen dem BWK und der KPD, die auch die KPD-beeinflußte VOLKSFRONT mit einschloß, wurde 1982 weiter ausgebaut. So wurden in Bayern wiederholt gemeinsame Aktivitäten von VOLKSFRONT und BWK bekannt. Ein BWK-Funktionär aus Bayern wurde als erster Ersatzkandidat in den Zentralen Vorstand der VOLKSFRONT gewählt. Mitarbeiter der „Roter-Morgen“-Redaktion wirkten vorübergehend bei der Redaktion der „Politischen Berichte“ mit. Im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 1983 einigten sich KPD und BWK auf einer gemeinsamen Sitzung am 4./5. Dezember über die gegenseitige Unterstützung sogenannter „offener Listen“ und verabschiedeten eine „gemeinsame Wahlplattform“. Die „offene Landesliste“ des BWK für Bayern enthielt 8 Kandidaten; davon gehörten 2 Bewerber der KPD an (vgl. auch Nr. 3.5 dieses Abschnitts).

Die Aktivitäten der KPD in Bayern nahmen gegen Jahresende merklich ab. Sie beschränkten sich im wesentlichen auf die Verbreitung von Publikationen.

In ihrer Arbeit wird die KPD von zwei Nebenorganisationen unterstützt, der „**Kommunistischen Jugend Deutschlands**“ (KJD) und den „**Kommunistischen Studenten**“ (KS). Die KJD gibt monatlich die Zeitschrift „Roter Rebell“ und vierteljährlich die Soldatenzeitung „Roter Marder“ heraus. In unregelmäßigen Abständen erscheint ein „KJD-Info“. Organ der KS ist die Zeitung „Zwischenruf links“, die vierteljährlich herausgegeben wird. Beide Organisationen entwickelten 1982 in Bayern keine Aktivitäten.

Die Arbeit der KPD unterstützten 1982 vier weitere Organisationen, die sich teilweise durch Satzungsänderungen und Neuwahl der Vorstandschaft mehr Selbständigkeit verschaffen konnten. Dennoch blieb bei allen diesen Organisationen der Einfluß der KPD erhalten. Hierzu gehören die VOLKSFRONT, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO), die Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk (AG-FLV) und die Rote Hilfe Deutschlands (RHD).

Die KPD-beeinflußte „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ (**VOLKSFRONT**) wurde am 6. Oktober 1979 in Dortmund gegründet. In einem damals ergangenen Aufruf wurde ausgeführt, die Gründung sei erforderlich gewesen, um den wachsenden „Widerstand in unserem Volke“ gegen „Ausspernungsterror“, „brutale Polizeieinsätze“ und „Naziprovokation“ bundesweit zu organisieren.

Am 30./31. Januar fand in Frankfurt a.M. der 2. Bundeskongreß der VOLKSFRONT statt, an dem 185 Delegierte aus 11 Landesverbänden teilnahmen. Als Arbeitsschwerpunkte legte der Kongreß den Kampf für das Verbot aller „faschistischen“ Organisationen und gegen die „Ausländerfeindlichkeit“ fest. „Dringendste Aufgabe“ des „Friedenskampfes“ sei es, „die ‚Nachrüstungsbeschlüsse‘ zu kippen“. Ziel bleibe nach wie vor die Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland.

Die VOLKSFRONT verfügt in allen Bundesländern über Landesverbände, die sich in Kreisverbände und Ortsgruppen gliedern. Der Landesverband Bayern wurde am 3. November 1979 in Nürnberg unter Beteiligung der KPD gegründet und zählte zum Jahresende 1982 nur noch etwa 50 Mitglieder (1981: 100). Organ der VOLKSFRONT ist das Mitteilungsblatt „Volksecho“, das monatlich erscheint.

Im Rahmen ihrer Aktivitäten unterstützte die VOLKSFRONT 1982 mehrfach Aktionen der KPD und anderer linksextremer Gruppen, die sich gegen die „Ausländerfeindlichkeit“ richteten. Als Beitrag zum „Friedenskampf“ beteiligten sich Anhänger der VOLKSFRONT an örtlichen „Friedensaktionen“, an den „Ostermärschen“ sowie an den „Friedensdemonstrationen“ am 17. April in München und am 10. Juni in Bonn.

Die KPD-beeinflußte „**Revolutionäre Gewerkschaftsopposition**“ (**RGO**), die 1982 in Bayern inaktiv blieb, tritt nach ihrem Programm in allen Auseinandersetzungen für die selbständige Führung des Kampfes durch die Arbeiter ein. Verbandsorgan der RGO sind die „RGO-Nachrichten“.

Die „Revolutionäre Landvolksbewegung“ (RLVB) beschloß am 13./14. März in Kaufungen bei Kassel eine neue Satzung, wählte einen neuen Vorstand und bezeichnet sich künftig als „**Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk**“ (**AG-FLV**). Durch diese organisatorische und personelle Änderung und mit Hilfe ihrer gleichnamigen Zeitung „Freies Landvolk“ soll der Aufbau einer „freien Landvolksbewegung“ in der Bundesrepublik Deutschland gefördert werden. Mit der Wahl eines in Oberfranken wohnhaften Funktionärs der VOLKSFRONT zum Kassensprüfer versucht die Arbeitsgemeinschaft, auch in Bayern Fuß zu fassen. Die Aktivitäten in Bayern beschränkten sich 1982 auf den Vertrieb ihrer Zeitung.

Die „**Rote Hilfe Deutschlands**“ (**RHD**) hat sich die Unterstützung aller vom „Klassenfeind“ Verfolgten zum Ziel gesetzt. Auf ihrer 4. ordentlichen Bundeskonferenz am 5. Juni in Bochum änderte sie ihre Satzung und wählte einen neuen Vorstand. In ihrem sporadisch erscheinenden Mitteilungsblatt „Die Rote Hilfe“ sind für Bayern Kontaktadressen in Eckental, Kreis Erlangen-Höchstadt, Kempten und München angegeben.

Publikationen der Neuen Linken

Mit Bahro zurück ins Mittelalter §.37 C 21734 E



**Arbeiterkampf**  
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Grüner Parteitag  
Geht in den Wahlkampf  
Streit vertagt!

12 Nr. 227 15 11.82 4 DM

Nr. 12/Dez. 82 15. Jahrg. DM 1.- E 6097 EX



Inhalt:  
WER BESTIMMT  
IN DER BRD —  
oder wie  
Politik gemacht wird  
Seite 20/21

D 7735 C  
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

**Kommunistische Volkszeitung**

Nr. 45  
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags  
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes, Vorkriegsstraße 108/111 · D-1000 Berlin

17. November 1982  
Preis 1,80 DM

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

**Politische Berichte** 

31. Dezember 1982  
Jg. 3 Nr. 27

G 7756 D Preis: 2,50

B 5045 FX



Nr. 3/82 DM 1.50  
26. Mai 1982

**Marxistische  
Gruppe (MG)**

30. Juni 1982



Beitragserstellung  
für  
MARXISTISCHE GRUPPE (MG)

**Marxistische  
Arbeiter  
Zeitung**

MARXISTISCHE GRUPPE (MG) Leipzig, Spinnerei

### 3.8 Trotzistische Gruppen

Zum Jahresende bestanden im Bundesgebiet 11 Gruppen mit rund 600 Mitgliedern, die sich auf die Lehren Trotzki's berufen. Die bedeutendste ist die im Mai 1969 gegründete **„Gruppe Internationale Marxisten — Deutsche Sektion der IV. Internationale“ (GIM)**. Ihr gehören etwa 220 Mitglieder (1981: 300) an. Neben der GIM bestehen noch zwei weitere nennenswerte Zusammenschlüsse deutscher Trotzisten: der **„Spartacusbund“** und der **„Bund Sozialistischer Arbeiter“ (BSA)**, dem der **„Sozialistische Jugendbund“ (SJB)** angegliedert ist.

Gemeinsam kämpfen diese Gruppen für die „permanente Revolution“, um den „bürgerlichen Staat“ zerschlagen und die „Diktatur des Proletariats“ in der Staatsform einer Räteherrschaft errichten zu können. Das Bekenntnis zum Trotzismus schließt die Bejahung der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ein.

Auf einer bundesweiten Konferenz der GIM vom 17. bis 20. Juni in Frankfurt a.M. berieten 60 Delegierte über die weitere Arbeit der Organisation. Die Mehrheit der Delegierten sprach sich dafür aus, künftig stärker in die „Umgruppierungsprozesse bei den Linken“ einzugreifen und eine „revolutionäre Jugendorganisation“ aufzubauen.

In Bayern bestehen Ortsgruppen der GIM in München und Nürnberg mit nur wenigen Mitgliedern. Die Aktivitäten beschränkten sich auf die Verbreitung von Flugblättern, Errichtung von Info-Ständen und Durchführung einiger Veranstaltungen. Höhepunkt war eine überregionale Veranstaltung am 16. April in München, an der rund 400 Personen teilnahmen. Darüber hinaus trat die GIM vereinzelt im Hochschulbereich auf.

Das Zentralorgan der GIM ist die 14tägig erscheinende Zeitschrift „was tun“. Ihre Auflage liegt unverändert bei 2.500 Exemplaren.

### 3.9 Marxistische Gruppen (MG)

Innerhalb der Neuen Linken nehmen die Marxistischen Gruppen, die sich aus den Ende der 60er Jahre entstandenen „Roten Zellen“ entwickelten, eine Sonderstellung ein. Nach den Merkmalen hierarchischer Aufbau, straffe Disziplin, intensive Schulung und strenge Abschirmung des Verbandslebens entsprechen die MG einer marxistisch-leninistischen Kaderorganisation, obwohl sie den „Leninismus“ in seiner dogmatischen Form ablehnen. Die MG bekämpfen die „Demokratie“ als „Staatsform der bürgerlichen Ausbeutung“ und treten dafür ein, den Staat auf dem Weg über die sozialistische Revolution abzuschaffen. Voraussetzung dazu sei der „Klassenkampf des Proletariats“, zu dessen „Bewußtseinsorientierung“ sie beitragen wollen.

Die MG verfügen bundesweit über etwa 1.000 Mitglieder (1981: 700), davon überwiegend Studenten und Angehörige akademischer Berufe, und mehrere Tausend in „Sympathisantenplenen“ fest eingebundene Anhänger. Ihr organisatorischer Schwerpunkt ist Bayern. Hier bestehen Gruppen in Bamberg, Erlangen-Nürnberg, München, Regensburg und Würzburg. Aktivitäten, die auf Stützpunkte schließen lassen, wurden auch aus Augsburg, Bayreuth, Coburg, Fürth

und Schweinfurt sowie aus dem Raum Aschaffenburg bekannt. Die Zahl ihrer Mitglieder lag zum Jahresende 1982 bei 400 (1981: 300). Sie konnten sich ferner auf einen Sympathisantenkreis von unverändert 4.500 Personen stützen.

Die bedeutendste Gruppe ist nach wie vor die MG München, die faktisch eine Führungsfunktion ausübt. Kommunikations- und Bildungszentren sind der „Laden“ des „Vereins zur Förderung des studentischen Pressewesens e.V.“, die „MHB- und NEW-Gesellschaften für Druck und Vertrieb wissenschaftlicher Literatur mbH“ und der „Resultate-Verlag“ in München sowie die „MG-Läden“ in Erlangen, Nürnberg und Würzburg.

Gliederung und leitende Gremien der MG werden nach wie vor weitgehend geheimgehalten. Organisatorisch praktizieren die MG einen straffen Führungsstil und verlangen die stete Bewährung des einzelnen als Mitglied oder Sympathisant. Die Finanzierung der MG erfolgt durch sehr hohe Mitgliedsbeiträge und durch den Verkauf von Publikationen.

Zentrale Publikationsorgane der MG sind die „Marxistische Studentenzeitung“ (MSZ) und die „Marxistische Arbeiterzeitung“ (MAZ). Zusätzlich erscheinen örtliche „Hochschulzeitungen“ mit Einzelauflagen bis zu 14.000 Exemplaren sowie Betriebs-, Branchen- und Regionalausgaben der MAZ. Das theoretische Organ der MG erscheint unter dem Titel „Resultate“.

Hauptbetätigungsfelder der MG waren 1982 wiederum die Hochschulen — vgl. Abschnitt 5 Nr. 5 — und die Betriebsarbeit.

Mit der „Marxistischen Arbeiterzeitung“ (MAZ), die 1982 in zahlreichen Städten vor Großbetrieben verteilt wurde, versuchten die MG, in den Arbeitnehmerbereich einzudringen. Zu diesem Zweck haben die MG einen eigenen Kader für Betriebsarbeit gebildet, der über Einzelpersonen oder kleine Aktionsgruppen ihre Politik in die Betriebe tragen soll. Die Schulung der Arbeiter ist praxisbezogen und weniger wissenschaftlich. In der „MAZ“ und bei speziellen Veranstaltungen für Arbeitnehmer behandelten die MG Themen wie „Beschäftigungsprogramme“, „Arbeitslosigkeit“ und „Streikrecht“.

Angehörige der MG beteiligten sich in zahlreichen Städten an den DGB-Veranstaltungen zum 1. Mai. Bereits im Vorfeld der Mai-Kundgebungen führten die MG unter der Losung „Manifest gegen den DGB — Politik auf Kosten der Arbeiter“ eigene „Anti-DGB-Veranstaltungen“ durch. Auf diesen Versammlungen erläuterten die Sprecher die von den MG erarbeiteten und bundesweit verbreiteten „Thesen gegen den DGB“, wonach sich die „bundesdeutschen Gewerkschaften“ inzwischen zu einem „notwendigen Instrument des Kapitalismus“ entwickelt hätten.

Durch Sprechchöre und Zwischenrufe störten am 6. März Angehörige der MG eine Versammlung des DGB in Nürnberg und die Tarifverhandlungen der IG-Metall in München. Bei der Entfernung der Störer kam es zu Handgreiflichkeiten.

Aus Anlaß des NATO-Gipfeltreffens und des Besuches des US-Präsidenten Reagan veranstalteten die MG am 10. Juni in Bonn einen Aufzug mit Schlußkundgebung unter dem Motto „Gegen den NATO-Imperialismus und die deutsch-amerikanische Kriegsallianz“. An der Veranstaltung, zu der auch der BWK seine Mit-

glieder aufrief, beteiligten sich annähernd 8.000 Personen, darunter etwa 3.000 MG-Anhänger aus Bayern. Auf der Schlußkundgebung rief ein MG-Funktionär zum „Kampf gegen Imperialismus in Betrieben und Universitäten“ auf. Zur Mobilisierung der MG-Anhänger fanden im Vorfeld der Demonstration zwischen 6. und 8. Juni an mehreren Hochschulorten Kundgebungen statt.

Unter dem Motto „Noch ein Völkermord für den NATO-Frieden“ protestierten die MG 1982 in mehreren Universitätsstädten gegen die „militärische Intervention“ Israels im Libanon. An den Demonstrationen beteiligten sich insgesamt über 5.000 Personen, überwiegend MG-Anhänger. Den Aufzug am 14. Juli in München unterstützten auch der BWK, die GIM, die „Aktionseinheitsliste der Fachschaften und undogmatischen Linken“ (AEL) und die AEL/MG-Fraktion im Studentischen Sprecherrat der Ludwig-Maximilians-Universität München.

### 3.10 Sonstige Komitees und Gruppen

Ehemalige Mitglieder des KBW, der 1980 aufgelösten KPD und des KB schlossen sich im Frühjahr 1979 zu „**Komitees für Demokratie und Sozialismus**“ (KDS) zusammen. Sie wollen Sammelbecken für alle „revolutionären Kräfte“ außerhalb der bestehenden kommunistischen und sozialistischen Organisationen sein mit dem Ziel, den „Staatsapparat“ der „herrschenden Klasse“ zu zerstören. Anfang 1982 bestanden im Bundesgebiet in zahlreichen Städten, unter anderem auch in Nürnberg, örtliche Komitees, Initiativen und Redaktionsgruppen, die inzwischen keine Aktivitäten mehr entwickeln.

Die vom KB Ende 1979 abgespaltene „Zentrumsfraktion“, die sich „**Gruppe Z**“ nannte, unterhielt auch in Landshut einen Stützpunkt. Aktivitäten der Gruppe Z wurden 1982 nicht mehr bekannt. Die von ihr herausgegebene Zeitschrift „Z“ ist nicht mehr erschienen.

Ehemalige Mitglieder der 1980 aufgelösten KPD, die sich bereits vor der Auflösung als „**Gruppe der 99**“ für die Beibehaltung eines „organisierten Diskussions- und Arbeitszusammenhangs“ ausgesprochen hatten, trafen sich 1982 mehrfach als Arbeitsgemeinschaft „Ökologie und Marxismus“.

### 3.11 Undogmatische Gruppen der Neuen Linken

#### 3.11.1 Allgemeines

Zum Bereich der Neuen Linken gehören auch die sogenannten undogmatischen Gruppen. Sie sind schwer überschaubar und bestehen häufig aus kleinen, örtlichen Zirkeln oder lockeren kurzlebigen Zusammenschlüssen. Sie lehnen vielfach starre Organisationsformen und feste Bindungen an ideologische Dogmen ab, befürworten im politischen Kampf Spontaneität, Autonomie und Selbstorganisation der „Unterdrückten“. Sie fordern vor allem die Arbeit an der „Basis“ und „Selbstbestimmung“ in Bezugsgruppen oder persönlichen „Arbeitsfeldern“ zur „eigenen“ Befreiung. Das politische Spektrum dieser undogmatischen Linksextremisten reicht von Anhängern eines „undogmatischen wissenschaftlichen Sozialismus“ über Sozialrevolutionäre bis hin zu Anarchisten. Sie alle verfolgen als Endziel die Beseitigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung.

Neben den undogmatischen Linksextremisten gibt es auch Gruppen, die auf den gleichen Aktionsfeldern, häufig mit ähnlichen Namen und Organisationsformen tätig werden, ohne jedoch extremistische Ziele zu verfolgen. Zu diesem Bereich zählt der größte Teil der sogenannten Alternativen.

### **3.11.2 Sozialistisches Büro Offenbach (SB)**

Das 1969 gegründete Sozialistische Büro in Offenbach hatte sich zum Ziel gesetzt, die aus der außerparlamentarischen Opposition hervorgegangenen linken Gruppierungen in der „Sozialistischen Bewegung“ aufzufangen. Es erhebt heute noch den Anspruch, ein Sammelbecken für Linkssozialisten und ein Forum der Diskussion und der Propaganda sozialrevolutionärer Theorien und Praktiken zu sein. Gleichzeitig fordert das SB die „revolutionäre Umwälzung“, die es auf parlamentarischem Wege und unter Ausnutzung des „bürgerlichen Staatsapparates“ nicht für erreichbar hält.

Das SB kennzeichnet eine besonders lockere Organisationsform, die zahlreiche undogmatische Gruppen und rund 900 Einzelmitglieder (1981: 1.000) umfaßt. Als Publikationsorgane des SB erscheinen die „Links-Sozialistische Zeitung“ und die „Express-Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“.

Nach Angaben des SB bestehen in Bayern Gruppierungen in Augsburg, Bamberg, Erlangen, Kempten, München, Nürnberg, Schweinfurt und Würzburg mit insgesamt 30 Anhängern (1981: 40), die sich zum Teil als „Sozialistische Zentren“ bezeichnen.

Zum Jahresende erklärte der „Arbeitsausschuß“, das SB habe sich von überholten Ansprüchen befreit und konzentriere sich nunmehr auf einige zentrale Themen wie die „Sozialistische Friedenspolitik“ und den Widerstand gegen den „Sozial-Spar-Staat“.

### **3.11.3 Kollektiv Rote Hilfe München (KRH)**

Das 1978 gegründete Kollektiv Rote Hilfe München, das sich als unabhängige Vereinigung undogmatischer Linker bezeichnete und in seiner praktischen Arbeit die „Isolation“ der Gefangenen durchbrechen wollte, entwickelte 1982 keine Aktivitäten mehr.

### **3.11.4 Freizeit '81/Freizeit '82**

Die im Frühjahr 1981 in München bekanntgewordene Gruppe „Freizeit '81“ bezeichnete sich in einer Selbstdarstellung als eine lose Verbindung mehrerer Personen, die Aktionen durchführen, und zwar „jeder auf seine Art“. Hierzu gehören: „Flugblätter, Plakate, Zeitungen, Konzerte, Sprühaktionen, Steine, Bankenschlösser zukleben, Mollies“. „Freizeit '81“ trete „gewaltlos oder militant, legal oder illegal, ängstlich oder stark, auf jeden Fall (mit) Gefühl und Härte“ auf. Wichtigster Faktor bei den Aktionen sei der „Widerstand aus dem Bauch“, der „unkontrollierte Reflexbewegungen“ auslöse. Eine weitere Publikation von „Freizeit '81“ enthielt die Aufforderung, „den Staat mit allen Mitteln zu bekämpfen und zu vernichten“. Für „Freizeit '81“ sei die „Zerstörung der Zivilisation“ der „Ausgangspunkt der Anarchie“.

Anhänger der Gruppe „Freizeit '81“ waren 1981 an 13 Brandanschlägen auf Banken und Schulen im Stadtgebiet von München sowie an zahlreichen Sachbeschädigungen und Schmieraktionen beteiligt. Die Polizei leitete gegen 26 Tatverdächtige Ermittlungsverfahren ein. Zwischenzeitlich wurden 21 Angeklagte zu Freiheitsstrafen, Geldstrafen und Arbeitsauflagen verurteilt. Bei 5 Angeklagten wurde das Verfahren eingestellt.

Eine Anfang 1982 in München verbreitete Broschüre der Gruppe „Freizeit '81“ trug die Bezeichnung „Zero BUY knallhart 81“. Diese Publikation enthielt u.a. einen Auszug aus der Druckschrift „Revolutionärer Zorn“, die von der terroristischen Vereinigung „Revolutionäre Zellen“ (RZ) herausgegeben wurde. Der Artikel befaßte sich mit dem „bewaffneten Kampf“ und empfahl den beteiligten Gruppen, sich das hierfür benötigte Wissen (z.B. über die Herstellung von Brandsätzen) anzueignen.

Eine Gruppe „Freizeit '82“ bekannte sich zu dem Brandanschlag am 28. Juli auf eine Filiale der Münchner Stadtparkasse, bei dem beträchtlicher Sachschaden entstand. In dem „Bekennerrbrief“ der Nachahmer oder Nachfolger der Gruppe „Freizeit '81“, der bei einer Münchner Tageszeitung einging, heißt es: „Unser Widerstand ist nicht durch Häuserräumungen und Schauprozesse zu brechen. Je mehr ihr uns unterdrückt, desto heller werden die Anstalten eures degenerierten Konsumapparates brennen“.

Die aktive Anhängerschaft der Gruppe „Freizeit '81“ betrug rund 100 Personen, die in der Mehrzahl aus Jugendlichen bestand. Nach der Verhaftung und Verurteilung gingen die Aktivitäten schlagartig zurück.

### 3.11.5 „Autonome“ Gruppen

Mit Aktionen traten 1982 im Bundesgebiet auch „autonome“ Gruppen auf. Die Anhänger der „Autonomen“ bestehen überwiegend aus Jugendlichen, die festgefügte Organisationsformen und einheitliche Konzepte ablehnen. Bei aller Unverbindlichkeit und Unterschiedlichkeit der Gruppen zueinander ist den „Autonomen“ jedoch der Kampf gegen „den Staat, der uns nicht haben will und den wir nicht wollen“ gemeinsam. Neuerdings stellen auch einige Gruppen den „antiimperialistischen Kampf“ in den Mittelpunkt ihrer Aktionen und versuchen, Konzeptionen der terroristischen Vereinigungen „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und „Revolutionäre Zellen“ (RZ) nachzuahmen. Vage formuliertes Endziel dieser Gruppen ist die „Autonomie“ in einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“.

In Bayern sind dem militanten Bereich der „Autonomen“ etwa 50 Personen zuzuordnen. Schwerpunkte bestehen in München und im Raum Nürnberg-Erlangen. Diese Gruppen führten 1982 wiederholt „Autonentreffs“ in München und Nürnberg durch.

### 3.11.6 Schriften, Verlage und „illegale Sender“

Eine besondere Bedeutung für den Informationsaustausch innerhalb der undogmatischen Bewegung haben Verlage, Buchläden sowie Publikationen, die über terroristische Aktionen informieren und Erklärungen terroristischer Gruppen und des Umfeldes abdrucken, ferner einige „Alternativzeitungen“, die immer

wieder Raum für Veröffentlichungen extremistischer Positionen bieten. Im regionalen Bereich gehören hierzu die „Basis-Buchhandlung“ München, der „Trampelpfad“ München, die „Bücherkiste“ Nürnberg und das „Blatt — Stadtzeitung für München“, das unverändert in einer Auflage von etwa 10.000 Exemplaren erscheint.

Überregionale Bedeutung hat die in Berlin (West) herausgegebene Publikation „die Tageszeitung“ (taz), die bundesweit täglich erscheint und von Gruppierungen der undogmatischen Neuen Linken und der „Alternativbewegung“ getragen wird. Sie berichtet wiederholt über Vorgänge innerhalb des undogmatischen Lagers und veröffentlichte Erklärungen und Aufrufe extremer Gruppierungen. Ebenfalls in Berlin (West) erscheint monatlich die von „autonomen“ Kreisen herausgegebene Zeitschrift „radikal“. In der Novemberausgabe veröffentlichte „radikal“ „sozialrevolutionäre Thesen“ zum Widerstand gegen das „System“. Darin heißt es: „Allein durch Arbeitsverweigerung bei gleichzeitigem Anzapfen des Staates“ und gelegentlichem „Jobben“ lasse sich das „System“ nicht bekämpfen. Eine „gesamtgesellschaftliche Umwälzung“ könne nur „durch ständiges Anfachen bzw. Verstärken von Konflikten“ entstehen. Solche Konflikte seien bisher „an der Startbahn West, im Häuserkampf, gegen die AKW's und Kriegstreiberei“ entstanden.



Als neues Medium zur aktuellen Information und Steuerung kämpferischer Aktionen fand innerhalb der undogmatischen Neuen Linken der Betrieb von illegalen Sendern zunehmendes Interesse. In Bayern strahlten 1982 folgende illegale Sender Programmbeiträge aus:

- „Radio Rumpelstilz“ im Raum München,
- „Querfunk“ im Raum Erlangen,
- „Radio Wolpertinger“ im Raum Passau und
- „Freie Schnauze Regensburg“.

Die Beiträge befaßten sich u.a. mit dem Libanon-Konflikt, der Verurteilung von Anhängern der „Freizeit '81“ und dem Tod von Mitgliedern der „Roten Armee Fraktion“ (RAF). Im Zusammenhang mit dem NATO-Gipfeltreffen und dem Besuch des amerikanischen Präsidenten wurde in den Sendungen wiederholt zur Teilnahme an der „Internationalen Friedensdemonstration“ am 10. Juni in Bonn aufgerufen. In mehreren Sendungen wurde auch zur Begehung von Straftaten aufgefordert.

Aufgrund von Peilmessungen der Deutschen Bundespost wurden der Sender „Querfunk“ am 13. Oktober aufgefunden, die Sendeanlagen sichergestellt und drei Personen vorläufig festgenommen. Bei der Durchsuchung von Wohnungen der Festgenommenen und weiterer Tatverdächtiger stellte die Polizei umfangreiches Beweismaterial sicher.

Vom Sender „Freie Schnauze Regensburg“ wurde am 27. März eine Sendeanlage aufgefunden und beschlagnahmt. Drei vermutliche Betreiber des Senders wurden vorläufig festgenommen. Ab Juni strahlte eine neue Sendeanlage wieder zwei weitere Programmbeiträge aus.

#### 4. Linksextremer Einfluß auf die Anti-Kernkraftbewegung

Die friedliche Nutzung der Kernenergie und die damit verbundenen Probleme der Entsorgung und Endlagerung waren 1982 erneut herausragende Themen in der Agitation und Propaganda linksextremer Gruppen. Entsprechend ihrer Strategie versuchten sie, die Besorgnis weiter Teile der Bevölkerung über denkbare, von Kernkraftwerken ausgehende Gefahren zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu nutzen. Dabei ging es ihnen nur vordergründig um die Verhinderung möglicher Gefahren. Wirkliches Ziel war die Schwächung der Demokratie und des Rechtsstaates und die Schaffung einer vorrevolutionären Situation.

Die Kampagne gegen Kernkraftwerke, die sich 1982 schwerpunktmäßig gegen die Errichtung von „Schnellen Brütern“ und Lagerstätten für radioaktive Brennelemente sowie gegen Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA) richtete, führte zu Gruppierungen der Neuen Linken unter der Losung „Weg mit dem militärischen und zivilen Atomprogramm“. Die orthodox-kommunistischen Gruppierungen, insbesondere die DKP, traten dafür ein, „den Kampf gegen das Bonner Atomprogramm mit dem Kampf gegen die Stationierung neuer Atomraketen zu verbinden“. Die Verknüpfung dieser beiden Agitationsfelder führte zu einer verstärkten Annäherung zwischen einigen in der „Friedensbewegung“ aktiv tätigen orthodox-kommunistischen Gruppierungen und Anti-Kernkraftgegnern der Neuen Linken, die wiederholt in gemeinsamen Aktionen ihren Ausdruck fand.

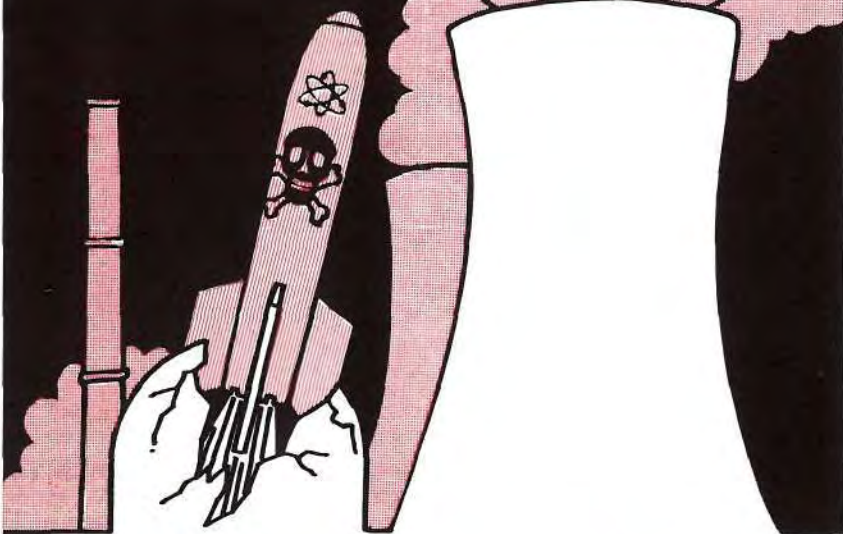
An der Kampagne gegen Kernkraftwerke beteiligten sich 1982 bundesweit maßgebend folgende kommunistischen Organisationen:

- Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
- Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)
- Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
- Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)
- Kommunistischer Bund (KB)
- Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)
- Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
- Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) — (KPD)

Auch Gruppen der undogmatischen Neuen Linken unterstützten die Kampagne.

# WAA

Atomare Wiederaufbereitungs-Anlage



# Nein!

Im Zusammenhang mit Aktionen der Kernkraftgegner war 1982 gegenüber dem Vorjahr bundesweit eine Zunahme der Anwendung von Gewalt feststellbar. Bei mehreren Großdemonstrationen, so am 4. September in Gorleben mit etwa 8.000 Teilnehmern, am 2. Oktober in Kalkar mit rund 20.000 Teilnehmern und am 30. Oktober in Salzgitter mit etwa 4.000 Teilnehmern, kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei denen insgesamt über 100 Beamte verletzt wurden. An den gewalttätigen Ausschreitungen beteiligten sich jeweils mehrere hundert Anhänger „autonomer“ Zusammenschlüsse und militanter Anti-KKW-Gruppen.

Auf mehrere Firmen und Gesellschaften, die an der Errichtung von KKW-Anlagen beteiligt waren, wurden Sprengstoffanschläge verübt, zu denen sich teilweise die „Revolutionären Zellen“ (RZ) bekannten. Am 16. Februar verübten unbekannte Täter im Bereich der Gemeinde Möhrendorf, Kreis Erlangen-Höchstadt, einen Anschlag auf eine 110 kV-Überlandleitung. In einem „Bekennerbrief“ erklärten die Täter, der „Anschlag sei aus Protest gegen das irrwitzige Atomprogramm“ durchgeführt worden. KKW-Gegner verübten ferner am 31. Oktober auf den Fuhrpark einer Landshuter Firma einen Brandanschlag.

Die Anti-Kernkraftbewegung in Bayern verlagerte den Schwerpunkt ihrer Kampagne auf die im Schwandorfer Raum geplante Wiederaufarbeitungsanlage und das in Mitterteich vorgesehene Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktive Stoffe. An den Aktionen gegen das Projekt in Schwandorf beteiligten sich vor allem DKP, SDAJ, KB und Gruppen der undogmatischen Neuen Linken. Im nordbayerischen Raum versuchten insbesondere die orthodoxen Kommunisten, durch eigene Aktionen, wie Info-Stände, Unterschriftensammlungen, Flugblätter und Sonderausgaben von Zeitungen, Einfluß auf die AKW-Bewegung zu gewinnen. Unter der Parole „Damit aus der Oberpfalz keine Opfer-Pfalz wird — Die Atommafia stoppen!“ brachte die DKP dieses Thema in den Landtagswahlkampf ein.

Die Zahl der in Bayern vorhandenen Bürgerinitiativen stieg in den Jahren 1981/82 durch zahlreiche Neugründungen von „Anti-WAA-Initiativen“, vornehmlich im nordbayerischen Raum, stark an. Ende 1982 stand eine Bürgerinitiative, die wiederholt bei überregionalen Veranstaltungen Koordinierungsfunktionen übernahm, unter starkem kommunistischen Einfluß. Weitere 14 Bürgerinitiativen waren Einflußversuchen durch kommunistische Gruppierungen ausgesetzt.

## 5. Linksextremer Einfluß auf die „Friedensbewegung“

### 5.1 Allgemeines

Seit Jahren versuchen Linksextremisten, mit Kampagnen „für Frieden und Abrüstung“ eine Massenbasis für ihre weitergehenden gesellschaftsverändernden Ziele zu gewinnen. Zu diesem Zweck rufen insbesondere die DKP, ihre Neben- und von ihr beeinflussten Organisationen Initiativen, Komitees und sonstige Organisationen ins Leben oder beteiligen sich aktiv an bereits bestehenden nicht extremistischen Organisationen, die die Sehnsucht der Menschen nach Frieden auch im politischen Bereich zum Ausdruck bringen wollen.

Die Linksextremisten bilden innerhalb der Friedensbewegung zahlenmäßig eine Minderheit. Da sie jedoch über klare Zielvorstellungen, eine geschlossene Organisation mit fester Parteidisziplin, ein breit gefächertes Netz von beeinflussten Organisationen, die sich nach außen als unabhängig geben, sowie über ausreichende finanzielle Mittel und erprobte Organisatoren zur Durchführung auch von Großveranstaltungen verfügen, geht ihr Einfluß weit über ihren zahlenmäßigen Anteil hinaus.

Hauptträger der linksextremen Aktivitäten innerhalb der „Friedensbewegung“ sind die DKP, ihre Nebenorganisationen und die von ihr beeinflussten Organisationen, insbesondere KFAZ, DFU und DFG-VK. Deren Aktionen sind Teil einer von der KPdSU weltweit betriebenen Kampagne, bei der der sowjetisch gelenkte **„Weltfriedensrat“ (WFR)** eine zentrale Rolle einnimmt. Dem WFR gehören Personen und Organisationen aus 147 Ländern an. Aus der Bundesrepublik Deutschland gehören ihm die DFU und die VVN-BdA als kollektive Mitglieder sowie 21 Einzelpersonen an, darunter das DKP-Präsidiumsmitglied und Mitglied des KFAZ-Büros Martha Buschmann sowie der Bundesvorsitzende der DFG-VK und Mitglied des KFAZ-Büros Klaus Mannhardt.

Die Sowjetunion unterstützt und steuert die „Friedenskampagne“ aber nicht nur propagandistisch. Nach einem Hinweis im Journal des WFR „neue Perspektiven“ leistet „der Sowjetische Friedensfond materielle Unterstützung für viele internationale Großaktionen, die darauf abzielen, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu fördern, das Verbot aller Arten von Kernwaffen und eine allgemeine und vollständige Abrüstung zu erreichen.“ Mit seinem „Aktionsprogramm“ von 1982 versucht der WFR, auf unterschiedliche Zielgruppen einzuwirken. Als „Massenaktivitäten“ sieht er die Unterstützung nationaler Demonstrationen, Ostermärsche und Konferenzen sowie Aktionen zur „Mobilisierung der Geistesschaffenden, Parlamentarier, Gewerkschafter, religiöser Vertreter, Frauen, Wissenschaftler, Ärzte und Künstler gegen die Kriegsgefahr“. Einseitiges Ziel ist die „weitere Intensivierung“ des Kampfes gegen die Stationierung „neuer US-Massenvernichtungswaffen“ in Westeuropa.

Entsprechend dieser Leitlinie beschloß der Parteivorstand der **Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)** 1982 als Richtlinie für den „Friedenskampf“ der DKP: „Durchsetzung einer alternativen Sicherheitspolitik hier und heute — das ist letztendlich vor allem die Entfaltung demokratischer Massenaktionen, um die Herrschenden und Regierenden dazu zu zwingen, den Friedens- und Lebensinteressen des Volkes Rechnung zu tragen. Das ist die Durchführung von großen und kleinen Friedensaktionen in Wohngebieten, Betrieben, an Schulen und Hochschulen. Das ist die ständige Diskussion, das sind die Foren mit Vertretern verschiedener politischer und weltanschaulicher Richtungen. Das ist die Bildung von Friedensinitiativen und Friedenskomitees auf allen Ebenen“. Über die Rolle von Kommunisten in der „Friedensbewegung“ schrieb das VVN-BdA-Präsidiumsmitglied Emil Carlebach: „Wir Kommunisten haben uns nicht ‚an die Friedensbewegung angehängt‘, wie manche aus Unkenntnis (oder aus Böswilligkeit) sagen. Wir brauchen auch keine Friedensbewegung zu ‚infiltrieren‘ — Kommunisten stehen in der Friedensbewegung von Anbeginn und haben in dieser Bewegung und für diese Bewegung Opfer gebracht wie kein anderer. Es gibt

keine Friedensbewegung ohne oder gar gegen die Kommunisten — es gibt nur eine Friedensbewegung mit den Kommunisten."

Auf der Grundlage dieser Haltung betätigen sich Mitglieder der DKP, ihrer Nebenorganisationen, vor allem aber Funktionäre und Aktivisten DKP-beeinflußter Organisationen in zahlreichen „Friedensinitiativen“ oder wirken bei deren Gründung mit.

Auch Gruppen der dogmatischen und undogmatischen **Neuen Linken** engagieren sich in der „Friedensbewegung“, jedoch zahlenmäßig in weit geringerem Maß und mit wesentlich geringerem Einfluß als die orthodoxen Kommunisten. Die Mehrzahl dieser Gruppen kämpft sowohl gegen den „amerikanischen Imperialismus“ als auch gegen den „sowjetischen Sozialimperialismus“, sieht aber in den USA und der NATO die „Hauptkriegstreiber“. Manche setzen sich auch für die „Neutralität“ der Bundesrepublik Deutschland und die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt ein.

## 5.2 Agitationsschwerpunkte

Agitationsschwerpunkte bildeten 1982 die Unterschriftensammlung für den „Krefelder Appell“, die bundesweiten Ostermärsche, die internationale Großdemonstration am 10. Juni in Bonn, die Großveranstaltung „Künstler für den Frieden“ am 11. September in Bochum, die berufsspezifischen Foren am 12. September in Düsseldorf, die bundesweiten „Friedenswochen“ im November und die „gewaltfreien Aktionen“ zum 3. Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses am 12. Dezember.

Im Januar erklärte das DFU-Direktoriumsmitglied und Mitinitiator des „**Krefelder Appells**“ Josef Weber als Richtschnur für die DFU-beeinflußte „Krefelder Initiative“ die „Sammlung weiterer Millionen Unterschriften“ für den „Krefelder Appell“, damit die Aktion den Charakter einer Abstimmung gewinne, sowie die Einberufung weiterer öffentlicher Foren, auf denen „Ärzte, Wissenschaftler, Lehrer, Ingenieure, Arbeiter unter berufsspezifischen Aspekten ihr Nein zur Nuklearrüstung begründen“.

Auf Einladung der „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.“ (ASF) und der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.“ (AGDF), den Veranstaltern der Großdemonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn, fand am 6./7. Februar 1982 eine „**Aktionskonferenz gegen Atomwaffen in Europa**“ statt. An ihr beteiligten sich rund 500 Personen von 262 Gruppen, darunter Vertreter von DKP, VVN-BdA, DFU, DFG-VK, KFAZ sowie der KPD und der „Trotzkistischen Liga Deutschlands“. Es wurden keine Beschlüsse gefaßt, sondern nur die geplanten „Friedensaktivitäten 1982“ den teilnehmenden Gruppen bekannt gemacht. In zehn Arbeitsgruppen wurden Themenbereiche wie „Osteraktivitäten“, „Friedensmärsche“, „gewaltfreie Aktionen an Militärstandorten“, „Boykottaktionen (Steuerboykott)“ und „atomwaffenfreie Kommunen und Regionen“ erörtert.

Einen ersten Höhepunkt bildeten die vom 9. bis 12. April bundesweit veranstalteten „**Ostermärsche**“. Nachdem die Wiederbelebung der „Ostermärsche“ durch das Dortmunder Forum der „Krefelder Initiative“ am 21. November 1981 propagiert worden war, begannen die DKP und ihr Umfeld unverzüglich, mit



BILDUNG STATT BOMBEN

Lehrer:innen her - sonst geben wir keine Ruhe mehr!  
Wir wollen ordentliche Ruhe haben!  
hier will alle, und dann viel 'NAZIS RAUS

Lieber Schmei statt Reagan

# FRIEDENS FORUM '82



Aufstehen!

Wieder MAIBÜB  
Faktor für alle  
Spinnwebchen!

OHNE DAZU NIEMALS  
Culture now!  
Amr.

Verkehrt  
STRAUS macht KRIEG  
und der ist auch für's Blut



Wieder Zimkoreis

Frieden Arbeit  
Bildung  
Her mit dem ganzen Leben

Auf die Dauer  
♀  
hilft nur  
POWER  
☆

BEAMTETER MÄNNER  
ES GIBT GEISSE ZU  
WEINEN

Wohin sind Oberstern  
Bleib in einer DDP?  
GEM  
NIE WIEDER

## Do. 13.5. 1930 Uhr Obermünster-Gastst.

- Ist die DKP nur ein "Trittbrettfahrer" in der Friedensbewegung?
- "Abrüstung in Ost und West" nur ein taktisches Zugeständnis der DKP?
- Warum SS 20 und Pershing II nicht dasselbe sind.
- Friedensbewegung in Ost und West und die Kommunisten.

Es spricht: ARMIN SCHORLER, Mitglied des Bezirkssekretariats der DKP Nordbayern

anschl.: DISKUSSIONSBEITRÄGE versch. Regensburger Friedensinitiativen

EINTRITT FREI!

Lieber leere Häuser besetzen als fremde Länder!

Frieden ist machbar  
Herr Nachbar

Hier kann man den  
Kefauver Apfel unterzeichnen  
Michael Heine  
Gino Ugo  
H.C. Heine

# DKP



Nachdruck für dieses Vorhaben zu werben. Die organisatorische Vorbereitung der „Ostermärsche“ lag weitgehend in den Händen von Zusammenschlüssen „örtlicher Friedensinitiativen“, die sich zu regionalen Konferenzen trafen, wobei vielfach Funktionäre von KFAZ, DFU und DFG-VK maßgebend mitwirkten. An den Veranstaltungen nahmen rund 160.000 Personen teil. Ziele der „Osteraktionen“ waren Militäranlagen oder zentrale Kundgebungsorte wie Frankfurt a.M., Dortmund, Berlin (West), Bielefeld. In Bayern fanden etwa 45 Aufzüge und Kundgebungen statt, an denen sich rund 20.000 Personen beteiligten. Zentren waren Nürnberg (10.000 Teilnehmer), München (4.000 Teilnehmer), Landshut, Schweinfurt und Landsberg a. Lech. An den Veranstaltungen beteiligten sich Vertreter des gesamten orthodox-kommunistischen Bereiches, in geringem Umfang auch Angehörige der Neuen Linken, so von KBW, KPD und VOLKSFRONT. Der überwiegende Teil der Demonstrationsteilnehmer gehörte demokratischen Organisationen an.

Anläßlich des SPD-Bundesparteitages in München führten am 17. April die „Verinigten Münchner Friedensinitiativen“ (VMF), in denen Angehörige der DKP beeinflussten DFG-VK und mehrerer Gruppierungen der dogmatischen Neuen Linken mitarbeiten, einen Aufzug durch, an dem sich annähernd 10.000 Personen beteiligten. Unter den Erstunterzeichnern des bundesweit verbreiteten Aufrufes „Wir wehren uns gegen die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung“ waren BWK, KB, KPD, VOLKSFRONT, GIM und DFG-VK. Nahezu alle in Bayern vertretenen Gruppen der dogmatischen Neuen Linken hatten mit Beiträgen in ihren Publikationsorganen und mit Flugblättern zur Teilnahme aufgefordert.

Anläßlich des NATO-Gipfeltreffens und des Besuchs des amerikanischen Präsidenten Reagan fand am **10. Juni** in Bonn unter dem Motto „Aufstehen! Für den Frieden“ eine **„Internationale Demonstration“** statt, an der sich rund 300.000 Personen beteiligten, darunter eine erhebliche Anzahl von Linksextremisten. Die Initiative zu dieser Demonstration ging im wesentlichen vom Bundesvorsitzenden der DFG-VK, KFAZ-Büromitglied und Mitglied des WFR Klaus Mannhardt aus. Als Veranstalter der Demonstration traten sechs Organisationen auf, darunter DFG-VK und VDS, die die „Geschäftsführung“ für den aus 17 bundesweiten Organisationen bestehenden „Koordinierungsausschuß Friedensdemonstration 10. 6. Bonn“ übernahmen, der als Trägerkreis der „Internationalen Friedensdemonstration“ anzusehen ist. Diesem Trägerkreis gehörten auch die SDAJ und das KFAZ an. Den Aufruf zur Demonstration unterzeichneten rund 1.900 Organisationen, Gruppen und „Friedensinitiativen“, darunter die DKP, ihre Neben- und beeinflussten Organisationen sowie KBW, KABD, KPD und GIM. Aus Bayern reisten 9.000 bis 10.000 Personen nach Bonn. Der Kartenvorverkauf lag in Händen von DKP, DFU, DFG-VK und MBFA (nunmehr BIFA). Parallel zu dieser Demonstration veranstalteten die „Marxistischen Gruppen“ (MG) in Bonn einen Aufzug mit Schlußkundgebung unter dem Motto „Gegen den NATO-Imperialismus und die deutsch-amerikanische Kriegsallianz“. An der Veranstaltung, zu der auch der BWK seine Mitglieder aufrief, beteiligten sich rund 8.000 Personen, darunter etwa 3.000 MG-Anhänger aus Bayern.

Am 17. Juli fand in Nürnberg das **„2. Nürnberger Friedensfest“** unter dem Motto „Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden — keine Atomraketen in Europa“ statt, das rund 5.000 Personen besuchten. Eingeladen hatte ein aus 54 Perso-

nen bestehender Trägerkreis, darunter führende Personen der DKP und DKP-beeinflußter Organisationen. DKP, SDAJ, MSB Spartakus, DFU, VVN-BdA, DFG-VK hatten Informationsstände aufgebaut.

Um dem „Krefelder Appell“ neuen Auftrieb zu geben, führte die DFU-beeinflußte „Krefelder Initiative“ am 11. September in Bochum unter dem Motto **„Künstler für den Frieden“** eine Großveranstaltung durch, an der sich mehr als 100.000 Personen beteiligten. Für die künstlerische Koordination der Veranstaltung war eine Hamburger DFU-Funktionärin verantwortlich. Die Organisation lag im wesentlichen in den Händen maßgebender DFU-Funktionäre. Das an der Veranstaltung beteiligte „pläne/Konzertbüro“ betreute drei der insgesamt sieben Bühnen. Der „pläne“-Verlag gehört der DKP-beeinflußten „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler“ an.

Rund 600 „Ärzte, Pädagogen, Naturwissenschaftler und Psychologen“ folgten dem vor allem von der orthodox-kommunistischen Presse propagierten Aufruf, am 12. September in Dortmund auf vier **„berufsspezifischen“ Foren** über „neue Initiativen“ zur Unterstützung des „Krefelder Appells“ zu beraten. Die Organisation dieser Foren lag zum Teil in den Händen der DFU.

Im Zusammenhang mit dem Aufruf von ASF und AGDF zu bundesweiten **„Friedenswochen“** im November fanden auch in mehreren Städten Bayerns Aktionen wie Info-Stände, Filmvorträge, Ausstellungen, Schweigemärsche, Fackelzüge und Kundgebungen statt. Die Veranstaltungen organisierten vielfach „Aktionsbündnisse“, in denen häufig Anhänger der DKP, ihrer Neben- und beeinflussten Organisationen maßgeblich mitwirkten. Daneben führten DKP, SDAJ, VVN-BdA, DFG-VK und DFI eigene Veranstaltungen durch.

Den Abschluß der „Friedensaktivitäten“ 1982 bildeten sogenannte **„gewaltfreie Aktionen“** in der Zeit vom 9. bis 12. Dezember anläßlich des 3. Jahrestages des NATO-Doppelbeschlusses. „Gewaltfreie Aktionsgruppen“, Anhänger der DFG-VK und Initiativen der Friedensbewegung bereiteten bundesweit ganztägige Blockaden von Atomwaffenlagern und voraussichtlichen Stationierungsorten neuer US-Raketen vor. In einem hierzu von der „Gewaltfreien Aktion Nürnberg“ verbreiteten Rundbrief „12.12. — Frieden schaffen ohne Waffen“ riefen die „Teilnehmer/innen der Sommeraktion 82“ die örtlichen „Friedensinitiativen“ zu „direkten Blockaden“ und „phantasievollen Aktionen“ wie Mahnwachen, Fasten, Rundgängen und Besichtigungen auf. Vom 10. bis 12. Dezember fanden im ganzen Bundesgebiet zahlreiche Mahnwachen, Blockadeaktionen und Demonstrationen vor Kasernen, Munitionsdepots, Radaranlagen und vorgesehenen Standorten neuer US-Raketen statt. Die bundesweite Koordination der Aktionen hatte die Nürnberger Gruppe „Frieden schaffen ohne Waffen — 12.12.“ übernommen, in der Aktivisten der DFG-VK mitarbeiteten. In Bayern wurden in 20 Städten und Gemeinden „gewaltfreie Aktionen“ durchgeführt, an denen sich insgesamt knapp 4.000 Personen beteiligten. In Würzburg wurde die Zufahrtsstraße zu einer Kaserne kurzfristig blockiert, nachdem sich Demonstranten aneinandergekettet hatten.

# 3. Abschnitt

## Rechtsextremismus

### 1. Allgemeines

Die Bestrebungen rechtsextremer Organisationen sind im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß sie die Grundlagen der Demokratie ablehnen und — aus taktischen Gründen meist nicht offen erklärt — eine totalitäre Regierungsform unter Einschluß des Führerprinzips anstreben.

Bestimmende Merkmale des Rechtsextremismus sind vor allem

- die pauschale Überbewertung der Interessen einer rassistisch verstandenen „Volksgemeinschaft“ zu Lasten der Interessen und Rechte des einzelnen (völkischer Kollektivismus), die auf eine Aushöhlung der Grundrechte abzielt,
- die unverhohlene oder verdeckte Wiederbelebung des Antisemitismus und anderer rassistischer Thesen, die mit dem Schutz der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip nicht vereinbar sind,
- ein den Gedanken der Völkerverständigung mißachtender Nationalismus,
- immer wiederkehrende Versuche, das NS-Regime unter Herausstellung angeblich positiver Leistungen des Dritten Reiches zu rechtfertigen, seine Verbrechen zu verharmlosen oder sogar zu leugnen,
- die planmäßige Bekämpfung und Diffamierung der bestehenden Staatsform und ihrer Repräsentanten in der Absicht, den überragenden Wert der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in den Augen der Bevölkerung zu erschüttern.

Diese Merkmale sind nicht gleichmäßig bei allen rechtsextremen Organisationen zu beobachten. Manchmal sind nur Teilaspekte bestimmend; auch die Intensität und die Mittel des Kampfes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind unterschiedlich.

Wie im Vorjahr verfolgten die rechtsextremen Organisationen und Gruppen keine einheitliche Strategie. Organisatorische Zersplitterung, der Mangel einer geschlossenen Ideologie sowie das Fehlen ausreichender finanzieller Mittel ließen den Rechtsextremismus in Bayern keinen größeren Einfluß gewinnen. Der Versuch, bei Wahlen auf die politische Willensbildung der Bevölkerung nachhaltig einzuwirken, ist erneut mißlungen.

Im Jahre 1982 betätigten sich in Bayern 34 (1981: 31) rechtsextreme Organisationen und Gruppen, die knapp 4.000 Mitglieder und Anhänger (1981: 4.000) zählten. Die gegenüber 1981 gestiegene Zahl der Organisationen beruht auf den Aktivitäten von bisher nicht beobachteten Gruppierungen. Im Bereich des Neonazismus wurde eine bundesweite organisatorische Verfestigung der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSBd/PdA) durch ein vereinsrechtliches Verbot unterbunden.

Innerhalb des organisierten Rechtsextremismus zeigten die „Deutsche Volksunion“ (DVU) und ihre Aktionsgemeinschaften eine leicht ansteigende Tendenz und stellten auch in Bayern mit rund 2.100 Mitgliedern den größten Anteil. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD), die in Bayern mit ihrer Jugend- und Nebenorganisation noch etwa 1.300 Mitglieder zählt, hatte weitere Verluste hinzunehmen.

### Übersicht über Zahl und Mitgliederstärke rechtsextremer Organisationen in Bayern

	1978	1979	1980	1981	1982
Zahl der Organisationen	38	35	29	31	34
Mitgliederstärke					
NPD mit JN und NHB	2.150	2.050	1.700	1.400	1.300
DVU mit Aktionsgemeinschaften	1.000	1.000	1.800	2.000	2.100
Neonazis	250	350	200	200	180
Sonstige	1.300	1.200	600	400	400
insgesamt	4.700	4.600	4.300	4.000	3.980

Schwerpunkte rechtsextremer Agitation waren neben der Kriegsschuldfrage, der Judenverfolgung im Dritten Reich und der Amnestie von Kriegsverbrechen vor allem das Ausländer- und Asylantenproblem, das inzwischen Rechtsextremisten aller Schattierungen aufgegriffen haben. Maßgebliches Motiv ist ihre rassistische und nationalistische Einstellung, die sich mit vorgeblich gesicherten Erfahrungen und weltanschaulichen „Erkenntnissen“ gegen alles Andersgeartete und Fremde richtet. Sie versuchen, unter Ausnutzung wirtschaftlicher Existenzängste mit Warnungen vor einer „Ausländerüberflutung“ fremdenfeindliche Vorurteile propagandistisch zu fördern, um dadurch breite Unterstützung für ihre weitergehenden politischen Ziele zu erreichen. Dabei bedienen sie sich auch der Hilfe eigens gegründeter „Bürgerinitiativen“, deren Argumentation die rechtsextreme Urheberchaft und Zielsetzung oft nur schwer erkennen läßt.

Die Zahl der neonazistischen und antisemitischen Vorfälle ist gegenüber dem Vorjahr wiederum gestiegen. Hingegen ist der Anteil des aus dem Ausland stammenden und in Bayern verbreiteten rechtsextremen Propagandamaterials zurückgegangen. Verringert haben sich auch die Kontakte bayerischer Neonazis zu Gleichgesinnten im Ausland.

Das Verbot der VSBD/PdA führte in Bayern zu einem erheblichen Rückgang organisationsbezogener neonazistischer Aktivitäten. Auch sonstige Exekutivmaßnahmen, Ermittlungsverfahren sowie das konsequente Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden trugen zur Verunsicherung des rechtsextremen Aktivistenkreises bei. Gleichwohl stellen militante Neonazis, die Gewalt nicht nur befürworten, sondern zunehmend auch anwenden, weiterhin eine Bedrohung der inneren Sicherheit dar.

Von erheblicher Bedeutung für die Verbreitung rechtsextremen Gedankengutes war wiederum die Tätigkeit der in Bayern ansässigen organisationsunabhängigen Verlage und Vertriebsdienste, die Druckschriften und Bücher rechtsextremen Inhalts in hoher Auflage herstellen und verbreiten. Das Angebot erfaßt aufgrund seiner Quantität nicht nur organisierte Rechtsextremisten, sondern zielt auch auf sonstige Personen, die für rechtsextreme Vorstellungen ansprechbar sind.

In Bayern traten 1982 im wesentlichen folgende Organisationen und Gruppen in Erscheinung:

#### **1.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)**

mit ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN),  
der Nebenorganisation Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)  
und der von der NPD gesteuerten Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA).

#### **1.2 Deutsche Volksunion (DVU)**

mit den Aktionsgemeinschaften  
Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)  
Aktion Deutsche Einheit (AKON)  
Initiative für Ausländerbegrenzung (i.f.A.)  
Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF)

#### **1.3 Neonazistische Gruppen**

Verbotene Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit  
(VSBD/PdA) einschließlich der ihr eingegliederten Jungen Front (JF)  
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige  
(HNG)  
Verbotene Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG)  
Grüne Aktion Deutschland (GAD)

#### **1.4 Sonstige rechtsextreme Organisationen**

Deutscher Block (DB)  
Wiking-Jugend (WJ)  
Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)  
Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG)  
Gesellschaft für freie Publizistik (GfP)  
Freundeskreis Ulrich von Hutten

## 2. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

### 2.1 Ideologisch-politischer Standort

Obwohl die NPD in ihrem Programm betont, sie trete für die freiheitliche demokratische Grundordnung ein, steht sie wesentlichen Verfassungsgrundsätzen ablehnend gegenüber. Ihr erklärtes Ziel ist „Deutschlands Wiedergeburt“ durch Errichtung einer „Nationaldemokratie“, in der jeder einzelne seine Kräfte in der „verpflichtenden Verantwortung für die Gemeinschaft seines Volkes“ entfalten soll und das Wohl des eigenen Volkes für jedermann oberstes Gebot ist. Die NPD, die sich als „Hefe der noch vorhandenen nationalen Substanz unseres Volkes“ versteht, propagiert deshalb auf der Grundlage eines „lebensrichtigen Menschenbildes“ eine „neue sittliche und deutsche Gemeinschaftsordnung“, mit der sie die „überlebten“ Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme „im kapitalistischen West- und im staatskapitalistischen Ostdeutschland“ überwinden und durch eine „echte Volksgemeinschaft der nationalen Solidarität“ ersetzen will.

Diese pauschale Überbewertung der „Volksgemeinschaft“ (völkischer Kollektivismus) knüpft an ein Leitbild an, das wesentlicher Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie war. Die Absicht, Interessengegensätze innerhalb der Gesellschaft durch die uneingeschränkte Unterordnung des einzelnen unter nicht näher definierte Gemeinschaftsinteressen aufzuheben, ist mit den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten nicht vereinbar und läuft — langfristig gesehen und aus taktischen Erwägungen nicht offen ausgesprochen — auf eine totalitäre Staatsform mit Führer- und Gefolgschaftsprinzip hinaus.

Ferner klingen in den Veröffentlichungen der Partei nach wie vor rassistische Zielsetzungen und Denkweisen an. Ihre für Rechtsextremisten charakteristische Verachtung alles Andersartigen, hinter der sich die Überzeugung von der Höherwertigkeit der eigenen Rasse und Nation verbirgt, versucht die NPD unter Berufung auf die „Ungleichheit der Völker und Menschen“ zu rechtfertigen. Entsprechend dieser Grundeinstellung richtete sich ihre Agitation auch 1982 vor allem gegen die als „Zwangs-Germanisierung“ empfundene Integration der im Bundesgebiet lebenden Ausländer. Nach Auffassung der Partei gefährdet die „wahnwitzige Ausländerzuwanderung“ die Substanz des Volkes und die „Identität der Deutschen im eigenen Land“. Im Kampf gegen die „Überfremdung unseres Landes“ eigne sich als „Radikalkur“ nur ein „rigoroser Ausländerstopp“, da Zuzugsbeschränkungen nicht ausreichen, um die Folgen einer „im Interesse volksfeindlicher Kräfte“ betriebenen Politik der „Zerstörung unserer Volksidentität“ zu beseitigen.

Daneben versuchte die NPD gelegentlich, das NS-Regime zu rechtfertigen, indem sie behauptete, Hitlers Politik habe von Anfang an der „Überwindung von Versailles“ gegolten. Sie diffamierte die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 als „Verräter und Hochverräter“ und unterstellte ihnen „Blindheit gegenüber den Zielen der Kriegsgegner“ und eine „fatale Entschlossenheit, den Bestand des Reichs dem eigenen Ehrgeiz zu opfern“. Das „Nürnberger Siegertribunal“ sei die Geburtsstunde der „infamen Lüge“ von der Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg gewesen. Da heute noch 80jährige Deutsche wegen „angeblicher Kriegsverbrechen vor die Richter geschleppt“ würden und der „Mär-

tyrer des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches" Rudolf Hess von „Verbrecherischen Mächten" gemordet werde, sei es nur recht und billig, auf die „grausamen Terrorverbrechen der Befreier" hinzuweisen. Im übrigen werde ein „nationalsozialistisches Schreckgespenst" nur von jenem am Leben gehalten, „die mit finanziellen Forderungen das deutsche Volk erpreßbar halten und von der eigenen Schuld ablenken" wollten.

## Seite 2: Arbeitslosigkeit wie 1948

Die deutsche Einheit kommt bestimmt

Lesen und weitergeben

# DEUTSCHE STIMME

7. Jahrgang Nr. 10/1982 Einzelheft 10,-

NATIONALDEMOKRATISCHE ZEITUNG

E 1106 E

# Bonner Parteienkartell bricht!

## NPD: Historische Veränderungen in Sicht

Nicht nur wir Nationaldemokraten haben seit langem erkannt, daß mit dem Ende der unseligen Einheit der Weltmächte USA und UdSSR auch das Ende ihrer Satrappen in West- und Mitteleuropa kommt.

Der Prozess dauert gewiß seine Zeit – aber mit dem Niedergang der seit fast 40 Jahren etablierten Hilfskräfte der Besatzungsmächte kommt der Aufstieg der nationaldemokratischen Bürgerbewegung in ganz Deutschland.

Daran werden auch konservative Politiker aller Richtungen nichts ändern.

Die Vorgänge in Bonn und die Landtagswahlen der letzten Monate haben bewiesen, daß sich nichts mehr „demokratisch manipulieren" läßt.

Die Geschichtshuberei, die Absprechen und Abmachungen der Bonner Steuergehd-Parteien CDU/CSU und SPD im Verein mit der F.D.P., je die elenden Geschäfte dieser Parteien-Mafia haben den Wähler total verunsichert.

Die Etablierten erleben heute, daß der Wähler mit ihnen genau so unspinnig – wie sie es jahrzehntlang praktiziert haben.

### Und das ist gut so!

Historische Veränderungen zeichnen sich langsam ab. Die Zeichen in Bonn sind

bereits zu erkennen. Ganz gleich – wer in Bonn mit der „Dame" F.D.P. ins Bett gehen wird – wer also mit wem „in die Pflicht genommen wird" – die Entscheidung gegen sie ist gefallen.

Für ganz Deutschland ist es auch ohne Interesse, ob Kohl/Staub/ oder Brandt/Schmidt mit Ganscher & Co. kartieren.

Sie allesamt sind – und das haben sie mehrfach öffentlich bekundet – gegen jede politische Veränderung in Deutschland. (Hier ist nicht nur die Bundesrepublik gemeint.) Sie sind also gegen die DEUTSCHE Einheit – (die bestimmt kommt.)

Sie fühlen sich der westlichen Besatzungsmacht USA verpflichtet – genau so wie Honnecker der UdSSR ergeben ist. Sie handeln und handeln nicht im gesamtdeutschem Interesse – und sind deshalb grundsätzlich von Übel.

Ganz gleich, welche Bonner Parteienkartell der Bürger wählt – er wählt immer Korruption (Spendenaffäre) – Kriminalität – Schuldenwirtschaft – Inländerfeindlichkeit – soziale Ungerechtigkeit und Zerstörung der Lebensgrundlagen unseres Volkes.

Ganz gleich, er wählt gegen sein und seines Volkes Interesse, diese Benutzlosen im Volk zu verstärken, ist die Aufgabe der deutschen Nationaldemokraten in der NPD.

Wir wissen darum – denn wir wissen, daß unsere Zeit kommt. U. Hohmann



### Deutschland verrecke?

**Türkische Abfuhr für CDU-Integrations-Extremisten**

Die CDU – Die Jung Union Nieder- sachsen der CDU versucht die Ausländerfrage, den von NIK in Bayern vorgebrachten in Carsten Hutterer öffentlich werden, welche Um sich selbst ein ausländischer Leber zu machen und die um Trübe (Inflationen) Ausländer den Ausländern (zu) setzen sich (U. Landesrat) Baller) würde auch von Verleumdung der Bürgerpartei Ausländer- npp) Angedacht. (Ehrent)

schreit wurde er nicht anzu- fassen, als ganz diese Ein- dung (Pöbel) warfen.

Das erbärmliche Wagnis sollte die christdemokratische Profiteure nicht. Die äußeren Ausländer ermutigen in. Manier unter der Führung aufeinander. (U. Hutterer) sind und lassen gleich für Sa- der mit parabolischem Ge- wohn (Hoff) von Tünnen und die (Spenden) „Abrech- und verrecke und „Naga- wal". Die Jung Union, die

USA einverle, die unter die schlagten von „Ausländerfeind- lichen und Xenophoben" (Terrorismus) wuchs.

Wir über über nicht in Jahre 1982! Sollten sind 36 erzie- runger, haben, vertragen und nicht betreiben. Laster wie Dr. Hutterer nicht als (Legende) ist, um vom eigenen Versagen abzulenken. Die (Kontrollen) Ausländerzahlen von heute und die (Hutterer) verlorende Aus- landerzahlen sind nicht so- viel mit den (Hutterer) Versagen

Die NPD setzte auch 1982 die Diffamierung demokratischer Institutionen und ihrer Repräsentanten fort. Sie bezeichnete die politische Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland als „Kartell-Demokratie“, „Bonzokratie“ und „Oligarchie der konzessionierten Parteibosse“. In „fremden Diensten“ stehende „Erfüllungspolitiker“, die den Willen der Siegermächte von 1945 vollstreckten, hätten unsere Staatsform zur „Gefälligkeits- und Geschenkdemokratie“ entarten lassen. In diesem „Funktionärs- und Korruptionsstaat“ zerstöre eine aus „Ausplünderern und Versagern“ bestehende „Parteien-Mafia“ die Lebensgrundlagen unseres Volkes. Die „erbärmliche Impotenz der Parteiendemokratie“ zeige sich gerade in kritischer Lage. Diese Polemik läßt darauf schließen, daß die NPD die Prinzipien der Volkssouveränität, des Mehrparteiensystems und der Chancengleichheit der politischen Parteien innerlich ablehnt.

## 2.2 Organisation

Die am 28. November 1964 in Hannover von Funktionären der „Deutschen Reichspartei“ (DRP) gegründete NPD zählte 1982 im Bundesgebiet rund 5.900 Mitglieder (1981: 6.500). JN und NHB sind dabei nicht eingerechnet.

Der Beitritt zur NPD ist mit der Verpflichtung verbunden, monatliche Beiträge zu entrichten, Satzung und Programm der NPD als verbindlich zu akzeptieren und sich zu den Zielen der Partei zu bekennen.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich auf Bundesebene keine organisatorischen Änderungen ergeben. Parteivorsitzender ist der im Oktober 1981 auf dem 15. Bundesparteitag in Völklingen/Saar wiedergewählte Rechtsanwalt Martin Mußnug. Seine Stellvertreter sind der Vorsitzende des Landesverbandes Bayern Walter Bachmann, der Generalsekretär der Partei Walter Seetzen und der Vorsitzende des Landesverbandes Baden-Württemberg Jürgen Schützinger.

Der Landesverband Bayern mit Sitz in München gliedert sich in sieben Bezirks- und rund 60 Kreisverbände, von denen aber etwa die Hälfte keine Aktivitäten zeigt oder nur noch nominell besteht. Dem bundesweiten Abwärtstrend folgte auch die Mitgliederentwicklung in Bayern, wo die Partei gegenüber 1981 etwa 100 Anhänger verlor und derzeit noch rund 1.200 Mitglieder (ohne JN und NHB) zählt.

### Entwicklung der Mitgliederzahlen der NPD in Bayern



Als Organ der NPD erscheint im parteieigenen Verlag in Stuttgart die Zeitung „Deutsche Stimme“ mit einer durchschnittlichen monatlichen Auflage von rund 75.000 Exemplaren (1981: 75.000). Ihre Bezugsgebühr ist im Mitgliedsbeitrag

eingeschlossen. Zur Ergänzung des Verbandsorgans und als Argumentationshilfe für die nachgeordneten Verbände gibt der Parteivorstand die Flugschriften „NPD-Info-Blitz“ und „NPD-aktuell“ heraus.

Hauptträger der Öffentlichkeitsarbeit in Bayern sind die vom Landesverband aus aktuellem Anlaß jeweils in Flugblattform herausgegebene Schrift „Die deutschen Nationaldemokraten informieren“ sowie das ebenfalls unregelmäßig erscheinende Mitteilungsblatt „Bayern-Stimme“. Der „NPD-Frankenspiegel“ des Bezirksverbandes Mittelfranken hat nur regionale Bedeutung.

In ihrem Ende 1982 veröffentlichten Rechenschaftsbericht gemäß § 23 Parteiengesetz wies die NPD für 1981 Gesamteinnahmen von rund 1,3 Mio DM (1980: 1,5 Mio DM) aus, von denen 42,3 % auf Mitgliedsbeiträge und 50,9 % auf Spenden entfielen. Für den Landesverband Bayern sind für 1981 Gesamteinnahmen von 245.563 DM (1980: 326.995 DM) ausgewiesen, davon 22,5 % Mitgliedsbeiträge und 67,2 % Spenden.

Die Situation der NPD ist durch anhaltende personelle, finanzielle und organisatorische Schwächen gekennzeichnet. Eine Ende 1981 begonnene Aktion „Nationaldemokraten werben Nationaldemokraten“ konnte den Mitgliederschwund nicht ausgleichen. Aus früheren Wahlkampfkostenvorauszahlungen bestehen noch erhebliche Rückzahlungsverpflichtungen an die Verwaltung des Deutschen Bundestages. Das weitgehende Desinteresse der Parteibasis beeinträchtigte die Öffentlichkeitsarbeit und führte zu einem Verzicht auf Großkundgebungen und andere spektakuläre Aktionen.

### 2.3 Aktivitäten

Unter dem Leitspruch „150 Jahre nationaldemokratischer Kampf für Deutschlands Einheit und Freiheit“ hielt die NPD am 26./27. Juni in Germersheim/Rheinland-Pfalz ihren 16. Ordentlichen Bundesparteitag ab. Die Veranstaltung stand in einem bewußt gewählten engen räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit den Feiern zum 150. Jahrestag des Hambacher Festes von 1832.

Der Parteivorsitzende Martin Mußnug stellte in seiner Rede ein „Manifest 84“ als Wahlprogramm der NPD für die nächste Bundestagswahl vor, das eine Hinwendung zum Neutralismus erkennen läßt. Die NPD fordert darin den Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten zu einer „Konföderation Deutschland“ als Vorstufe zur Wiedervereinigung. Letzteres Ziel soll durch den schrittweisen Abzug aller „Besatzungstruppen“ und eine langfristige Annäherung der Gesellschaftssysteme beider Staaten erreicht werden, an deren Ende der Austritt der Bundesrepublik Deutschland und der DDR aus der NATO bzw. dem Warschauer Pakt steht.

Der Landesverband Bayern veranstaltete am 15. Mai in Rothenburg ob der Tauber, Kreis Ansbach, seinen 15. Landesparteitag unter dem Motto „Gegen Überfremdung unserer Heimat — Damit Bayern deutsch bleibt — NPD“. Der Landesvorsitzende Walter Bachmann, der bei den Vorstandswahlen in seiner Funktion bestätigt wurde, wandte sich in seinem Rechenschaftsbericht vor allem gegen die CSU. Er warf ihr vor, sie sei mitverantwortlich für das Zustandekommen der Römischen Verträge von 1957, deren Vollzug „die Schleusen für Millionen

Gastarbeiter weit geöffnet und damit deutsche Belange geopfert" habe. Daneben forderte er die Ablösung des bayerischen Innenministers, dessen „unverschämte Lügen" die NPD diffamierten, und kritisierte die Disziplinarmaßnahmen gegen NPD-Mitglieder im öffentlichen Dienst als „Verfolgung" verfassungstreuer Bürger.

Des Weiteren veranstaltete die bayerische NPD in München und Landshut Versammlungen aus Anlaß des Tages der Reichsgründung (18. Januar 1871), einen „Politischen Aschermittwoch" am 24. Februar in Vilshofen, Kreis Passau, drei Kundgebungen zum 1. Mai sowie eine Sonnwendfeier am 19. Juni in Oberfranken. An den Veranstaltungen beteiligten sich durchschnittlich 100 bis 120 Personen.

Obwohl die Planungen der NPD langfristig auf den Bundestagswahlkampf 1984 abgestellt waren, begann die Partei nach dem Regierungswechsel in Bonn mit den Vorbereitungen für die vorgezogene Bundestagswahl am 6. März 1983. Der Landesverband Bayern stellte auf einem Sonderparteitag am 28. November in München seine rund 50 Bewerber umfassende Landesliste auf.

## 2.4 Wahlbeteiligung

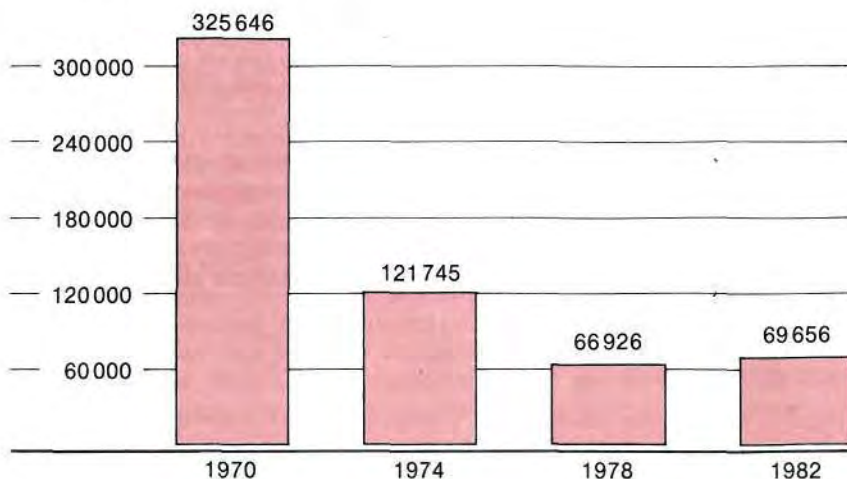
Negative Erfahrungen bei früheren Wahlen und Warnungen aus den eigenen Reihen veranlaßten die NPD, ihre Kräfte im Jahr 1982 schwerpunktmäßig auf die bayerische Landtagswahl am 10. Oktober zu konzentrieren, die mit Unterstützung der Gesamtpartei als „Testwahl" durchgeführt wurde. In ihrer auf dem Landesparteitag 1982 in Rothenburg ob der Tauber verabschiedeten Wahlausgabe „Forderungen der bayerischen Nationaldemokraten für die Bewältigung unserer Zukunft" lehnte sie ein Wahlrecht für Ausländer und die einer „Zwangsgermanisierung" gleichzusetzende Integration dieses Personenkreises ab und forderte die Unterrichtung ausländischer Schüler in ihrer Muttersprache.

Die NPD hoffte, mit ihrer Wahlkampfparole „Damit Bayern deutsch bleibt — Ausländerstopp" ein allgemein diskutiertes Problem politisch nutzen zu können. Die anhaltende Finanzmisere der Partei ließ indes keine nennenswerte Öffentlichkeitsarbeit zu. Die Wahlkampfkosten mußten fast ausschließlich von den Kreis- und Bezirksverbänden getragen werden, denen die Parteispitze lediglich Plakate, Flugblätter und eine auf die Wahl abgestellte Sonderausgabe des Parteiorgans „Deutsche Stimme" überlassen konnte. Auf Kundgebungen unter freiem Himmel hatte die Partei wegen der zu erwartenden Störungen von vorneherein verzichtet. Da sich zu Wahlversammlungen in Lokalen überwiegend nur eigene Mitglieder und deren Angehörige einfanden, warb die NPD verstärkt an Informationsständen um Stimmen. Dabei kam es mehrfach zu Angriffen politischer Gegner, vereinzelt auch zu Tätlichkeiten.

Mit 69.656 Gesamtstimmen (Erst- und Zweitstimmen) erzielte die NPD einen Stimmenanteil von 0,6 Prozent (1978: 66.926 Gesamtstimmen = 0,6 %). In den Ballungszentren von Ausländern, so in Augsburg, München und Nürnberg, waren geringfügige Stimmengewinne zu verzeichnen. Dagegen mußte die Partei vor allem in ländlichen Gebieten Verluste hinnehmen. Die höchsten Stimmenan-

teile erreichte die NPD in den Stimmkreisen Kaufbeuren (1,8 %), Kitzingen (1,1 %) und Augsburg-Stadt-West (1,0 %).

### Wahlergebnisse der NPD bei Landtagswahlen in Bayern Gesamtstimmen



Parteifunktionäre bezeichneten den Ausgang der Wahl trotz einiger Stimmengewinne gegenüber 1978 als insgesamt unbefriedigend. Ursächlich für das den Erwartungen nicht entsprechende Ergebnis seien eigene organisatorische Mängel und die zunehmende Beschäftigung der Bundestagsparteien mit der Ausländerfrage gewesen.

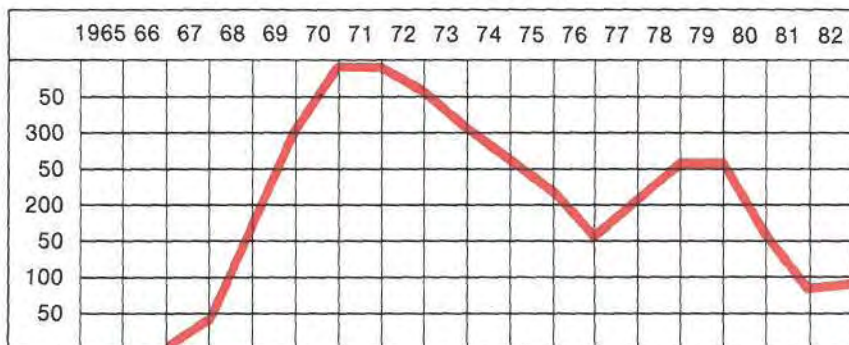
### 2.5 Junge Nationaldemokraten (JN)

Die Jungen Nationaldemokraten (JN) als Jugendorganisation der NPD bekennen sich nach ihrem Statut in Ideologie und Zielsetzung zum Programm der Mutterpartei. In Teilbereichen lassen sie neonazistische Ansätze erkennen. Sie sind zur aktiven Mitarbeit in den Gremien der NPD verpflichtet, kritisieren aber deren Kurs als zu wenig kämpferisch. Ihre Selbsteinschätzung, die „Elite“ der Partei zu sein, bedingt ein Verhalten, das durch aggressiveres Auftreten und eine erheblich schärfere Argumentation gekennzeichnet ist. Dieses äußere Erscheinungsbild wird von der Mutterpartei nur bedingt toleriert. Aus vorwiegend taktischen Gründen versucht die NPD, die Jugendorganisation zu disziplinieren und ihren Konfrontationskurs zu entschärfen. Sie bewirkte damit allerdings nur Richtungskämpfe innerhalb des JN-Bundesvorstands und zunehmendes Desinteresse an der Basis.

Bundesvorsitzender der JN ist Rainer Vogel aus Hürth/Erftkreis, der auf dem Bundeskongreß am 30. Oktober in Osnabrück mit knapper Mehrheit wiedergewählt wurde. Den Landesverband Bayern leitet Ralf Ollert aus Nürnberg, der beim Landeskongreß am 27. März in Röthenbach b. Altdorf, Kreis Nürnberger Land, den bisherigen Vorsitzenden Helmut Pastel ablöste.

Nach der Trennung von inaktiven Mitgliedern im Rahmen einer 1980 eingeleiteten Ausweismtauschaktion mußten die JN auch 1982 weitere Substanzverluste hinnehmen. Sie zählen derzeit im Bundesgebiet noch rund 500 Mitglieder (1981: 750). Der Landesverband Bayern hatte dagegen mit rund 85 Mitgliedern (1981: 70) einen Zuwachs zu verzeichnen. Aktivitäten entwickelten wiederum nur die Bezirksverbände München-Oberbayern und Mittelfranken.

### Entwicklung der Mitgliederzahlen der JN in Bayern



Im publizistischen Bereich gab es auf Bundesebene keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahr. Der JN-Bundesvorstand gibt das Schulungsblatt „JN-Report“ und das Mitteilungsblatt „Junge Stimme“ sowie einen „JN-Pressedienst“ heraus, der die nachgeordneten Verbände bei der publizistischen Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.

Das unregelmäßig herausgegebene Nachrichtenblatt des Landesverbandes Bayern „JN-Bayern-Info“ enthält Mitteilungen des Landesvorstandes, Presseerklärungen sowie Berichte und Termine der bayerischen Verbände. Den Mitteilungsblättern „Oberland“ des Bezirksverbandes München-Oberbayern und „JN-Info“ des Bezirksverbandes Mittelfranken, die ebenfalls unregelmäßig erscheinen, kommt nur regionale Bedeutung zu. Das Publikationsorgan des Landesverbandes Bayern „Frontal“ wurde nicht mehr festgestellt.

Personelle und organisatorische Schwächen sowie zunehmende Störaktionen politischer Gegner führten zu einem weiteren Rückgang öffentlicher Veranstaltungen. Bei einer Kundgebung in Nürnberg anlässlich des Landeskongresses am 27. März standen den rund 60 Teilnehmern über 1.000 Demonstranten gegenüber, die mit Pfiffen und Sprechchören gegen das Auftreten der JN protestierten

und Eier, Farbbeutel und Knallkörper warfen. Bei Versuchen der Störer, die polizeilichen Absperrungen zu durchbrechen, wurden sechs Beamte leicht verletzt. Die Polizei nahm 17 Personen vorläufig fest.



**Junge  
Nationaldemokraten**

**Kostenloses Infomaterial bei:  
JN-Bundesgeschäftsstelle  
Siegburger Str. 83-85, 5000 Köln 21**

Verantw. Michael Swierczek Druck: Eigendruck

Zu tätlichen Angriffen, die ein polizeiliches Einschreiten erforderlich machten, kam es ferner bei einer Flugblattaktion am 26. Juli in München sowie bei der Mit-hilfe an Informationsständen der NPD während des Landtagswahlkampfes. JN-Mitglieder aus Bayern beteiligten sich an einer zentralen Kundgebung am 17. Juni in Bad Hersfeld/Hessen, die ohne Zwischenfälle verlief.

## 2.6 Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)

Der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB) mit Sitz in München, der in „kritischer Solidarität“ zur NPD steht, wurde 1967 als Studentenorganisation der NPD in Tübingen gegründet. Er vertritt nach seiner Satzung die nationaldemokratische Grundhaltung an den deutschen Universitäten und Hochschulen. Mit dem Beitritt zum NHB ist die Verpflichtung verbunden, dessen Zielsetzung anzuerkennen und zu unterstützen.

Der NHB zählt im Bundesgebiet etwa 40 Mitglieder (1981: 50). Er ist in Hochschulgruppen gegliedert. Bei der Bundesversammlung am 13. November in München wurde der frühere JN-Funktionär Peter Marx aus Saarbrücken an Stel-

le des nicht mehr kandidierenden Thor von Waldstein zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt.

Publikationsorgan des NHB ist das Schulungs- und Mitteilungsblatt „NHB-Report“, von dem 1982 nur eine Ausgabe mit einer Auflage von etwa 1.000 Exemplaren erschien.

Versuche des NHB und seiner Arbeitskreise „amnestie national“, „Kultur alternativ“ und „Rock für Deutschland“, mit publizistischen Mitteln auf sich aufmerksam zu machen, blieben erfolglos. Der im Vorjahr bekanntgewordene „Arbeitskreis nationaldemokratischer Akademiker“ (ANA) trat wie der „Arbeitskreis Junges Deutschland“ (AKJD) 1982 nicht mehr in Erscheinung.

Hinsichtlich der Aktivitäten des NHB im Hochschulbereich in Bayern wird auf Abschnitt 5 verwiesen.

## 2.7 Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)

Die von der NPD gesteuerte Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) wurde Anfang 1980 von NPD-Funktionären in Bochum gegründet. Mit ihren gegen die Integration der Ausländer gerichteten Forderungen verfolgt sie das Ziel, Interessenten

**AUSLÄNDER  
STOPP!**

... damit  
wir eine  
**ZUKUNFT**  
haben!

**BÜRGERINITIATIVE  
AUSLÄNDERSTOPP**  
Günigfelder-Str. 101a - 4630 Bochum 6  
Druck Eigendruck

Verantwortlich: Klaus Schütz

für die NPD zu gewinnen. Dabei versucht sie, als überparteiliche Sammlungsbe-  
wegung „besorgter Deutscher“ aufzutreten, die den Protest des „kleinen Man-  
nes“ gegen „die herrschende Integrations- und Einwanderungspolitik“ artikulie-  
re, damit „Deutschland das Land der Deutschen bleibt“. Die BIA wird von der  
NPD personell, publizistisch und organisatorisch unterstützt.

Leiter der BIA ist der NPD-Funktionär Professor Hagen Prehl, gegen den ein Dis-  
ziplinarverfahren wegen rechtsextremer Aktivitäten mit dem Ziel der Entfernung  
aus dem öffentlichen Dienst anhängig ist. „Kontaktadresse“ des „Regionalver-  
bands Süd“ ist die Anschrift des NPD-Landesverbandes Bayern.

In Bayern trat die BIA durch Verteilung von Flugblättern und Verbreitung ihrer  
Druckschriften „Deutsche Zukunft“ und „Info-Magazin Ausländerstopp“ in Er-  
scheinung. Daneben errichtete sie einige Informationsstände. In einem zur  
Landtagswahl herausgegebenen Flugblatt rief sie zur Wahl der NPD auf, da „die  
Forderungen der BI Ausländerstopp nur durch die Nationaldemokraten vorange-  
trieben werden“ könnten.

### 3. Deutsche Volksunion (DVU)

#### 3.1 Ideologisch-politischer Standort

Die DVU entspricht ideologisch in wesentlichen Punkten der NPD. Sie ist jedoch  
keine politische Partei. Ihre Aussagen sind in vielen Fällen themengleich mit der  
NPD, jedoch wesentlich aggressiver und mehr tagespolitisch bezogen. Den  
Schwerpunkt ihrer Agitation bildete eine auf völkisch-biologische Thesen ge-  
stützte Kampagne gegen die Integration von Ausländern. Kennzeichnend für die  
Fremdenfeindlichkeit der DVU waren Schlagzeilen wie „Wird Deutschland zur  
zweiten Türkei?“ und „Wie Millionen Ausländer Deutschland überfremden“. Die  
DVU warnte vor einer „Entwicklung der Bundesrepublik zum Vielvölkerstaat und  
Zuständen wie in Chikago“. Infolge der von „Einwanderungs- und Integrations-  
extremisten“ bestimmten Ausländerpolitik der Bundesregierung können nach  
Ansicht der DVU „Asylbetrüger und ausländische Rauschgiftbanden ihr Unwe-  
sen treiben“, während „immer mehr Deutsche in den Ausländerslums und in  
ausländerüberfluteten Schulen benachteiligt und diskriminiert“ würden.

Mit dem Hinweis auf das „wissenschaftlich längst widerlegte Zweckdogma von  
der Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg“ betrieb die DVU die  
Rechtfertigung der NS-Zeit. Sie vertrat die Auffassung, „die im Versailler Diktat  
manifestierte Siegerpolitik“ habe Deutschland ins Abseits gestellt und ruiniert,  
aber auch „Kräfte der Verzweiflung freigesetzt, auf denen der Nationalsozialis-  
mus aufbauen konnte“. Bei Versuchen, die Verbrechen des Nationalsozialismus  
zu verharmlosen, berief sich die DVU auch auf die Geschichtsforschung, deren  
Ergebnisse angeblich zeigten, wie sehr die „Siegerpropaganda“ in den vergan-  
genen Jahrzehnten die „sogenannte Zeitgeschichte im Dienste der Umerzie-  
hung“ bestimmt habe. Die DVU wandte sich gegen „Wiesenthals Schauermär-  
chen“ und die „sowjetische Propagandazahl von vier Millionen jüdischen  
Auschwitz-Toten“, wobei sie betonte, daß kein schriftliches Dokument von Hitler  
über die Judenvernichtung existiere und wichtige Fakten wie „das Fehlen eines  
Führerbefehls“ anerkannt werden müßten.

Breiten Raum nahm auch die Diffamierung demokratischer Institutionen und ihrer Repräsentanten ein. So bezeichnete die DVU Vertreter der Bundesregierung als „Erfüllungsgehilfen sowjetischer Westpolitik“ und erklärte, die „Bonner Illusionisten und Unterwerfungspolitiker“ regierten „unter Preisgabe deutscher Interessen“ gegen das eigene Volk, das ein „Spielball fremder Mächte“ zu werden drohe.

Daneben wandte sich die DVU in polemischer Weise gegen das Judentum, wobei sie einen übermäßigen politischen Einfluß und eine Privilegierung der Juden zum Nachteil Deutschlands behauptete. Im Zusammenhang mit dem Libanonkonflikt kritisierte sie den „zionistischen Eroberungswahn“ Israels, das „ungestraft morden“ dürfe, und forderte den „Entzug jeder Hilfe für Israel“.

### 3.2 Organisation

Die DVU wurde im Jahre 1971 in München als Auffangbecken für ehemalige NPD-Anhänger gegründet. Nach ihrer Satzung haben die Mitglieder außer der Zahlung monatlicher Beiträge keine weiteren Verpflichtungen.

Bundesvorsitzender ist der im September 1981 auf der Bundesversammlung in Bonn wiedergewählte Verleger Dr. Gerhard Frey aus München. Seine Stellvertreter sind Dr. Bernhard Steidle und Dr. Fritz von Randow.

Die DVU zählt derzeit im Bundesgebiet zusammen mit ihren Aktionsgemeinschaften wie im Vorjahr mehr als 10.000 Mitglieder, davon etwa 2.100 (1981: 2.000) in Bayern. Das Stagnieren der Mitgliederzahlen zeigt, daß die anfangs erfolgreiche Methode, durch Gründung von Aktionsgemeinschaften die Basis zu verbreitern, an Zugkraft eingebüßt hat.

Die DVU unterhält in allen Bundesländern formell Bezirksverbände, deren Vorsitzende nicht gewählt, sondern von Dr. Frey bestimmt werden. Die in Bayern bestehenden Untergliederungen entwickelten nach wie vor kaum eigene Initiativen.

Das offizielle Presseorgan der DVU ist der „Deutsche Anzeiger“ (DA) mit einer wöchentlichen Auflage von über 25.000 Exemplaren. Erhöhte Auflagen zu besonderen Anlässen sind dabei nicht eingerechnet. Dr. Frey ist auch Herausge-

## **Wie Kohl gestürzt werden soll** **Brandts heimtückischer Plan / S 3**

# **Deutscher Anzeiger**

**Freiheitliche Wochenzeitung**

## **Israels Blutschuld**

**Massenmord ohne Sühne?**

**Warum will Strauß  
die FDP erdrosseln?**

ber der mit dem DA etwa zur Hälfte inhaltsgleichen „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ), die im Regelfall wöchentlich in einer Auflage von über 85.000 Exemplaren erscheint.

Das von Dr. Frey zur Erweiterung seines Einflusses gegründete Funktionärsgrremium „Freiheitlicher Rat“ (FR), dem die DVU als bedeutendste Organisation angehört, trat 1982 nicht mehr in Erscheinung.

### 3.3 Aktivitäten

Neben der publizistischen Propagandatätigkeit lag der Schwerpunkt der Aktivitäten der DVU in der Durchführung bundesweiter Vortragsserien im März, Juni, September und November. Die Referenten sprachen über die Themen „Nürnberger Prozesse — Gerechtigkeit oder Siegerjustiz“, „Die Wahrheit über den Morgenthau-Plan — Wie die Deutschen vernichtet werden sollten“, „Die Schuld am Holocaust des Luftterrors“ und „Der ungesühnte Holocaust — Die Vertreibung der Deutschen“. In Bayern fanden insgesamt acht Veranstaltungen mit dem britischen Schriftsteller David Irving als Redner statt, zu denen durchschnittlich 140 Zuhörer erschienen. Dabei kam es in München und Regensburg zu Störungen durch Anhänger des „Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD“ (AB) und des vom AB beeinflussten „Anti-Strauß-Komitees“ (ASKo).

Bei der Bundesversammlung der DVU am 9. Mai in Stuttgart-Bad Cannstadt erhielt David Irving den mit 10.000 DM dotierten „Europäischen Freiheitspreis der Deutschen National-Zeitung“.

Als Reaktion auf die Wiederholung der Fernsehserie „Holocaust“ verwies das DVU-Organ in der Ausgabe vom 12. November 1982 auf die „verheimlichten Leiden unseres Volkes“, die bis heute ohne den Versuch einer Wiedergutmachung geblieben seien. Mit einer gleichzeitig begonnenen „Meinungsumfrage“, die sich gegen die „systematische Desinformationspolitik von Fernsehen und Rundfunk“ richtete und für die „Einstellung der längst widerrechtlichen Kriegsverbrecherprozesse gegen die Besiegten des 2. Weltkriegs“ eintrat, warb die DVU intensiv für den Beitritt zu ihren Aktionsgemeinschaften ARF und VOGA.

### 3.4 Aktionsgemeinschaften der DVU

Die von der DVU gegründeten Aktionsgemeinschaften sind als integrierte Bestandteile der DVU anzusehen. Der Beitritt zu einer Aktionsgemeinschaft begründet gleichzeitig die Mitgliedschaft in der DVU. Die Veröffentlichungen der Aktionsgemeinschaften erscheinen im DVU-Organ „Deutscher Anzeiger“.

Die Ende 1979 von Dr. Frey in München gegründete „**Volksbewegung für Generalamnestie**“ (VOGA) will den Gedanken einer Generalamnestie für bisher ungesühnte NS-Verbrechen verbreiten. Sie wendet sich gegen die „pharisäerhaft einseitige Vergangenheitsbewältigung“, die in „Schauprozessen gegen die Besiegten des Zweiten Weltkriegs“ zum Ausdruck komme, während die Sieger ihre „millionenfachen Morde am deutschen Volk“ längst amnestiert hätten. 1982 trat die VOGA im Rahmen der im DA und in der DNZ publizierten „Holocaust“-Umfrage in Erscheinung.

# Für Deutschlands Rechte



## DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)

die führende überparteiliche Bewegung der verfassungstreuen Rechten und freiheitlichen Mitte (Vorsitzender Dr. Gerhard Frey)



## Aktion deutsche Einheit (AKON)

setzt sich für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands ein



## Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)

arbeitet für ein Ende der Kriegsverbrecherprozesse gegen Besiegte des II. Weltkriegs



## Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF)

will die Interessen des deutschen Volkes bei diesen Medien durchsetzen



## Initiative für Ausländerbegrenzung (I. f. A.)

verteidigt den deutschen Charakter Deutschlands

### Werbung in der DNZ

Die „**Aktion Deutsche Einheit**“ (AKON) wurde 1962 in Darmstadt unter der Bezeichnung „Aktion Oder-Neiße“ (AKON) als selbständige Organisation gegründet. 1979 wählten die Mitglieder den DVU-Funktionär Dr. Bernhard Steidle zum Vorsitzenden. Mit der anschließenden Ernennung des DVU-Vorsitzenden zum geschäftsführenden Vorsitzenden der AKON geriet die Organisation völlig unter den Einfluß von Dr. Frey. 1980 beschlossen die Mitglieder eine neue Satzung, in der die AKON ihre Selbständigkeit aufgab und sich der DVU als eine Aktionsgemeinschaft anschloß. 1981 wurden Dr. Steidle und Dr. Frey in ihren Funktionen bestätigt.

Die AKON agitiert vor allem in ostpolitischen Fragen. Nach ihrem Mitte September 1980 veröffentlichten Aktionsprogramm will die AKON allen Versuchen, durch die „Schaffung sogenannter Staatsnationen die volkliche Einheit der deutschen Nation zu zerstören“, entgegenzutreten. Auch lehnt sie die Ostverträge, soweit sie über eine Gewaltverzichtserklärung hinausgehen, als „null und nichtig“ ab.

Im Januar 1982 veranstaltete die AKON gemeinsam mit der DVU anlässlich des Jahrestages der Reichsgründung von 1871 Kundgebungen unter dem Motto „Wahrheit und Recht für Deutschland“. Zu einer Versammlung am 18. Januar in Augsburg erschienen rund 150 Besucher. Etwa 100 Gegendemonstranten, darunter zahlreiche Anhänger der Augsburger Hausbesetzerszene, protestierten mit Transparenten und Sprechchören gegen das Auftreten der AKON.

Unter dem Motto „Recht und Freiheit für das deutsche Volk“ fand am 21. August in Passau die Jahresversammlung der AKON in Verbindung mit einer Großkundgebung statt. Unter den rund 850 Teilnehmern befanden sich zahlreiche Besucher aus Österreich sowie eine Abordnung der „Wiking-Jugend“ mit Fanfarenzug und Volkstanzgruppe. Ein ehemaliger österreichischer Nationalrat, der in der Vergangenheit wiederholt Artikel für die vom DVU-Vorsitzenden herausgegebenen Zeitungen verfaßt hatte, erhielt von Dr. Frey den neugeschaffenen, mit 10.000 DM dotierten „Andreas-Hofer-Preis des Deutschen Anzeigers“.

Im Verwaltungsrechtsstreit wegen der im April 1981 von der Landeshauptstadt München verbotenen AKON-Kundgebung (vgl. Verfassungsschutzbericht Bayern 1981, S. 86) stellte das Verwaltungsgericht München am 8. September 1982 fest, daß das Verbot rechtswidrig war. Die Behörde habe keine Tatsachen angegeben, die den hinreichend sicheren Schluß zuließen, bei der Veranstaltung würden volksverhetzende Äußerungen fallen. Das Urteil ist rechtskräftig.

Die im Dezember 1980 als Aktionsgemeinschaft der DVU gegründete „**Initiative für Ausländerbegrenzung**“ (I.f.A.) knüpft mit der Devise „Deutschland soll deutsch bleiben“ an die von der NPD verbreitete Parole „Ausländer-Stopp — Deutschland den Deutschen“ an. Sie fühlt sich für die „Lebensrechte unseres Volkes“ verantwortlich und fordert die „Eindämmung des Scheinasylantentums“ und eine „Beschränkung des Ausländeranteils“, wobei „Menschen verwandter Kulturkreise“ zu bevorzugen seien.

In einem Aufruf bezeichnete es die I.f.A. als „unerträglich, wenn das deutsche Volk umgevoltet werden und Deutschland seinen deutschen Charakter verlieren soll“.

In der „Deutschen National-Zeitung“ und im „Deutschen Anzeiger“ vom 1. Januar 1982 rief deren Herausgeber Dr. Gerhard Frey zum Beitritt zu einer „**Aktion deutsches Radio und Fernsehen**“ (ARF) auf. Die ARF will dem „Mißstand“ abhelfen, daß Rundfunk und Fernsehen „in zunehmendem Maße gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes agitieren“. Sie wendet sich gegen die „systematische Verteufelung“ der deutschen Geschichte, die „Herabwürdigung des deutschen Soldaten“ und die „Minimalisierung der Verbrechen am deutschen Volk“ in Rundfunk und Fernsehen, „in denen Randgruppen Abwegigkeiten ohne jede Rücksicht auf den Mehrheitswillen verbreiten“. In der Ende 1982 im DA und in der DNZ abgedruckten „Holocaust“-Umfrage warb die ARF um neue Mitglieder mit dem Hinweis auf die „systematische Desinformationspolitik“ der öffentlich-rechtlichen Medien.

## 4. Neonazistische Organisationen und Vorfälle

### 4.1 Allgemeines

Der Neonazismus umfaßt alle Aktivitäten und Bestrebungen, die ein offenes Bekenntnis zur Ideologie des Nationalsozialismus des Dritten Reiches darstellen und auf die Errichtung eines dem NS-Staat vergleichbaren oder ähnlichen Systems gerichtet sind.

Die Zahl der Neonazis im Bundesgebiet ist gegenüber dem Vorjahr von rund 1.850 auf etwa 1.300 gesunken, darunter etwa 180 (1981: 200) in Bayern. Etwa 850 (1981: 850) von ihnen sind den neonazistischen Organisationen als Mitglieder zuzurechnen, davon rund 50 in Bayern. Weitere 200 (1981: 400) traten durch größere Spenden an einige Gruppierungen hervor. Bei den übrigen 250 (1981: 600) handelt es sich um „Einzelgänger“, die durch neonazistische Aktivitäten in Erscheinung treten, ohne sich an eine bestimmte Gruppe zu binden. Der erhebliche Rückgang gegenüber 1981 ist vor allem darauf zurückzuführen, daß ehemalige Anhänger verbotener Organisationen resignierten und sich 1982 nicht mehr neonazistisch betätigten. Auch die bundesweite Durchsuchungsaktion bei Spendern und Beziehern ausländischen NS-Materials am 24. März 1981 bedingte eine erhebliche Verunsicherung dieses Personenkreises und einen deutlichen Rückgang der finanziellen Zuwendungen.

Die 21 (1981: 16) erkannten neonazistischen Zusammenschlüsse im Bundesgebiet sind in der Regel lose Gesinnungs- und Kampfkader, deren Anhänger sich zum Teil auch in anderen Gruppen engagieren. Klare organisatorische Strukturen sind meist nicht erkennbar; regelmäßig dominiert jedoch ein „Führer“, von dem auch der Bestand der Gruppe abhängt. Die Finanzierung stützt sich im wesentlichen auf Spenden und Beiträge.

Die Agitation neonazistischer Gruppen ist schwerpunktmäßig durch unverhohlenen Rassismus und Antisemitismus, Verharmlosung und Leugnung der NS-Verbrechen sowie durch Verherrlichung von Institutionen und Personen der Hitlerdiktatur gekennzeichnet. Eine ideologische Durchdringung der eigenen Ziele und Methoden findet kaum statt. Die Auseinandersetzung mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen beschränkt sich auf die meist unreflektierte Übernahme von Parolen der ehemaligen NSDAP. Gewalt wird emotional bejagt und angewendet, wo es sich ergibt oder zweckmäßig erscheint.

### 4.2 Verbotene Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/ Partei der Arbeit (VSBd/PdA)

Mit Verfügung vom 14. Januar stellte der Bundesminister des Innern im Benehmen mit den Innenministern der Länder fest, daß sich die VSBd/PdA einschließlich ihrer Jugendorganisation „Junge Front“ (JF) gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte und deshalb verboten sei. Er ordnete die Auflösung und den Einzug des Vermögens an.

Zur Begründung führte der Bundesminister des Innern aus, die VSBd/PdA sei in Zielsetzung und öffentlichem Auftreten der früheren NSDAP wesensverwandt.

So zeige die in ihrem Programm verwendete Formel „Gemeinnutz vor Eigennutz“ das bewußte Bemühen, eine für die Mitglieder und Anhänger sichtbare Kontinuität zum Nationalsozialismus herzustellen. Veröffentlichungen und Äußerungen führender Funktionäre fußten auf einem offenen Bekenntnis zum nationalsozialistischen Gedankengut und ließen die Absicht erkennen, ein dem NS-Staat vergleichbares System zu errichten. Wie die NSDAP verunglimpfe die VSBD/PdA den demokratischen Staat und seine Repräsentanten und trete für eine uneingeschränkte Alleinherrschaft auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet ein. Zahlreiche antisemitische und rassistische Äußerungen belegten die Absicht der VSBD/PdA, in der von ihr erstrebten „Radikaldemokratie“ Menschenwürde und Gleichheit vor dem Gesetz nicht gelten zu lassen. Insoweit seien deutliche Parallelen zur Judenhetze der NSDAP und zu der im Dritten Reich propagierten „Rassenhygiene“ festzustellen.

Die Tätigkeit der VSBD/PdA sei in kämpferisch-aggressiver Form darauf gerichtet, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zu untergraben. Die Erringung der Macht werde nicht mit demokratischen Mitteln, sondern auf gewaltsamem Wege angestrebt. Dies zeigten mehrere Straftaten, die von führenden Mitgliedern der VSBD/PdA unter Anwendung von Gewalt verübt worden seien. Daneben bewiesen auch Waffenfunde sowie das Mitführen und der Einsatz von Waffen die zunehmende Militanz der VSBD/PdA. Als führende neonazistische Vereinigung in der Bundesrepublik Deutschland übe die VSBD/PdA eine Signal- und Sogwirkung im gesamten rechtsextremen Lager aus. Ihre Bemühungen um den Ausbau der Organisation hätten sich in letzter Zeit verstärkt. Strafrechtliche Verurteilungen der maßgeblichen Funktionäre hätten an der Tätigkeit und der politischen Zielsetzung der VSBD/PdA nichts zu ändern vermocht. Ihre verfassungsfeindliche Betätigung könne daher nur durch ein vereinsrechtliches Verbot wirksam unterbunden werden.

Die Verbotsverfügung wurde dem VSBD/PdA-Vorsitzenden Friedhelm Busse, der sich seit Oktober 1981 wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (vgl. 4. Abschnitt Nr. 2) in Untersuchungshaft befand, am 27. Januar in der Justizvollzugsanstalt Landsberg zugestellt. Anschließend fanden bei Busse und mehreren VSBD/PdA-Anhängern im Bundesgebiet Hausdurchsuchungen statt, um das der Einziehung unterliegende Vereinsvermögen zu beschlagnahmen. Ein Schwerpunkt des Einsatzes lag in Bayern, wo die Polizei insgesamt 15 Objekte durchsuchte und ein Vervielfältigungsgerät, Stahlhelme, Schlagstöcke, Stichwaffen, Blanko-Führerscheinvordrucke, gefälschte Amtssiegel, Druckplatten für Hitlerbilder sowie umfangreiches neonazistisches Propagandamaterial sicherstellte.

Gegen die Verbotsverfügung wurde am 27. Februar Anfechtungsklage beim Bundesverwaltungsgericht erhoben, über die noch nicht entschieden ist.

Ein Teil der Mitglieder der VSBD/PdA und JF schloß sich nach dem Verbot anderen neonazistischen Gruppen an. Einige Aktivisten versuchten, den Zusammenhalt auch nach dem Verbot zu wahren. Seit Ende März kursierte unter ehemaligen Anhängern der VSBD/PdA intern die Nr. 1 eines „Völkischen Informationsblattes“. Die Schrift bezeichnete die demokratischen Parteien als „Totengräber des deutschen Volkes“, die den „nationalen“ Kräften den „totalen Kampf“ an-

gesagt hätten. Ferner war ausgeführt, daß der inhaftierte frühere Leiter der neonazistischen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) Michael Kühnen „von den meisten Kameraden als der zukünftige Parteiführer unserer Bewegung angesehen“ werde. Man erwarte, daß er nach seiner Haftentlassung „die bestehenden Gruppen einigen“ und „die zum Teil zerschlagenen Reste ehemals bestehender Organisationen wieder zu einer schlagkräftigen Bewegung zusammenfassen“ werde.

Am 17. Mai durchsuchte die Polizei eine Gemeinschaftswohnung ehemaliger JF-Aktivisten in Fürstenfeldbruck. In einem als Druckerei eingerichteten Raum beschlagnahmte sie eine Offsetdruckmaschine, mehrere Hakenkreuzaufkleber sowie zahlreiche Flugblätter, auf denen eine Hakenkreuzflagge, ein Reichsadler mit Hakenkreuz und zwei SS-Runen abgebildet waren. Die Flugblätter enthielten die Drohung, daß der „Mord“ an zwei Gesinnungsgenossen, die am 20. Oktober 1981 bei einem Polizeieinsatz gegen rechtsextreme Gewalttäter in München erschossen worden waren, mit dem Tod der „Mörder“ gerächt werde. Die Staatsanwaltschaft leitete ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen ein.

Zwei ehemalige Funktionäre der VSBD/PdA und JF, die den Aufbau einer Nachfolgeorganisation der VSBD/PdA beabsichtigten, nahmen Kontakte zu dem Neonazi Michael Kühnen und zur neonazistischen „Kampfvereinigung Nationaler Sozialisten“ (KNS) in Emden auf. Eine von ihnen geleitete „Kampfgruppe Deutscher Sozialisten“ (KDS) verbreitete im Juni 1982 im Raum Kelheim Flugblätter mit neonazistischen, antisemitischen und ausländerfeindlichen Parolen. Bei einer Durchsuchungsaktion am 13. Juli konnte die Polizei bei Anhängern der KDS zahlreiche Flugblätter und Aufkleber mit ausländerfeindlichem Inhalt sowie umfangreiches NS-Schriftgut und einen Karabiner sicherstellen. Gegen die Beteiligten wurde Strafanzeige erstattet.

Ehemalige JF-Aktivisten errichteten am Abend des 20. Oktober an der Putzbrunner Straße in München ein Gedenkkreuz mit zwei brennenden Fackeln. Auf einer am Kreuz befestigten Tafel waren die Aufschrift „Kurt Wolfgram, Klaus Uhl, gefallen am 20. Oktober 1981“ und das Keltenkreuz (Symbol der VSBD/PdA) angebracht. Die Polizei stellte die Personalien der Beteiligten fest und erstattete Anzeige wegen Verdachts eines Verstoßes gegen das Vereins- und Versammlungsgesetz.

Das Amtsgericht München verurteilte am 26. Februar einen ehemaligen JF-Anhänger aus München wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten mit Bewährung. Der Angeklagte hatte für einen Aufkleber mit der Aufschrift „Ausländer raus! Bevor der Volkszorn erwacht!“ verantwortlich gezeichnet. Gegen zwei Jugendliche, die Kontakte zur JF unterhalten und den genannten Aufkleber in München verbreitet hatten, verhängte das Amtsgericht Wolfratshausen am 23. November jeweils eine Jugendstrafe von sechs Monaten mit Bewährung.

Das Landgericht München bestätigte in einer Berufungsverhandlung am 19. Oktober das Urteil des Amtsgerichts München, das den ehemaligen VSBD/PdA-Vorsitzenden Friedhelm Busse am 7. April wegen Volksverhetzung und Aufsta-

chelung zum Rassenhaß zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten ohne Bewährung verurteilte. Busse hatte für ein Flugblatt mit rassistischem Inhalt verantwortlich gezeichnet, das Mitte 1981 in Kelheim und München verbreitet wurde.

Am 18. November erhob der Generalbundesanwalt gegen Busse Anklage wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (vgl. 4. Abschnitt Nr. 2).

#### **4.3 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)**

Die HNG mit Sitz in Frankfurt a.M. wurde 1979 von Neonazis gegründet. Sie betreut inhaftierte Gesinnungsgenossen ideell und finanziell, um deren „Kampfmoral“ zu erhalten. Der HNG gehören im Bundesgebiet etwa 230 Mitglieder und Förderer an. Vorsitzender ist der Frankfurter Neonazi Henry Beier, der bis Februar 1982 eine Freiheitsstrafe wegen Volksverhetzung und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verbüßte. Zu den maßgeblichen Funktionären zählt auch der Leiter der „NS-Gruppe Curt Müller“ in Mainz-Gonsenheim.

Wegen ihrer gruppenübergreifenden Betätigung hat sich die HNG zu einem Sammelbecken neonazistischer Bestrebungen und zugleich zu einer Schaltstelle für Kontakte zu ausländischen Gesinnungsgenossen entwickelt. Verbindungen bestehen zu anderen neonazistischen Gruppierungen in verschiedenen westeuropäischen Staaten. Insbesondere war eine enge Zusammenarbeit mit der von französischen Neonazis gegründeten Gefangenenhilfsorganisation „Comité Objectif entraide et solidarité avec les victimes de la Répression Antinationaliste“ (COBRA) festzustellen.

Die HNG veröffentlichte in ihrem monatlich erscheinenden Mitteilungsblatt „Information der HNG“ regelmäßig „Listen nationaler politischer Gefangener“. Zu dem von ihr unterstützten Personenkreis gehören auch terroristische Gewalttäter, darunter die am 20. Oktober 1981 in München festgenommenen Neonazis, gegen die inzwischen Anklage wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung erhoben wurde.

Im Mai 1982 wollte sich ein HNG-Funktionär für den in Spandau inhaftierten Rudolf Hess so lange als Austauschgefangener zur Verfügung stellen, bis „eines nicht allzufernen Tages die Gerechtigkeit siegt“ habe.

#### **4.4 Verbotene Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG)**

Der frühere Leiter der im Januar 1980 verbotenen WSG Karl-Heinz Hoffmann hatte 1980/81 im Libanon eine „Wehrsportgruppe Ausland“ aus vorwiegend ehemaligen WSG-Anhängern aufgestellt. Die Gruppe, die in einem Lager der Al Fatah im Guerillakampf ausgebildet wurde, sollte den Kader für spätere terroristische Aktionen in der Bundesrepublik Deutschland bilden.

Mitte 1981 kehrten die meisten Gruppenmitglieder wegen der schikanösen Behandlung im Lager in das Bundesgebiet zurück. Ein gegen Hoffmann und seine

# INFORMATION DER



30./31. Ausgabe - Oktober/November 1982

Herausgeber: Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) e. V. - Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Henry Beier, Koselstr. 7, 6000 Frankfurt/M. - HNG-Eigendruck - Postscheckkonto Frankfurt/M., 142908-607

Informationsschrift der HNG

Anhänger eingeleitetes Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung wurde im Januar 1982 eingestellt, weil die Gruppe über keine Teilorganisation im Bundesgebiet verfügt hatte und damit der Tatbestand des § 129 a StGB nicht erfüllt war.

Drei mit Haftbefehl gesuchte Angehörige der „Wehrsportgruppe Ausland“ konnten im Laufe des Jahres 1982 festgenommen werden. Sie stehen im Verdacht, sich an der Mißhandlung von Gruppenmitgliedern im Libanon beteiligt zu haben. Hoffmann und einige seiner Anhänger werden ferner beschuldigt, im Frühjahr 1981 im Fatah-Lager einen Gesinnungsgenossen wegen angeblichen Verrats zu Tode gefoltert zu haben.

Der ehemalige WSG-Leiter befindet sich seit August 1981 in Untersuchungshaft wegen des Verdachts der Beteiligung an der Ermordung des jüdischen Verlegers Shlomo Lewin und dessen Lebensgefährtin Frida Poeschke am 19. Dezember 1980 in Erlangen. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Nürnberg-Fürth Anklage erhoben. Sie wirft Hoffmann vor, die Tatwaffe beschafft und einem seiner Gefolgsleute den Auftrag zum Mord erteilt zu haben. Der mutmaßliche Täter soll im Herbst 1981 im Libanon Selbstmord begangen haben.

#### 4.5 Grüne Aktion Deutschland (GAD)

Die 1979 von dem Nürnberger Rechtsextremisten Eberhard Engelhardt und dem Frankfurter Neonazi Ralf Platzdasch gegründete GAD ist eine neonazistische Aktionsgruppe ohne feste organisatorische Struktur. Sie wendet sich gegen „Geschichtslügen und antieuropäische Greuelpropaganda“ und setzt sich für die „historische Wahrheit“ sowie für eine „Generalamnestie“ ein. Neben ökologischen Forderungen propagiert sie den „nationalen Sozialismus“ als Alternative zum „Kapitalismus und Marxismus“.

Seit Anfang 1982 betrachtet sich die GAD als „Partei der europäischen Neutralität“. Die „Bundesgeschäftsstelle“ befindet sich in Gerolsheim/Rheinland-Pfalz. Vorsitzender des „Landesverbandes Bayern“ ist der bekannte Neonazi Erwin Schönborn, der zur Zeit eine Freiheitsstrafe wegen Volksverhetzung verbüßt.

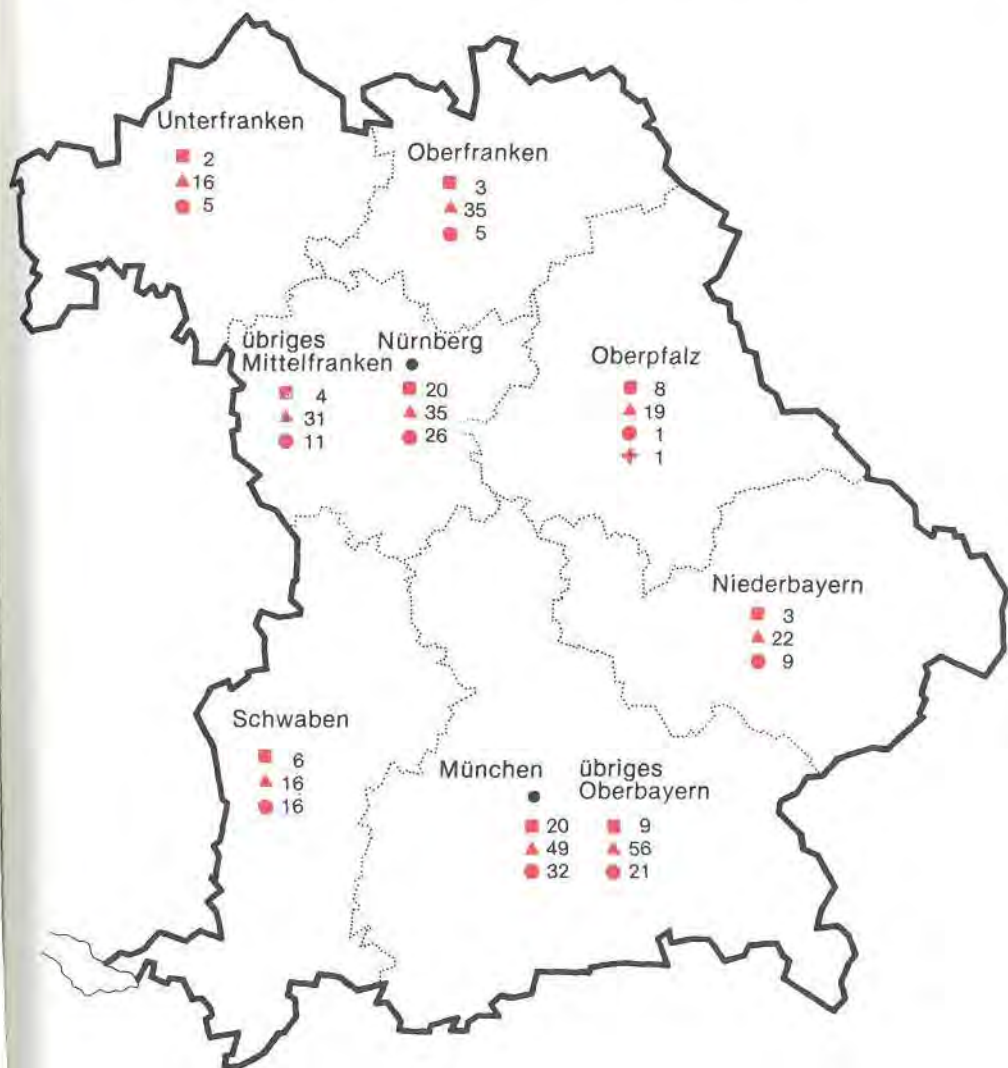
Anfang 1982 wurde eine „J.G. Burg-Gesellschaft für jüdisch-deutsche Verständigung in der Grünen Aktion Deutschland (GAD)“ gegründet, deren Anschrift mit der Adresse des „Ederer-Verlags“ (vgl. Nr. 6) in München identisch ist. In einem Flugblatt der Gesellschaft wandte sich Erwin Schönborn gegen den „Zionismus“ und bezeichnete Israel als „Verbrecherstaat“.

Die GAD entwickelte 1982 lediglich im Raum Nürnberg geringe Aktivitäten. In einer Broschüre mit dem Titel „KZ — Wahrheit gegen Lügen“ bestritt sie unter Berufung auf rechtsextreme Autoren die Massenvernichtung von Juden und die Existenz von Gaskammern in Konzentrationslagern des Dritten Reiches.

#### 4.6 Neonazistische und antisemitische Vorfälle

1982 war in Bayern vor allem in der ersten Jahreshälfte ein erheblicher Anstieg neonazistischer und antisemitischer Vorfälle zu verzeichnen. Die Gesamtzahl

## Neonazistische und antisemitische Vorfälle 1982 in Bayern



- Antisemitische Vorfälle
- ▲ Neonazistische Vorfälle
- Allgemeine Verdachtsfälle
- ✚ Schändung jüdischer Grab- und Gedenkstätten

der bekanntgewordenen Straftaten betrug 481 gegenüber 355 im Vorjahr. Allein auf München und Nürnberg entfielen mit 101 bzw. 81 Fällen rund 38 % aller neonazistischen und antisemitischen Ausschreitungen. Meist handelte es sich um Schmier- und Klebeaktionen, bei denen Hakenkreuze und SS-Runen gesprüht oder Parolen wie „Heil Hitler“, „Jetzt NSDAP“ und „Juden raus“ angebracht wurden. Gegenstand von Ermittlungsverfahren waren auch das Tragen von NS-Abzeichen, die Beschädigung jüdischer Gedenkstätten sowie anonyme Beleidigungen und Bedrohungen aus rassistischen, insbesondere antisemitischen Motiven. Aufsehen erregte die Schändung des jüdischen Friedhofs in Sulzbach-Rosenberg, Kreis Amberg-Sulzbach, wo zwei Neonazis Ende Juni 1982 zahlreiche Grabsteine umwarfen.

Eine Aufklärung gelang in 170 Fällen (1981: 141). Unter den ermittelten 260 Tätern befanden sich 48 Minderjährige (1981: 65). Die Staatsanwaltschaften stellten 55 Verfahren ein. In 25 Fällen wurden die Täter verurteilt, meist zu Geldstrafen. Die Verfahren gegen die übrigen Beschuldigten dauerten Ende 1982 noch an.

Eine Gesamtsteuerung der Aktionen durch eine oder mehrere extremistische Gruppen war nicht erkennbar. Bei 57 % der aufgeklärten Verstöße ließ sich nach dem Ergebnis der Ermittlungen ein rechtsextremer Tathintergrund ausschließen, so z.B. beim kommerziellen Vertrieb von Gegenständen mit NS-Symbolen oder bei Hakenkreuzschmierereien auf Plakaten politischer Gegner.

## 5. Sonstige rechtsextreme Organisationen

### 5.1 Deutscher Block (DB)

Der 1947 in München gegründete DB bekennt sich zur „Führung des Staates durch eine Elite“, hält „Demokratie mit dem Führertum für vereinbar“ und identifiziert sich mit der These, daß „der Nationalsozialismus das deutsche Volk gegen eine Gefahr gesammelt“ habe, die erst jetzt „von der westlichen Welt in ihrer ganzen erschreckenden Größe verstanden“ werde.


Wie im Vorjahr zählte der DB im Bundesgebiet rund 50 Mitglieder, von denen etwa 20 in Bayern wohnen. Der Sitz des DB befindet sich in Memmingen. „Reichsvorsitzender“ ist Richard Etzel, der auch die unbedeutende Jugendorganisation des DB „Jugendbund Adler“ (JBA) leitet.

Seine Mitteilungen veröffentlicht der DB in gelegentlichen Rundschreiben sowie in den Zeitschriften „Unsere Arbeit“ und „Der Adlerführer“, die in geringer Auflage erscheinen. Darin waren Beiträge abgedruckt, die von „volkhafter, sozialistischer Kameradschaft“ schwärmten und auf die „Verbrechen der Siegerjustiz“ verwiesen.

Wegen Überalterung der Mitglieder führte der DB außer gelegentlichen Vortrags- und Filmveranstaltungen auf Kreisverbandsebene kaum noch eigene Aktionen durch, sondern trat als Mitveranstalter von Versammlungen anderer rechtsextremer Gruppen auf.

## 5.2 Wiking-Jugend (WJ)

Die 1952 gegründete WJ ist eine straff nach dem Führerprinzip geleitete „volks-treue“ Jugendorganisation, die sich als „heranzubildende Elite“ versteht. Sie bekennt sich zu einer „Lebensgemeinschaft auf völkischer Grundlage“ und betrachtet das Gesetz der „Auslese alles Starken und Gesunden“ als „entscheidende Kraft im Leben“. Als „Leitlinie“ schwebt ihr eine „Neubildung des großen germanischen Kulturraumes“ vor. Ferner kämpfte sie gegen die „Umerziehung“ und suchte den Nationalsozialismus zu rechtfertigen.




**komm'  
zu uns!**

**Wiking-Jugend**

WELCHE MÄDCHCHEN U. JÜNGER  
AB 10 JAHRE WOLLEN MIT UNS GEMEIN ?

Ein Bund mit klarem Weg, klarer  
Aussage, klarer Zielsetzung  
Ein Bund, bei dem sich lohnt,  
mitzuarbeiten.  
Wiking Jugend e. V.  
Bundesführung  
519 Stolberg, Brockenberg 5a



Die in Gaue und Horste gegliederte WJ zählt im Bundesgebiet wie im Vorjahr rund 350 Mitglieder, davon etwa 70 in Bayern. Bundesführer ist Wolfgang Nah-rath aus Stolberg/Nordrhein-Westfalen. In Bayern bestehen die Gaue „Bayern“ in Freising und „Franken“ in Stockstadt, Kreis Aschaffenburg, sowie Horste im Raum Nürnberg und Landshut. Die Nachrichten und Mitteilungen des Bundes erscheinen in der von der Bundesführung jährlich viermal herausgegebenen Zeitschrift „Wikinger“. Das WJ-Schülermagazin „Gäck“ betreibt rechtsextreme Agitation zumeist in satirischer Form.

Wie im Vorjahr führte die WJ für Kinder und Jugendliche Zeltlager und Fahrten durch. WJ-Mitglieder besuchten auch ein Treffen von Rechtsextremisten im

Ausland. In Bayern veranstaltete die WJ Sonnwendfeiern sowie einige Wochenendzeltlager, vorwiegend im Raum Stockstadt. Daneben trat sie in Mittel- und Unterfranken mit Flugblättern in Erscheinung, die auch vor Schulen verteilt wurden.

Vom 28. bis 31. Mai fand in der Nähe von Iphofen, Kreis Kitzingen, ein Pfingstlager der WJ statt. Zu dem bundesweiten Treffen fanden sich zwischen 150 und 200 Personen ein, darunter auch Jugendliche aus den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Österreich. Der Leitsatz des Lagers „Kampf und Arbeit unentwegt“ war einem Hitlerjugend-Marschlied entnommen. Eine Gegendemonstration politischer Gegner verlief ohne größere Zwischenfälle. Die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Würzburg leitete gegen mehrere Lagerteilnehmer, die den Demonstranten den Zugang zum Lager versperrt hatten, ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Nötigung und verbotenen Uniformtragens ein.

Die WJ beteiligte sich mit einem Fanfarenzug und einer Volkstanzgruppe an der Kundgebung der „Aktion Deutsche Einheit“ (AKON, vgl. Nr. 3.4) am 21. August in Passau. Anschließend fuhrn WJ-Angehörige nach Braunau und versammelten sich dort vor Hitlers Geburtshaus.

### 5.3 Bund Heimattreuer Jugend e.V. (BHJ)

Der 1962 in Nürnberg gegründete BHJ ist eine in Leitstellen und Einheiten gegliederte Jugendorganisation mit etwa 150 Mitgliedern (1981: 300) im Bundesgebiet, davon rund 25 (1981: 40) in Bayern.

Durch interne Auseinandersetzungen über die künftige Zielsetzung geriet die Vereinigung in eine Führungskrise, die im September 1981 am Rücktritt des 1. Bundesführers Uwe Jäschke offenkundig wurde. Unter der Leitung seines Stellvertreters Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl mußte der BHJ 1982 erhebliche Mitgliederverluste hinnehmen. Auf dem Bundesjugendtag am 25./26. September in Frammersbach, Kreis Main-Spessart, wurde das seit einem Jahr vakante Amt des 1. Bundesführers mit Heinz-Gert Höffkes aus Oberhausen/Nordrhein-Westfalen besetzt.

Verbandsorgan war das vierteljährlich erscheinende Informationsblatt „Der Trommler“. Ein Anfang 1980 gegründeter „Freundeskreis im BHJ e.V.“ hat die Aufgabe, die Arbeit des BHJ finanziell zu unterstützen.

Etwa 80 Angehörige des BHJ beteiligten sich im April 1982 an den „Norddeutschen Kulturtagen“ der rechtsextremen „Deutschen Kulturgemeinschaft“ (DKG) in Lüneburg. Der 1980 zum Ehrenratsvorsitzenden des BHJ gewählte frühere 1. Bundesführer Gernot Mörig gestaltete den im Rahmen der Kulturtage durchgeführten „Tag der Jugend“. Am Schlußtag des Treffens nahm der 2. Bundesführer Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl die Totenehrung vor.

Die Leitstelle Süd veranstaltete 1982 in Bayern wieder einige Wochenend- und Ferienlager, Sonnwendfeiern und Wanderungen. Sie beteiligte sich auch an der Deutschlandstaffel „Vom Knivsberg zur Salurner Klause“.

#### 5.4 Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG)

Das 1950 zur Pflege nationalistischen Kulturgutes gegründete DKEG war 1970 mit fast 3.500 Mitgliedern die zweitstärkste rechtsextreme Organisation nach der NPD. Inzwischen ist es durch Überalterung seiner Anhänger sowie interne Machtkämpfe und Meinungsverschiedenheiten erheblich geschwächt und zählt nur noch etwa 120 Mitglieder. Der Sitz befindet sich in München. Als örtliche Untergliederungen bestehen in Bayern noch Pflegstätten in München und Nürnberg, die monatliche Vortragsveranstaltungen durchführten.

Im April 1982 veranstaltete das DKEG in Planegg, Kreis München, die alljährlichen „Tage deutscher Kultur“.

#### 5.5 Gesellschaft für freie Publizistik (GfP)

Die 1960 in Frankfurt a.M. von ehemaligen SS- und NSDAP-Angehörigen gegründete GfP erstrebt eine „objektive Geschichtsbetrachtung“ und kämpft gegen „Umerziehung und Meinungsmonopole“. Sie stellt vor allem ein Podium für rechtsextreme Schriftsteller, Publizisten und Dichter des In- und Auslandes dar.

Die Vereinigung, die 13 regionale Arbeitskreise unterhält, zählt im Bundesgebiet etwa 350 (1981: über 400) Mitglieder und hat ihren Sitz in München.

Dem Vorstand gehören mehrere Rechtsextremisten an. Der Vorsitzende war Dr. Gert Sudholt. Er ist auch Leiter des „Druffel-Verlags“ und Inhaber des „Türmer-Verlags“ (vgl. Nr. 6).

Publikationsorgan der GfP ist die vierteljährlich erscheinende Informationsschrift „Das Freie Forum“. Über die Aktivitäten der GfP berichten auch die im „Türmer-Verlag“ erscheinenden „Deutschen Monatshefte“.

Der ehemalige NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden griff in einem Referat vor dem Arbeitskreis München die derzeitige Medienpolitik an, indem er von einer „berüchtigten Umerziehung“ sprach, die bereits auf die zweite Generation seit 1945 einwirke.

Die GfP verlieh im Oktober 1982 bei ihrem Jahreskongreß in Kassel den mit DM 15.000 dotierten „Ulrich-von-Hutten-Preis“ an den rechtsextremen Schriftsteller und Mitherausgeber der „Deutschen Wochen-Zeitung“ (DWZ) Erich Kernmayr. Im Schlußwort der Veranstaltung wandte sich der Vorsitzende Dr. Sudholt gegen die „Unterwerfungspolitik der Gegenwart“, die als „Sachwalter der Sieger“ ihre Daseinsberechtigung auf den geschichtlichen Bruch und nicht auf „geschichtliche Kontinuität“ gründeten. Von Regierungsseite werde durch Indizierungen, Haussuchungen und Beschlagnahmen „eine einseitige Geschichtsschreibung ermöglicht, sanktioniert und sogar subventioniert“. Die „geistigen Söldner der Mietlinge“ hätten seit mehr als drei Jahrzehnten „umerziehen und fälschen, lügen und verleumden“ können. Durch „Verdrehung unserer Geschichte“ und „Entfremdung von der eigenen Lebensart“ sei inzwischen eine für die „Erhaltung unseres Volkes“ gefährliche Situation entstanden.

## 5.6 Freundeskreis Ulrich von Hutten

Der Freundeskreis Ulrich von Hutten mit Sitz in Starnberg wurde im Februar 1982 von Rechtsextremisten gegründet. Er vertritt vor allem nationalistische und rassistische Forderungen und versteht sich als „geistiger Katalysator für eine politische und weltanschauliche Standortbestimmung“. Erklärtes Ziel der Vereinigung ist es, die „schlummernden Kräfte“ der Nation zu wecken, um durch eine Abkehr von den bisherigen „politischen Zwingherren“ den „Bestand des deutschen Volkes und Europas“ für die Zukunft zu sichern. Diese Zielsetzung beruht auf der Überzeugung von der „Notwendigkeit einer neuen gesunden Lebensordnung auf der Grundlage gewachsener Völker“. In einer „Grundsatzklärung“ werden Europa als „Lebensraum der arischen Völker“ und die „Rassenfrage“ als „Schlüssel zur Weltgeschichte“ propagiert.

Der Freundeskreis Ulrich von Hutten zählt rund 25 Anhänger. Vorsitzende der Vereinigung ist die Präsidentin der rechtsextremen „Deutschen Kulturgemeinschaft“ (DKG) in Österreich Lisbeth Grolitsch. Eine dominierende Position nimmt der Generalmajor a.D. Otto Ernst Remer ein, der als Kommandeur des Wachregiments in Berlin maßgeblich an der Niederschlagung des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 beteiligt war und sich nach dem Zweiten Weltkrieg als Funktionär der 1952 verbotenen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) betätigte.

Das erstmals im Oktober 1982 herausgegebene Publikationsorgan „Huttenbriefe — Für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“ warb für Remers Buch „Verschwörung und Verrat um Hitler“.

Im Rahmen des „Freundeskreises“ soll innerhalb von zwei Jahren eine „Führungsmannschaft“ aufgebaut werden, „die im charakterlichen, weltanschaulichen und politischen Sinn Elite sein muß“.

## 6. Organisationsunabhängige Publizistik

Die auf rechtsextreme Literatur spezialisierten 15 (1981: 14) Verlage, Vertriebs- und Buchdienste in Bayern entwickelten 1982 wiederum eine beachtliche Tätigkeit. Die Auflage der periodisch herausgegebenen Druckschriften betrug wie im Vorjahr monatlich etwa 430.000 Exemplare, wobei erhöhte Auflagen zu besonderen Anlässen nicht eingerechnet sind. Darüber hinaus wurden Bücher rechtsextremen Inhalts in hoher Auflage angeboten.

Wirkungsvollstes Propagandainstrument des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland ist weiterhin die **Druckschriften- und Zeitungsverlags GmbH** in München unter der Leitung von Dr. Gerhard Frey. Im Verlag erscheint neben dem DVU-Organ „Deutscher Anzeiger“ (vgl. Nr. 3.2) die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) mit einer Wochenaufgabe von über 85.000 Exemplaren. Bei Werbeaktionen wird die Auflage erhöht. Dem Verlag ist ein Buchdienst angeschlossen. Dr. Frey ist auch Geschäftsführer der „Freiheitlichen Zeitungsverlags-GmbH“ (FZ-Verlag) in München, die in der DNZ Medaillen „großer Deutscher“ anbietet.



Die Agitation der DNZ richtete sich 1982 verstärkt gegen die Integration von Ausländern. Kennzeichnend waren Schlagzeilen wie „Beherrschen Ausländer bald völlig unser Land?“ und „Was uns die Ausländer kosten. Bezahlen die Deutschen ihren eigenen Untergang?“. Nach Auffassung der DNZ wird die „Ausländerinvasion durch eine ungeheure Lastenabwälzung auf die Schultern der Steuerzahler“ finanziert. Während sich viele Bürger durch „Bonner Reden betören“ ließen, plane man dort schon „die nächsten Tricks, um die Bundesrepublik zu einem Vielvölkerstaat umzufunktionieren“.

Breiten Raum nahmen wiederum die Entlastungs- und Rechtfertigungsversuche für die NS-Zeit ein. So äußerte die DNZ zur Kriegsschuldfrage, es sei den westlichen Alliierten „nicht um die Beseitigung Hitlers, sondern um die Zerstörung Deutschlands“ gegangen. Indem man Deutschland noch heute zum „alleinigen Sündenbock“ deklariere, wolle sich die übrige Welt freisprechen. Durch die „unerhörte Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit“ werde das deutsche Volk „für immer mit dem Odium des Verbrecherischen behaftet“ und „erpreßbar gehalten“. Die DNZ bezeichnete den Widerstand des 20. Juli 1944 als „Verrat“ und „Verschwörung gegen Deutschland“. In der gerichtlich verfügten Einziehung des von dem Rechtsextremisten Dr. Stäglich verfaßten Buches „Der Auschwitz-Mythos“ sah sie eine „undemokratische Einengung der Wissenschaftsfreiheit“ und einen vom Gesetzgeber ermöglichten „Mißbrauch des Volksverhetzungsparagrafen“.

Daneben griff die DNZ in polemischer Weise ethnische Minderheiten an, wobei sie insbesondere auf die „Macht des Judentums“ und die „Rechtsprivilegien“ der jüdischen Bevölkerung im Bundesgebiet verwies und den „unvorstellbaren Einfluß“ der „israelischen Lobby“ und ihre „überragende Position in der Welt der Medien“ betonte. Ferner wandte sie sich gegen „Israels massenmörderische Aggressionspolitik“ im Libanonkonflikt, die von den unter einem „NS-Trauma“ stehenden Deutschen mitfinanziert worden sei.

Außerdem diffamierte die DNZ demokratische Institutionen und ihre Repräsentanten als „Asylfetischisten“, erpreßbare „Politiker der Unterwerfung und des Verzichts“ und „Umerziehungsextremisten“, die „vom Geld des deutschen Volkes ein Bonzendasein führen“.

Die **Deutsche Verlagsgesellschaft mbH (DVG)** in Rosenheim unter der Leitung des ehemaligen NPD-Bundesvorstandsmitglieds Waldemar Schütz gibt die „Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ) heraus. Die wöchentliche Auflage ging 1982 auf rund 18.000 Exemplare (1981: 20.000) zurück. Dem Verlag ist ein Buchdienst angegliedert, der rechtsextreme Literatur vertreibt.

Die DWZ bezeichnete die Ausländer als „ein Geschwür“, das „immer gefährlicher wuchert“, und forderte die Abschiebung der „faulen und schmarotzenden Asylanten“. Sie versuchte die NS-Zeit zu rechtfertigen, indem sie die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs als „eine infame Propagandalüge der Sieger“ hinstellte. Deutsche Historiker seien „der fortdauernden Umerziehung verpflichtet“. Die „von jüdischer Seite behaupteten sechs Millionen angeblich Vergaster“ hielten „keiner Überprüfung“ stand. Mit Mitteln der Propaganda würden „dauernde Schuldgefühle“ wachgehalten, „um weitere

Zahlungsverpflichtungen damit zu verbinden". Die Bundesregierung wurde als „Bonner Regime“ und „Taubblinde von Bonn“ diffamiert und des Versuchs bezichtigt, die „Mehrheit durch eine Gehirnwäsche seitens der Medien zu entmündigen“.

In der 1953 gegründeten **Nation-Europa-Verlags GmbH** in Coburg erscheint die Monatsschrift „Nation Europa“ (NE) in einer Auflage von etwa 9.500 Exemplaren. Der Verlag, dem ein Buchdienst angeschlossen ist, wird von dem 1954 gegründeten Verein „Nation-Europa-Freunde“ finanziell unterstützt. Gesellschafter und Geschäftsführer des Verlages sowie Vorsitzender des Unterstützungsvereins ist der NPD-Funktionär Peter Dehoust.

Die Monatsschrift bezweifelte die „Alleinschuld eines Volkes oder gar eines einzigen Mannes“, die nicht länger behauptet werden könne. Die „Nationale Erhebung 1933“ habe das „Selbstbewußtsein der Nation“ neu entflammt und sich „in dem Führer der Bewegung, dem Sprecher des kleinen Mannes, dem Abgott der Massen“ verkörpert. Ferner bezichtigte die NE die bundesdeutschen Medien, insbesondere die Fernseh- und Rundfunkanstalten, der „einseitigen Manipulation durch ‚volkspädagogische‘ Indoktrination“, die einer „Charakterwäsche“ gleichkomme. Diese „Großzieher unserer Gesellschaft“ seien darauf bedacht, „den Feuerriegel des Psycho-Terrors gegen alles Nationale jetzt noch durch höhere Paragrafenzäune gegen mißliebige zeitgeschichtliche Erkenntnisse und Meinungen“ zu ergänzen. In ihren „Nachrichten von der Überfremdungsfrent“ wandte sich die NE gegen die angebliche Absicht, „die ziemlich abgeschlossene geistige Umerziehung der Deutschen durch die biologische Zerstörung zu krönen“.

Der **Druffel-Verlag** in Berg am Starnberger See, der von dem ehemaligen NPD-Mitglied und bisherigen Vorsitzenden der „Gesellschaft für freie Publizistik“ Dr. Gert Sudholt geleitet wird, will mit seinem Programm gegen „Umerziehung und Gehirnwäsche“ und „für ein neues Selbstbewußtsein der Deutschen“ kämpfen. Der Verlag gab vielfach rechtsextreme Literatur heraus. In Werbeprospekten war von der „Sechs-Millionen-Legende“ sowie von der „Nürnberger Justiz als Quelle der Geschichtsfälschung“ die Rede. Im Verfahren wegen der Einziehung des 1979 im Verlag erschienen Buches „Was Holocaust verschweigt“ fand im Juni 1982 eine Durchsuchung der Verlagsräume statt.

Der 1977 von Dr. Gert Sudholt übernommene **Türmer-Verlag** in Berg am Starnberger See gibt seit Januar 1982 die „Deutschen Monatshefte“ in einer Auflage von rund 5.000 Exemplaren heraus. Die Monatsschrift entstand aus der Fusion der „Klüter Blätter“ mit dem „Politischen Zeitspiegel“, die ihr Erscheinen Ende 1982 einstellten. Sie will all jene erreichen, „die Volks- und Geschichtsbewußtsein noch nicht ganz verloren haben“. Ihre immer wiederkehrenden Themen sind die Ausländer- und die Kriegsschuldfrage. Neben der „Gefährdung unserer Kultur durch Überfremdung“ bedeute die Assimilation und Einschmelzung der Ausländer eine „stille Landnahme“, die in ihren „Auswirkungen schließlich dem Raub deutschen Landes nach den beiden Weltkriegen“ gleichkomme. Die Verhinderung einer solchen Entwicklung sei daher „eine echte kulturelle Leistung und vergleichbar mit der früheren Verteidigung gegen eindringende Fremde“. Der „Potsdamer Allianz“ wird vorgeworfen, sie halte „das deutsche Volk und

seine Staatlichkeit seit 1945 im Netz der Kriegsschuldlüge" und presse es „nach Kräften aus“.

Der **Verlag Hohe Warte — Franz von Bebenburg KG** in Pähl, Kreis Weilheim, gibt die Schrift „Mensch und Maß" heraus, die monatlich zweimal in einer Auflage von jeweils 1.500 Exemplaren erscheint. Darin wurde behauptet, daß die „Geschichtsbewältigung in der vergeblichen Aufarbeitung von Lügen" bestehe, die Schüler einer „verlogenen Geschichtsschreibung" ausgesetzt würden und die „Volkserhaltung", nämlich die „Reinerhaltung des Rasseerbgutes", dabei zu kurz komme.

Eine vom Verlag herausgegebene Broschüre mit dem Titel „Ausländer-Integration ist Völkermord" verwies auf die Unterschiede im „rassischen Erbgut" der einzelnen Völker. Da die „rassisch und volkstumsmäßig" bedingte Volkszugehörigkeit keiner Änderung zugänglich sei, stünden alle Gesetze, die eine Einbürgerung von Angehörigen fremder Völker zuließen, im Gegensatz zu den „in der Natur geltenden Gesetzen der Arterhaltung“.

Der **Ederer-Verlag** in München warb auch 1982 für Broschüren, in denen die NS-Verbrechen verharmlost wurden. Unter dem Pseudonym J.G. Burg (vgl. Nr. 4.5) versuchte der Verfasser der Schrift „Holocaust" nachzuweisen, „daß die Holocaust-Giftspritzen ein Teil einer großangelegten Reparationszahlungsstrategie sind, die für Generationen von Deutschen schon geplant ist“.

Im **Denk mit-Verlag** in Nürnberg erscheint in einer Auflage von etwa 1.000 Exemplaren alle zwei Monate die von Klaus Huscher herausgegebene Zeitschrift „Denk mit!", die für rechtsextreme Literatur warb, die Judenverfolgung im Dritten Reich verharmloste und die Rechtsprechung deutscher Gerichte als „6-Millionen-Diktatur" und „Einschüchterung der Wahrheitsforschung bezüglich der KZ-Lügen" kritisierte.

Der **Eigenverlag Ludwig Stenuf** in Bad Wörishofen, Kreis Unterallgäu, vertrieb ältere Flugblätter unter der Bezeichnung „Volkbund Deutsches Reich", in denen die Bevölkerungspolitik der in Bonn vertretenen Parteien als „verhängnisvolle deutsche Särgepolitik bei fremder Wiegenpolitik" bezeichnet wurde. Der Verlagsinhaber, der im Februar 1982 wegen Volksverhetzung zu DM 5.400 Geldstrafe verurteilt wurde, ist im Dezember 1982 verstorben.

Der seit 1981 bekannte **Eigenverlag des Robert Dollinger** in Bubenreuth, Kreis Erlangen-Höchstadt, verbreitete unter der Bezeichnung „Bürgerinitiative zur Rettung des deutschen Volkes" Flugblätter, in denen die Judenvernichtung im Dritten Reich bestritten und als „Greuelpropaganda" der Zionisten hingestellt wurde. Ferner wandte er sich gegen die „Überflutung Deutschlands durch Ausländer", die eine „endgültige Zerstörung unseres Volkes" herbeiführe.

## 7. Verbindungen zum ausländischen Rechtsextremismus

Der Einfluß des ausländischen Rechtsextremismus auf Bayern zeigte sich insbesondere in der Einfuhr und Verbreitung überwiegend neonazistischer und antisemitischer Druckschriften und in Kontakten bayerischer Rechtsextremisten zu gleichgesinnten Gruppen und Einzelpersonen im Ausland.



# NS KAMPFRUF

KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN  
ARBEITERPARTEI AUSLANDS – UND AUFBAUORGANISATION

NUMMER 46

WINTER 1982 (93)

Zwei junge Nationalsozialisten brutal ermordet

## Zerschlagt diesen Staat!

*Alles geben die Götter, die unendlichen,  
ihren Lieblingen gant,  
alle Freuden, die unendlichen,  
alle Schmerzen, die unendlichen, gant.*

Die Schüsse, die am 20. Oktober in den  
späten Abendstunden durch den Münchner  
Stadteil Neuperlach peitschten, sind noch  
nicht verhallt. Sie führten zur Festnahme von  
drei Nationalsozialisten und zum Tod von  
zwei der aktivsten NS-Untergrundkämpfer.

Das, was sich in jener Nacht in München-  
Neuperlach abspielte, hat in Wirklichkeit nur  
wenig Ähnlichkeit mit den in der Presse ver-  
öffentlichten Versionen. Am 20. Oktober  
kam es in der Putzbrunnen Straße in München  
nicht zu irgendeiner "rouinmäßigen Kon-  
trolle eines Plow mit 5 Insassen", wie west-  
deutsche Zeitungen berichten, sondern zur  
Hinrichtung von zwei blut jungen National-  
sozialisten. Diese Hinrichtung war systemat-  
isch geplant und wurde von einem 10 Mann  
starken Kille-Kommando der Polizei durch-  
geführt.

Wenn die Systempresse von einem  
"Kampf zwischen Neonazis und der Poli-  
zei" berichtete, so ist dies eine glatte Lüge.  
Es hat keinen Kampf gegeben. Auf der einen  
Seite befanden sich fünf ahnungslose Natio-  
nalsozialisten, auf der anderen zehn Scharf-  
schützen eines Spezialeinsatzkommandos  
der Polizei in zwei gepanzerten Person-  
wagen, die Körper geschützt durch kugel-  
sichere Westen und bewaffnet mit Maschin-  
engewehren. Das war die Ausgangslage. Nur  
Zyniker können diesen sorgfältig geplanten  
Hinrichtungsakt einen "Kampf" nennen.

Wir wollen hier nicht auf die tatsächlichen  
oder vermeintlichen Absichten unserer fest-  
genommenen und toten Kameraden ein-  
gehen. Wir lehnen es ab, uns nach moralis-  
chen Grundsätzen dieser Gesellschaft verur-  
teilen zu lassen, die seit von den Reprä-  
sentanten dieses Systems ständig verteidigt  
werden.

Die Morde von München haben letztend-  
lich die Unfähigkeit dieses demokratischen

Systems aufzeigt, mit den kritischen und  
oppositionellen Jugend einen Dialog zu füh-  
ren. Der vielbeschworene polnische Pluralis-  
mus bietet blanke Theorie. Systemkritiker  
von links wie von rechts werden ständig ihrer  
elementarsten Grundrechte beraubt, haben  
keinen Anspruch auf Meinungs- und Presse-  
freiheit und werden schließlich regelrecht zu  
Kriminellen gestuft.

Es stimmt, unsere Kameraden hatten Waf-  
fen im Gepäck. Aber keiner starb mit der  
Waffe in der Hand. Keiner hatte seine Pistole  
auf einen der beteiligten Polizisten gerichtet.  
Nicht einer unserer toten Kameraden hätte  
sich jemals um eine Waffe bemüht, zwänge  
uns nicht das Botmer System im Untergrund  
zu arbeiten oder ins Ausland zu emigrieren  
und somit vielfältigen Gefahren ausgesetzt  
zu sein. Dutzende von führenden Nationalso-  
zialisten sind heute gezwungen, in den an-  
grenzenden Nachbarländern unter schwieri-  
gen Bedingungen ihr Dasein zu fristen. Zwei  
dieser Kameraden waren Klaus Ludwig Uhl  
und Kurt Wolflgram, 24 und 21 Jahre alt.

Beide hatten die ganze Maschinerie der Ver-  
folgung und Existenzvernichtung am eigenen  
Leib zu spüren bekommen. Klaus Ludwig  
Uhl hatte hintereinander zwei Arbeitsstellen  
verloren, weil der Staatsschutz jeweils nach  
kurzer Zeit den neuen Arbeitgeber über die  
weitschaulichen Aussichten unseres Kam-  
eraden aufklärte und dabei erhebliche Unan-  
nehmlichkeiten für den Fall einer Weiter-  
beschäftigung in Aussicht stellte. Das Re-  
sultat waren drei Entlassungen aus nichtigen  
Gründen und anschließende Arbeitslosig-  
keit, weil sich kein Betrieb mehr fand, der  
ihn eingestellt hätte.

Ähnliche Schwergkeiten hat man auch  
Kurt Wolflgram bereitet. Weil er aus seiner  
nationalsozialistischen Weltanschauung kein  
Hehl machte, wurde er kurz vor dem Abitur  
vom Gymnasium gewiesen. Sein weiterer  
Lebensweg und eine bürgerliche Existenz  
waren damit auch ihm verbar. Doch all  
diese existentiellen Terrormaßnahmen konn-

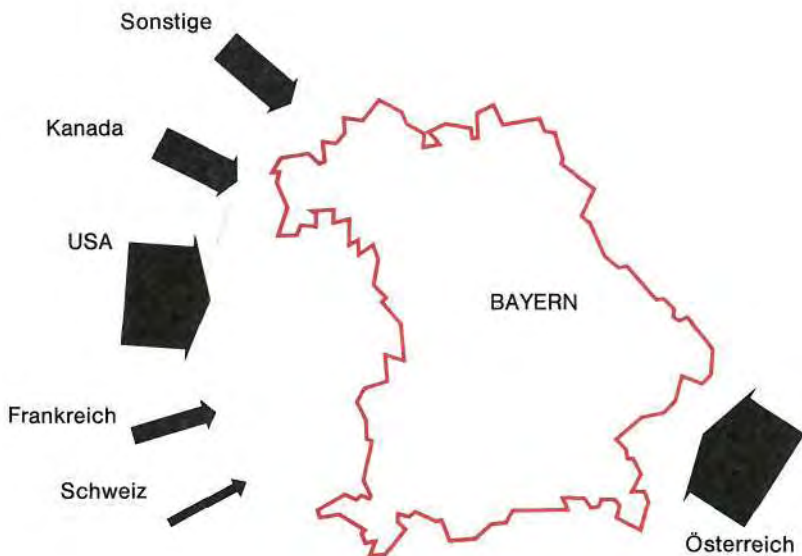
(Fortsetzung auf Seite 2)



1982 wurden in Bayern 36 (1981: 61) verschiedene, meist deutsch- und englischsprachige Druckschriften, Flugblätter, Rundbriefe und Klebezettel festgestellt, die überwiegend aus den USA, Österreich und Kanada stammten. Wegen der Militanz ihrer Aussagen sind vor allem die aus Nordamerika in das Bundesgebiet versandten Schriften zu erwähnen.

So rief die neonazistische „**NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation**“ (**NSDAP-AO**) des Gary Rex Lauck aus Lincoln/Nebraska (USA) zur „Zerstörung des westdeutschen Besatzungssystems“ auf, das „unter allen Umständen und mit allen Mitteln vernichtet“ werden müsse. Dem „Bonner Verbrecherregime“, das seine Rechtfertigung nur „durch ständige Verteufelung der Vergangenheit aufrecht erhalten“ könne, gelte „unser Haß und unser Kampf“. Endziel sei die „Schaffung eines nationalsozialistischen Staates in einem freien, souveränen und neuvereinigten Großdeutschen Reich“ und die „Errichtung einer Neuen Ordnung auf einer rassischen Grundlage in der gesamten arischen Welt“. Es müsse einmal die Zeit kommen, wo „alles Erbuntüchtige im deutschen Volk zum Erlöschen gebracht“ sei.

### Herkunft ausländischen rechtsextremen Propagandamaterials



Daneben verbreitete die NSDAP-AO vor allem Hakenkreuzaufkleber mit Aufschriften wie „Wir sind wieder da“, „Rotfront verrecke“ und „Jetzt NSDAP“.

Der Verlag „**White Power Publications**“ des George P. Dietz aus Reedy/West Virginia (USA) agitierte in der Zweimonatsschrift „Der Schulungsbrief“ in scharfer Form gegen die „jüdisch-bolschewistischen Wahrheitsmörder und Berufs-

Ausländisches rechtsextremes Propagandamaterial

JAN.—FEB. 1982  
III. Jahrg.—1. Folge



# Der Schulungsbrief

Das zentrale Monatsblatt der NSDAP und DAF (Hauptschulungsamt der NSDAP und Schulungsamt der DAF) herausgegeben von der Räteorganisationsleiter

DIESES MATERIAL WIRD DEM EMPFANGER UNBESTELLT UND KOSTENLOS ZUGESANDT.

## SAMISDAT LAGEBERICHT NACHRICHTEN

Postfachverteilung Nr. 17320 709 SAMISDAT VERLAG: Tropic Ocean, Kansas  
Postfachverteilung 308 Carlson Drive Tel. 419-623-8806

NOVEMBER—DEZEMBER 1982

RUNDBRIEF NR. 41

FRANK WALUS: "KRIEGSVERBRECHER" --Sein heroischer Kampf mit der Dummheit, Korruption, der Lüge und einer manipulierten Justiz und Presse.

Simon Wiesenthal, der selbsterkorene 'Nazi-Jäger', der vielgepriesene Held aus Funk, Film, Fernsehen und Presse hat sich endlich selbst besiegt! Die Gerechtigkeit triumphiert eben immer am Ende. Lassen Sie mich um mit biblischen Gleichnissen zu sprechen, den David vor-



**KAMPF DEN  
JUDENPARTEIEN  
KPD SPD CDU  
CSU FDP**

NSDAP-AO  
Box 6414, Lincoln, NE 68506 USA



**JETZT  
NSDAP!**

NSDAP-AO Box 6414,  
Lincoln, NE 68506 USA



**WIR SIND  
WIEDER DA!**

NSDAP-AO Box 6414,  
Lincoln, NE 68506 USA

lügner", die seit Jahren im Deutschen Fernsehen eine „propagandistische anti-deutsche Schmutzflut inszeniert“ hätten. Die Verbrechen des Nationalsozialismus an den Juden wurden als von „Juden und Kommunisten fabrizierte Lügen“ hingestellt. Ein dem Schulungsbrief beigefügtes Flugblatt rief zur gewaltsamen Vertreibung der Juden aus Europa auf.

Aus Toronto (Kanada) versandte der Inhaber des **Verlags „Samisdat Publishers“** Ernst C.F. Zündel antisemitische Schriften in das Bundesgebiet, die sich vor allem mit dem „Holocaust-Schwindel“, der „Gaskammerlüge“ und den „jüdischen Kriegserklärungen an Deutschland“ befaßten. In einem Rundbrief erklärte Zündel, er erstrebe eine „Entteufelung Hitlers und damit Deutschlands“. Angesichts der „verlogenen Darstellungen“ der NS-Verbrechen betrachte er es als seine Lebensaufgabe, massive antijüdische Propaganda zu betreiben.

Der 1979 von dem Rechtsextremisten Walter Ochensberger in Österreich gegründete „**Nachrichten-Austausch-Dienst**“ (**N.A.D.**) verbreitete eine Anleitung zum Selbstschutz und Untergrundkampf. Darin wurden Fragen der Zellenbildung, der Herstellung illegaler Schriften, der Beschaffung und Einlagerung von Waffen sowie der Kampfführung und Sabotage dargestellt. Ochensberger ist auch Inhaber des „Sieg-Aktuell-Jugend-Presse-Dienst-Verlags“ in Lochau (Österreich), der in seiner Zweimonatsschrift „Sieg“ die „soziale Volksgemeinschaft der Tat“ propagierte.

# 4. Abschnitt

## Gewalt und Terror

### 1. Allgemeines

Die Bedrohung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland durch politisch motivierte Gewalttaten hielt 1982 unvermindert an.

Die Zahl von Brand- und Sprengstoffanschlägen mit linksterroristischem Bezug hat sich von 129 im Vorjahr auf 184 erhöht. Dabei haben sich die Sprengstoffanschläge im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Bevorzugte Zielobjekte waren Einrichtungen der US-Streitkräfte sowie von Firmen, die am Bau von Kernkraftwerken, Wiederaufarbeitungsanlagen oder der Startbahn-West in Frankfurt beteiligt sind.

Aus dem Kreis der linksextremen Terroristen und Gewalttäter einschließlich des terroristischen Umfeldes konnten bundesweit insgesamt 60 Personen festgenommen werden, davon drei in Bayern. Mit den Festnahmen von Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz und Christian Klar im November und der Aufdeckung von 14 Erddepots mit Waffen, Munition, Sprengstoff, Dokumenten und Fälschungsmaterial gelang den Sicherheitsbehörden ein entscheidender Erfolg gegen die „Rote Armee Fraktion“ (RAF). 39 Personen wurden wegen Straftaten im Zusammenhang mit dem linksextremen Terrorismus verurteilt, davon keine in Bayern.

Die rechtsextremen terroristischen Gewalttaten sind zahlenmäßig von 108 im Vorjahr auf 69 zurückgegangen. Darunter sind drei Sprengstoffanschläge auf US-Fahrzeuge und deren Insassen sowie zwei Sprengstoffanschläge auf amerikanische Wohnsiedlungen, die nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen der rechtsterroristischen Gruppe um Kexel und Hepp zuzurechnen sind. Der Rechtsextremist Oxner ermordete in Nürnberg drei Ausländer und verletzte drei weitere schwer, bevor er sich selbst erschöß. Insgesamt wurden in Bayern 6 rechtsextreme terroristische Gewalttaten und 39 Gewaltdrohungen bekannt, die sich insbesondere gegen Ausländer und Asylanten (16) sowie gegen Juden (12) richteten. Festgenommen wurden insgesamt 7 Personen aus dem rechtsextremen Bereich, davon eine in Bayern. 15 Personen wurden verurteilt, davon fünf in Bayern.

## 2. Terroristische Gruppen

1982 bestanden folgende terroristische Gruppen:

- Rote Armee Fraktion (RAF)
- Revolutionäre Zellen (RZ)
- Gruppe um Walter Kexel und Odfried Hepp

RAF und RZ sind linksextreme Gruppen; die Gruppe um Kexel und Hepp ist rechtsextrem. In ihren Fernzielen sind sich diese Gruppen einig: sie wollen mit terroristischen Gewaltmitteln die bestehende staatliche Ordnung beseitigen. Die linksextremen Gruppen sehen im Terrorismus eine Strategie revolutionärer Systemveränderung. Sie gehen von einem revolutionsreifen Zustand aus, den sie durch die Anwendung von Gewalt und den durch diese Gewaltanwendung erzeugten Schrecken in eine aktuelle revolutionäre Situation verwandeln wollen. Die rechtsextreme Gruppe um Kexel und Hepp richtete ihre Anschläge insbesondere gegen US-Angehörige und US-Einrichtungen mit dem Ziel, die „amerikanischen Besatzer“ zu vertreiben.

Für die Zeit nach dem bewaffneten Umsturz lassen die terroristischen Gruppen keine klaren Vorstellungen erkennen. Sicher erscheint nur, daß die linksextremen Terrorgruppen solche Vorstellungen auf der Grundlage der kommunistischen Ideologie entwickeln würden.

Die linksextreme terroristische Gruppe „Bewegung 2. Juni“ ist nicht mehr existent, nachdem der Großteil der Mitglieder gefaßt und verurteilt wurde und sich der Rest der Bewegung anderen Gruppierungen angeschlossen hat. Die in den Jahren 1980 und 1981 aktiven rechtsextremen terroristischen Gruppen „Deutsche Aktionsgruppen“ (DA), „Wehrsportgruppe Ausland“ des Karl Heinz Hoffmann und die Gruppe um Nikolaus Uhl bestehen nicht mehr; die Mitglieder sind größtenteils verurteilt und noch in Haft. Der Generalbundesanwalt hat gegen den ehemaligen Vorsitzenden der im Januar 1982 verbotenen VSBd/PdA Friedhelm Busse und die Neonazis Fabel, Hamberger und Coletta Anklage wegen Mitgliedschaft in der von Nikolaus Uhl und Kurt Wolfram in Paris gegründeten terroristischen Vereinigung „Kommando Omega“ erhoben.

### 2.1 Rote Armee Fraktion (RAF)

Die RAF entstand Ende der 60er Jahre um Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Horst Mahler und Ulrike Meinhof. Sie verfolgt das Ziel, als Avantgarde des revolutionären Kampfes durch terroristische Aktionen der „Stadtguerilla“ im „anti-imperialistischen Kampf“ und im „strategischen und taktischen Zusammenwirken mit den Befreiungskämpfen der unterdrückten Nationen“ eine Solidarisierung der Massen und eine revolutionäre Situation herbeizuführen.

Als Objekt ihres „antiimperialistischen Kampfes“ sieht die RAF vor allem die USA und die Bundesrepublik Deutschland als die beiden bedeutendsten Repräsentanten des „Imperialismus“. Mögliche Anschläge richten sich daher in erster Linie gegen Persönlichkeiten, die für das westliche Bündnis verantwortlich sind, gegen hohe Offiziere von Bundeswehr und NATO, gegen militärische Einrichtungen sowie gegen internationale Konzerne und herausragende Ver-

treter der westlichen Wirtschaft, aber auch Persönlichkeiten aus dem Sicherheitsbereich.

Im Juni verbreitete die RAF die Schrift „Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front“ und legte damit nach fast zehn Jahren erstmals wieder ein Grundsatzpapier vor, mit dem die Kommandoebene der RAF ihr politisches und strategisches Konzept nach außen vermitteln will. Ausgehend von der These einer „weltweiten Instabilität des imperialistischen Systems“ wird als das „unmittelbare nächste Ziel“ eine „kämpfende Front gegen die imperialistische Strategie“ propagiert. Mit der Forderung einer „antiimperialistischen Front“ in Form von „militärischen Angriffen“ und „einheitlichen koordinierten militanten Projekten“ wendet sich die RAF hauptsächlich an militante Strömungen der undogmatischen Neuen Linken, von denen sie sich einen Kräftezuwachs erhofft. Hier vermutet sie eine „Fundamentalopposition“, die „vom Staat nicht mehr zu erreichen“ sei und aus der „die existenzielle Tiefe der Kämpfe und der Haß“ komme, um die „revolutionäre Front“ zu entwickeln. „Fehler und Niederlage“ im Jahre 1977 seien nicht das Entscheidende gewesen, weil die RAF „durch die Wirkung, die die Konfrontation entwickelt hat, stärker als vorher daraus hervorgekommen“ sei. Die RAF versuchte mit ihrer Schrift, nach langer Pause wieder Aussagekraft zu dokumentieren und ihren Avantgardeanspruch zu unterstreichen. Das realitätsferne Konzept fand jedoch — ausgenommen der RAF-Unterstützterbereich und dessen engeres Umfeld — keine Resonanz.

Am 15. September verübte die RAF in Bochum einen bewaffneten Banküberfall mit einer Beute von 118.000 DM. Damit hat die RAF nach den Banküberfällen in Darmstadt, Nürnberg und Zürich im Jahre 1979 erstmals wieder nachweisbar eine logistische Aktion durchgeführt. Die „militärische Offensive“ der RAF hat sich über die Anschläge auf das Hauptquartier der US-Luftwaffe am 31.8.1981 in Ramstein und gegen den US-General Kroesen am 15.9.1981 in Heidelberg bisher nicht fortgesetzt.

Ende Oktober wurde in der Nähe von Offenbach ein Erddepot der RAF entdeckt. Nach Auswertung der dort aufbewahrten verschlüsselten Aufzeichnungen konnten weitere 13 Depots gefunden werden; zwei davon befanden sich in der Nähe von Heigenbrücken, Kreis Aschaffenburg. Die Depots enthielten eine Vielzahl von Waffen, Munition, Sprengstoff, Fälschungsmaterial, Ausweisdokumenten, Geld aus dem Bankraub in Bochum und Aufzeichnungen über Möglichkeiten des illegalen Grenzübertritts, u.a. auch von Bayern nach Österreich. Bei der Observation der Depots konnten am 11. November am Ursprungsdepot bei Offenbach Brigitte Mohnhaupt und Adelheid Schulz und am 16. November an einem Depot in der Nähe von Hamburg Christian Klar festgenommen werden.

Mit der Festnahme der RAF-Führungsspitze wurde die RAF personell empfindlich getroffen und mit der Entdeckung der Erddepots ist ein wichtiger Erfolg in der Bekämpfung der Logistik der RAF gelungen. Trotz dieser schweren Einbußen ist davon auszugehen, daß die RAF ihren „bewaffneten Kampf“ nicht aufgeben wird. Die etwa 15 bis 20 im Untergrund lebenden Mitglieder der RAF sind nach wie vor in der Lage, schwerste Gewalttaten zu verüben. Sie wird auch versuchen, neue Mitglieder zu werben. Die von der RAF ausgehende Gefahr ist deshalb keineswegs gebannt.

## 2.2 Revolutionäre Zellen (RZ)

Die Revolutionären Zellen (RZ) sind neben der RAF die gefährlichste terroristische Vereinigung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie haben sich seit 1973 zu über 150 Brand- und Sprengstoffanschlägen bekannt. Im Jahr 1982 erreichten ihre Terroranschläge einen neuen Höhepunkt.

Die RZ unterscheiden sich in Strategie und Taktik von der RAF dadurch, daß ihre Mitglieder so lange wie möglich ein bürgerliches Leben führen und sich als „Feierabend-Terroristen“ betätigen. Dies und das Operieren in kleinen, voneinander getrennten Zellen, erschweren das Erkennen von Mitgliedern der RZ. Infolge der kaum überschaubaren Organisation sind derzeit keine zuverlässigen Aussagen über die Zahl der Mitglieder der RZ möglich.

Zur ideologischen Begründung ihrer Anschläge greifen die RZ aktuelle gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme auf. In ihren Bekenner-schreiben nach den Aktionen versuchen sie, mit ausführlicher ideologischer Begründung Gruppierungen und Einzelpersonen anzusprechen, deren politisches Engagement sich ebenfalls gegen die von den RZ angegriffenen Ziele richtet. Nach einer Selbstdarstellung im „Revolutionären Zorn“ Nr. 6 von 1981 ist Ziel der RZ „die Verbreitung des bewaffneten Widerstands“ und „die Unterstützung eines Netzes autonomer Gruppen, die als bewaffnete Tendenz innerhalb der Bewegung in ihren Städten und Regionen aus sich heraus aktionsfähig sind, die dort mit den Methoden der Subversivität Widersprüche forcieren und auf den internen Gliederungen des Machtgefüges intervenieren, die also das Handlungsarsenal der legalen Linken und ihre Möglichkeiten der Sabotage, der Bestrafung, der Gegenwehr, der Eroberung von Lebensmöglichkeiten erweitern“. Zur Rechtfertigung ihres „bewaffneten Kampfes“ berufen sich die RZ darauf, daß wegen des „Systems der weltweiten imperialistischen Machtstruktur“ der „antiimperialistische Kampf“ notwendig bleibe. In der unregelmäßig auftauchenden Publikation „Revolutionärer Zorn“, dem „Sprachrohr“ der RZ, wurden auch Anleitungen für Anschläge abgedruckt.

1982 bekannten sich die RZ zu 38 Brand- und Sprengstoffanschlägen im Bundesgebiet. Die Zahl der Anschläge hat sich damit gegenüber dem Vorjahr mit 21 fast verdoppelt. Auch die Schwere der Anschläge hat zugenommen; das Übergewicht liegt nunmehr bei den Sprengstoffanschlägen. Zwar verübten die RZ im Gegensatz zu 1981, wo sie den hessischen Wirtschaftsminister Karry ermordeten, keine gezielten Anschläge gegen Personen. Bei den Terroraktionen wurde aber auch keine Vorsorge getroffen, um die Gefährdung von Menschen auszuschließen. Den Höhepunkt bildete eine Serie von acht Sprengstoffanschlägen in der Nacht zum 1. Juni auf amerikanische Militäreinrichtungen und Unternehmen anlässlich des Besuchs des amerikanischen Präsidenten in der Bundesrepublik Deutschland und der NATO-Gipfelkonferenz in Bonn. Bayern war von dieser Anschlagserie mit dem Sprengstoffanschlag vom 31. Mai auf den US-Offiziersclub in Bamberg betroffen. Die regionalen Schwerpunkte der RZ-Aktionen insgesamt befanden sich im Raum Frankfurt a. Main, Berlin und im Rhein-/Ruhrgebiet.

Die Zunahme der politisch motivierten Anschläge im Operationsstil der RZ läßt den Schluß zu, daß nicht nur neue Revolutionäre Zellen entstanden sind, sondern darüber hinaus weitere Kleingruppen und Unterstützernetze das Konzept der RZ aufgegriffen haben. Es ist damit zu rechnen, daß sich die RZ in Anlehnung an das Ziel einer „Populären Guerilla“ und einer „Massenmilitanz“ weitere Protestgruppen erschließen können. Für den Fall einer Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland haben die RZ die Aufbietung ihres gesamten terroristischen Potentials angekündigt.

Internationale Verflechtungen der RZ wurden bei der Festnahme der Deutschen Magdalena Kopp und des Schweizerers Bruno Breguet am 16. Februar in Paris sichtbar. Sie führten in ihrem Fahrzeug Schußwaffen, Sprengstoff und Zündeinrichtungen mit und bezeichneten sich als Mitglieder einer „Organisation internationaler Revolutionäre“. Kopp war die Lebensgefährtin des mutmaßlichen Terroristen Johannes Weinrich, der der „Internationalen Fraktion“ der RZ zugerechnet wird, die wiederum mit einer Splittergruppe der „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) zusammenarbeitet. In einem von dem internationalen Terroristen Ilich Ramirez-Sanchez alias „Carlos“ für die „Organisation des bewaffneten arabischen Kampfes — Arm der arabischen Revolution“ unterzeichneten Ultimatum war die französische Regierung zur Freilassung der Festgenommenen aufgefordert worden. Kopp und Breguet wurden von einem Pariser Gericht zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt.

### 2.3 Gruppe um Walter Kexel und Odfried Hepp

Nach dem bisherigen Ergebnis der Ermittlungen bestand seit 1981 eine rechtsterroristische Vereinigung um die Neonazis Walter Kexel und Odfried Hepp. Der Gruppe gehörten ferner die Neonazis Helge Blasche, Hans-Peter Fraas, Dieter Sporleder und Ulrich Tillmann an. Kexel, Blasche und Sporleder sind ehemalige Mitglieder der im Januar 1982 verbotenen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSBd/PdA). Fraas und Tillmann gehörten der im Januar 1980 verbotenen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (WSG) an. Hepp und Fraas wurden von 1980 bis 1981 als Angehörige der „Wehrsportgruppe Ausland“ des Karl Heinz Hoffmann in einem Palästinenserlager im Libanon militärisch ausgebildet. Hepp war zudem früher „Gauführer“ der „Wiking-Jugend“.

Der Gruppe werden schwerste Gewalttaten gegen US-Angehörige und US-Wohnsiedlungen zur Last gelegt. Dazu gehören die Sprengstoffanschläge auf amerikanische Soldaten am 14. Dezember in Butzbach, bei dem ein US-Soldat durch einen in seinem Privatfahrzeug versteckten Sprengsatz lebensgefährlich verletzt wurde, ebenfalls am 14. Dezember in Frankfurt, wo ein US-Soldat den unter dem Schonbezug des Fahrersitzes deponierten Sprengsatz beim Einsteigen entdecken konnte, sowie am 15. Dezember in Darmstadt, wo ein US-Soldat durch einen in seinem Privat-Pkw versteckten Sprengsatz verletzt wurde. Die Gruppe wird ferner mehrerer bewaffneter Banküberfälle mit einer Beute von insgesamt mindestens 600.000 DM beschuldigt. Darunter sind auch zwei Banküberfälle in Bayern am 6. April in Heroldsberg, Kreis Erlangen-Höchstadt, und am 18. November in Neunkirchen a. Brand, Kreis Forchheim.

Nach Entdeckung einer konspirativen Wohnung der Gruppe in Frankfurt konnten am 15. Februar 1983 Blasche, Fraas und Sporleder festgenommen werden. Drei Tage später wurden Kexel und Tillmann in der Nähe von London festgenommen. Hepp ist noch flüchtig. Im Februar 1983 wurden in einem Waldstück bei Dietzenbach in Hessen drei von der Gruppe angelegte Erddepots mit Waffen und Munition gefunden.

Die Gruppe gibt ihre antiamerikanischen Terroranschläge als „antiimperialistischen Befreiungskampf“ aus und läßt sich ideologisch in die Tradition des National-Bolschewismus und des sozialistischen Flügels der NSDAP in den letzten Jahren der Weimarer Republik einordnen. Im Juli 1982 verfaßten Kexel und Hepp eine Schrift mit dem Titel „Abschied vom Hitlerismus“, in der sie sich vom herkömmlichen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik abgrenzen. Ihr Ziel sei es, nicht einen Staat hitlerscher Prägung zu schaffen, sondern einen „undogmatischen Befreiungskampf“ gegen den „imperialistischen US-Amerikanismus“ zu führen. In diesem Kampf gegen den „Amerikanismus“ sei jeder recht, „Rechte“ wie „Linke“. Wenngleich die Gruppe nach dem Muster der „Roten Armee Fraktion“ vorging — Finanzierung durch Banküberfälle, Unterhaltung konspirativer Wohnungen, Anlegen von Erddepots, Anschläge auf amerikanische Einrichtungen — so sind doch keine Verbindungen zu Linksterroristen erkennbar.

### 3. Politisch motivierte Gewaltaktionen in Bayern

Auch in Bayern nahm 1982 die Anzahl politisch motivierter Gewaltaktionen weiter zu. Insgesamt wurden 18 Brandanschläge und 6 Sprengstoffanschläge sowie zahlreiche weitere Sachbeschädigungen verübt. Die Anschläge sind überwiegend linksextremen Täterkreisen zuzuordnen, die zu mehreren Anschlägen Tatbekenntnisse abgegeben haben. Diese Täterkreise sind nur in Ausnahmefällen terroristischen Kerngruppen zuzurechnen. Die meisten Gruppierungen weisen keine zentral organisierten Strukturen auf und schließen sich zur Tatausführung mehr oder weniger spontan zusammen. Anschläge mit rechtsextremem Hintergrund richteten sich insbesondere gegen Ausländer und ausländische Einrichtungen. Daneben wurden auch wieder von ausländischen Gruppen Terroranschläge durchgeführt.

Im einzelnen sind folgende Anschläge zu nennen:

Am 14. Januar wurde auf die Moschee des Islamischen Zentrums der „Islamischen Gemeinschaft in Süddeutschland e.V.“ in München ein Sprengstoffanschlag verübt. Durch die Explosion entstand ein Sachschaden von rund 10.000 DM. Eine Bekennung erfolgte nicht. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

Am 2. Februar legten unbekannte Täter in einem Abteil eines von Herrsching nach München fahrenden S-Bahnzuges mit einer brennbaren Flüssigkeit einen Brand, der einen Schaden von rund 200.000 DM verursachte. Ein mutmaßlicher Täter rief bei einer Münchner Tageszeitung an und erklärte: „Wir wünschen keinen Weiterbau auf der Startbahn in Frankfurt und auch nicht in Gorleben“.



Sprengstoffanschlag  
Flughafen  
München-Riem —  
31. 7. 1982

Sprengstoffanschlag  
auf das US-Casino  
in Bamberg —  
31. 5. 1982



Schmierschrift  
in Amberg



Am 10. Februar verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf das Wohnlager der Baustelle für das Kernkraftwerk Gundremmingen II. Drei Personen wurden verletzt, der Sachschaden beträgt rund 60.000 DM.

Am 22. März verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf das jugoslawische Kulturzentrum in München. Sie vergossen in einem als Buchladen für jugoslawische Literatur genutzten Anbau Benzin und entzündeten es. Der Sachschaden beträgt rund 80.000 DM.

In der Nacht zum 27. April verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf eine Diskothek in Aichach. Es entstand ein Sachschaden von rund 30.000 DM. Vor dem Gebäude wurde ein Zettel mit der Aufschrift „Ausländer raus“ aufgefunden.

Am 12. Mai verübten unbekannte Täter mit einem Molotowcocktail in Höchstadt a.d. Aisch einen Brandanschlag auf einen US-Panzer, in dem sich zwei Soldaten befanden.

In der Nacht zum 17. Mai wurde mit einem Molotowcocktail ein Brandanschlag auf das Amtsgericht Memmingen verübt. Es entstand leichter Sachschaden. Zum Anschlag bekannte sich eine „Freiheit 82“.

Am 26. Mai verübten unbekannte Täter einen Sprengstoffanschlag auf das jugoslawische Kultur- und Begegnungszentrum in Augsburg. Es entstand ein Sachschaden von rund 200.000 DM.

Am 31. Mai wurde auf den US-Offiziersclub in Bamberg ein Sprengstoffanschlag verübt. Der Sachschaden betrug rund 20.000 DM, Personen wurden nicht verletzt. Zu dem Anschlag bekannten sich die „Revolutionären Zellen“ (RZ).

Am 9. Juni durchsägten unbekannte Täter einen Holzmast der Stromleitung zum Munitionsdepot Zennwald bei Fürth. Am Tatort wurde ein Bekenner schreiben eines „Komitees zur Evakuierung aller bundesdeutschen Politiker“ hinterlassen.

Am 24. Juni erschöß der 26jährige Dachdecker Helmut Oxner in einer Nürnberger Diskothek nach einer Auseinandersetzung mit dem Portier einen unbeteiligten farbigen Amerikaner. Anschließend gab er im Lokal mehrere Schüsse ab. Dabei wurde ein farbiger US-Soldat tödlich getroffen; eine Koreanerin und ein türkischer Kellner erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Nach der Flucht aus dem Lokal schoß Oxner auf eine Gruppe von Ausländern, wobei er einen Ägypter tötete und einen Libyer lebensgefährlich verletzte. Nach einem Schußwechsel mit der Polizei, bei dem er verletzt wurde, beging er Selbstmord. Oxner führte drei Handfeuerwaffen und Munition sowie Hakenkreuzaufkleber der neonazistischen „NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO) bei sich. In seiner Wohnung wurden weitere Waffen und rechtsextremes Schriftmaterial sichergestellt. Oxner hatte mehrfache Kontakte zu Rechtsextremisten.

In der Nacht zum 28. Juli wurde mit einem Molotowcocktail ein Brandanschlag auf eine Filiale der Stadtparkasse München verübt. Es entstand ein Sachschaden von rund 7.000 DM. Zu dem Anschlag bekannte sich eine „Freizeit '82“.

Am 31. Juli explodierte in der Sonderabfertigungshalle für Israelflüge des Flughafens München-Riem ein in einem Koffer versteckter Sprengkörper. Acht Personen wurden zum Teil schwer verletzt, der Sachschaden beträgt rund 200.000 DM. Der Anschlag richtete sich gegen Passagiere im Israelflugverkehr. Zum Zeitpunkt der Explosion hatten ca. 450 Fluggäste die Zugangshalle passiert und befanden sich im Sicherheitsbereich. Zur Tat bekannte sich eine bisher unbekannte Vereinigung „Gerechtigkeit für palästinensische Organisationen“.

In der Nacht zum 20. August verübte ein unbekannter Täter in der Nähe von Dillingen einen Mordversuch auf einen Exilkroaten und dessen deutsche Freundin. Der Kroat wurde bei dem Anschlag leicht verletzt; seine Freundin erlitt einen Schultersteckschuß.

Am 16. Oktober versuchten unbekannte Täter in München einen Brandanschlag auf zwei Kraftfahrzeuge des CSU-Bezirksverbandes München. Zur Tat bekannte sich eine Gruppe „Rebellische Anarchisten“.

Zu Sachbeschädigungen an US-Kraftfahrzeugen in der Nacht vom 22./23. Oktober in München bekannte sich eine „Militante Freundschaftsbewegung München-Baerlin, Baerlin-München“.

In der Nacht vom 30./31. Oktober verübte ein unbekannter Täter auf einen in Nürnberg geparkten Werbe-Lkw des CSU-Bezirksverbandes Nürnberg/Fürth einen Brandanschlag. Es entstand ein Sachschaden von 12.000 DM.

Zwischen dem 5. und 8. November wurde mit zwei Molotowcocktails ein Brandanschlag auf das Deutsche Jugendinstitut in München verübt. Es entstand nur geringer Sachschaden. Zur Tat bekannte sich eine „Offensive schwarzer Stern“.

Zu einem Brandanschlag am 13. November auf das Luitpold-Gymnasium in München bekannte sich eine Gruppe „Die Anderen“.

Am 17. November verübten unbekannte Täter in Elchingen, Kreis Neu-Ulm, einen Brandanschlag auf eine Wohnbaracke, die zehn türkischen Arbeitnehmern mit ihren Familien als Unterkunft dient. Personen wurden nicht verletzt, der Sachschaden beträgt rund 1.000 DM.

Zwischen dem 25. und 29. November wurde auf dem Gelände der Prinz-Carl-Kaserne in Augsburg ein Brandanschlag mit zwei Molotowcocktails durchgeführt, die ohne Wirkung blieben.

In der Nacht zum 24. Dezember warfen unbekannte Täter gegen ein auf dem Christkindlesmarkt in Nürnberg aufgestelltes Holzpodium einen Molotowcocktail. Der Brand konnte durch einen Wachmann gelöscht werden.

Am 28. Dezember verübten unbekannte Täter auf einen Streifenwagen der Polizeiinspektion Freising einen Brandanschlag mit einem Molotowcocktail, wobei erheblicher Sachschaden entstand.

Abgeschlossen wurde das Ermittlungsverfahren wegen des Bombenanschlags auf dem Münchner Oktoberfest am 26. September 1980. Der Generalbundesanwalt stellte das Verfahren ein, da die Ermittlungen keine Anhaltspunkte ergeben

hatten, daß der im Verlauf des Tatgeschehens getötete Gundolf Köhler aus einer Gruppierung heraus handelte oder daß es sonstige Tatbeteiligte, Hintermänner oder Mitwisser gab. Insbesondere fanden sich keine Hinweise, daß Angehörige rechtsextremer Organisationen mit dem Anschlag in Verbindung standen. Das Tatmotiv Köhlers ließ sich nicht mit völliger Sicherheit aufklären. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen hat Köhler den Anschlag aus einer schweren seelischen Krise heraus und aus Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen begangen. Er hatte schon frühzeitig rechtsextreme Vorstellungen vertreten und als Jugendlicher an Übungen der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ teilgenommen sowie Kontakte zu rechtsextremen Hochschulgruppen unterhalten.

#### 4. Terroristisches Umfeld

Eine besondere Rolle im linksterroristischen Umfeld kommt dem sogenannten „legalen RAF-Bereich“ in verschiedenen Städten des Bundesgebietes einschließlich Berlin (West) zu. Die darin erfaßten Personen setzen den Kampf der RAF auf „legaler Ebene“ fort, indem sie die politischen Vorstellungen der RAF in propagandistischen Kampagnen und Aktionen verbreiten. Einzelne Mitglieder aus diesem Bereich sind in den letzten Jahren untergetaucht und zum harten terroristischen Kern gestoßen.

In Bayern wurden noch keine Gruppen festgestellt, die dem „legalen RAF-Bereich“ zugerechnet werden können. Vermehrte RAF- und RZ-Schmierschrift-Parolen, die sich nicht nur auf Großstädte beschränken, lassen jedoch den Schluß zu, daß sich das Sympathisantenfeld dieser Terrorgruppen vergrößert hat.

Ihren Höhepunkt erreichten Schmierschriftaktionen während des bundesweiten Hungerstreiks inhaftierter Terroristen im Sommer 1982. Besonders betroffen war die Stadt Nürnberg, in der zahlreiche Parolen „baut Bomben, bildet Banden“, „Solidarität mit dem RAF-Hungerstreik“, „Solidarität mit den RAF-Gefangenen“ usw. festgestellt wurden.

Zum linksterroristischen Umfeld ist auch eine schwer überschaubare „Scene“ zu rechnen, die sich entsprechend dem Titel einer 1981 verbreiteten Schrift als „Guerilla diffusa“ versteht. Unter Verzicht auf ein theoretisches Konzept steht im Vordergrund die Zerstörung des Staates und des „Systems“, deren erreichter Grad so beschrieben wird: „Wir sind aus der Phase von Sprengsätzen, die in unser und das allgemeine Bewußtsein zielten, in die Phase konkreter Sabotage und alltäglicher Subversion getreten.“ Anstelle fester Organisationsstrukturen werden „Unberechenbarkeit“, „Chaos“ und „Phantasie“ propagiert. Als „Organisationsmodell“ haben die „Straßenkämpfer und Pyromanen der Bewegung das RZ-Modell übernommen, ohne daß die neue Militanz und die RZ-Strategie die gleichen Wurzeln oder die selbe politische Bestimmung haben“. Es werden „regel- und unregelmäßige kleine Gruppen“ gebildet, deren Mitglieder „legal“ auftreten und die „ganz heimlich und abgeschlossen die Verantwortung, Planung und Durchführung eines Anschlages übernehmen. Jede Gruppe handelt selbstbestimmt, hat keinen Namen und taucht in losem Kontakt zu anderen Erfahrungen aus. Die Namen wechseln, der militante Angriff bleibt breit gefächert auf die vielen Angriffspunkte des Staates verstreut (diffusa)“.

Dem weiteren Umkreis dieser Szene sind auch die „autonomen Gruppen“ (vgl. 2. Abschnitt Nr. 3.11.5) zuzuordnen sowie die in Bayern aufgetretenen Gruppen „Freizeit '81/Freizeit '82“ (vgl. 2. Abschnitt Nr. 3.11.4), „Militante Freundschaftsbewegung München-Baerlin, Baerlin-München“, „Offensive schwarzer Stern“ und „Die Anderen“.

Das Umfeld des Rechtsterrorismus bilden hauptsächlich neonazistische Gruppen, aus deren Reihen sich die Terrorgruppen rekrutieren. Insbesondere die „NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO) (vgl. 3. Abschnitt Nr. 7) übt mit ihren Gewalt- und Terroraufrufen in ihrer Hetzschrift „NS-Kampfruf“ bestimmenden Einfluß auf die Gewaltbereitschaft militanter Neonazis aus. So war der am 20. Oktober 1981 in München bei der Festnahme erschossene Neonazi und Anführer der Terrorgruppe „Kommando Omega“, Klaus Ludwig Uhl, gleichzeitig Aktivist bei der NSDAP-AO und gehörte dem Redaktionsstab des „NS-Kampfrufs“ an. In dessen Ausgabe Nr. 46 wird „Vergeltung“ für den „sorgfältig geplanten Hinrichtungsakt“ an Uhl und dem mitbeteiligten Wolfgram angedroht. Auch der Neonazi Helmut Oxner, der am 25. Juni in Nürnberg drei Ausländer ermordete und drei weitere schwer verletzte, besaß Schriften der NSDAP-AO. In der Ausgabe Nr. 48 des „NS-Kampfrufs“ werden die Morde Oxners damit gerechtfertigt, daß er mit seinen Taten „ein Fanal“ gegen die „Kanakenintegration“ und gegen den von den „Bonner Demok-Ratten“ tolerierten Besatzungszustand habe setzen wollen.

# 5. Abschnitt

## Extremismus im Bildungsbereich

### 1. Allgemeines

Der Bildungsbereich war 1982 wiederum ein bevorzugtes Aktionsfeld extremistischer Gruppen, die vor allem die an den Hochschulen vorhandenen Möglichkeiten für verfassungsfeindliche Aktivitäten nutzten. Sie fanden in der Studentenschaft eine breitere Resonanz als in der übrigen Bevölkerung. Darüber hinaus besaßen diese Gruppen in den Gremien der Hochschulen unverändert einen größeren Einfluß, als das ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprach.

Insgesamt hat sich die Situation im Hochschulbereich gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert. Weiterhin bedeutungslos blieb der rechtsextreme Nationaldemokratische Hochschulbund. Die Schwäche der studentischen Gruppierungen der dogmatischen Neuen Linken hielt weiter an. Die orthodox-kommunistischen Gruppierungen konnten ihren Einfluß behaupten. Dagegen gelang es den Marxistischen Gruppen, eine größere Zahl von Mitgliedern zu gewinnen und ihren Einflußbereich weiter auszubauen. Erneut zugenommen hat auch die Mobilisierbarkeit der Anhängerschaft linksextremer Gruppen. Dies zeigte sich besonders deutlich bei Aktionen im Zusammenhang mit der sogenannten Friedensbewegung und der Antifaschismuskampagne.

Hauptthemen für die Propaganda und Aktionen der linksextremen Hochschulgruppen bildeten der Kampf gegen das „studentenfeindliche bayerische Hochschulgesetz“, die „Rotstift- und Hochrüstungspolitik“ der Bundesregierung und die Forderung nach Wiedereinführung der „Verfaßten Studentenschaft“ mit politischem Mandat. Sie agitierten ferner gegen den „Abbau demokratischer Rechte“, „Berufsverbote“ und „repressive Studienbedingungen“. Sie wandten sich gegen eine vermeintliche „Ausländerfeindlichkeit“ und „faschistische Gesinnung“ an den Hochschulen sowie gegen die Leistungskürzungen im BAFÖG-Bereich. Anhänger linksextremer Studentenorganisationen sammelten Unterschriften für den „Krefelder Appell“ und „atomwaffenfreie Zonen“ und beteiligten sich an lokalen und regionalen „Friedensaktionen“. Mit „Protesttagen“, Streikaktionen und Demonstrationen versuchten sie, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Verschiedentlich kam es zu Störungen von Vorlesungen sowie zu Störversuchen bei Veranstaltungen demokratischer Organisationen.

## Übersicht über extremistische Studentengruppen in Bayern



- Hochschulorte
- DKP-HG
- MSB-Spartakus
- ⊙ SHB
- ▲ dogmatische Neue Linke
- △ undogmatische Neue Linke
- Marxistische Gruppen
- × NHB

Abkürzungen vgl. Abkürzungsverzeichnis

Von den 1982 in Bayern aufgetretenen extremistischen Studentenorganisationen, die sich vielfach Kernorganisationen unterordnen, sind erwähnenswert:

### **Orthodoxer Kommunismus**

- DKP: DKP-Hochschulgruppen (DKP-HG)
- DKP: Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB Spartakus)
- Sozialistischer Hochschulbund (SHB) — ständiger Bündnispartner des MSB Spartakus

### **Neue Linke**

- MLPD: Kommunistische Studentengruppen (KSG)
- AB: Kommunistischer Hochschulbund (KHB)
- BWK: Kommunistische Hochschulzellen
- GIM: GIM-Hochschulgruppen
- Marxistische Gruppen (MG)
- Undogmatische Gruppen

### **Rechtsextreme Gruppe**

- NPD: Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)

## **Übersicht über die Mitgliederzahlen linksextremer Studentenorganisationen in Bayern:**

	1978	1979	1980	1981	1982
DKP-HG	50	50	50	50	50
MSB Spartakus	100	100	150	170	200
SHB	50	50	60	60	60
MG	200	300	300	300	400
Sonst. Neue Linke	150	150	150	150	150
	550	650	710	730	860

## **2. Orthodox-kommunistische Hochschulgruppen**

Die orthodox-kommunistischen Hochschulgruppen sind die DKP-Hochschulgruppen (DKP-HG) und der Marxistische Studentenbund Spartakus (MSB Spartakus).

### **2.1 DKP-Hochschulgruppen (DKP-HG)**

Die DKP-Hochschulgruppen sind Grundeinheiten der DKP, denen alle an einer Hochschule tätigen DKP-Mitglieder (Lehrpersonal, Mitarbeiter der Verwaltung und Studenten) angehören. Sie sollen im Bildungsbereich die Voraussetzungen für einen etappenweisen Übergang von der parlamentarischen Demokratie zum Sozialismus kommunistischer Prägung schaffen. Grundlage ihres ideologischen

Kampfprogrammes, das sie „demokratische Alternative“ bezeichnen, sind die revolutionären Theorien von Marx, Engels und Lenin. Die DKP-HG steuerten auch 1982 die Aktionen des MSB Spartakus, der die Ziele unter den Studenten durchsetzen soll. Sie arbeiteten auch mit anderen linksextremen Studentenorganisationen zusammen, die für „Mitbestimmung und Demokratisierung“ der Hochschulen eintraten.

DKP-Hochschulgruppen bestehen in Bamberg, Erlangen-Nürnberg, München, Regensburg und Würzburg. Die Zahl ihrer Mitglieder lag 1982 etwas über 50, wobei ein Teil gleichzeitig dem MSB Spartakus angehört. Organ der DKP-HG ist die Zeitung „Kommunist“. Unter diesem Titel erschienen auch ihre Flugschriften. Darüber hinaus wurden in unregelmäßigen Abständen örtliche Publikationen mit ähnlichen Titeln verbreitet.

Die DKP-Hochschulgruppen agitierten vorrangig gegen das „studentenfeindliche Hochschulgesetz“, das die Organe der „Verfaßten Studentenschaft“ von jeglicher Mitverantwortung ausgeschlossen habe. Daneben wurden Themen wie „Frieden und Abrüstung“, „Krefelder Appell“ und „Rotstiftpolitik“ sowie der Falkland-Konflikt, die Vorgänge in Polen und die Entwicklung im Libanon behandelt. Weitere Diskussionsthemen waren die offiziellen Gremienwahlen, wobei die DKP-HG an den bayerischen Hochschulen nicht mit eigenen Listen kandidierten, sondern die Bewerber des MSB Spartakus auf den Listen „AStA und Fachschaften“ (LAF) unterstützten.

Die DKP-HG trat in der von ihr Anfang April verbreiteten Zeitung „EINSTEIN zum ANDEREN“ für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und der „Friedensbewegung“ ein und rief zur Beteiligung an den „Ostermärschen“ auf.

Bei den Landtags- und Bezirkswahlen in Bayern kandidierten auf den Listen der DKP 10 Anhänger der DKP-HG, die teilweise maßgebende Funktionen beim MSB Spartakus bekleiden.

## 2.2 Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB Spartakus)

Als Nebenorganisation der DKP — vgl. 2. Abschnitt Nr. 2.3.2 — obliegt dem MSB Spartakus die Aufgabe, kommunistische Vorstellungen in den Hochschulbereich einzubringen und die Studenten hierfür zu mobilisieren. Während die DKP-Hochschulgruppen die Politik der DKP an den Hochschulen offen vertreten, übt der MSB Spartakus aus taktischen Gründen vielfach eine größere Zurückhaltung, um sich anderen Studentengruppen als „Bündnispartner“ zur Bildung einer „Volksfront“ anbieten zu können. Bündnispartner des MSB waren 1982 wiederum der SHB und Unorganisierte. Aus aktuellen Anlässen bildete er aber auch mit Gruppen der dogmatischen und undogmatischen Neuen Linken im Hochschulbereich sogenannte „Aktionseinheiten“, an denen sich mitunter auch demokratische Studentenorganisationen beteiligten.

Im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung verfolgt der MSB Spartakus eine Politik der „gewerkschaftlichen Orientierung“. Er versucht hierbei, seine hochschulpolitischen Forderungen mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln wie „Urabstim-

„Streiks“ durchzusetzen. Er fordert ferner — ebenso wie die DKP — seine Mitglieder auf, in die Gewerkschaften einzutreten und dort für seine Ziele zu arbeiten.

Gruppen des MSB Spartakus bestehen an den Hochschulorten Bamberg, Coburg, Erlangen-Nürnberg, Landshut, München, Regensburg und Würzburg. Eine weitere Gruppe entstand 1982 in Augsburg.

Die Gruppen des MSB Spartakus entfalteten 1982 wiederum rege Aktivitäten. Sie inszenierten wiederholt Aktionen für die „materielle Besserstellung der Studenten“, für eine „demokratische“ Studienreform unter Abschaffung der Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation, für die Wiedereinführung der „Verfaßten Studentenschaft“ mit politischem Mandat und Finanzhoheit in Bayern sowie gegen die staatlichen Maßnahmen zur Fernhaltung von Extremisten aus dem öffentlichen Dienst. Anhänger des MSB Spartakus sammelten Unterschriften für den „Krefelder Appell“ und „atomwaffenfreie Zonen“ und nahmen an lokalen und überregionalen „Friedensdemonstrationen“ teil, die von „Aktionsbündnissen“ veranstaltet wurden. Der MSB Spartakus beteiligte sich ferner aktiv an der Vorbereitung und Durchführung bundesweiter „Protesttage“ und Streikaktionen „Gegen BAFÖG- und Bildungsabbau“ und organisierte mit anderen linksextremen Gruppen wiederum sogenannte „ASTA-Wahlen“, mit denen die offiziellen Gremienwahlen an den Hochschulen unterlaufen werden sollen.

Im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel in Bonn sprach der MSB-Bundvorsitzende von einer „reaktionären Wende“. Er bezeichnete den Beschluß der „Vereinigten Deutschen Studentenschaften e.V.“ (VDS), dem „Sozialabbau“ und den Koalitionsvereinbarungen der neuen CDU/CSU/F.D.P.-Regierung „eine massive Reaktion der Studentenbewegung“ entgegenzustellen, als „willigen Startschuß“, den gemeinsamen Widerstand an den Hochschulen zu organisieren.

### **3. Sozialistischer Hochschulbund (SHB)**

Der SHB kämpft — wie die DKP — auf der Grundlage des „wissenschaftlichen Sozialismus“ für die Umgestaltung der Bundesrepublik Deutschland. Er strebt die Errichtung einer „antimonopolistischen Demokratie“ als „Öffnung des Weges zum Sozialismus“ an. In der Praxis betreibt der SHB — wie der MSB Spartakus — eine Politik der „gewerkschaftlichen Orientierung“, wobei er für ein langfristiges, strategisches Bündnis mit den orthodoxen Kommunisten eintritt. Der SHB erwies sich 1982 wiederum als zuverlässiger Bündnispartner des MSB Spartakus.

Vom 22. bis 24. Oktober fand in Hamburg die 23. Bundesdelegiertenversammlung statt, an der 450 Delegierte des Verbandes teilnahmen. Unter den Gästen befanden sich Vertreter kommunistischer und kommunistisch beeinflusster Organisationen des In- und Auslandes. Im Rechenschaftsbericht bekräftigte der wiedergewählte SHB-Bundvorsitzende Wolfgang Zellner aus Regensburg die Bedeutung des „Kernbündnisses von SHB und MSB Spartakus“. Seit 10 Jahren betreibt der SHB eine „klare Politik der Aktionseinheit von Sozialdemokraten und

Publikationen extremistischer Organisationen im Bildungsbereich

Hammer und  
Stichel

Deutsche  
Kommunistische  
Partei

Zeitung für die Universität Regensburg

Dez 1982

STUDENTENMAGAZIN, NOVEMBER, NR. 11, 1982, 2 D-MARK

rote  
blätter



MSB MARXISTISCHER  
STUDENTENBUND  
SPARTAKUS

Das sozialistische studententmagazin  
22. Jahrgang, Nr. 8, Juli-August 1982, DM



frontal



Sozialistischer Hochschulbund

offensiv

Nr. 57 Mai 1982 10. Jahrgang

VEREINIGTE DEUTSCHE STUDENTENSCHAFTEN

VDS - PRESS

18. NOV  
1982

Kommunisten". Der Verband werde auch in Zukunft seinen Beitrag zur Umwandlung der Hochschulen in „Hochburgen des Anti-Stationierungskampfes“ leisten.

Dem SHB-Landesverband Bayern gehörten 1982 unverändert etwa 60 Mitglieder an, die sich auf Orts-, Fach- und Initiativgruppen sowie Arbeitskreise in Bamberg, Erlangen-Nürnberg, München und Regensburg verteilen. Eine neue Gruppe entstand in Würzburg. Daneben konnte sich der SHB auf eine größere Anhängerschaft stützen. Als Publikationsorgane setzte der SHB das „sozialistische Studentenmagazin“ „frontal“ und die Zeitschrift „offensiv“ ein.

Als Beiträge zum „Friedenskampf“ unterstützte der SHB die „Internationale Friedensdemonstration“ am 10. Juni in Bonn und die Sammlung von Unterschriften für den „Krefelder Appell“ und für „atomwaffenfreie Zonen“. Anhänger des SHB beteiligten sich an den bundesweiten „Protesttagen“ am 25./26. Mai „gegen BAFöG- und Bildungsabbau“ sowie an der Großdemonstration am 4. Dezember in Bonn, die sich gegen die Leistungskürzungen im BAFöG-Bereich richtete.

#### **4. Studentengruppen der Neuen Linken**

Zu den Studentengruppen der Neuen Linken gehören die studentischen Nebenorganisationen von Gruppen der dogmatischen Neuen Linken sowie die Gruppierungen der undogmatischen Neuen Linken und die Marxistischen Gruppen (MG), die keiner Kernorganisation untergeordnet sind.

##### **4.1 Marxistische Gruppen (MG)**

Die Marxistischen Gruppen — vgl. 3. Abschnitt Nr. 3.9 — führen die revolutionäre, marxistisch-kommunistisch orientierte Politik der „Roten Zellen“ fort. Sie wollen damit zur Überwindung und zur Zerschlagung des „kapitalistischen Gesellschaftssystems“ beitragen. Die Durchsetzung dieses Zieles erfordere zunächst als Schwerpunkt die Schulung von Intellektuellen im sogenannten „Wissenschaftlichen Sozialismus“, damit diese dem Proletariat die entwickelte revolutionäre Theorie vermitteln können.

Hauptbetätigungsfeld der MG, die im Bundesgebiet an 40 Hochschulen vertreten sind, war 1982 wiederum der Bildungsbereich. Die „Marxistische Studentenzeitung“ (MSZ) wurde an zahlreichen Hochschulen des Bundesgebietes angeboten. Daneben erschienen für den bayerischen Hochschulbereich die vom „Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens e.V.“ herausgegebenen „Erlanger“, „Münchner“, „Nürnberger“, „Regensburger“ und „Würzburger“ Hochschulzeitungen. Die Herausgabe der Hochschulzeitungen wurde finanziell von Fördervereinen unterstützt, die die Bezeichnung führen „Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Diskussion an der Hochschule e.V.“. An einigen Hochschulorten wurden auch „Schulzeitungen“ herausgegeben.

Die MG lehnen aus ideologischen Gründen die übrigen linksextremen Hochschulgruppen ab. Dennoch hielten sie 1982 zu einigen Gruppierungen lose Kontakte. Bei der offiziellen Gremienwahl an der Ludwig-Maximilians-Universität

München kandidierte die MG München mit einer eigenen Liste und ging gleichzeitig Wahlbündnisse mit der „Aktionseinheitsliste der Fachschaften und Basisgruppen“ (AEL) und anderen Aktionsgruppen ein.

In ihren Publikationen und bei zahlreichen „teach-ins“, die vielfach gut besucht waren, befaßten sich die MG mit den Vorgängen in Polen, dem Falkland-Konflikt und der israelischen Intervention im Libanon. Weitere herausragende Themen waren: „Klassenkampf heute“, „Geistesfreiheit in Krisenzeiten“ und „Alle reden vom Krieg — wir wollen ihn verhindern“. Zum Regierungswechsel in Bonn erklärten die MG, sie würden künftig verstärkt Agitation gegen die Politik der neuen Bonner Regierung betreiben und die „imperialistischen Tendenzen“ der „neuen Machthaber“ bekämpfen.

Die MG konnten 1982 ihren Einflußbereich an den bayerischen Hochschulen weiter ausbauen. Sie traten in der Durchsetzung ihrer Ziele rigoros auf und beteiligten sich auch an Störaktionen.

#### 4.2 Sonstige Studentengruppen der Neuen Linken

Die meisten Studentengruppen der dogmatischen Neuen Linken, die wegen ihrer unrealistischen Forderungen nur schwer Bündnispartner fanden, verloren 1982 an den Hochschulen in Bayern weiter an Einfluß. Die Studentengruppen des KB, die Kommunistischen Hochschulgruppen (KHG) des KBW und die Kommunistischen Studenten (KS) der KPD entwickelten keine Aktivitäten mehr. Lediglich der KHB konnte seine Stellung behaupten.

Die noch aktiven Gruppen der Neuen Linken lehnten die von den orthodox-kommunistischen Gruppierungen praktizierte Strategie der „gewerkschaftlichen Orientierung“ ab und verfolgten mit ihren Aktionen für hochschulpolitische Forderungen eine betont „revolutionäre“ Linie. Sie agitierten 1982 vorrangig gegen die „bürgerliche Wissenschaft“, den „Abbau demokratischer Rechte“, die „Ausländerfeindlichkeit“ und die „faschistische Gesinnung“ an den Hochschulen. Die Anhänger dieser Gruppen unterstützten teilweise die regionalen Aktionen im Zusammenhang mit den bundesweiten „Protesttagen“ am 25./26. Mai sowie die Demonstration „gegen den BAFöG-Kahlschlag“ am 4. Dezember in Bonn. Darüber hinaus beteiligten sie sich an der „Internationalen Friedensdemonstration“ am 10. Juni in Bonn, die sich gegen die NATO-Nachrüstung richtete. Um neue Anhänger zu gewinnen, führten sie vereinzelt Informationsveranstaltungen für Erstsemester durch.

Neben den Studentengruppen der dogmatischen Neuen Linken traten auch Anhänger undogmatischer Gruppen der Neuen Linken auf. Hierbei handelt es sich meist um kleinere Zusammenschlüsse auf örtlicher Ebene. Ihre politischen Positionen reichen von „sozialrevolutionären“ Vorstellungen bis hin zum undogmatischen „wissenschaftlichen Sozialismus“. Alle diese Gruppen lehnen die „bestehende Gesellschaftsordnung und mit ihr diesen Staat als Ganzes ab“. Ihr Kampf richtet sich nicht „gegen die Fehler des Systems, sondern gegen seine Vollkommenheit“. Aktivitäten dieser Gruppen waren 1982 an den Universitäten Augsburg (Arbeitskreis), Bamberg (Basisgruppen), Erlangen-Nürnberg (Basisgruppen, ehemalige Fachschaftsinitiativen) und München (Basisdemokraten und

einige Fachschaftsinitiativen) zu verzeichnen. Die Ergebnisse der offiziellen Gremienwahlen zeigten, daß der Einfluß undogmatischer Gruppen im Bereich der bayerischen Hochschulen erneut zugenommen hat.

Die überwiegend kleinen Gruppen der Neuen Linken stützten sich 1982 in Bayern auf eine Mitgliederzahl von etwa 150 Personen. Bei einzelnen Aktionen konnten sie jedoch eine größere Anzahl von Sympathisanten mobilisieren. Aktivitäten dieser studentischen Gruppen wurden in Augsburg, Bamberg, Coburg, Bayreuth, Erlangen-Nürnberg, München, Passau, Regensburg, Schweinfurt und Würzburg festgestellt.

### **5. Vereinigte Deutsche Studentenschaften e.V. (VDS)**

Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften e.V. (VDS) entstanden im Mai 1975 aus dem Zusammenschluß von zwei Verbänden. Sie verstehen sich als studentischer Dachverband mit „politischem Mandat“, dessen Hauptaufgabe darin liege, die „Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der BRD“ mit ihren „grundlegenden Widersprüchen“ zu ändern. Entsprechend ihrem Arbeitsprogramm kommt der Hochschulpolitik lediglich die Bedeutung eines Ansatzpunktes im Kampf um die Aufhebung der gegenwärtigen „kapitalistischen Verhältnisse“ zu.

Vom 11. bis 13. März fand in Köln die VII. ordentliche Mitgliederversammlung der VDS statt, an der etwa 600 Studenten von 140 Hochschulen aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen. In seinem Rechenschaftsbericht kritisierte der VDS-Vorstand das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster, das den Allgemeinen Studentenausschüssen (ASTen) kein „allgemeines politisches Mandat“ zubilligte. Die Mitgliederversammlung verabschiedete ein neues „Arbeitsprogramm“, das sich gegen eine „Amerikanisierung“ der Hochschulen, z.B. durch die Einführung von Studiengebühren und die Umstellung der Ausbildungsförderung (BAFöG) auf Darlehen, wendet. Sie wählte ferner einen neuen VDS-Vorstand, dem je ein Vertreter des MSB Spartakus, des SHB, der Jungsozialisten-Hochschulgruppen (Juso-HG) und des Liberalen Hochschulverbandes (LHV) angehört. Der für die Basisgruppen-Fraktion (BG), einer losen Vereinigung der Neuen Linken, im Vorstand vorgesehene Sitz blieb unbesetzt, da sie keinen Kandidaten benannte.

Die VDS steuerten 1982 wiederum die bundesweiten studentischen Protestaktionen, die im bayerischen Hochschulbereich in der Regel von einer „Landesastenkonzferenz“ (LAK) und von den linksextrem beeinflussten inoffiziellen ASTen umgesetzt werden.

Unter dem Motto „Gegen BAFöG- und Bildungsabbau“ riefen die VDS zu bundesweiten „Protesttagen“ an den Hochschulen für den 25./26. Mai auf. In den hierzu in München vorbereiteten Flugblättern warben der MSB Spartakus und die inoffiziellen ASTen für einen „Besuch der Landtagsfraktionen durch ASTen und Fachschaften“. Am 26. Mai überbrachte eine kleine Delegation dem Bayerischen Landtag eine Resolution.

Unter der Losung „Gegen den BAFöG-Kahlschlag“ demonstrierten am 4. Dezember in Bonn rund 50.000 Personen gegen die Leistungskürzungen im

BAFöG-Bereich. An der Demonstration beteiligten sich neben zahlreichen Schülern, Studenten und Mitgliedern demokratischer Organisationen auch eine größere Anzahl von Linksextremisten, insbesondere des orthodox-kommunistischen Bereichs. Als Veranstalter traten die VDS und die „Konferenz der Landeschülervertretungen“ (KdLSV) auf. Für den bundesweit verbreiteten „Aufruf zur BAFöG-Demonstration“ zeichnete der Vertreter des MSB Spartakus im VDS-Vorstand verantwortlich. Angemeldet wurde die Veranstaltung durch den stellvertretenden Bundesvorsitzenden des MSB Spartakus.

Ein Sprecher des SHB-Bundesvorstandes betonte auf der Hauptkundgebung, seit Antritt der „Rechtsregierung“ sei es erstmals gelungen, zu einer „gemeinsamen außerparlamentarischen Aktion aller Kräfte links von der CDU“ zu kommen. Er forderte, über die BAFöG-Frage hinaus ein Bündnis gegen den „Bildungs- und Sozialabbau“ und gegen die „Raketenstationierung“ zu bilden. Auf einer Vorkundgebung hatte das Mitglied des DKP-Präsidiums Gerd Deumlich den Demonstranten die Unterstützung der DKP bei der „Verteidigung des BAFöG“ zugesichert und unter Hinweis auf den „engen Zusammenhang von Sozialabbau und atomarer Hochrüstung“ ein „breites Bündnis“ gefordert.

Zur Teilnahme an der Demonstration hatten in Bayern die VDS, die DKP-Hochschulgruppen, der MSB Spartakus und der SHB aufgerufen. Für eine Beteiligung wurde auch auf mehreren Studentenvollversammlungen geworben, die vielfach von den inoffiziellen ASten einberufen wurden. Von Bayern aus reisten etwa 2.000 Personen nach Bonn.

Als Beiträge zum „Friedenskampf“ unterstützten die VDS den „Krefelder Appell“ und die „Ostermärsche“ 1982. Als Mitveranstalter beteiligte sich der VDS maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung der „Internationalen Friedensdemonstration“ am 10. Juni in Bonn, die sich gegen die NATO-Nachrüstung richtete.

## 6. Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)

Der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB) mit Sitz in München — vgl. 3. Abschnitt Nr. 2.5 — unterhält in Bayern lediglich an der Ludwig-Maximilians-Universität in München eine Hochschulgruppe. Die Aktivitäten beschränkten sich 1982 im wesentlichen auf die Verbreitung von Flugblättern und die Teilnahme an den Gremienwahlen an der Universität München, bei der er nur einen Stimmenanteil von unter 1 Prozent erreichte.

Als Informationsblatt des NHB erschien zum Sommersemester 1982 die Zeitschrift „Semester“ mit einer Auflage von rund 7.500 Exemplaren.

## 7. Aktivitäten

Anhänger des vom KHB maßgeblich beeinflussten Arbeitskreises „Mehr Ausländer an unsere Hochschulen! Bekämpft die Nationalisierung der Wissenschaft“ errichteten am 20. Januar vor dem Eingang zur Mensa der Ludwig-Maximilians-Universität in München mit Absperrgittern zwei Eingangsschleusen, jeweils eine

für „Ausländer“ und „Deutsche“ und forderten die Studenten auf, die für sie „vorgesehenen Eingänge“ zu benutzen. Im Vorraum der Mensa wurden Unterschriften gegen einen Mitunterzeichner des „Heidelberger Manifestes“ gesammelt. Am Nachmittag zogen rund 200 Studenten in einem Demonstrationzug zum Staatsministerium für Unterricht und Kultus und übergaben eine Protestresolution.

Der gleiche Arbeitskreis veranstaltete am 7. April in der Fachhochschule München eine Protestkundgebung mit rund 50 Beteiligten, auf der die „sofortige Entlassung“ des Sozialreferenten der Landeshauptstadt München gefordert wurde. Vor und während der Versammlung wurden Flugblätter des Arbeitskreises und die *Kommunistische Studentenzeitung (KSZ)* verteilt. Die Publikationen enthielten Beiträge, die sich gegen vermeintliche „rassistische Tendenzen“ des Münchner Sozialreferenten richteten.

Die vom KHB gesteuerte „Liste Stärkt den AstA“ (LISA) organisierte am 26. Mai im Bereich der Universität Regensburg eine Protestveranstaltung zum Thema „Gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“, an der sich annähernd 400 Studenten beteiligten.

Im Zusammenhang mit einer Veranstaltung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) am 28. Juni an der Universität Erlangen hatten Anhänger der undogmatischen Neuen Linken zu einer Protestdemonstration aufgerufen, an der sich rund 250 Personen beteiligten. Nach Beendigung des Aufzuges begaben sich die meisten Teilnehmer zur Universität und versuchten, sich mit gefälschten Eintrittskarten Zutritt zur RCDS-Veranstaltung zu verschaffen.

Die „Aktionseinheitsliste der Fachschaften und undogmatischen Linken“ (AEL) und die MG München führten am 12. Juli in der Ludwig-Maximilians-Universität München ein „teach-in“ durch, an dem sich rund 900 Studenten beteiligten. Zum Thema „Der Lehrer — Gesinnungstäter im Staatsdienst“ sprach ein Professor aus Bremen. Er kritisierte hierbei insbesondere konservative Lehrer, denen es vielfach darauf ankomme, ihre politische Meinung Schülern und Studenten zu vermitteln.

Die linksextrem beeinflussten Münchner Asten, der „Palästinensische Studentenverein“ (PSV) und der „Palästinensische Arbeiterverein“ (PAV) organisierten am 13. Juli in München eine „Solidaritätsveranstaltung“ für das palästinensische Volk. An der Versammlung nahmen rund 1.200 Personen und an dem anschließenden Aufzug mit Schlußkundgebung rund 700 Personen teil. Die Demonstrationsteilnehmer, darunter zahlreiche Angehörige der DKP, der SDAJ, des MSB Spartakus und des AB führten Transparente mit, die Aufschriften trugen wie „Schluß mit dem Völkermord“, „Sanktionen der BRD gegen Israel“ und „Kein Holocaust im Libanon — DKP“.

Anlässlich einer Veranstaltung der Hochschulunion Würzburg (HSU) mit dem Bundeswehrgeneral a.D. Domröse am 15. Juli in Würzburg, an der rund 150 Personen teilnahmen, kam es zu massiven Störungen. Trotz Einlaßkontrollen der HSU befanden sich unter den Teilnehmern etwa 60 Personen, darunter vorwiegend Anhänger des MSB Spartakus, des KB und der VOLKSFRONT, die den Vortrag des Generals anhaltend störten.

## Publikationen extremistischer Organisationen im Bildungsbereich

**KSZ EXTRA**  
Kommunistische  
Studentenzeitung

2. APRIL 82

KOMMUNISTISCHER HOCHSCHULBUND

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier  
aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

**Hochschulzeitung**



Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)

24.5.82

Protesttage der vds gegen die Pläne  
der Reaktion an den Hochschulen

Der Zentralrat der vds ruft auf  
zu bundesweiten Protesttagen  
am 25./26. Mai gegen die BA-  
FoG-Pläne der CDU, gegen  
den Sup. des Hochschulbaus

Veranschauligung (ca. 4000 DM),  
damit verbundene Umschrei-  
bung usw. Das haben auch die  
Befürworter des Konzeptes  
schon öffentlich gesagt.

**Roter Pfeil**  
Organ der Kommunistischen Studentengruppen-KSG  
11. Jahrgang August 82 Nr. 6 Preis: 1,50 DM

**Münchner Hochschulzeitung**

Nr. 17 (1. bis 14. Juli 1982)

Verleger: UMG und FUG

Redaktion: 12144 München 11, Am 21.11.82

MARXISTISCHE GRUPPE (MG)

**Nürnberger Hochschulzeitung**

Nr. 12 (1. bis 14. Juni 1982)

der MARXISTISCHEN GRUPPE (MG)

München 12, 11.82

**Erlanger Hochschulzeitung**

Nr. 10 (22. November 1981 - 11.82)

der MARXISTISCHEN GRUPPE (MG)

München 12, 11.82

**Regensburger Hochschulzeitung**

Nr. 11 (1. bis 14. Juni 1982)

der MARXISTISCHEN GRUPPE (MG)

**Würzburger Hochschulzeitung**

Kommunistische Freiheit

MARXISTISCHE GRUPPE (MG)

**NHB aktuell**

NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND

Im Zusammenhang mit den Änderungen bei der Studentenförderung fanden Ende November/Anfang Dezember an mehreren Hochschulen in Bayern „Studentenvollversammlungen“ statt, die vielfach von den inoffiziellen Asten organisiert wurden. An den Versammlungen beteiligten sich rund 3.000 Studenten, darunter zahlreiche Mitglieder und Anhänger der DKP-HG, des MSB Spartakus, des -SHB, des KHB und der MG. Auf allen Veranstaltungen wurde zur Teilnahme an der Protestaktion „BAFöG-Demonstration“ am 4. Dezember in Bonn aufgerufen.

## 8. Wahlen an den Hochschulen

Bei den 1982 durchgeführten Wahlen für die Kollegialorgane gelang es links-extremen Gruppen, ihre Positionen an einzelnen bayerischen Hochschulen mit Hilfe „Unabhängiger“ weiter auszubauen; an anderen verloren sie zugunsten demokratischer Studentengruppen an Einfluß. Wie im Vorjahr tarnten sich links-extreme Gruppen hinter Listenverbindungen und unverfänglichen Bezeichnungen. Insbesondere bildeten der MSB Spartakus und der SHB unter Listenbezeichnungen wie „Gewerkschaftlich Orientierte Listen“ (GOL) oder „Liste AStA und Fachschaften“ (LAF) Wahlplattformen mit demokratischen Gruppen und versuchten so, Wähler zu täuschen. Mit dieser Taktik erreichte auch die Neue Linke an der Ludwig-Maximilians-Universität München über „Aktionseinheitslisten unabhängiger Linker“ (AEL) mehr Einfluß auf den Studentischen Konvent und den Sprecherrat. Der rechtsextreme Nationaldemokratische Hochschulbund kandidierte an dieser Universität erneut ohne Erfolg.

An einigen Hochschulen fanden auch 1982 wiederum „AStA-Wahlen“ statt. Bei diesen nicht im Hochschulgesetz vorgesehenen Wahlen kandidierten vorwiegend linksextreme Studentengruppen. Die Wahlbeteiligung lag im Durchschnitt bei 10 % (Vorjahr: 15 %). Die Marxistischen Gruppen beteiligten sich nicht an diesen Wahlen.

## 9. Weiterführende Schulen

Im Bereich der weiterführenden Schulen, den erfahrungsgemäß auch schulfremde Organisationen als Agitationsfeld nutzen, traten 1982 folgende extremistische Organisationen auf:

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)  
— Jugendorganisation der DKP —

Revolutionärer Jugendverband Deutschlands (RJVD)  
— Jugendorganisation der MLPD (früher KABD) —

Rote Schülerfront (RSF)  
— Schülerorganisation des AB —

Marxistische Gruppen (MG)

Junge Nationaldemokraten (JN)  
— Jugendorganisation der NPD —

Die Propaganda konzentrierte sich schwerpunktmäßig auf schulische Themen. Weitere Aktivitäten bezogen sich auf Themen wie „Frieden und Abrüstung“, „Jugendarbeitslosigkeit“ und „Zensur von Schülerzeitungen“. Darüber hinaus wurden wiederum vor Schulen zahlreiche Flugschriften verteilt. So verbreiteten die Marxistischen Gruppen (MG) Ausgaben der „MSZ für die Schule“ oder eigene „Schülerzeitungen“. Anfang des Jahres verteilten Angehörige der Roten Schülerfront (RSF) Flugblätter, in denen die RSF gegen die „Einführung der Grenzen von 1937“ in den westdeutschen Schulatlanten protestierte. Sie rief ferner zu Aktionen gegen die „chauvinistische und revanchistische Ausrichtung“ der Schulen auf.

In einem vor Münchner Schulen verbreiteten Flugblatt forderte ein „BIFA-Schüler-Arbeitskreis“ die Münchner Schüler auf, Material über „Friedenstage“, „Friedenswochen“ und „Friedensprojekte“ zu sammeln und es dem Arbeitskreis für eine zusammenfassende Darstellung der „Friedensaktivitäten“ an Münchner Schulen zur Verfügung zu stellen. Das Flugblatt enthielt als Kontaktadresse die Anschrift des Büros der DKP-beeinflußten Deutschen Friedens-Union (DFU). Unter dem Titel „Treffpunkt Gruppenleiter Extra“ gab der SDAJ-Bundesvorstand im Juni/Juli eine Publikation heraus, in der er an seine Mitglieder appellierte, sich an den Schülervertretungswahlen 1982 zu beteiligen. Darin hieß es, daß „Genossen/innen“ in Schulvertretungen auch der SDAJ von Nutzen seien, denn Schülervertretungen gäben die Möglichkeit zu „wirksamen Aktionen“.

Von den 1982 bei verschiedenen Anlässen festgestellten Schmieraktionen waren auch Schulgebäude betroffen. Dabei wurden Wände und Fenster mit dem anarchistischen Symbol, dem RAF-Emblem und Hakenkreuzen verunstaltet.

# 6. Abschnitt

---

## Verfassungstreue im öffentlichen Dienst

### 1. Allgemeines

Ungeachtet der seit Jahren geleisteten Öffentlichkeitsarbeit, die Aufschluß über die Mitwirkung des Verfassungsschutzes bei der Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst gibt, hält die Kampagne der Extremisten gegen die angeblichen „Berufsverbote“ in der Bundesrepublik Deutschland unvermindert an. Sie wird häufig durch von Kommunisten beeinflusste Komitees und Initiativen (vgl. 2. Abschnitt Nr. 2.4.8) getragen und ist international ausgeweitet. Diese Aktivitäten diffamieren nicht nur das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland, sondern versuchen, auch im Inland Unbehagen über und Mißtrauen gegen die Tätigkeit des Verfassungsschutzes zu säen. Es ist deshalb notwendig, immer wieder Fehlinformationen zu korrigieren, durch die ein falsches Bild vermittelt wird.

„Der freiheitliche Rechtsstaat kann und darf sich nicht in die Hände seiner Zerstörer geben“, erklärte das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluß vom 22. Mai 1975. Dies ist eine Konsequenz aus der vom Grundgesetz gewollten wehrhaften Demokratie. Die Beamtengesetze des Bundes und der Länder schreiben deshalb vor, daß in das Beamtenverhältnis nur berufen werden darf, wer die Gewähr der Verfassungstreue bietet. Damit soll verhindert werden, daß staatliche Ämter mit ihren erheblichen Gestaltungsmöglichkeiten in die Hände von Gegnern der Freiheit und Demokratie gegeben werden und die freiheitliche demokratische Grundordnung von innen heraus gefährdet wird. Der Verfassungsschutz hat hierbei die gesetzliche Aufgabe, bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben, mitzuwirken (vgl. Art. 2 Abs. 2 Nr. 4 des Gesetzes über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz, abgedruckt als Anhang 1).

Das dabei anzuwendende Verfahren, das sowohl effektiv ist, als auch dem Bewerber alle rechtsstaatlichen Garantien bietet, ist in der Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 27. März 1973 (Anhang 2) geregelt. Danach hat die jeweilige Einstellungsbehörde vor der Einstellung eines Bewerbers beim Staatsministerium des Innern mittels eines Formblattes anzufragen („Karteianfrage“), das dann die beim Verfassungsschutz bereits vorhandenen gerichtsverwertbaren Erkenntnisse über Tatsachen, die Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers begründen können, der Einstellungsbehörde mitteilt. Ermittlungen werden zu diesem Zweck nicht geführt. Erkenntnisse, die länger als fünf Jahre zurückliegen oder die Zeit vor Vollendung des 18. Lebensjahres des Bewerbers betreffen, werden nur mitgeteilt, wenn sie entweder Teil einer fortgesetzten Entwicklung sind und ihnen deshalb noch Bedeutung zukommt oder wenn sie nach Art und Schwere nicht als bloße „Jugendsünden“ angesehen werden können. Die Einstellungsbehörde hat nach der Anhörung des Bewerbers selbständig über das Einstellungsgesuch zu entscheiden.

## 2. Bayerische Praxis

### 2.1 Extremisten im öffentlichen Dienst

Der Verfassungsschutz sieht als Extremisten im öffentlichen Dienst Bedienstete an, die in den letzten 5 Jahren als Mitglieder oder aktive Angehörige extremistischer Parteien und Organisationen oder sonst mit erheblichen extremistischen Aktivitäten in Erscheinung getreten sind. Da nicht in allen Fällen gerichtsverwertbare Erkenntnisse vorliegen, gelingt es zum Teil auch Extremisten, in den öffentlichen Dienst zu gelangen. Aus dem gleichen Grund können sie dann auch nicht aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden.

Ferner muß damit gerechnet werden, daß es öffentlichen Bediensteten gelungen ist, sich unerkannt in extremistischen Organisationen zu betätigen. Es ist daher anzunehmen, daß die Anzahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Extremisten höher ist als die in der folgenden Statistik für Ende 1982 angegebene (in Klammern die Vergleichszahlen für 1981):

Linksextremisten	Gesamtzahl	davon		
		DKP	DKP-Neben- und beeinflusste Organisationen	Neue Linke
Landesdienst	101 ( 98)	23 (23)	33 (33)	45 (42)
Kommunaldienst	83 ( 84)	48 (46)	9 ( 6)	26 (32)
sonstige öffentl. Einrichtungen	12 ( 12)	5 ( 4)	1 ( 2)	6 ( 6)
Zusammen:	196 (194)	76 (73)	43 (41)	77 (80)

Von den linksextremen Landesbediensteten waren beschäftigt:

- 48 (47) als Lehrer an Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien
- 17 (17) als wissenschaftliches und sonstiges Personal an Hochschulen
- 17 (17) im Justizdienst
- 19 (17) in sonstigen Verwaltungszweigen

Von den linksextremen Kommunalbediensteten waren beschäftigt:

- 26 (33) als Bedienstete in städtischen Krankenhäusern
- 20 (25) in sozialpädagogischen Berufen wie Sozialarbeiter, Jugendheimleiter usw.
- 5 ( 4) als Lehrer an städtischen Schulen
- 32 (22) in sonstigen Verwaltungszweigen

Rechtsextremisten	Gesamtzahl	davon NPD
Landesdienst	23 (30)	10 (14)
Kommunaldienst	15 (16)	9 (11)
sonst. öffentl. Einrichtungen	2 ( 2)	1 ( 1)
	40 (48)	20 (26)

Von den rechtsextremen Landesbediensteten waren beschäftigt:

- 6 (10) als Lehrer an Grund-, Haupt-, Realschulen, Gymnasien und Fachoberschulen
- 7 ( 8) im Justiz- und Polizeidienst
- 10 (12) in sonstigen Verwaltungszweigen.

Von den rechtsextremen Kommunalbediensteten waren beschäftigt:

- 1 ( 1) als Lehrer an einer städtischen Schule
- 14 (15) in sonstigen Verwaltungszweigen.

## 2.2 Einstellungsüberprüfung

Seit der Einführung des Verfahrens (1. April 1973) bearbeitete das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz 227.775 Anfragen. 1982 wurden an das Amt 20.565 Anfragen gerichtet. In 161 Fällen teilte es dem Staatsministerium des Innern Erkenntnisse mit. In 70 Fällen gab das Staatsministerium des Innern diese Erkenntnisse an die Einstellungsbehörden weiter. Hiervon betrafen 68 Fälle den linksextremen und zwei Fälle den rechtsextremen Bereich. Die Mitteilungen führten in sechs Fällen zur Ablehnung des Bewerbers durch die Einstellungsbehörden.

Fünf angehende Rechtsreferendare wurden, da sie Zweifel an ihrer Verfassungstreue nicht ausräumen konnten, nicht in das Beamtenverhältnis übernommen. Ihnen wurde jedoch gestattet, ihren Vorbereitungsdienst für Rechtsreferendare innerhalb eines öffentlich rechtlichen Ausbildungsverhältnisses auszuüben.

Die folgende Übersicht gibt die Entwicklung der Anfragen, Erkenntnismitteilungen und Ablehnungen seit dem 1. April 1973 wieder:

Jahr	Zahl der Anfragen	Erkenntnismitteilungen			Ablehnungen durch die Einstellungsbehörden
		BayLfV an StMI	StMI an Einstellungsbehörden		
			Linksextr.	Rechtsextr.	
1973	15.155	87	53	7	6
1974	29.742	278	185	16	7
1975	26.539	355	232	6	33
1976	22.101	318	206	9	19
1977	23.116	284	188	6	16
1978	24.011	266	149	8	14
1979	22.257	179	86	6	9
1980	23.190	173	90	3	10
1981	21.099	170	79	2	7
1982	20.565	161	68	2	6
insgesamt	227.775	2.271	1.336	65	127

# 7. Abschnitt

---

## Extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

### 1. Allgemeines

Am 30. September 1982 hielten sich in Bayern rund 709.700 Ausländer auf, darunter

220.000 Türken  
124.600 Jugoslawen  
78.400 Italiener  
78.400 Österreicher  
51.000 Griechen und  
12.600 Spanier.

Im Vergleich zum Vorjahr hat in Bayern die Gesamtzahl der Ausländer um etwa 1.100 Personen zugenommen. Dabei trafen auf die Türken rund 4.300 Zugänge, während bei allen übrigen Ausländergruppen die Zahlen rückläufig waren.

Die weit überwiegende Mehrzahl der Ausländer verhielt sich im Gastland gesetzmäßig und widerstand den Bemühungen ausländischer Extremisten, unter ihren Landsleuten weitere Anhänger für ihre extremistischen Ziele zu gewinnen. Nur eine geringe Minderheit (1,0 %) der in Bayern lebenden Ausländer hat sich aus politischer Motivation extremistischen Gruppen angeschlossen oder unterliegt ihrem Einfluß, weil sie dort Betreuung und Unterstützung in persönlichen Anliegen zu finden hofft. Die Lage am Arbeitsmarkt sowie Überlegungen zur Änderung des Ausländerrechts dürften dazu beigetragen haben, daß die öffentlichkeitswirksamen Aktionen extremistischer Ausländergruppen in Bayern weiter zurückgingen. Bestimmend für die Aktivitäten solcher Gruppen waren in erster Linie Konflikt- und Krisensituationen in den jeweiligen Heimatländern. Daneben wandten sich ausländische Extremisten auch gegen Entscheidungen der Bundesregierung. Die behauptete Ausländerfeindlichkeit der deutschen Bevölkerung bot ihrer Agitation weitere Anknüpfungspunkte. Ausländische Linksextremisten verstärkten ihre Zusammenarbeit mit gleichgesinnten deutschen Gruppen, bei denen sie auch im Rahmen von Aktionsbündnissen Unterstützung fanden.

Die Zahl der in Bayern erfaßten extremistischen oder extremistisch beeinflussten Ausländergruppen stieg auf 158 (1981: 121). Diese Zunahme ist auf die Neugründung örtlicher Zweigvereine, ideologisch bedingte Spaltungen und die Aufnahme bisher nicht berücksichtigter extremistisch beeinflusster Gruppen in die Statistik zurückzuführen.

Nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung der in Bayern bestehenden extremistischen Ausländerorganisationen, ihrer örtlichen Untergliederungen und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen:

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Linksextrem	43	49	59	57	54	65	89	122
Rechtsextrem	22	22	20	18	17	26	32	36
Gesamtzahl	65	71	79	75	71	91	121	158

Diese 158 Ausländergruppierungen verteilten sich im Jahre 1982 wie folgt:

	orthodox-kommunistisch	Neue Linke	rechts-extrem	gesamt
Afrikaner	2	2	—	4
Araber	—	8	—	8
Asiaten	—	3	—	3
Griechen	33	1	—	34
Iraner	2	13	4	19
Italiener	7	—	4	11
Jugoslawen	—	—	9	9
Kurden	7	—	—	7
Lateinamerikaner	—	1	—	1
Osternigration	—	—	1	1
Spanier	2	—	—	2
Türken	10	31	18	59
gesamt	63	59	36	158

Auffallend ist die Entwicklung bei den Gruppen der türkischen Neuen Linken, deren Zahl sich gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt hat. Der Zuwachs bei den orthodox-kommunistischen Organisationen der Griechen ist durch die Aufnahme extremistisch beeinflusster Ausländervereine bedingt. Wegen ihrer zunehmenden Bedeutung sind die Kurden erstmals gesondert aufgeführt.

Den extremistischen und extremistisch beeinflussten Ausländergruppen in Bayern gehörten nach Schätzung etwa 7.400 (1981: 4.800) Mitglieder an. Den überwiegenden Anteil stellten orthodoxe Kommunisten. Die Differenz zum Vorjahr ist zum Teil auf einen verbesserten Erkenntnisstand zurückzuführen. Detaillierte Zahlen können aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden.

Auf die militärische Intervention Israels im Libanon am 4. Juni 1982 reagierten auch Palästinenserorganisationen in Bayern mit zunehmenden Protestaktionen. Die Bedrohung durch terroristische Splittergruppen, die sich außerhalb der Kontrolle der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ befinden, hielt an. So bekannte sich eine bisher nicht identifizierte Gruppierung „Gerechtigkeit für palästinensische Organisationen“ zu dem Sprengstoffanschlag auf den Abfertigungsbereich für Israelflüge im Flughafen München-Riem am 31. Juli.

Unverminderter Aufmerksamkeit bedarf ferner die Polarisierung zwischen türkischen Links- und Rechtsextremisten, die in der Ablehnung der Militärregierung in der Türkei nur äußerlich übereinstimmen.

Der Niedergang der jugoslawischen Emigration, insbesondere der kroatischen Nationalistengruppen, war von einer Zunahme konspirativ arbeitender Kleinstgruppen begleitet. Auch Mordanschläge gegen Exiljugoslawen und Attentate auf jugoslawische Einrichtungen verweisen auf die gespannte Sicherheitslage in diesem Bereich.

## 2. Afghanische Gruppen

Die **Generalunion der Afghanischen Studenten im Ausland (GUAfS)** wurde im Jahre 1971 gegründet. Sie unterstützte die marxistisch ausgerichtete Volksbewegung in Afghanistan. Nach dem Umsturz im April 1978 spaltete sich die GUAfS. Eine orthodox-kommunistische Minderheit trat für die wachsende sowjetische Präsenz in Afghanistan ein, während die der dogmatischen Neuen Linken zuzurechnende Mehrheit, die nun die Bezeichnung **Generalunion der Afghanen und afghanischen Studenten (GUAfS)** führt, eine Einmischung der UdSSR ablehnte. Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan am 27. Dezember 1979 bewirkte bei der Gruppierung der Neuen Linken vorübergehend steigende Mitgliederzahlen. Inzwischen ist die Tendenz rückläufig.

Der **Verein der Afghanen und afghanischen Studenten München**, eine örtliche Untergliederung der ideologisch der Neuen Linken zuzurechnenden Gruppierung der GUAfS, verurteilt in seinem Statut den amerikanischen „Imperialismus“, die chinesische „Reaktion“, den russischen „Sozialimperialismus“ sowie die „sozialfaschistische Regierung“ in Afghanistan. Sein Ziel ist ein freies, selbständiges, vereintes, „demokratisches“ und autarkes Afghanistan. Die Aktivitäten des Vereins beschränkten sich 1982 auf vereinsinterne Sitzungen. Anlässlich des Jahrestages der militärischen Intervention der Sowjetunion in Afghanistan fand am 27. Dezember in Bonn eine Demonstration statt, an der sich auch afghanische Staatsangehörige aus Bayern beteiligten.

## 3. Afrikanische Gruppen

Die **Eritreische Befreiungsfront (ELF)** und die **Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF)** wollen mit ihrem Kampf gegen das „faschistische Militärregime“ in Äthiopien die Unabhängigkeit der äthiopischen Provinz Eritrea erreichen. Trotz übereinstimmender Zielsetzung konnten sich beide Gruppierungen bisher

nicht auf einen gemeinsamen Kurs einigen. Sogar innerhalb der ELF bestanden bis vor kurzem Meinungsverschiedenheiten über die zu verfolgende Taktik. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen hat sich inzwischen die moskauorientierte Richtung durchgesetzt, deren Anhänger die Unterstützung des eritreischen Befreiungskampfes durch die Sowjetunion befürworten. Hingegen lehnt die EPLF, die sich selbst in einem Flugblatt als „Vorhut der eritreischen Revolution“ bezeichnete, eine Zusammenarbeit mit der UdSSR ab.

In Bayern traten beide Organisationen im Jahre 1982 öffentlich kaum in Erscheinung. Veranstaltungen der ELF zum 21jährigen Bestehen der Organisation, an denen auch Mitglieder aus Bayern teilnahmen, fanden — ebenso wie der Jahreskongreß — außerhalb Bayerns statt. EPLF-Mitglieder verteilten im Januar und Februar in Erlangen Flugblätter mit dem Titel „Chemische Waffen gegen das eritreische Volk“, die sich mit Waffenlieferungen der UdSSR und der USA an die „äthiopische Militärjunta“ befaßten.

Die **Nationalunion eritreischer Arbeiter in Europa (NUEWE)** und die **Nationalunion eritreischer Studenten in Europa (NUESE)**, die als Zweigorganisationen der EPLF deren Ziele im Bundesgebiet unterstützen, zeigten 1982 in Bayern keine Aktivitäten.

#### 4. Arabische Gruppen

Die 1964 gegründete **Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)** ist die Dachorganisation der palästinensischen Befreiungsbewegung. Sie fordert die Auflösung des „zionistischen“ Staates Israel, an dessen Stelle ein angeblich demokratischer palästinensischer Staat treten soll. Bei den in der PLO lose zusammengeführten Guerillagruppen bestehen nach wie vor Meinungsverschiedenheiten über die Mittel zur Verwirklichung dieses Zieles. Während die zahlenmäßig stärkste Organisation **Al Fatah** unter ihrem Führer Yassir Arafat eine Lösung des Palästinenserproblems auch auf dem Verhandlungswege erreichen will, stehen andere Gruppierungen, so die Terrororganisation **Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)**, und die **Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)** der relativ gemäßigten Haltung Arafats ablehnend gegenüber.

Bestrebungen der PLO, eine Nachfolgeorganisation der seit 1978 im Bundesgebiet rechtskräftig verbotenen „Generalunion Palästinensischer Arbeiter“ (GUPA) aufzubauen, führten zur Gründung des **Palästinensischen Arbeiterverbandes in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (PAV)**, der maßgeblich von der Al Fatah beeinflusst ist und für die Ziele der Palästinenser im Gastland wirbt.

Die militärische Intervention Israels im Libanon am 4. Juni löste bei palästinensischen Gruppierungen verstärkte Protestaktionen aus, die auch von deutschen linksextremen Organisationen mitgetragen wurden. So fanden im Juni und Juli 1982 in München und Nürnberg Demonstrationen gegen den „Völkermord im Libanon“ statt, bei denen die diplomatische Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung gefordert und die „reaktionären arabischen Staaten“ wegen mangelnder Unterstützung der PLO kritisiert wurden. Initiatoren der Kundgebungen waren örtliche Gruppierungen des PAV und des **Palästinensischen Stu-**

**dentenverbandes in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (PSV)**, der im wesentlichen die gleichen Ziele wie der PAV verfolgt und ebenfalls von der Al Fatah beeinflusst ist. An den Versammlungen beteiligten sich neben Angehörigen der DKP, der SDAJ, des MSB Spartakus und des AB auch Anhänger des Münchner Ausländervereins **Union der fortschrittlichen Araber (UFA)**, der für die extremen Ziele der PFLP eintritt.

## 5. Griechische Gruppen

### 5.1 Orthodoxe Kommunisten

Die Aktivitäten der extremistischen griechischen Gruppen in Bayern, die sich weiterhin auf die Großräume München und Nürnberg konzentrierten, haben gegenüber dem Vorjahr etwas nachgelassen. Angriffsziele waren vor allem die Lage in Griechenland sowie die politische und wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die Ausländerpolitik der Bundesregierung. Wie im Vorjahr betätigte sich die **Kommunistische Partei Griechenlands (KKE-Ausland)** am aktivsten, gefolgt von der **Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE-Inland)**.

Die **KKE-Ausland** ist der orthodox-kommunistische Teil der seit Februar 1968 gespaltenen Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE). Im Gegensatz zur **KKE-Inland** erkennt sie die Hegemonie Moskaus an. Seit September 1974 ist die **KKE-Ausland** in Griechenland als Partei zugelassen. Sie beruft sich auf die Tradition der griechischen Arbeiterbewegung und nimmt für sich in Anspruch, die **Kommunistische Partei Griechenlands** zu sein.

Organe der **KKE-Ausland** und ihrer Jugendorganisation **Kommunistische Jugend Griechenlands (KNE)** sind die Schriften „Risospastis“ (Der Radikale) bzw. „Odigitis“ (Der Führer).

Nach wie vor unterhalten die **KKE-Ausland** und die **KNE** enge Verbindungen zur Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und ihrer Jugendorganisation Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), obwohl sie auf gemeinsame öffentliche Veranstaltungen meist verzichteten. Zu einigen orthodox-kommunistisch ausgerichteten Ausländerorganisationen anderer Nationalitäten bestehen mehr oder minder intensive Kontakte.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten standen 1982 vor allem die Betriebsarbeit, die Durchführung von Spendenaktionen und der Vertrieb von Publikationen. Insbesondere griff die **KKE-Ausland** soziale und politische Anliegen griechischer Arbeiter auf, um dadurch neue Mitglieder zu gewinnen. Der neuen sozialistischen Regierung in Griechenland warf sie eine „Anpassung an die europäische sozialdemokratische Linie“ vor.

Durch ihren Einsatz für die Ziele der griechischen Eltern-, Arbeiter-, Gemeinde- und Studentenvereine fanden die **KKE-Ausland** und ihre Jugendorganisation auch die Unterstützung von Nichtextremisten. Überregional bedienten sich sowohl die **KKE-Ausland** als auch die **KNE** der Hilfe des **Verbandes Griechischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (OEK)** und

des **Verbandes Griechischer Studentenvereine in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (OEFE)**. Diesen orthodox-kommunistisch beeinflussten Dachverbänden gehört der überwiegende Teil der in Bayern bestehenden griechischen Gemeinden und Studentenvereine an. Bei den Vorstandswahlen des OEK und der griechischen Gemeinden kandidierte die KKE-Ausland unter der Bezeichnung „Demokratische Einheit“ (D.E.). 1982 verlor sie erstmals seit 1974 die Führung im Vorstand des OEK. Bei den Vorstandswahlen des OEFE und der griechischen Studentenvereine bewarben sich Mitglieder der KNE mit Anhängern der Studentenorganisation der KKE-Ausland **Gesamtstudentische Syndikalistische Bewegung (PSK)** auf einer gemeinsamen Wahlliste.

### Publikationen extremistischer Ausländerorganisationen



**Die KKE-Inland** ist der national-kommunistisch orientierte Teil der früheren Kommunistischen Partei Griechenlands. Im Gegensatz zur KKE-Ausland erkennt sie die führende Rolle der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) nicht an. Obwohl sie die Mitgliedschaft Griechenlands in der EG grundsätzlich befürwortet, fordert sie eine Korrektur des Beitrittsabkommens, insbesondere eine unverzügliche Gleichstellung Griechenlands mit den übrigen Mitgliedsländern. Der griechischen Regierung wirft sie vor, sich zu wenig um die Probleme der griechischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland zu kümmern.

Als Organe der KKE-Inland und ihrer Jugendorganisation **Griechische Kommunistische Jugend „Rigas Fereos“** (E.KO.N. Rigas Fereos) erscheinen die Zeitschriften „I Avgi“ (Die Morgenröte) bzw. „Thourios“ (Kriegslied). Enge Kontakte bestehen zu den kommunistischen Parteien Spaniens (PCE) und Italiens (PCI).

Die KKE-Inland und ihre Jugendorganisation konnten die im Vorjahr gewonnene Position nicht ausbauen. Insbesondere gelang es ihnen nicht, auf die griechischen Gastarbeitervereinigungen größeren Einfluß zu gewinnen. Ein neues Programm, das noch mehr auf aktuelle Gastarbeiterprobleme zugeschnitten ist, soll nunmehr die gewünschten Erfolge bringen. Die KKE-Inland warb bei den Vorstandswahlen des OEK und der griechischen Gemeinden unter der Listenbe-

zeichnung „Demokratische Vereinigte Zusammenarbeit“ (D.E.S.) um Stimmen. Bei den Vorstandswahlen des OEFE und der griechischen Studentenvereine kandidierten Mitglieder der E.KO.N. Rigas Fereos und Anhänger der Studentenorganisation der KKE-Inland **Demokratischer Kampf (DA)** gemeinsam mit eigener Wahlliste.

## 5.2 Neue Linke

Für die Ziele der maoistisch-prochinesischen Organisationen **Revolutionäre Kommunistische Bewegung Griechenlands (EKKE)** und **Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Griechenlands (ML-KKE)** treten mehrere Anhänger in München ein. Ihr gemeinsames Organ „I Laiki“ (Die Volkszeitung), das in regelmäßigen Abständen zum Kauf angeboten wurde, rief insbesondere zu verstärktem Engagement gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung auf.

## 6. Iranische Gruppen

Die Aktivitäten iranischer Extremisten waren in besonderem Maße von der politischen Lage im Herkunftsland bestimmt. Im Zusammenhang mit den Terroranschlägen auf Regierungsmitglieder in Teheran und der anschließenden Verfolgungs- und Verhaftungswelle kam es im Bundesgebiet, zumeist im Bereich der Universitäten, zu verschärften Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Anhängern der iranischen Regierung. An einem Überfall regierungstreuer Iraner auf oppositionelle Landsleute in Mainz beteiligten sich auch drei iranische Staatsangehörige aus Bayern. Gleichwohl hat in Bayern die Bereitschaft iranischer Extremisten, sich politisch zu exponieren, insgesamt nachgelassen. Unterschiedliche politische Meinungen wurden vor allem mit Flugblättern und sonstigen Schriften an die Öffentlichkeit getragen.

### 6.1 Khomeini-Anhänger

Die 1971 im Iran gegründete marxistisch-leninistische „Guerilla-Organisation der Volksfedayin im Iran“ (Kurzbezeichnung: Volksfedayin), die maßgeblich am Umsturz im Iran beteiligt war, spaltete sich im Jahre 1980 wegen ideologischer Differenzen. Während der ursprüngliche Teil, der seit der Abspaltung den Zusatz „Minderheit“ führt, in Opposition zur iranischen Regierung steht, unterstützt die **Organisation der Volksfedayin im Iran (Mehrheit)** an der Seite der Tudeh-Partei die Politik Khomeini's. 1982 verteilten Anhänger der Volksfedayin (Mehrheit) in unregelmäßigen Abständen an der Universität München ihr Organ „Kar“ (Arbeit) sowie sonstige Flugschriften.

Die orthodox-kommunistische **Tudeh-Partei**, die von Anfang an aus taktischen Gründen Khomeini's Politik unterstützte, tritt im Bundesgebiet unter der Bezeichnung „Tudeh-Partei Iran (Sektion BRD)“ auf. Anhänger der im allgemeinen konspirativ arbeitenden Tudeh-Partei traten 1982 in München lediglich mit dem Verkauf der deutschsprachigen Monatszeitschrift „iran aktuell“ und eines gleichnamigen Wochenblattes in Erscheinung, das als Beilage zum neuen

Organ „Rahe Tudeh“ (Weg der Tudeh) der „Tudeh-Partei Iran (Sektion BRD)“ herausgegeben wird.

Die islamisch-fundamentalistisch ausgerichtete **Union Islamischer Studentenvereine in Europa (UISEA)** steht bedingungslos hinter Khomeini und seinen Bestrebungen, im Iran einen „schiitischen Gottesstaat“ zu errichten. Nach dem Überfall von mehr als 100 Khomeini-Anhängern auf ein überwiegend von Khomeini-Gegnern bewohntes Studentenheim am 24. April in Mainz war die UISEA heftigen Angriffen der gesamten iranischen Opposition ausgesetzt, die „Schluß mit dem Khomeini-Terror in der BRD“ forderte. Die Festnahme von 86 am Überfall beteiligten Khomeini-Anhängern und die Ausweisung von 32 überführten Tätern hatte zur Folge, daß die Aktivitäten der UISEA merklich zurückgingen. In Bayern beschränkte sich die Tätigkeit der UISEA auf die Verbreitung ihres in deutscher Sprache abgefaßten Organs „Quods“ (Heiligkeit), das über die „Errungenschaften der islamischen Revolution“ berichtete und gegen die USA, die Sowjetunion und die militärische Intervention Israels im Libanon polemisierte.

## 6.2 Khomeini-Gegner

### 6.2.1 Linksextremisten

Die Aktivitäten der im Jahre 1961 als internationaler Dachverband iranischer Studentenvereinigungen gegründeten **Conföderation Iranischer Studenten — National Union (CISNU)** sind fast zum Erliegen gekommen. Ideologische Richtungskämpfe, die schon Ende 1975 einen Zerfall in mehrere rivalisierende Gruppierungen zur Folge hatten, haben sich nach dem Umsturz im Iran noch verstärkt. Die Anhänger der einzelnen CISNU-Flügel orientieren sich derzeit an verschiedenen politischen Gruppierungen und Parteien im Iran.

Die der Neuen Linken zuzurechnende **CISNU-Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran**, die im Vorjahr noch durch Beteiligung an einer Botschaftsbesetzung und einer Großdemonstration in Erscheinung getreten war, hat inzwischen erheblich an Bedeutung verloren. Die Gruppierung führt auch die Bezeichnung „Iranische Studentenorganisation — Sympathisanten der Guerillaorganisation der Volksfedayin Iran in der BRD und West-Berlin“. Ihre Anhänger orientierten sich bisher an den Zielen einer im Iran operierenden Untergrundorganisation, deren Führerin Ashraf Deghani den Sturz des Khomeini-Regimes mit bewaffneten Mitteln anstrebte. Die Ungewißheit, ob sich die „Freiheitskämpferin“ den Volksfedayin (Minderheit) angeschlossen oder ihre politische Tätigkeit eingestellt hat, ließ die Aktivitäten der Gruppierung rasch sinken. In Bayern bestehen Ortsgruppen in Erlangen und München, die unter der Bezeichnung **Die iranischen Studenten in Erlangen — Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran** (früher: Organisation der iranischen Studenten in Erlangen) bzw. **Iranische Studentenorganisation München — Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran** (früher: Organisation der iranischen Studenten in München) auftraten. In den in München und Erlangen verteilten Flugschriften forderten sie insbesondere den „Sturz der volksfeindlichen Regierungen im Iran und Irak“, den „Sturz des barbarischen Khomeini-Regimes“ und die „Beendigung des Krieges im Libanon und Verurteilung des Aggressors Israel“.

“ارکثرف شرف بیروی مباره مسلمانه  
 بیح بوده هاست - چه اریطرسایسی  
 چه اریطرسایسی - وارکرف دیگرسایح  
 بوده هاست از راه مباره مسلمانه  
 امکان پذیر نیست  
 رفیق کیرسعود احمدزاده

بناسبت گروامید آشت دوازده همین سالگرد رستاخیزسایمکل و

چهارمین سالگرد قیام شکوهمند ۲۱ بهمن .

Siahkal \_ und  
 Aufstandsfest



زنده باد مبارزه مسلحانه که تنها راه رسیدن به آزادی است!

سایه و سخیلی از سید آمان و سید سوری  
 مولفان: جریه کالی و دانی سخیلی از ایران

Plakat linksextremer Khomeini-Gegner

Der 1972 gegründete **Iranische Studentenverein München (ISVM)** vertritt im wesentlichen die Linie der nach einer neuerlichen Spaltung bedeutungslos gewordenen Organisation „Tufan“ im Iran. Verbindungen zum früheren Dachverband, der prochinesischen Mainzer CISNU, bestehen wegen deren Inaktivität nicht mehr. Verstärkt hat sich die Zusammenarbeit mit einer der Neuen Linken zuzurechnenden Gruppe der CISNU in Berlin, die sich **CISNU — Zentrale Berlin** nennt. Der ISVM verbreitete 1982 vorwiegend gegen Khomeini gerichtete Flugblätter. Verschiedentlich war eine Zusammenarbeit mit anderen iranischen Gruppierungen festzustellen. So veranstalteten der ISVM und der „Verein der iranischen Demokraten“ anlässlich des islamischen Neujahrestages (21. März) eine gemeinsame Feier, an der rund 500 Personen teilnahmen.

Die **Union Iranischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (UIS)**, eine Gruppe der Neuen Linken, deren Anhänger die Ziele der im Iran bestehenden Organisation „Peykar“ verfolgen, hat ihre Agitation verstärkt. Die „Peykar“ ging aus abgespaltenen Mitgliedern der „Volksmoghedin“ hervor, die deren islamisch-fundamentalistische Ausrichtung ablehnten. Anhänger der UIS verteilten 1982 in regelmäßigen Abständen im Bereich der Universitäten Bayreuth und München deutschsprachige Auszüge aus der Publikation „Peykar“ und sonstige Flugschriften, in denen sowohl Khomeini als auch der ehemalige iranische Staatspräsident Bani Sadr angegriffen wurden.

### 6.2.2 Islamische Fundamentalisten

Die Anhänger der im Iran tätigen „Volksmoghedin“ haben sich im Bundesgebiet in den **Moslemischen Studentenvereinigungen (M.S.V.) W.-Germany — Sympathisanten der Organisation der Volksmoghedin Iran** zusammengeschlossen. Die „Volksmoghedin“, eine Organisation islamischer Fundamentalisten mit marxistischer Prägung, waren maßgeblich an der Revolution im Iran beteiligt. Nach dem Umsturz gerieten sie zunehmend in Opposition zu dem neuen Regime, das sie als „Mullah-Diktatur“ verurteilten. Am 29. Juli 1981 begab sich ihr Generalsekretär Masoud Radjavi mit Bani Sadr nach Frankreich ins Exil. Dort gründeten sie den „Nationalen Widerstandsrat“ (N.W.R.), der sich das Ziel gesetzt hat, das Khomeini-Regime zu stürzen.

Wie im Vorjahr entwickelten die Anhänger der „Volksmoghedin“ die größten Aktivitäten. Außerhalb Bayerns veranstalteten sie unter dem Motto „Gegen Menschenrechtsverletzungen, Folterungen und Hinrichtungen im Iran“ wiederholt bundesweite Demonstrationen, zum Teil in Zusammenarbeit mit linksextremen iranischen und deutschen Gruppen. An den Kundgebungen nahmen durchschnittlich 300 Personen teil.

In München und Nürnberg errichteten Anhänger der „Volksmoghedin“ in regelmäßigen Abständen Informationsstände und verteilten Flugschriften sowie die Organe „Modjahed“ (Der Kämpfer) und „Freiheit für Iran“. Weitere Flugblattaktionen fanden in Erlangen und Coburg statt. Bei einer Veranstaltung von Anhängern der „Volksmoghedin“ am 7. Januar in München, an der etwa 80 Iraner teilnahmen, ließ der Referent deutlich erkennen, daß die „Volksmoghedin“ nicht gewillt sind, Bani Sadr nach dem gemeinsam angestrebten Sturz Khomeinis die Führungsrolle bei der Bildung einer neuen Regierung zu überlassen.

Der **Verein islamischer Studenten in Westdeutschland** trat 1982 nicht in Erscheinung.

### 6.2.3 Aktionsbündnis

Die Festnahme und Inhaftierung dreier Iraner in München, denen zur Last gelegt wurde, Schah-Anhänger bestohlen und beraubt zu haben, führte im März 1982 zur Gründung des **Komitees fortschrittlicher iranischer Studenten in München**. Ihm gehören Anhänger überwiegend linksextremer und islamisch-fundamentalistischer Gruppierungen in München an. Um die Freilassung der inhaftierten Iraner zu erreichen, veranstaltete das Komitee am 7. April vor der Justizvollzugsanstalt Stadelheim eine Kundgebung, an der sich etwa 30 Iraner und ebensoviele Deutsche beteiligten. Die Aktion, die auch die Unterstützung des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD (AB) und seiner Nebenorganisation Kommunistischer Hochschulbund (KHB) gefunden hatte, verlief ohne Störungen.

Im Oktober 1982 verbreitete das Komitee in München ein Flugblatt, in dem es hieß, das „barbarisch-faschistische“ Khomeini-Regime habe inzwischen die Greuel des früheren Schah-Regimes übernommen und sogar übertroffen.

## 7. Italienische Gruppen

### 7.1 Linksextremisten

Die **Kommunistische Partei Italiens (PCI)**, deren Parteiorgan die in Italien gedruckte Zeitschrift „L'Unita“ ist, gliedert sich in der Bundesrepublik Deutschland in die Gebietsföderationen Köln (Nord), Stuttgart (Süd) und Frankfurt a.M. (Mitte). In Bayern bestehen Bezirkskomitees in München und Nürnberg sowie eine Ortsgruppe in Augsburg. Die PCI-Mitglieder in Augsburg und Nürnberg zeigten 1982 nur geringes Interesse an der Parteiarbeit, während in München eine Zunahme der Aktivitäten feststellbar war.

Wegen der angeblich schleppenden Behandlung des Gesetzes über die italienischen Fürsorgekomitees rief die PCI für den 15. Mai zu Protestaktionen in verschiedenen Städten des Bundesgebietes auf. In München und Nürnberg suchten insgesamt rund 15 Personen die Konsulate auf, um Protestschreiben zu übergeben. Am alljährlichen „Festa dell'Unita“ am 24. Oktober in München beteiligten sich rund 300 Personen, darunter auch etwa 50 PCI-Mitglieder aus Italien.

Der im Jahre 1970 in Frankfurt a.M. gegründete **Italienische Verband der Gastarbeiter und ihrer Familien (FILEF)** ist eine von der PCI gesteuerte Betreuungsorganisation, deren Mitglieder in aller Regel auch Anhänger der PCI sind. Als Publikationsorgane der FILEF erscheinen die Zeitschriften „Emigrazione“ und „Emigrazione Oggi“ (Emigration heute). Der Verband ist im Bundesgebiet der Organisationsstruktur der PCI entsprechend in drei Zonen (Nord, Mitte, Süd) gegliedert. In Bayern bestehen Ortsgruppen in Landshut, München und Nürnberg, die auch 1982 nur geringe Aktivitäten entwickelten. Am 14. März fand in München das von der FILEF organisierte „Festa della Donna“ statt, an dem etwa 140 Personen, darunter Vertreterinnen von mehreren Frauengruppen, teilnahmen.

### 7.2 Rechtsextremisten

Die seit dem Jahre 1948 dem italienischen Parlament angehörende rechtsextreme **Movimento Sociale Italiano — Destra Nazionale — MSI-DN** — (Soziale Italienische Bewegung — Nationale Rechte) hatte früher auf eine eigene Präsenz in den europäischen Ländern verzichtet, um Konflikten mit den Gastländern aus dem Wege zu gehen. 1980 begann sie mit dem Aufbau eines Parteiapparates im Bundesgebiet. In Bayern entstanden Ortsgruppen in Augsburg, München und Nürnberg. Die MSI-DN will ihre Arbeit im Bundesgebiet vor allem auf soziale Probleme konzentrieren. Sie ist nach wie vor bestrebt, sich von deutschen rechtsextremen Organisationen abzugrenzen.

Das seit 1978 in Stuttgart als Verein eingetragene **Tricolore-Komitee der Italiener in der Welt (CTIM)** versucht, die italienischen Arbeitnehmer im Sinne der MSI-DN zu betreuen. Die Ortsgruppen des CTIM in Bayern zeigten 1982 keine Aktivitäten.

## 8. Jugoslawische Gruppen

Die jugoslawischen Emigrantengruppen, die eine Änderung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Jugoslawien erstreben, weisen eine tiefgehende Zersplitterung auf, die geographisch, ethnisch, religiös und vor allem auch geschichtlich bedingt ist. Vor allem kroatische Nationalistenorganisationen zeigen seit längerem Verfallserscheinungen. Diese Entwicklung war von einer Zunahme konspirativ arbeitender Kleinstgruppen begleitet, die bereit sind, das jugoslawische Regime durch Gewaltaktionen im In- und Ausland zu bekämpfen. So nahmen schweizerische und deutsche Sicherheitsbehörden Ende 1981 mehrere Anhänger der bisher nicht bekannten Terrorgruppe „Kroatische Revolutionäre Bewegung“ (HRP) fest, die sich mit der Beschaffung und dem Transport von Waffen und Sprengstoff befaßt hatte. Ein Teil des Sprengstoffs konnte im Bundesgebiet sichergestellt werden.

### 8.1 Kroatischer Nationalrat (HNV)

Der im Februar 1974 in Toronto/Kanada gegründete Kroatische Nationalrat (HNV) versteht sich als Dachorganisation der kroatischen Widerstandsbewegungen auf internationaler Ebene. Sein Ziel ist die Wiederherstellung des „unabhängigen Staates Kroatien“ in seinen ethnischen Grenzen. Oberstes Organ des HNV ist das im Turnus von zwei Jahren gewählte Parlament (SABOR). Weitere Organe sind der Exekutivausschuß, der die Ziele des HNV in die Tat umsetzen soll, sowie der Kontrollrat und das Ehrengericht.

Als Basisinstitutionen des HNV bestehen im Bundesgebiet rund 25 Ortsausschüsse. Der Koordinierung ihrer Arbeit dient der „Kroatische Koordinationsausschuß der Gemeinschaft der Ortsausschüsse des Kroatischen Nationalrats in der Bundesrepublik Deutschland“ (HKO) mit Sitz in Stuttgart.

Die im September 1981 zum IV. SABOR gewählten 30 Abgeordneten trafen sich Anfang 1982 in Toronto/Kanada zu ihrer ersten Sitzung. Die HNV-Spitze erfuhr eine Verjüngung, da sich die Altemigranten bei der Besetzung der einzelnen Funktionen innerhalb des IV. SABOR nicht mehr durchsetzen konnten.

Der HNV rief im Juni 1982 dazu auf, jugoslawische Banken und Produkte zu boykottieren und Reisen nach Jugoslawien zu unterlassen, damit das dortige Regime durch Devisenmangel destabilisiert und der Zusammenbruch des „verfluchten Feindes“ beschleunigt werde.

### 8.2 Kroatische Staatsbildende Bewegung (HDP)

Innerhalb des HNV hatte sich im Frühjahr 1980 eine lose oppositionelle Gruppierung gebildet. Sie bestand vorwiegend aus jüngeren Anhängern des sogenannten „Kroatischen Frühlings“, einer oppositionellen kommunistischen Bewegung von Kroaten in Jugoslawien, deren Repräsentanten im Dezember 1971 entmachtet worden waren. Die Gruppierung konstituierte sich schließlich am 6./7. Juni 1981 in Lund/Schweden als Kroatische Staatsbildende Bewegung (HDP).

Die HDP versteht sich als eine mit dem HNV konkurrierende Dachorganisation der kroatischen Emigration. Sie will den „Vielvölkerstaat“ Jugoslawien mit allen

Mitteln zerschlagen und mit sowjetischer Hilfe einen eigenständigen Staat „Vereinigtes Kroatien“ errichten, wobei eine zeitweilige Unterordnung unter die Führung der Sowjetunion in Kauf genommen werden soll. Die übrigen kroatischen Emigranten lehnen dies entschieden ab.

In ihrem Publikationsorgan „Hrvatski List“ (Kroatisches Blatt) vertrat die HDP die Auffassung, ein selbständiger Staat Kroatien sei ohne „bewaffneten Kampf“ nicht zu verwirklichen. Aufgabe der HDP sei es, als Voraussetzung eines solchen Kampfes eine nationale Strategie und eine militärisch-politische Führung zu sichern.

### 8.3 Kroatische Gruppen in Bayern

Das **Kroatische Nationalkomitee in Europa (HNO)**, eine Mitgliedsorganisation des HNV mit Sitz in München, trat wie in den Vorjahren kaum selbständig in Erscheinung. Es veranstaltete am 3. April in München eine Gedenkfeier anlässlich des Gründungstages des unabhängigen Staates Kroatien (10. April 1941), an der sich rund 200 Personen, darunter auch Jugoslawen albanischer Volkszugehörigkeit, beteiligten. Die Redner riefen zum Kampf gegen Jugoslawien und zur Mobilisierung aller Kräfte auf, um die Wiedererrichtung eines unabhängigen Staates Kroatien zu verwirklichen.

Der **Bund der vereinigten Kroaten in Deutschland e.V. (UHNj)** ist ein seit 1967 in München angemeldeter Ausländerverein. Da die Vorstandsmitglieder in Nordrhein-Westfalen wohnen, hat sich der Aktionsbereich der Organisation dorthin verlagert. In Bayern zeigte der UHNj nur geringe Aktivitäten, die sich im wesentlichen auf die gelegentliche Verbreitung von Flugblättern beschränkten. Darin bezeichnete er sich als die „kämpferischste Einheit“ in der kroatischen Befreiungsbewegung und stellte Gebietsforderungen für einen künftigen Staat Kroatien.

### 8.4 Mordanschläge gegen Exiljugoslawen

Die anhaltende Welle von Mordanschlägen gegen Vertreter der jugoslawischen Emigration führte zu erheblicher Unruhe in jugoslawischen Emigrantenkreisen. So wurden am 17. Januar in der Nähe von Heilbronn/Baden-Württemberg drei Jugoslawen albanischer Volkszugehörigkeit von Unbekannten erschossen. Die Opfer waren Funktionäre proalbanischer Widerstandsorganisationen in der jugoslawischen Provinz Kosovo.

Am 20. August gab ein unbekannter Täter auf einen Exilkroaten und dessen Freundin in ihrer Wohnung in Unterthürheim, Kreis Dillingen a.d. Donau, mehrere Schüsse ab. Dem Angreifer gelang die Flucht. Die Tatwaffe war nach polizeilichen Ermittlungen Ende 1980 von einer österreichischen Firma an das Bundessekretariat für Inneres der jugoslawischen Regierung nach Belgrad geliefert worden. Die jugoslawischen Behörden erklärten dazu, die Waffe sei zusammen mit anderen bei Unruhen im Kosovo aus einem Polizeifahrzeug entwendet worden.

Die kroatische Emigration ist überzeugt, daß die Mordanschläge im Auftrag des jugoslawischen Geheimdienstes verübt wurden. In anonymen Drohbriefen for-

derden „Kroatische Revolutionäre“ die deutschen Sicherheitsbehörden auf, Maßnahmen zu ergreifen, um den „blutigen Akten“ des jugoslawischen Geheimdienstes Einhalt zu gebieten. Gleichzeitig kündigten sie Vergeltung ohne Rücksicht auf Menschenleben an, falls nochmals ein Kroatier im Bundesgebiet „körperlichen Schaden“ erleiden sollte.

## 9. Kurdische Gruppen

Die orthodox-kommunistische **Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland (KOMKAR)** mit Sitz in Frankfurt a.M. ist die stärkste Kurdenvereinigung im Bundesgebiet. Sie unterhält Kontakte zur Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). In Bayern bestehen Mitgliedsvereine in München und Nürnberg.

Der **Kurdische Arbeiter-Solidaritätsverein**, ein Mitgliedsverband der KOMKAR, führte am 3. April anlässlich des kurdischen Neujahrstages (21. März) in München eine Veranstaltung zum Thema „Der Kampf für Freiheit — die Lage der Kurden in ihrem geteilten Land“ durch. Vor rund 100 Teilnehmern schilderten die Referenten anhand aktueller Beispiele die Haltung des türkischen Militärregimes gegenüber dem Freiheitsstreben der Kurden.

Von der KOMKAR hat sich 1980 wegen ideologischer Differenzen und Führungsstreitigkeiten eine orthodox-kommunistische Gruppierung abgespalten, die unter der Bezeichnung **Kurdische Volkshäuser (KVH)** auftritt. Als örtliche Untergliederung besteht in Bayern das **Kurdische Volkshaus in Nürnberg**. Weitere Ortsgruppen sind im Aufbau. Mitglieder des Nürnberger Vereins nahmen zusammen mit anderen kurdischen, türkischen und deutschen linksextremen Vereinigungen am Ostermarsch in Nürnberg am 11. April und an einer Veranstaltung zum kurdischen Neujahrstag am 17. April in Frankfurt a.M. teil.

Die 1975 in der Türkei gegründete orthodox-kommunistische **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)** ist in der Bundesrepublik Deutschland seit etwa 1979 aktiv. Am 22. September besetzten rund 20 PKK-Mitglieder die SPD-Zentrale in Nürnberg. Die Aktion endete mit der Übergabe einer Petitionsschrift an Journalisten, die sich gegen die türkische Militärregierung wandte. Aus Anlaß des Gründungstages der PKK fand am 28. November in Köln eine Großveranstaltung statt, an der rund 1.000 Personen teilnahmen. Neben Vertretern von kurdischen und türkischen linksextremen Vereinen reisten 50 PKK-Anhänger aus Bayern zu diesem Treffen.

Etwa 30 Anhänger der orthodox-kommunistischen **Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland (AKSA)** traten vom 23. bis 26. Juni in Frankfurt a.M. in den Hungerstreik. Sie bekundeten damit ihre Solidarität mit den Opfern eines Massenaufstands von Kurden im Irak, der im Mai 1982 blutig niedergeschlagen wurde. Der Aufstand verfolgte laut einem in Frankfurt a.M. verteilten Flugblatt das Ziel, das „faschistische Regime Saddam Hussein's zu stürzen und eine demokratische Koalitionsregierung einzurichten“. Aus demselben Anlaß fanden weitere Hungerstreikaktionen vom 24. bis 27. Juni in München und vom 3. bis 8. Juli in Nürnberg mit wechselnder Teilnehmerzahl statt.

## 10. Pakistanische Gruppen

Seit der Hinrichtung des ehemaligen Ministerpräsidenten Bhutto am 4. April 1979 und der Umwandlung Pakistans in eine islamische Republik erhielt die vom derzeitigen Militärregime verbotene sozialrevolutionäre **Pakistanische Volkspartei (PPP)** im Bundesgebiet vermehrt Zulauf. Sie erstrebt die Abschaffung der Militärdiktatur in Pakistan zugunsten einer islamischen sozialistischen Volksmacht. Unterschiedliche Auffassungen über die Mittel zur Verwirklichung dieses Ziels haben zur Spaltung der PPP in mehrere rivalisierende Gruppen geführt.

In Bayern trat die PPP lediglich mit einer Veranstaltung am 4. Dezember in München in Erscheinung. Vor rund 150 Zuhörern sprach die Witwe Bhutto's über die derzeitige politische Lage und die Verfolgung der PPP in Pakistan.

## 11. Spanische Gruppen

Von den in Bayern bestehenden spanischen extremistischen Organisationen war wiederum nur die **Kommunistische Partei Spaniens (PCE)** aktiv. Die im Jahre 1921 gegründete PCE ist orthodox-kommunistisch. In Spanien wurde die PCE nach dem Regierungsantritt Francos im Jahre 1939 verboten und erst 1977 wieder zugelassen.

In der Bundesrepublik Deutschland wird die Partei durch ein „Comité Federal“ (Bundeskomitee) geleitet. Das Bundesgebiet ist in die Zonen Nord, Rhein-Ruhr, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern gegliedert, denen über 50 örtliche Zweiggruppen angehören. In Bayern bestehen die Ortsgruppen München und Nürnberg, deren Mitgliederzahlen rückläufig sind. Publikationen der PCE sind die Zeitschrift „Mundo Obrero“ (Welt der Arbeit) und das parteitheoretische Organ „Nuestra Bandera“ (Unsere Fahne). Verbindungen bestehen zur Kommunistischen Partei Italiens (PCI), zur Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE-Inland) und zur Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Die Aktivitäten der PCE waren 1982 hauptsächlich auf die Regionalwahlen in Andalusien am 23. Mai und die Parlamentswahlen in Spanien am 28. Oktober abgestellt. An örtlichen Wahlveranstaltungen in München und Nürnberg nahmen durchschnittlich 50 Personen teil. Daneben agitierte die PCE gegen ausländerpolitische Beschlüsse der Bundesregierung und forderte die völlige rechtliche, soziale und politische Gleichstellung der spanischen Gastarbeiter mit den Deutschen.

## 12. Türkische Gruppen

Die Lage in der Heimat bestimmte die Aktivitäten der türkischen Extremisten in zunehmendem Maße. Auch 1982 war die türkische Militärregierung der erklärte Feind aller linksextremen Gruppierungen. Trotz ideologischer Gegensätze fanden sie sich wiederholt zu gemeinsamen Aktionen zusammen, an denen zum Teil auch andere ausländische sowie deutsche linksextreme Gruppen mitwirkten. So demonstrierten am 11. September in Frankfurt a.M. anlässlich des zweiten Jahrestages der Machtübernahme der türkischen Streitkräfte mehr als

20.000 Personen, überwiegend türkische Linksextremisten aller ideologischen Richtungen, gegen die „faschistische Militärdiktatur“. Daneben richtete sich die Agitation türkischer Linksextremisten gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung und deren Militär- und Wirtschaftshilfe für den NATO-Partner Türkei.

Auch bei den rechtsextremen türkischen Gruppen wuchs der Widerstand gegen die Militärregierung, als der Entwurf der neuen Verfassung bekannt wurde.

Die anhaltende Bereitschaft türkischer Extremisten, politische Gegensätze unter Anwendung von Gewalt auszutragen, gefährdete auch 1982 die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

## 12.1 Linksextremisten

### 12.1.1 Orthodoxe Kommunisten

Die orthodox-kommunistische **Türkische Kommunistische Partei (TKP)**, die in der Türkei seit dem Jahre 1923 verboten ist, verfügt im Bundesgebiet über keinen eigenen Organisationsaufbau. Ihr Exilsitz ist Ost-Berlin. Bestrebungen der TKP, die Aufsplitterung der türkischen kommunistischen Vereinigungen im Bundesgebiet zu überwinden und dabei ihren eigenen Einfluß zu stärken, führten Ende Februar 1977 in Düsseldorf zum Zusammenschluß der nationalkommunistischen „Föderation Demokratischer Arbeitervereine der Türkei in Europa“ (TDF) und der orthodox-kommunistischen „Föderation türkischer Sozialisten in Europa“ (ATTF) unter der Bezeichnung **Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FIDEF)**. Diesem Dachverband gehören im Bundesgebiet etwa 80 Mitgliedsorganisationen mit insgesamt rund 15.000 (1981: 18.000) Mitgliedern an, darunter auch türkische Arbeitervereinigungen in Ingolstadt, Mainburg und München. Verbindungen bestehen u.a. zur Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und ihren Nebenorganisationen Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) und Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB Spartakus) sowie zum Sozialistischen Hochschulbund (SHB). Als Organ der FIDEF erscheint die Monatsschrift „Türkei-Informationen“ in deutscher Sprache.

Am 24./25. April fand in Essen der 6. Bundeskongreß der FIDEF statt, an dem 700 Personen teilnahmen. Als Agitationsschwerpunkte wurden die Familienzusammenführung ausländischer Arbeitnehmer, der Kampf gegen die „Ausländerfeindlichkeit“ und die Bildung von Aktionsbündnissen mit anderen „demokratischen“ Gruppen gegen die türkische Militärregierung beschlossen.

Der **Türkische Arbeiterverein in München (M.I.DER)**, ein Mitgliedsverband der FIDEF, veranstaltete am 23. Januar einen Solidaritätsabend für 52 in der Türkei inhaftierte Mitglieder der „Konföderation revolutionärer Arbeitergewerkschaften“ (DISK). Zwei türkische Referenten richteten dabei heftige Angriffe gegen das türkische Militärregime. Am 6. März beteiligten sich etwa 30 Mitglieder des M.I.DER an einer Demonstration der DKP aus Anlaß des „Internationalen Frauentages“. Dabei wurden Flugblätter zum DISK-Prozeß verteilt und Zeitungen der FIDEF verkauft.

## 12.1.2 Neue Linke

Die proalbanische **Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)** wurde im Jahre 1972 illegal in der Türkei gegründet. Im Jahre 1974 fand die Gründungsversammlung für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland statt. Ziel der TKP/ML ist die Beseitigung des politischen Systems in der Türkei zugunsten einer kommunistischen Ordnung im Sinne des Marxismus-Leninismus. Ihre „Frontorganisation“ ist die „Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee“ (TIKKO). Die konspirativ arbeitende TKP/ML unterhält in Bayern Stützpunkte in Augsburg, Bäumenheim/Kreis Donau-Ries, Coburg, Lauf a.d. Pegnitz, München und Nürnberg/Fürth. Sie trat vorwiegend mit Schmieraktionen sowie durch Verbreitung von Schriften in Erscheinung. Als Organe der TKP/ML erscheinen die Publikationen „Partizan“, „Kommunist“ und „İsci Köylü Kurtuluşu“ (Arbeiter-Bauern-Befreiung).

Im Pkw eines am 24. Juni in München festgenommenen Türken aus Baden-Württemberg wurden ein Revolver mit Munition, Propagandamaterial der TKP/ML und eine Broschüre über die Herstellung und Anwendung von Sprengsätzen gefunden. Bei einer Hausdurchsuchung konnte weiteres umfangreiches Propagandamaterial der TKP/ML sichergestellt werden.

Am 6. November gingen bei den Redaktionen von zwei türkischen Tageszeitungen in Hessen mehrere Drohanrufe ein. Die anonymen Anrufer forderten die Veröffentlichung von Flugblättern gegen die „faschistische Verfassung“ in der Türkei. Sie bezeichneten sich als „Milite der TKP/ML und Guerillas von TIKKO“, die in Augsburg Plakate und Bomben deponiert hätten. Noch am selben Tag stellte die Polizei in Augsburg eine Bombenattrappe sowie ein in deutscher und türkischer Sprache verfaßtes Plakat mit dem Zusatz „TKP/ML-TIKKO“ sicher.

Der von der TKP/ML erheblich beeinflusste proalbanische Dachverband **Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF)** hat sich nach ideologischen Auseinandersetzungen im Sommer 1981 gespalten. Anhänger der abgespaltenen Gruppe nennen sich jetzt „Partizan Bolsevik“ (PB), während die in der ursprünglichen Organisation verbliebenen Mitglieder intern die Zusatzbezeichnung „Partizan“ (P) führen. Von letzterer Gruppierung unterscheidet sich der abgespaltene Verband insofern, als er eine gewaltsame Durchsetzung seiner politischen Ziele in der Türkei zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch als verfrüht ansieht. Er verbreitet die weiterhin erscheinenden Publikationen der TKP/ML und das Organ der ATIF „Mücadele“ (Kampf) jeweils mit dem Zusatz „Bolsevik“ (B).

Die Gruppe „Partizan“ der ATIF veranstaltete vom 9. bis 11. April in Frankfurt a.M. ihren Jahreskongreß. Daran beteiligten sich neben Delegationen aus dem benachbarten Ausland rund 1000 Mitglieder und Sympathisanten. Mehrere Redner sprachen über die „Ausländerfeindlichkeit“ und Asylantenprobleme. Ein Funktionär befürwortete Aktionseinheiten mit anderen politischen Gruppen — unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung —, um den Sturz der türkischen Militärregierung zu erreichen.

Publikationen extremistischer türkischer Organisationen

**ATIF**  
EMPERYALİZME , SOSYAL-EMPERYALİZME ve HERTÜRLÜ GERİCİLİBE KARŞI



**MÜCADELE**

TEMMUZ  
1982  
SAYI:69  
MASRAFI  
1,-DM

ATIF (Almanya Türkiye li İşçiler Federasyonu) Yayın Organı

**PARTİZAN**



**PARTİZAN**

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar, birleşin!

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar, birleşin!



**İŞÇİ-KÖYLÜ KURTULUŞU**

TEMMUZ  
SAYI: 41  
1982  
50 TL

TÜRKİYE KOMÜNİST PARTİSİ/MARKSİST-LENİNİST (TKP-ML) YAYIN ORGANI

DEVİRİMCİ YOL



türkei  
information

10.11.1982 04.1

**YÜRK  
FEDERASYON**



Vatana  
**HASRETİ**

In einer zum 1. Mai 1982 erschienenen Sonderausgabe ihrer Publikation „Völker im Kampf“ rief die Gruppe „Partizan Bolsevik“ der ATIF zur Demonstration „für die gewaltsame Zerschlagung des Staatsapparates des westdeutschen Imperialismus“ auf, der andere Völker ausbeute und unterdrücke und durch „Militarisierung und Faschisierung im Innern“ geprägt sei. „Schmidt, Genscher, Strauß und Kohl“ seien die „ärgersten Feinde der Werktätigen“.

Wie die ATIF ist auch die von der TKP/ML beeinflusste proalbanische **Studentenföderation der Türkei in Deutschland e.V. (ATÖF)** wegen ideologischer Differenzen gespalten. Die ATÖF, die kaum noch eigenständig in Erscheinung tritt, ist Mitgliedsverband des im Dezember 1978 gegründeten proalbanischen Dachverbandes **Konföderation der Studenten aus der Türkei (TÖK)**.

Die Gruppierung **Devrimci Sol** (Revolutionäre Linke) entstand in der Türkei im Jahre 1978 aus einer Aufspaltung der Organisation „Devrimci Yol“ (Revolutionärer Weg), die ihren Ursprung in der „Türkischen Volksbefreiungspartei/-front“ (THKP-C) hat. Die in der Türkei inzwischen verbotene THKP-C war eine Gruppe der Neuen Linken, die den gewaltsamen Umsturz in der Türkei anstrebte. Die politische Tätigkeit der „Devrimci Sol“ im Ausland besteht insbesondere in der Unterstützung des „bewaffneten Kampfes“ ihrer in der Türkei konspirativ arbeitenden Anhänger gegen die dortige Regierung. In ihrem Publikationsorgan „Türkei-Nachrichten“ erklärte die Gruppierung offen ihre Bereitschaft zur revolutionären Gewalt, die auch Mord als legitimes Mittel des Widerstandes gegen die „faschistische Diktatur“ in der Heimat einschließt.

Im Bundesgebiet richteten sich spektakuläre Aktionen vor allem gegen türkische diplomatische Vertretungen. So drangen am 3. November neun bewaffnete und maskierte Anhänger von „Devrimci Sol“ unter Abgabe von Warnschüssen *in das türkische Generalkonsulat in Köln ein und nahmen 32 Anwesende als Geiseln*. Sie befestigten am Gebäude ein Transparent mit Aufschriften wie „Kampf bis zur Befreiung-Devrimci Sol“ und „Nein zur Junta-Verfassung in der Türkei“. Im Verlauf des Tages ließen sie mehrere Geiseln frei, die zum Teil Verletzungen durch Querschläger oder Glassplitter erlitten hatten. Schließlich ergaben sich die Besetzer nach längeren Verhandlungen. Die Geiselnehmer, darunter auch ein Türke aus Nürnberg, wurden festgenommen.

Unbekannte Täter zertrümmerten am 7. November ein Schaufenster des Büros der „Türkisch Airlines“ in München mit einem Pflasterstein. Ein am Stein befestigtes Tuch war mit Aufschriften wie „Krieg bis zur Befreiung“ und „Die Gefangenen sollen frei sein“ versehen. Parolen in türkischer Sprache enthielten den Zusatz „Dev Sol“.

Da die Tätigkeit der **Devrimci Sol** zunehmend den Strafgesetzen zuwiderliefe und die innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung und sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdete, wurde die Vereinigung einschließlich ihrer Teilorganisationen **Halk Der** (Volkvereine) vom Bundesminister des Innern im Benehmen mit den Ländern mit Verfügung vom 27. Januar 1983 verboten. Beim Vollzug des Verbots durchsuchte die Polizei am 9. Februar 1983 in Bayern sieben Objekte, darunter das Vereinslokal des **Halk Der** in Nürnberg, um das der Einziehung unterliegende Vereinsvermögen zu beschlagnah-

men. Sie konnte u.a. eine Druckmaschine sowie umfangreiches Schriftgut sicherstellen.

Gegen die Verbotsverfügung wurde am 10. Februar 1983 Anfechtungsklage beim Bundesverwaltungsgericht erhoben, über die noch nicht entschieden ist.

### 12.1.3 Aktionsbündnis türkischer Linksextremisten

Das im Frühjahr 1982 gegründete **Antifaschistische Einheitskomitee im Ausland (BIRKOM)** will den „revolutionären Kampf der Völker der Türkei und Kurdistans“ unterstützen und eine gemeinsame Widerstandsfront gegen die „faschistische Staatsform“ der Türkei aufbauen. Dem BIRKOM haben sich überwiegend Anhänger von Organisationen der Neuen Linken wie z.B. der Gruppierung „Devrimci Yol“ (Revolutionärer Weg) angeschlossen. Zu den im Komitee vertretenen orthodox-kommunistischen Vereinigungen gehört die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK).

Das BIRKOM initiierte im Mai/Juni 1982 in mehreren deutschen Städten Hungerstreiks gegen die „türkische Militärregierung, Hinrichtungen und Folter“. In München und Nürnberg beteiligten sich an diesen Aktionen jeweils durchschnittlich 10 bis 15 Personen.

### 12.2 Rechtsextremisten

Die **Türkische Union Europa e.V.** vertritt die politischen Ziele der in der Türkei verbotenen und aufgelösten **Nationalen Heilspartei (MSP)**, einer islamisch-nationalistischen Gruppierung. Der Union gehören im Bundesgebiet Zweiggruppen mit unterschiedlichen Bezeichnungen an. Die Vereinigung demonstrierte am 7. Februar in Bonn gegen einen Erlaß des türkischen Kultusministeriums, wonach die Mädchen in den Schulen die Kopftücher abzunehmen haben. An der Kundgebung beteiligten sich rund 12.000 Personen, darunter etwa 150 Mitglieder der in Bayern bestehenden Ortsgruppen.

In Bayern trat 1982 lediglich der Mitgliedsverein **Organisation Nationaler Standpunkt** in München in Erscheinung, dessen Jugend am 20. Juni in München den „Tag der islamischen Auferstehung“ feierte. Transparente und Spruchbänder trugen Aufschriften wie „Es lebe unser Kampf für die moslemische Türkei“ und „Der religionslose Staat wird zerstört werden“. An der Veranstaltung nahmen rund 600 Personen teil.

Die 1978 gegründete **Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa (ADÜTDF)** mit Sitz in Frankfurt a.M. propagiert das Gedankengut der rechtsextremen türkischen **Partei der Nationalen Bewegung (MHP)**, die im Jahre 1976 aufgrund eines Beschlusses des türkischen Verfassungsgerichtes ihre Zweigorganisationen im Bundesgebiet aufgelöst hatte und inzwischen von der türkischen Militärregierung verboten wurde. Dem Dachverband haben sich im Bundesgebiet bisher über 100 türkische Organisationen mit rund 18.000 (1981: 23.000) Mitgliedern angeschlossen, darunter Ausländervereine in Fürth, Ingolstadt, Kempten, Lauingen, München, Nersingen/Kreis Neu-Ulm, Neu-Ulm, Nürnberg, Regensburg, Röthenbach a.d. Pegnitz und Würzburg.

Die ADÜTDF veranstaltete am 13. März in München einen Jugendkongreß mit etwa 600 Teilnehmern. Zum vierten Jahreskongreß der ADÜTDF am 29. Mai in Koblenz fanden sich rund 1.500 Besucher ein, darunter Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet sowie aus Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Dänemark und der Schweiz. Der 1. Vorsitzende Serdar Celebi ging in seinem Referat auf die behauptete Ausländerfeindlichkeit unter der deutschen Bevölkerung ein und forderte seine Landsleute auf, sich trotz aller „Anfeindungen von deutscher Seite“ maßvoll zu verhalten.

Celebi wurde am 1. November auf Ersuchen der italienischen Justizbehörden festgenommen und inzwischen am 14. Januar 1983 wegen Verdachts der Beteiligung an Vorbereitungen zum Attentat auf Papst Johannes Paul II. an Italien ausgeliefert.

Der Münchner **Verein türkischer Idealisten e.V. (MÜO)**, ein Mitgliedsverband der ADÜTDF, führte im Januar und Dezember 1982 in München Veranstaltungen durch, zu denen zwischen 900 und 1000 Besucher erschienen. Als Redner traten der Vorsitzende der ADÜTDF bzw. sein Stellvertreter Ali Batman auf.

Anhänger von Mitgliedsvereinen der ADÜTDF in Bayern waren an tätlichen Auseinandersetzungen beteiligt, denen vermutlich politische Motive zugrundelagen. So drangen am 29. März sechs Türken in eine von Landsleuten bewohnte Unterkunft in Röthenbach a.d. Pegnitz ein. Einer der Eindringlinge verletzte einen Türken durch einen Schuß an der Brust. Die anderen schlugen mit einer Eisenstange auf einen Landsmann ein und brachten ihm Kopfverletzungen und einen Schulterbruch bei.

Schmieraktionen rechtsextremen Inhalts waren der Anlaß einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen jugendlichen Türken am 19. Mai in Nürnberg, bei der ein Beteiligter durch Messerstiche verletzt wurde.

# 8. Abschnitt

## Spionageabwehr

### 1. Allgemeine Erfahrungen

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor bevorzugtes Ziel der Nachrichtendienste kommunistischer Staaten. Im Vergleich zum Vorjahr nahm 1982 die Zahl der erkannten Personen, die zu einer Spionagetätigkeit aufgefordert worden waren, um 5 % zu.

Im Mittelpunkt des gegnerischen Interesses standen mit einem Anteil von 35 % der Aufträge unverändert Informationen aus dem politischen Bereich. Neben dem klassischen Ziel der politischen Spionage, nämlich den Aufträgen gegen Regierungs- und Verwaltungsstellen des Bundes und der Länder, bildeten Aufträge gegen die Ostmigration sowie gegen die Hochschulen und deren Einrichtungen weitere Schwerpunkte der Ausspähungsmaßnahmen auf dem politischen Sektor.

Den Aufträgen politischer Spionage folgte mit einem Anteil von 20 % die Militärspionage. Sie hatte vorrangig die Ausspähung der Bundeswehr zum Ziel. Aufklärungsziele waren insbesondere Ausrüstung und Bewaffung, militärische Anlagen sowie die Beobachtung von Truppenbewegungen und Manövern. Daneben richteten sich zahlreiche Aufträge gegen die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte der übrigen NATO-Staaten.

Im Bereich der Wirtschaftsspionage (18 %) richteten sich die Aufträge vor allem gegen die Kernforschung und den Raketenbau, die Elektronik, Elektroindustrie und Energiewirtschaft (Nutzung alternativer Energiequellen) sowie den Maschinenbau (Gasturbinen, Dieselgeneratoren u.a.).

Schwerpunkte bei Aufträgen vorbereitender und unterstützender Art waren, wie in den Vorjahren, Personen- und Objektklärungen sowie die Beschaffung von Publikationen und ortsbezogenen Informationen, z.B. Stadtplänen und Telefonbüchern. Die Bedeutung dieser Aufträge ist nicht zu unterschätzen. Sie gehören in die Phase der Erprobung geworbener Agenten. Die Agenten werden über ihren Verwandten- und Bekanntenkreis ausgefragt und liefern auf diese Weise den gegnerischen Nachrichtendiensten Hinweise für weitere Werbungen.

Das Bayerische Oberste Landesgericht verurteilte 1982 sechs Personen (1981: vier Personen) wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu Freiheitsstrafen zwischen 10 Monaten und 6 Jahren und 6 Monaten. Auftraggeber der Agenten waren in allen Fällen die Nachrichtendienste der DDR.

Die Bekämpfung dieser im großen Ausmaß betriebenen Spionagetätigkeit ist von Jahr zu Jahr schwieriger geworden. Die hohe Zahl der Agenten, ihre verbesserte Ausbildung sowie der Einsatz neuester operativer Hilfsmittel ermöglichen den gegnerischen Nachrichtendiensten eine immer umfangreichere und hochwertigere konspirative Arbeit.

## 2. Die Rolle der Nachrichtendienste in kommunistischen Staaten

Die besondere Stellung, welche die gegnerischen Nachrichtendienste im Verständnis einer kommunistischen Partei- und Staatsführung einnehmen, zeigt sich besonders deutlich bei den diesen Diensten zuerkannten Befugnissen. Im Unterschied zu den Nachrichtendiensten in der Bundesrepublik Deutschland sind die Nachrichtendienste des Ostblocks mit fast unbeschränkten Exekutivbefugnissen ausgestattet und keinerlei rechtsstaatlichen Beschränkungen unterworfen. Sie sind Instrumente der Überwachung und Unterdrückung der dortigen Machthaber nach innen sowie offensiver Kampfführung gegen die westlichen Demokratien, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, nach außen. Die Grußadresse des Zentralkomitees der SED anlässlich eines Jahrestages der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) unterstreicht die Bedeutung kommunistischer Nachrichtendienste und ihre Zusammenarbeit: „Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands spricht Ihnen, werter Genosse Minister, . . . und allen Kommunisten im Ministerium für Staatssicherheit sowie den heldenhaften Kämpfern an der unsichtbaren Front Dank und Anerkennung aus. . . Das Zentralkomitee ist gewiß, daß die Angehörigen des MfS . . . in Treue und Ergebenheit gegenüber der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei durch die rechtzeitige Aufklärung und Durchkreuzung aller antisozialistischen Pläne des Gegners ihren Beitrag . . . leisten. Voraussetzungen dafür sind vor allem die weitere Stärkung der Kampfkraft der Partei- und Dienstkollektive, die Erhöhung der revolutionären Wachsamkeit und die Festigung des unverbrüchlichen Kampf- und Bruderbundes mit dem Komitee für Staatssicherheit der UdSSR und den Bruderorganen der sozialistischen Länder.“

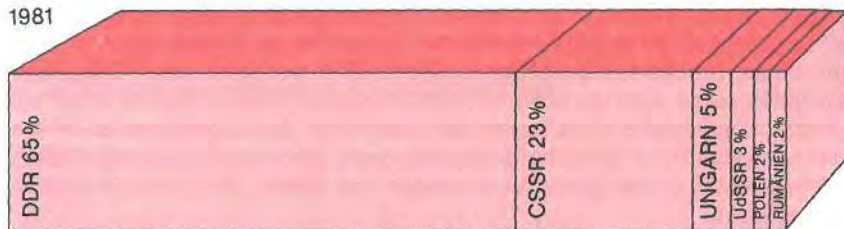
## 3. Werbungen, Werbungsversuche und allgemeine Werbemethodik

1982 ging, wie in den Vorjahren, die stärkste Spionagebedrohung des Freistaates Bayern unverändert von den Nachrichtendiensten der DDR aus (62 %). Die übrigen Aktionen entfielen auf die Nachrichtendienste der CSSR (20 %), Rumäniens (8 %), der UdSSR (5 %), Ungarns (2 %) sowie Polens (1,5 %) und Jugoslawiens (1,5 %).

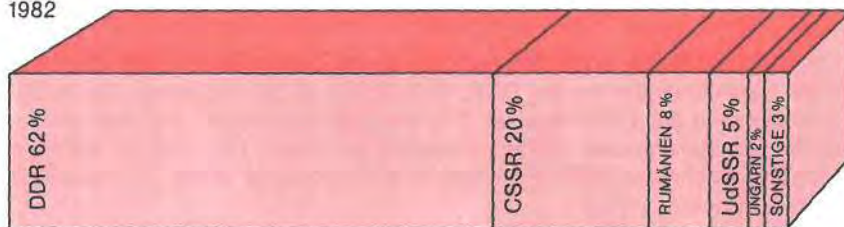
Knapp 60 % der erkannten Werbungsbemühungen richteten sich gegen Personen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland. Große Bedeutung bei den Anwerbungsversuchen im Westen hatten Briefansprachen ohne konkreten Anlaß (18 %) sowie briefliche oder telefonische Ansprachen auf Stellengesuche hin (12 %). Die Ansprachen erfolgten, ebenso wie die im kommunistischen Machtbereich, in der Regel unter einer Legende, um den Angesprochenen über den wahren Auftraggeber und dessen Absichten im Unklaren zu lassen. So wur-

## Erkannte Werbungen und Werbungsversuche

1981



1982



den Bundesbürgern berufliche, wissenschaftliche, kulturelle Kontakte, der Austausch politischer Meinungen und sonstige vordergründig belanglos erscheinende Kontakte angeboten, wobei die Anbahner sich als Journalisten, Studenten, Unternehmensberater, Gesellschaftswissenschaftler oder als Inhaber ähnlicher akademischer Berufsbezeichnungen ausgaben.

Die nachrichtendienstliche Ansprache von Bürgern der kommunistisch regierten Staaten erfolgte auch 1982 vorwiegend bei deren Bemühungen um Aussiedlung und Westreisen oder sonstigen nachrichtendienstlich interessanten Westkontakten. Häufigste Werbemittel waren dabei das Versprechen von Aussiedlungs- und Reisegenehmigungen sowie die Begünstigung von Verwandten.

Nur 67 % (1981: 90 %) der angesprochenen Bürger Bayerns lehnten eine nachrichtendienstliche Mitarbeit von vornherein ab. 15 % (1981: 5 %) machten zwar eine Zusage, wurden aber tatsächlich nicht tätig. Die übrigen 18 % (1981: nur 5 %) nahmen nach der Anwerbung eine Spionagetätigkeit auf.

Bei der Werbung von Bundesbürgern haben sich die Werbemittel im wesentlichen nicht verändert. Im Vordergrund standen Versprechungen und Gewährung von Vorteilen jeglicher Art, wie z.B. Absehen von Strafen bei Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen oder Befreiung vom Zwangsumtausch, Drohung und Nötigung in offener oder versteckter Form sowie Ausnutzung menschlicher Bindungen und charakterlicher Schwächen.

Unverändert waren auch 1982 die sog. Legalen Residenturen der gegnerischen Nachrichtendienste in amtlichen und halbamtlichen Vertretungen kommunistischer Staaten Ausgangspunkte umfangreicher Spionageaktivitäten. Unter dem

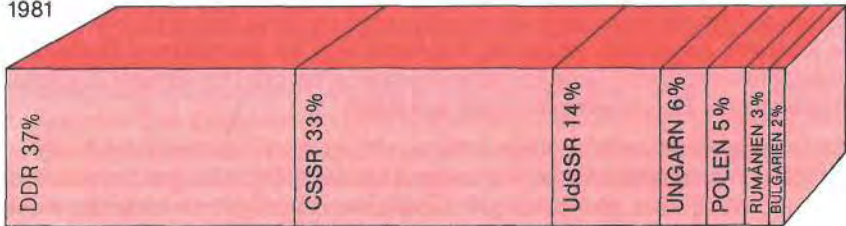
Deckmantel diplomatischer, konsularischer oder geschäftlicher Betätigung suchten die dort beschäftigten Mitarbeiter der gegnerischen Nachrichtendienste Kontakte zu Bundesbürgern, um sie für eine nachrichtendienstliche Mitarbeit zu gewinnen, ihr nachrichtendienstlich interessantes Wissen abzuschöpfen oder sie zur Durchsetzung eigener politischer Ziele zu beeinflussen. Erhebliche Aktivitäten zeigte auch die Sowjetische Militärmission (SMM), die vor allem bei Manövern operative Erkundungsfahrten unternahm. Spionage wurde auch von Agenturen staatlicher Wirtschaftsorganisationen, Büros von Fluggesellschaften und Reiseunternehmen sowie Vertretungen von Presse, Funk und Fernsehen aus betrieben.

#### 4. Aufträge

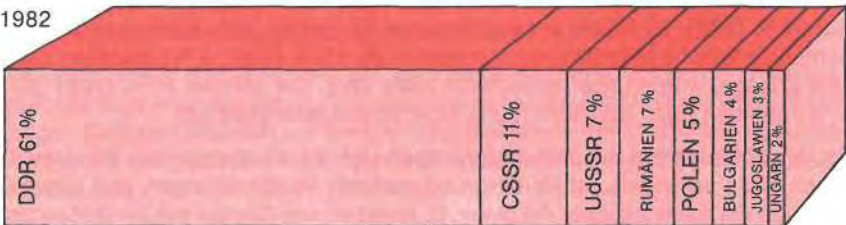
61 % (1981: 37 %) der erkannten Aufträge gegen Ziele in Bayern entfielen 1982 auf die Nachrichtendienste der DDR. 11 % (1981: 33 %) gingen von den Nachrichtendiensten der CSSR aus. Je 7 % der Aufträge wurden von den sowjetischen und rumänischen Nachrichtendiensten erteilt. Die übrigen Aufträge gaben die Nachrichtendienste Polens (5 %), Bulgariens (4 %), Jugoslawiens (3 %) und Ungarns (2 %).

#### Erkannte Aufträge

1981



1982



Etwa 60 % (1981: 48 %) der erteilten Aufträge wurden nicht ausgeführt. Der Rest wurde zumindest teilweise erledigt. Im Vorjahr wurden demgegenüber 52 % der Aufträge ausgeführt.

Ähnlich wie in den Vorjahren waren auch Art und Umfang der Aufträge. Sie reichten von der Beschaffung jedermann offen zugänglicher Publikationen bis zu streng geheimen Vorgängen.

### Zielrichtung der erkannten Spionageaufträge



Das Schwergewicht der gegnerischen Aufträge lag 1982 in Bayern mit 34 % bei der politischen Spionage, gefolgt von der Militärsponage mit 30 % (1981: 10 %), der Wirtschaftsspionage mit 24 % und den Aufträgen vorbereitender und unterstützender Art mit 12 %. Die Zunahme der Aufträge gegen militärische Ziele um 20 % ist mit bedingt durch eine Änderung der Erfassung von Aufträgen gegen Güter der Rüstungsindustrie. Der Anteil der Wirtschaftsspionage stieg in Bayern im Vergleich zum Vorjahr um 3 %. Bundesweit hatte die Wirtschaftsspionage einen Anteil von 18 %. Diese Zahlen dokumentieren erneut die besondere Bedrohung der bayerischen Wirtschaft durch die gegnerischen Nachrichtendienste.

### 5. Die Nachrichtendienste der DDR

Auch 1982 waren die Nachrichtendienste der DDR mit einem Anteil von 62 % der erkannten Werbungen und Werbungsversuche und 61 % der erfaßten Aufträge Hauptträger der Spionagetätigkeit kommunistischer Staaten in Bayern.

Das Schwergewicht der Ansprachen bildeten, wie in den Vorjahren, private und berufliche Reisen. Auf Grund der totalen Überwachungsmöglichkeiten der Staatssicherheitsorgane in kommunistisch regierten Staaten ist diese Anbahnungsmethode am problemlosesten und ergiebigsten. Die Überwachungsmöglichkeiten und die sich bietenden nachrichtendienstlichen Ansatzpunkte verdienen am Beispiel der DDR besonders hervorgehoben zu werden.

Die DDR betreibt ihre Spionageaktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland und andere westliche Staaten mit der für Aufklärungsaufgaben zuständigen „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HVA) des MfS und der „Verwaltung Aufklärung“ im Ministerium für Nationale Verteidigung, dem militärischen Nachrichtendienst. Die staatliche Kontrolle der DDR-Bewohner kommt auch den offensiven Spionearbeitseinheiten des MfS zugute. Dies wird deutlich bei der permanenten mittelbaren oder unmittelbaren Berührung, die ein DDR-Besucher mit dem MfS hat, ohne daß er sich der Tatsache seiner nachrichtendienstlichen Beobachtung bewußt wird. In der Regel werden Privatbesuche in der DDR durch briefliche oder telefonische Absprache mit den Gastgebern bzw. dem Reisebüro vorbereitet. In dieser Phase wird die für die Kontrolle des Post- und Fernmeldeverkehrs zuständige MfS-Abteilung „M“ in die Lage versetzt, der HVA den ersten Hinweis für die Einreise zu geben. Ist dem MfS außerdem bekannt, daß der besuchte DDR-Bürger nachrichtendienstlich interessante Verwandte oder Bekannte im Westen hat, wird durch den Hinweis der Abteilung „M“ ein erstes nachrichtendienstliches Interesse geweckt. Den zweiten Schritt für einen geplanten Besuch in der DDR bildet der „Antrag auf Einreise in die DDR“. Das vom Besucher auszufüllende Antragsformular ist über die Gastgeber oder das Reisebüro bei der örtlichen Volkspolizei einzureichen. Der Antrag wird dort vorgeprüft und anschließend an das Volkspolizeikreisamt weitergeleitet. Zum Verteiler dieses Antrages gehören neben der Volkspolizei die SED (um ggf. politischen Einfluß nehmen zu können) sowie das MfS. Das MfS erfährt so die vollen Personalien des Besuchers, den genauen Besuchstermin sowie das vorgesehene Verkehrsmittel. Es speichert die Daten des Besuchers in seine EDV-Anlage. Es überprüft den Besucher in zweifacher Hinsicht, einmal danach, ob dem Besucher die Einreise grundsätzlich gestattet wird, zum anderen, ob der Besucher für eine nachrichtendienstliche Ansprache in Frage kommt.

Wird die Einreise genehmigt, so erhält der Gastgeber oder das Reisebüro zur Weiterleitung an den Besucher einen sog. „Berechtigungsschein zum Empfang eines Visums“ sowie eine „Zählkarte für Statistik und Reiseservice“. Das Visum selbst wird an der Grenze durch Stempelauddruck im Reisepaß oder auf einem gesonderten Einlageblatt erteilt.

Hatte der Besucher bis zur Einreise noch die Möglichkeit, z.B. über seine Beschäftigungsstelle unklare und vage Angaben zu machen, so ist er beim Grenzübertritt den Fragen des Grenzpersonals unmittelbar ausgesetzt. Bei diesem Personal handelt es sich um Angehörige sog. Paßkontrolleinheiten der Hauptabteilung VI des MfS. Diese Hauptabteilung ist für die Sicherung des Reiseverkehrs und die Kontrolle des Tourismus verantwortlich. Ihr obliegt auch die Überprüfung und die Kontrolle von Hotels, Campingplätzen und sonstigen Beherbergungsstätten.

Den ersten Kontakt mit Behörden der DDR im Landesinnern erhält der Besucher durch die Verpflichtung, sich binnen 24 Stunden bei der Volkspolizei anzumelden. Dadurch erhält das MfS einmal die Bestätigung, daß der Besucher am Besuchsort eingetroffen ist und zum anderen die Gelegenheit, ihn nachrichtendienstlich anzusprechen. Aber auch bei den Verwandten, Freunden und Bekannten ist der Besucher nicht immer dem Blick des MfS entzogen. Nicht selten

haben die Gastgeber nämlich selbst Kontakt zum MfS, etwa aufgrund wiederholter Besuche aus dem Westen oder durch die — in der Regel aufgezwungene — inoffizielle Mitarbeit.

Unabhängig von diesen Berührungen mit den Organen der DDR erhält der Besucher Kontakt zum MfS durch eigene Verfehlungen oder gezielte Verleitung zu Straftaten, etwa Verstößen gegen Zoll- oder Devisenbestimmungen. Vergehen von Ausländern — und als solche gelten Bundesbürger in der DDR — müssen von den zuständigen Organen umgehend dem MfS gemeldet werden.

Entscheidend für eine nachrichtendienstliche Ansprache durch das MfS sind aber letztlich Kriterien, wie das Lebensalter des Besuchers, seine Arbeitsstelle, seine politische Einstellung, seine tatsächlichen oder vermuteten Zugänge, mitunter auch sein Wohnsitz, verbunden mit dem Beruf.

Die nachrichtendienstliche Ansprache selbst erfolgt in der Regel unter Täuschung über den wahren Auftraggeber und die wirkliche Art der Tätigkeit. Die Werber treten in den unterschiedlichsten Rollen auf, häufig z.B. als angebliche Studenten oder Journalisten, „Angehörige eines Ministeriums“ oder eines „Wissenschaftlichen Instituts“ und in den Fällen, wo eine Kontaktaufnahme erzwungen werden soll, z.B. als „Geldtaucher“. Als Legende für eine Ansprache werden in letzter Zeit vor allem der Wunsch nach Frieden, Fragen der Friedensbewegung, die Diskussion über gleichgelagerte berufliche Probleme oder die Mitarbeit auf wissenschaftlicher Ebene vorgetäuscht. Bei Konflikten mit den Gesetzen der DDR nutzt das MfS diese Zwangssituation dazu aus, den Besucher durch Erpressung oder die Inaussichtstellung der Verfahrenseinstellung für eine nachrichtendienstliche Mitarbeit zu gewinnen.

Die besonderen Ansprachemöglichkeiten bei Reisen nach Berlin (Ost) und in die DDR haben die Nachrichtendienste der DDR auch 1982 bevorzugt für ihre Zwecke genutzt. Der Tippgewinnung dienten jedoch nicht nur die geschilderten Möglichkeiten, sondern auch die Einsätze von „Forschern und Tippern“ an solchen Punkten in Berlin (Ost) und anderen Städten der DDR, die erfahrungsgemäß von einer großen Zahl von Besuchern aufgesucht werden. Beispielhaft dafür ist folgender Fall: Ein Bundesbürger wurde anlässlich eines Tagesbesuches in Berlin (Ost) beim Fotografieren von Sehenswürdigkeiten von einem jungen Mann angesprochen. Der Gesprächspartner gab an, Angestellter eines DDR-Reisebüros zu sein und den Auftrag zu haben, durch Gespräche mit Besuchern aus der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, wie die Besuchsangebote attraktiver gestaltet werden könnten. Im Verlauf des weiteren Gesprächs offenbarte er sich als Mitarbeiter des MfS und forderte ihn auf, über die „Friedensbewegung“ sowie die „Grünen“, ihren politischen Einfluß und ihre Entwicklung in seiner Heimatstadt zu berichten. Der Reisende lehnte dies ab und nahm auch eine weitere Treffaufforderung nicht wahr.

Neben den Ansprachen bei Reisen versuchten die Nachrichtendienste der DDR wie in den Vorjahren, Bundesbürger über Briefansprachen ohne konkreten Anlaß sowie briefliche und telefonische Ansprachen nach Stellengesuchen in Zeitungen für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit zu gewinnen. Der nachfolgend geschilderte Fall verdeutlicht diese Bemühungen: Ein Journalist hatte in einer

bayerischen Zeitung ein Stellengesuch unter Angabe seiner Telefonnummer aufgegeben. Daraufhin erhielt er einige Anrufe. Einer der Anrufer wollte u.a. wissen, ob er auch über technische Dinge schreiben könne. Nachdem er dies bejaht hatte, wurde das Gespräch mit dem Versprechen, wieder anzurufen, beendet. Einige Tage später wurde er angerufen und zu einem Treff ins Hotel „Unter den Linden“ in Berlin (Ost) eingeladen. Sein Gesprächspartner stellte sich ihm als freier Mitarbeiter einer Außenhandelsorganisation der DDR vor. Er hätte den Auftrag, Informationen über technische Dinge, insbesondere sog. „graue“ Informationen zu beschaffen. Diese seien Informationen, die nicht in Presseveröffentlichungen enthalten seien. Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurde der Journalist zu einem weiteren Treff aufgefordert und gebeten, bestimmte Publikationen mit wehrtechnischem Inhalt mitzubringen. Der Journalist erkannte den nachrichtendienstlichen Hintergrund und brach den Kontakt zu seinem Gesprächspartner ab.

Bei Personen mit Wohnsitz in der DDR erfolgten die Ansprachen auch 1982 überwiegend bei Übersiedlungsbemühungen. Häufigste Werbemittel war dabei das Versprechen der Ausreisegenehmigung. Ein typisches Beispiel einer solchen nachrichtendienstlichen Werbung ist folgender Fall: Eine Bürgerin der DDR hatte sich anlässlich einer Leipziger Messe in einen Bundesbürger verliebt. Im Verlaufe der Zeit entwickelte sich daraus eine feste Bindung. Nach dem Entschluß zur Heirat entschied sich die DDR-Bürgerin, in die Bundesrepublik Deutschland überzusiedeln. Sie stellte einen Antrag auf Familienzusammenführung. Nachdem sie den Antrag gestellt hatte, wurde sie von einem „Mitarbeiter des Ministeriums des Innern“ aufgesucht und nach den Gründen für ihre beabsichtigte Übersiedlung gefragt. Der angebliche „Mitarbeiter des Ministeriums des Innern“ sagte ihr eine schnelle Genehmigung des Antrags unter der Bedingung zu, daß sie sich bereit erkläre, den DDR-Organen bestimmte, nicht näher erläuterte Informationen zu beschaffen. Als dies von ihr abgelehnt wurde, beauftragte sie der Gesprächspartner, das Angebot ihrem Verlobten zu unterbreiten. Sie wies aber auch dieses Ansinnen zurück. Bei den weiter betriebenen Ausreisebemühungen wurde sie nicht mehr nachrichtendienstlich angesprochen. Sie durfte nach einer kurzen Wartezeit die DDR unbehelligt verlassen.

## 6. Nachrichtendienste der übrigen kommunistischen Staaten

Die stärksten Aktivitäten der Nachrichtendienste der übrigen kommunistischen Staaten gingen 1982 von der CSSR (11 % der Aufträge) sowie der UdSSR (7 %), Rumäniens (7 %) und Polens (5 %) aus. Die Aktionen dieser Dienste richteten sich vor allem gegen die Emigration und den technisch-wissenschaftlichen Bereich und hatten vielfach die Beschaffung militärisch-technischer Geräte zum Ziel.

Die tschechoslowakischen Nachrichtendienste arbeiteten auch 1982 nach ihren bewährten Methoden. Die nachrichtendienstliche Ansprache von Personen erfolgte wie bisher überwiegend im Zusammenhang mit Aussiedlungsbemühungen deutschstämmiger Bürger in die Bundesrepublik Deutschland. Daneben nutzten die Nachrichtendienste der CSSR verstärkt Reisen von Bundesbürgern in die CSSR für eine nachrichtendienstliche Anbahnung. Dabei scheuten sie

auch nicht vor gezielten Provokationen zurück, um mit für sie interessanten Personen in Kontakt zu kommen. Beispielhaft ist dafür folgender Fall: Ein Bundesbürger, der mit einer tschechischen Frau verheiratet ist, erhielt beim Besuch der Heimat seiner Frau von einem tschechischen Bekannten als Ausdruck der „Freundschaft“ ein „Geschenk“. Nachdem er die Wohnung dieses Bekannten verlassen hatte, wurde er nach einigen hundert Metern Fahrt von der Polizei gestoppt und sein Wagen gezielt durchsucht. Dabei wurde das Geschenkpaket gefunden. In dem Paket hätten sich nach Angaben der Polizei wertvolle, angeblich gestohlene Gegenstände befunden. Der Bundesbürger wurde daraufhin festgenommen und in ein Prager Gefängnis gebracht. Dort gab ihm im Rahmen der Vernehmungen ein Angehöriger des Staatssicherheitsdienstes (StB) zu verstehen, den Vorfall zu vergessen, wenn er sich bereit erkläre, für den StB zu arbeiten. Um aus dieser unverschuldeten Zwangslage herauszukommen, verpflichtete sich der Bundesbürger zum Schein schriftlich zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit. Seine Verpflichtung offenbarte er jedoch sofort nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland den Sicherheitsbehörden.

Mit Offenbarungen kann die Spionageabwehr ihre Kenntnisse über die Arbeitsweise der Nachrichtendienste vervollständigen. Sie ist deshalb immer daran interessiert, von jeder Ansprache, jedem Werbungsversuch Kenntnis zu erhalten. Die Kenntnis der Arbeitsmethoden der gegnerischen Nachrichtendienste hilft, eigene Abwehrmaßnahmen zu entwickeln.

## 7. Festnahmen

1982 wurden in Bayern sieben Personen von den Strafverfolgungsbehörden unter dem Verdacht geheimdienstlicher Agententätigkeit für einen gegnerischen Nachrichtendienst vorläufig festgenommen. Bei fünf Personen bestätigte sich im Verlauf der weiteren Ermittlungen der Anfangsverdacht; es ergingen Haftbefehle. Drei der festgenommenen Personen waren von einem DDR-Nachrichtendienst angeworben, die übrigen zwei Personen waren für einen sowjetischen Nachrichtendienst tätig.

Seit jeher gehört es zur Arbeitsweise der Nachrichtendienste der DDR, vorzugsweise junge Leute mit guten beruflichen Zukunftsaussichten für eine nachrichtendienstliche Mitarbeit zu gewinnen. Der folgende **Fall** ist ein Beispiel dafür: Nach Vorermittlungen des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz wurde ein 42jähriger DDR-Bürger festgenommen. Bei seiner Festnahme hatte er zwei total gefälschte westdeutsche Ausweispapiere, die auf den Namen zweier ahnungsloser Bundesbürger lauteten, sowie eine mit einem geheimen Versteck präparierte Schreibmappe bei sich. Darauf angesprochen, gab der Festgenommene zu, Bürger der DDR und Direktor einer Oberschule in Jena zu sein. Weitere Angaben verweigerte er. Die Ermittlungen ergaben, daß der Mann unter falschem Namen wiederholt in die Bundesrepublik Deutschland einreiste und an bayerischen Universitäten, vor allem in Regensburg, Kontakt zu Studenten suchte. In Gesprächen gab er dabei an, Mitarbeiter am „Pädagogischen Institut“ in Frankfurt a.M. zu sein und im Auftrag dieses Instituts eine wissenschaftliche Arbeit über Studienaussteiger und solche Studenten zu schreiben, die ihr Studienziel nicht erreicht haben. Sein eigentliches Interesse galt jedoch

der Universität und den Studenten im allgemeinen sowie im besonderen dem RCDS. Um das Vertrauen der Studenten und damit die gewünschten Informationen zu erhalten, lud er häufig die von ihm angesprochenen Studenten in Lokale ein und hielt sie frei. Die Staatsanwaltschaft beim Bayerischen Obersten Landesgericht hat Anklage erhoben.

Wie leicht gegnerische Nachrichtendienste über Personen, die teilweise Zugang zu sicherheitsempfindlichen Bereichen haben, zu wertvollen Erkenntnissen kommen, zeigt der folgende **Fall**. Er macht auch deutlich, wie wichtig personeller und materieller Geheimschutz in sicherheitsempfindlichen Betrieben ist. Im Mai offenbarte ein 37jähriger EDV-Operator seine geheimdienstliche Tätigkeit für das MfS. Nach seinen Angaben kam er im März 1981 zum ersten Mal mit dem MfS in Berührung, als er sich bei einem Lehrgang in Berlin aufhielt. Bei einem Tagesausflug nach Berlin (Ost) wurde er am Grenzübergang Friedrichstraße von DDR-Grenzbeamten ohne erkennbaren Grund längere Zeit aufgehalten und dann einem MfS-Angehörigen zugeführt. Im Verlauf eines etwa einstündigen Gesprächs befragte ihn dieser über seinen Beruf und seinen Bekanntenkreis und zeigte sich dabei gut über seine Person informiert. Anschließend forderte ihn der Gesprächspartner zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit auf und stellte ihm als Gegenleistung ein gutes Entgelt in Aussicht. Der EDV-Operator erbat sich Bedenkzeit. Bei einem weiteren Treff verpflichtete er sich dann doch schriftlich zur geheimdienstlichen Tätigkeit. Von dieser Tätigkeit versprach er sich die Tilgung seiner privaten Schulden in Höhe von rund 10.000 DM. Bis zu seiner Festnahme nahm er zahlreiche nachrichtendienstliche Treffs wahr. Bei diesen Treffs gab er seinem Führungsoffizier bereitwillig sein gesamtes privates und berufliches Wissen preis. Darüber hinaus übergab er auftragsgemäß dem MfS alle ihm zugänglichen Pläne und Unterlagen über Firmenprodukte sowie einen entwendeten Höhenmesser für das Kampfflugzeug „Tornado“ und ein Bauteil für die Kurskreiselanlage eines Hubschraubers. Für seine Verratstätigkeit will er insgesamt rund 7.000 DM erhalten haben. Das Bayerische Oberste Landesgericht verurteilte ihn zu einer Freiheitsstrafe von 21 Monaten.

Der folgende **Fall** ist ein Beispiel für die Tätigkeit sowjetischer Nachrichtendienste gegen die Bundesrepublik Deutschland vom Gebiet der DDR aus. Am 28. April wurde ein Ehepaar festgenommen. Es ist verdächtig, für den sowjetischen militärischen Nachrichtendienst GRU nachrichtendienstlich gearbeitet zu haben. Der Ehemann tat bis 1976 als Oberfeldwebel Dienst bei einer Bundesweereinheit. Anschließend war er bis zu seiner Festnahme bei derselben Einheit als Fernmeldeangestellter tätig. Er gab an, im Frühjahr 1974 anlässlich eines Besuchs beim Halbbruder seiner Frau in Berlin (Ost) einem Mitarbeiter eines sowjetischen Nachrichtendienstes zugeführt und schriftlich verpflichtet worden zu sein, „für den sowjetischen Staat zu arbeiten“. Seit dieser Zeit habe er dem sowjetischen Nachrichtendienst alle ihm dienstlich zugänglichen Unterlagen, insbesondere Fernmeldeverzeichnisse, Schlüssel Listen für die Verschlüsselung des Fernschreibverkehrs der Bundeswehr sowie Aufzeichnungen über militärische Übungen übergeben. Diese Informationen habe er u.a. in latenter Schrift an eine Deckadresse in Berlin (Ost) übersandt. Dafür sei er mit präpariertem Durchschreibepapier ausgestattet worden. Später habe er das Material auch in einen „Toten Briefkasten“ verbracht.

# Anhang 1

---

Gesetz  
über die Errichtung eines Landesamtes für  
Verfassungsschutz in der Fassung der  
Bekanntmachung  
vom 8. August 1974  
(GVBl S. 467)

Art. 1  
Zuständigkeit

- (1) In Bayern wird ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es ist eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Behörde und ist ausschließlich für die Wahrnehmung der Aufgaben nach Art. 2 zuständig. Nach Bedarf können Außenstellen des Landesamtes für Verfassungsschutz eingerichtet werden.
- (2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.
- (3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden.

Art. 2  
Aufgaben

- (1) Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über
  1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben;
  2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes für eine fremde Macht;
  3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können;

2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder beschäftigt werden sollen;

3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte;

4. bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen es Kenntnis erhält und die für den Bund oder das betreffende Land von Wichtigkeit sind.

### Art. 3 Befugnisse

Polizeiliche Befugnisse oder ein Weisungsrecht gegenüber Polizeidienststellen stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Art. 2 Abs. 1 und 2 ist das Landesamt für Verfassungsschutz befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden.

### Art. 4 Amtshilfe und Auskunftserteilung

(1) Die Behörden und Einrichtungen des Staates, die Gemeinden, die Gemeindeverbände, die sonstigen der Aufsicht des Staates unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die Gerichte und das Landesamt für Verfassungsschutz leisten einander Rechts- und Amtshilfe.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz kann über alle Angelegenheiten, deren Aufklärung zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlich ist, von den in Absatz 1 genannten Stellen Auskünfte und die Übermittlung von Unterlagen verlangen, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

(3) Darüber hinaus haben die in Absatz 1 genannten Stellen dem Landesamt für Verfassungsschutz alle Tatsachen und Unterlagen über Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne des Art. 2 Abs. 1 unaufgefordert zu übermitteln.

Art. 5  
Durchführungsbestimmungen

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen erläßt das Staatsministerium des Innern.

Art. 6  
Inkrafttreten

Das Gesetz ist dringlich. Es tritt am 1. November 1950 in Kraft.\*)

---

\*) Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 22. November 1950 (BayBS I S. 434). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsgesetzen.

# Anhang 2

---

## Bayerischer Staatsanzeiger

Nr. 16/28. Jahrgang Amtliche Veröffentlichung 19. April 1973

Staatskanzlei

Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung  
vom 27. März 1973 NR. A I 3 — 180-6-84

Die Bayerische Staatsregierung hat in ihrer Sitzung vom 27. März 1973 in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 28. Januar 1972 ihren Beschluß vom 25. April 1961 über verfassungsfeindliche Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes (Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 25. April 1961, StAnz Nr. 19) durch die folgende Bekanntmachung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst neu gefaßt:

I. Die Regierungschefs des Bundes und der Länder haben am 28. Januar 1972 folgenden Beschluß gefaßt:

1. Nach den Beamtengesetzen in Bund und Ländern  
— darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt;  
— sind Beamte verpflichtet, sich aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Erhaltung dieser Grundordnung einzusetzen. Es handelt sich hierbei um zwingende Vorschriften.
2. Jeder Einzelfall muß für sich geprüft und entschieden werden. Von folgenden Grundsätzen ist dabei auszugehen:

### 2.1 Bewerber

- 2.1.1 Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt.
- 2.1.2 Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel eine Ablehnung des Einstellungsantrages.

## 2.2 Beamte

Erfüllt ein Beamter durch Handlungen oder wegen seiner Mitgliedschaft in einer Organisation verfassungsfeindlicher Zielsetzung die Anforderungen des § 35 Beamtenrechtsrahmengesetz nicht, aufgrund derer er verpflichtet ist, sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten, so hat der Dienstherr aufgrund des jeweils ermittelten Sachverhalts die gebotenen Konsequenzen zu ziehen und insbesondere zu prüfen, ob die Entfernung des Beamten aus dem Dienst anzustreben ist.

3. Für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst gelten entsprechend den jeweiligen tarifvertraglichen Bestimmungen dieselben Grundsätze.

II. Die Bayerische Staatsregierung hat die Verbindlichkeit dieser Grundsätze für alle öffentlich-rechtlichen Dienstherrn und Arbeitgeber in Bayern mit Beschluß vom 18. April 1972 bestätigt. Zu ihrer Durchführung wird folgendes bestimmt:

1. Vor der Einstellung eines Bewerbers in den öffentlichen Dienst haben die Einstellungsbehörden zunächst beim Staatsministerium des Innern anzufragen, ob Tatsachen bekannt sind, die Bedenken gegen die Einstellung begründen. Das Staatsministerium des Innern ist verpflichtet, Anfragen dieser Art unverzüglich zu beantworten. Die Auskünfte sind auf Tatsachen zu beschränken, die gerichtsverwertbar sind. Die Anfrage nach Satz 1 entfällt, wenn bereits aufgrund anderer Vorschriften eine Überprüfung vor der Einstellung vorgesehen ist.
2. Beabsichtigt die Einstellungsbehörde nach Eingang der Auskunft des Staatsministeriums des Innern, den Bewerber einzustellen, so ist der Bewerber vor der Entscheidung über die Einstellung zunächst gemäß Anlage 1\* schriftlich zu belehren und zur Unterzeichnung der Erklärung gemäß Anlage 2\* aufzufordern.
3. Bestehen auf Grund der vom Staatsministerium des Innern mitgeteilten oder anderweitig bekannt gewordenen Tatsachen oder wegen der Weigerung, die vorbezeichnete Erklärung zu unterschreiben, Zweifel daran, daß der Bewerber jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt, so ist ihm Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Können die Zweifel nicht ausgeräumt werden, so darf er nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt werden.
4. Wird die Einstellung in den öffentlichen Dienst deshalb abgelehnt, weil der Bewerber nicht die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt, so ist die Entscheidung dem Bewerber schriftlich unter Darlegung der Gründe mitzuteilen; betrifft sie die Übernahme in ein Beamten- oder Richterverhältnis, so muß sie außerdem eine Rechtsmittelbelehrung enthalten.

5. Nummern 1 bis 4 gelten auch für Bewerbungen um die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Widerruf, Dabei sind Ausbildungszweck und Ausbildungsweise zu berücksichtigen.
6. Besteht der Verdacht, daß ein Angehöriger des öffentlichen Dienstes gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstößt, so prüft seine Dienststelle, ob die gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen zu ergreifen sind, um ihn zur Erfüllung seiner Dienstpflichten anzuhalten oder ihn aus dem Dienst zu entfernen. Art. 70 des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes ist zu beachten.
7. In den Fällen der Nummern 4 und 6 sind die zuständige oberste Dienstbehörde und die Staatsministerien des Innern und der Finanzen vor der Entscheidung zu unterrichten und über den Fortgang der Sache auf dem laufenden zu halten.

**III.** Den Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen der Aufsicht des Freistaates Bayern unterliegenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, nach den vorstehenden Bestimmungen zu verfahren.

**IV.** Diese Bekanntmachung tritt am 1. April 1973 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 25. April 1961 (StAnz Nr. 19) außer Kraft.

München, den 27. März 1973

Der Bayerische Ministerpräsident  
Dr. h.c. Goppel

---

\* nicht abgedruckt

# Anhang 3

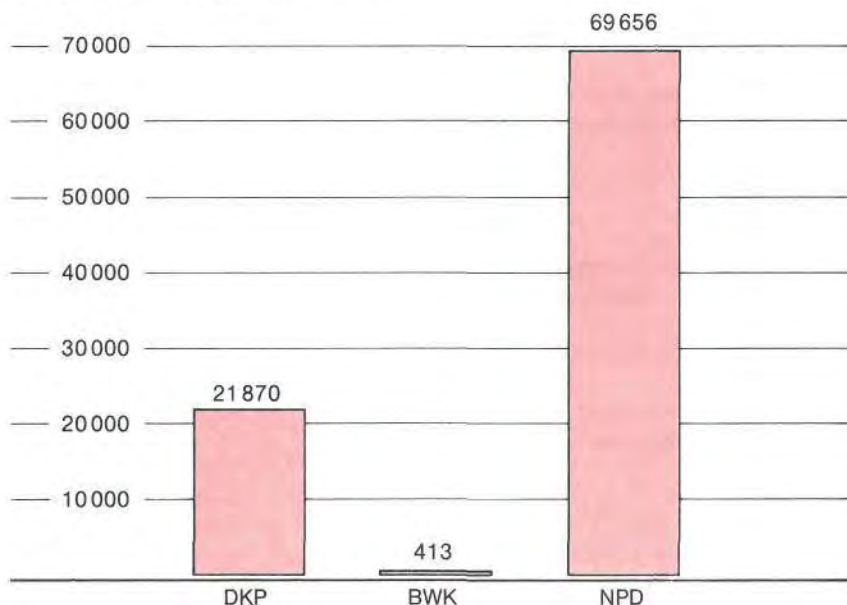
---

## Ergebnisse der extremistischen Parteien bei der Wahl zum Bayerischen Landtag am 10. Oktober 1982

An den Wahlen zum Bayerischen Landtag am 10. Oktober 1982 beteiligten sich von den extremistischen Parteien die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP), der „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK) und die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD). Der BWK, der erstmals an einer Landtagswahl teilnahm, beteiligte sich lediglich mit vier Bewerbern, die im Wahlkreis Oberbayern kandidierten.

Die drei Parteien erreichten insgesamt einen Anteil von 0,8 % der Gesamtstimmen (1978: 0,9 %). Im Vergleich zur Wahl von 1978 verlor die DKP an Stimmen, während bei der NPD ein Stimmenzuwachs zu verzeichnen war. Einen Überblick über die von den drei Parteien erreichte Stimmzahl gibt die folgende Übersicht sowie die tabellarische Übersicht auf den Seiten 200 ff.

### Erzielte Gesamtstimmzahl 1982

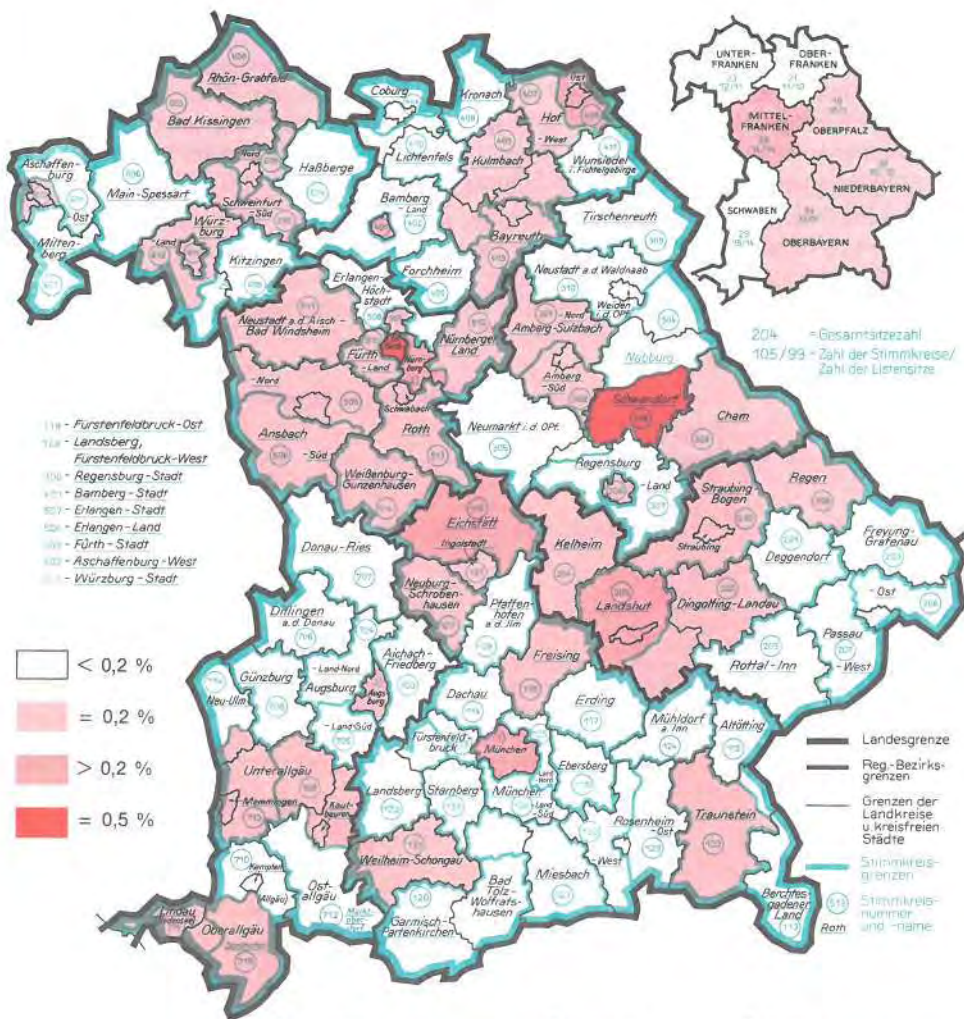


Nach dem amtlichen Endergebnis erzielte die **DKP** 21.870 (= 0,2 %) Gesamtstimmen, während es 1978 noch 33.182 (= 0,3 %) Gesamtstimmen waren. Dies bedeutet einen Rückgang der Gesamtstimmzahl um 34 %. Eine Übersicht über die durchschnittlichen (0,2 %), über- und unterdurchschnittlichen Gesamtstimmenanteile in den einzelnen Stimmkreisen gibt die Grafik auf Seite 198. Ihre besten Stimmenergebnisse erzielte die DKP in den Stimmkreisen Nürnberg-Nord, Fürth-Stadt und Schwandorf (jeweils 0,5 %).

Der **BWK**, der sich zum ersten Mal seit seiner Gründung an einer Landtagswahl in Bayern beteiligte, erhielt lediglich 413 Gesamtstimmen im Wahlkreis Oberbayern.

Die **NPD** verzeichnete nach den erheblichen Stimmenverlusten 1978 leichte Stimmengewinne. Sie erzielte 69.656 (= 0,6 %) Gesamtstimmen gegenüber 1978 66.926 (= 0,6 %). Dies stellt einen Zuwachs von 4 % dar. Eine Übersicht über die durchschnittlichen (0,6 %), über- und unterdurchschnittlichen Gesamtstimmenanteilen vermittelt die Übersicht auf Seite 199. Die besten Stimmenergebnisse erzielte die NPD in den Stimmkreisen Kaufbeuren (1,8 %), Kitzingen (1,1 %) und Augsburg-Stadt-West (1,0 %).

# Gesamtstimmenanteile der DKP



1) München



- 101 - Altstadt
- 101 - Schwabing
- 103 - Nymphenburg
- 104 - Bogenhausen
- 105 - Giesing
- 106 - Laim
- 107 - Fürstennied
- 108 - Milbertshofen
- 109 - Moosach
- 110 - Ramersdorf
- 111 - Pasing

2) Nürnberg



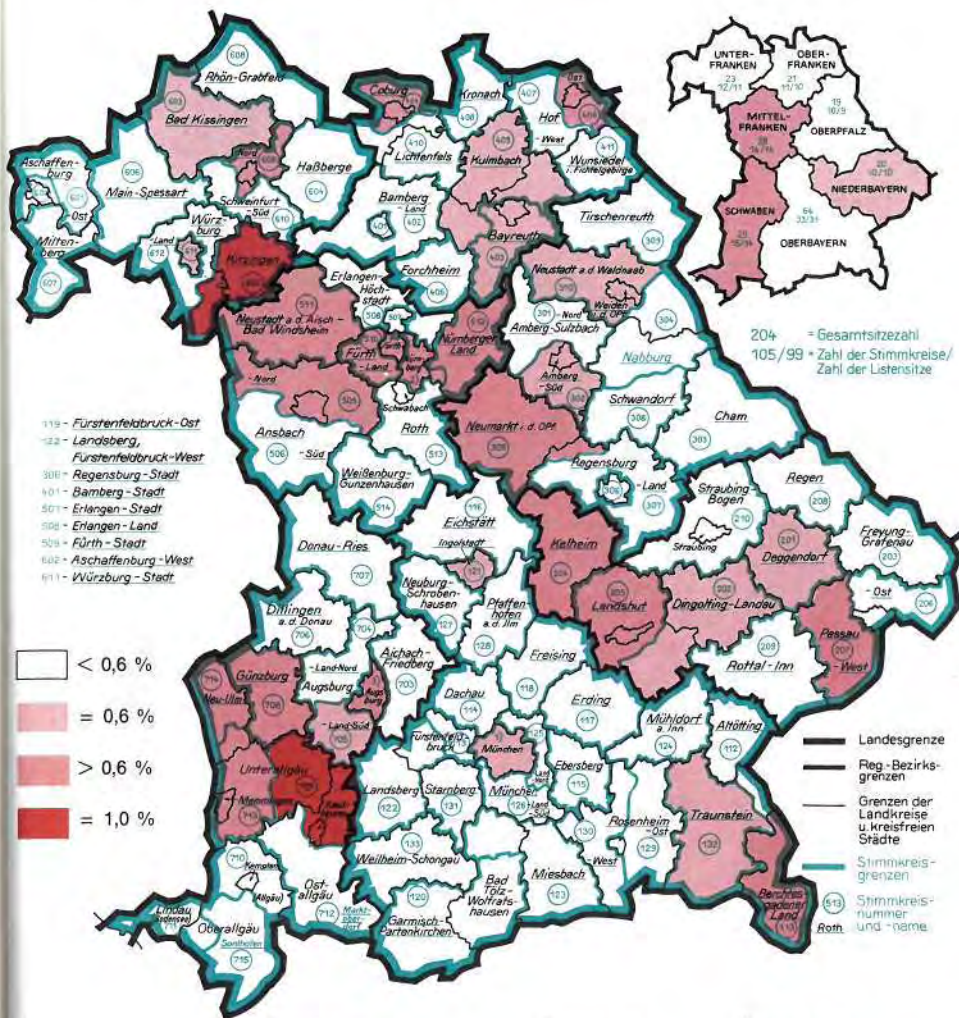
- 901 - Nord
- 902 - Ost
- 903 - Süd
- 904 - West

3) Augsburg



- Stadt-West
- Stadt-Ost

# Gesamtstimmenanteile der NPD



1) München



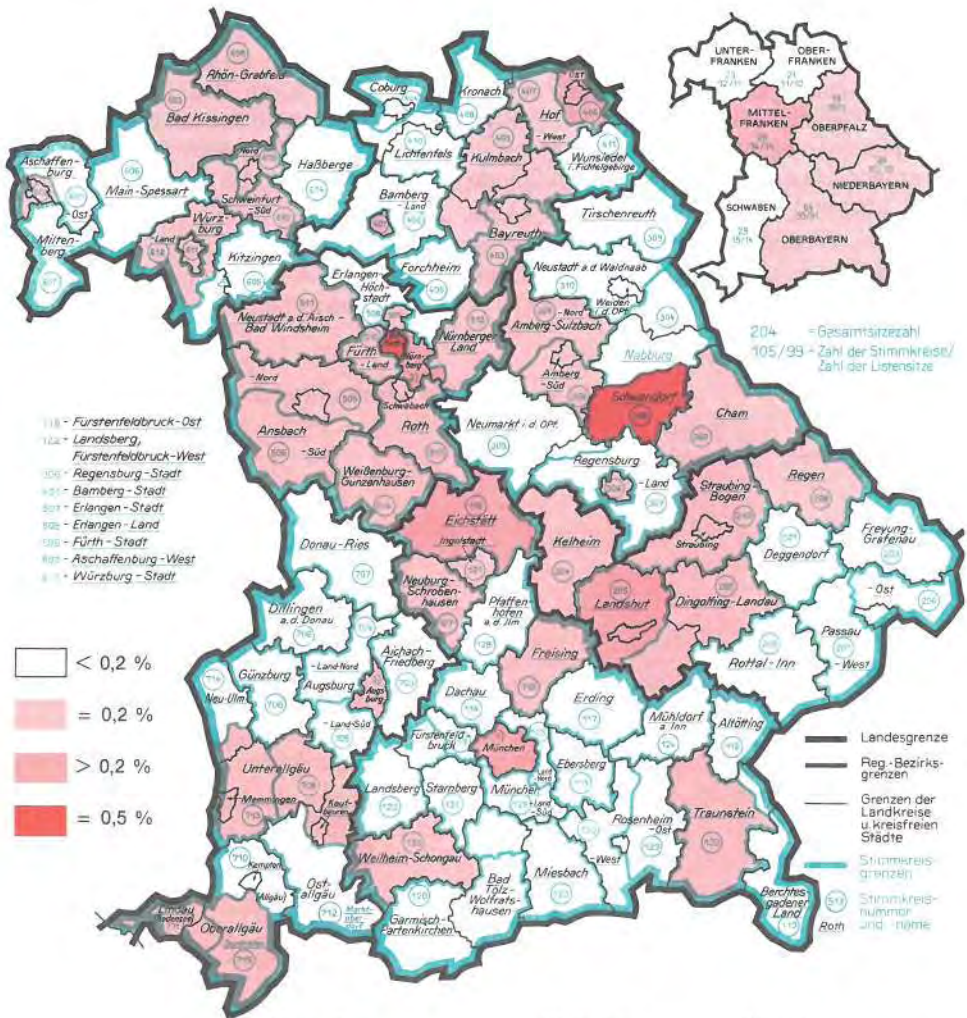
2) Nürnberg



3) Augsburg



# Gesamtstimmenanteile der DKP



1) München



- 101 - Altstadt
- 102 - Schwabing
- 103 - Nymphenburg
- 104 - Bogenhausen
- 105 - Giesing
- 106 - Leim
- 107 - Fürstennied
- 108 - Milbertshofen
- 109 - Moosach
- 110 - Ramersdorf
- 111 - Pasing

2) Nürnberg



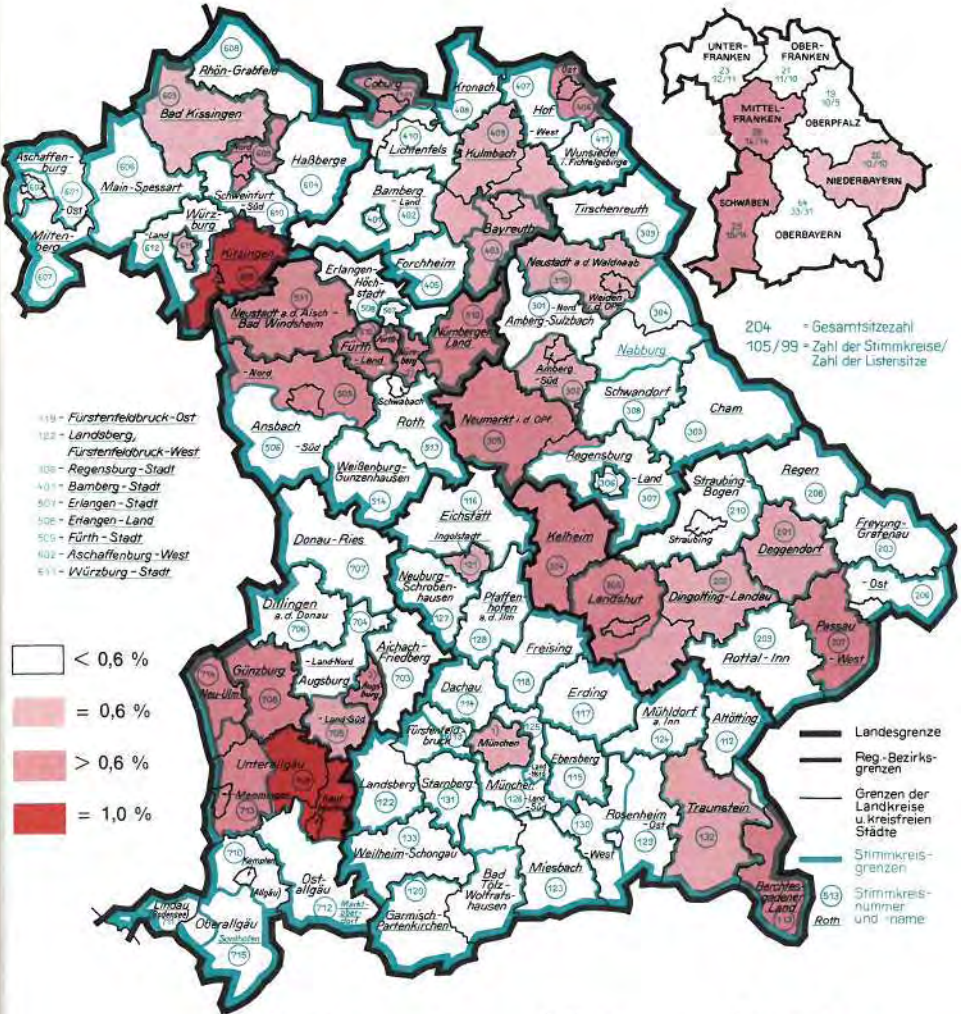
- 101 - Nord
- 102 - Ost
- 103 - Süd
- 104 - West

3) Augsburg

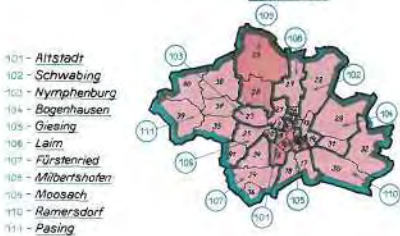


- 101 - Stadt-West
- 102 - Stadt-Ost

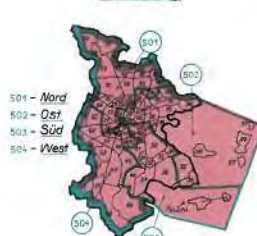
# Gesamtstimmenanteile der NPD



1) München



2) Nürnberg



3) Augsburg



## Einzelergebnisse der Landtagswahl

Nr.	Stimmkreis Bezeichnung	DKP		NPD		BWK
		Gesamt- stimmen	Prozente	Gesamt- stimmen	Prozente	Gesamt- stimmen

### Oberbayern

101	München-Altstadt	380	0,4	630	0,7	11
102	München-Schwabing	311	0,3	572	0,6	21
103	München-Nymphenburg	329	0,4	547	0,6	19
104	München-Bogenhausen	211	0,2	605	0,6	8
105	München-Giesing	326	0,3	546	0,6	9
106	München-Laim	290	0,2	762	0,6	22
107	München-Fürstenried	296	0,2	752	0,6	6
108	München-Milbertshofen	343	0,3	701	0,6	86
109	München-Moosach	292	0,2	847	0,7	11
110	München-Ramersdorf	298	0,2	773	0,6	13
111	München-Pasing	208	0,2	730	0,6	14
112	Altötting	94	0,1	429	0,4	7
113	Berchtesgadener Land	155	0,1	790	0,7	8
114	Dachau	132	0,1	569	0,5	19
115	Ebersberg	120	0,1	372	0,3	9
116	Eichstätt	442	0,4	359	0,3	13
117	Erding	39	0,0	333	0,3	6
118	Freising	195	0,2	558	0,5	9
119	Fürstenfeldbruck-Ost	196	0,1	473	0,4	8
120	Garmisch-Partenkirchen	98	0,1	454	0,3	7
121	Ingolstadt	208	0,2	622	0,6	12
122	Landsberg, FFB-West	177	0,1	585	0,4	2
123	Miesbach	214	0,1	662	0,4	7
124	Mühldorf	56	0,1	498	0,5	8
125	München-Land-Nord	163	0,1	719	0,5	11
126	München-Land-Süd	167	0,1	643	0,5	9

Nr.	Stimmkreis Bezeichnung	DKP		NPD		BWK
		Gesamt- stimmen	Prozente	Gesamt- stimmen	Prozente	Gesamt- stimmen
127	Neuburg	142	0,2	261	0,3	6
128	Pfaffenhofen	103	0,1	315	0,3	7
129	Rosenheim-Ost	155	0,1	559	0,4	7
130	Rosenheim-West	134	0,1	492	0,4	7
131	Starnberg	110	0,1	639	0,5	13
132	Traunstein	242	0,2	877	0,6	13
133	Weilheim	243	0,2	521	0,4	5

### Niederbayern

201	Deggendorf	121	0,1	687	0,6	—
202	Dingolfing	201	0,2	809	0,6	—
203	Freyung	68	0,1	235	0,3	—
204	Kelheim	240	0,2	804	0,8	—
205	Landshut	440	0,3	1036	0,7	—
206	Passau-Ost	148	0,1	517	0,4	—
207	Passau-West	124	0,1	712	0,7	—
208	Regen	162	0,2	281	0,4	—
209	Rottal-Inn	129	0,1	596	0,5	—
210	Straubing	248	0,2	686	0,5	—

### Oberpfalz

301	Amberg-Nord	131	0,2	413	0,5	—
302	Amberg-Süd	161	0,2	478	0,6	—
303	Cham	266	0,2	460	0,4	—
304	Nabburg	45	0,1	290	0,3	—
305	Neumarkt	195	0,1	977	0,7	—
306	Regensburg-Stadt	315	0,2	647	0,5	—
307	Regensburg-Land	201	0,1	723	0,5	—
308	Schwandorf	515	0,5	396	0,4	—
309	Tirschenreuth	58	0,1	504	0,5	—
310	Weiden	162	0,1	817	0,6	—

Nr.	Stimmkreis Bezeichnung	DKP		NPD		BWK
		Gesamt- stimmen	Prozente	Gesamt- stimmen	Prozente	Gesamt- stimmen

### Oberfranken

401	Bamberg-Stadt	160	0,2	407	0,5	—
402	Bamberg-Land	138	0,1	463	0,3	—
403	Bayreuth	296	0,2	846	0,6	—
404	Coburg	120	0,1	804	0,7	—
405	Forchheim	119	0,1	572	0,5	—
406	Hof-Ost	284	0,3	776	0,8	—
407	Hof-West	146	0,2	315	0,3	—
408	Kronach	100	0,1	353	0,4	—
409	Kulmbach	288	0,2	876	0,6	—
410	Lichtenfels	63	0,1	568	0,5	—
411	Wunsiedel	160	0,1	543	0,5	—

### Mittelfranken

501	Nürnberg-Nord	662	0,5	1194	0,9	—
502	Nürnberg-Ost	532	0,4	1010	0,7	—
503	Nürnberg-Süd	494	0,4	1092	0,8	—
504	Nürnberg-West	526	0,4	1267	0,9	—
505	Ansbach-Nord	254	0,2	1121	0,9	—
506	Ansbach-Süd	182	0,2	468	0,5	—
507	Erlangen-Stadt	226	0,2	526	0,5	—
508	Erlangen-Land	146	0,1	573	0,5	—
509	Fürth-Stadt	518	0,5	1015	0,9	—
510	Fürth-Land	200	0,2	932	0,8	—
511	Neustadt	179	0,2	876	0,9	—
512	Nürnberger-Land	340	0,2	1312	0,8	—
513	Roth	366	0,2	817	0,5	—
514	Weissenburg	186	0,2	514	0,5	—

Nr.	Stimmkreis Bezeichnung	DKP		NPD		BWK
		Gesamt- stimmen	Prozente	Gesamt- stimmen	Prozente	Gesamt- stimmen

### Unterfranken

601	Aschaffenburg-Ost	152	0,1	337	0,3	—
602	Aschaffenburg-West	218	0,2	623	0,5	—
603	Bad Kissingen	218	0,2	722	0,6	—
604	Haßberge	95	0,1	411	0,4	—
605	Kitzingen	69	0,1	1221	1,1	—
606	Main-Spessart	204	0,1	489	0,3	—
607	Miltenberg	173	0,1	619	0,5	—
608	Rhön	138	0,2	425	0,5	—
609	Schweinfurt-Nord	175	0,2	737	0,7	—
610	Schweinfurt-Süd	153	0,2	491	0,5	—
611	Würzburg-Stadt	224	0,2	768	0,6	—
612	Würzburg-Land	262	0,2	583	0,4	—

### Schwaben

701	Augsburg-Stadt-Ost	275	0,2	1262	0,9	—
702	Augsburg-Stadt-West	186	0,2	1182	1,0	—
703	Aichach	92	0,1	600	0,5	—
704	Augsburg-Land-Nord	129	0,1	542	0,5	—
705	Augsburg-Land-Süd	152	0,1	607	0,6	—
706	Dillingen	83	0,1	389	0,5	—
707	Donau-Ries	122	0,1	536	0,4	—
708	Günzburg	120	0,1	812	0,7	—
709	Kaufbeuren	192	0,2	2262	1,8	—
710	Kempten	144	0,1	556	0,5	—
711	Lindau	191	0,2	318	0,4	—
712	Marktoberdorf	106	0,1	437	0,5	—
713	Memmingen	223	0,2	856	0,7	—
714	Neu-Ulm	134	0,1	943	0,7	—
715	Sonthofen	156	0,2	425	0,5	—

# Abkürzungsverzeichnis

---

<b>AB</b>	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD	65
<b>ADÜTDF</b>	Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa	175
<b>ADS</b>	Arbeitskreise Demokratischer Soldaten	43
<b>AEL</b>	Aktionseinheitsliste	78, 148, 150
<b>AGDF</b>	Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden	86
<b>AG-FLV</b>	Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk	74
<b>AID</b>	Argumentation, Information, Dokumentation (Broschüre)	50
<b>AKJD</b>	Arbeitskreis Junges Deutschland	101
<b>AKON</b>	Aktion Deutsche Einheit	105
<b>AKSA</b>	Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland	169
<b>ANA</b>	Arbeitskreis Nationaldemokratischer Akademiker	101
<b>ANS</b>	Aktionsfront Nationaler Sozialisten	109
<b>ARF</b>	Aktion deutsches Radio und Fernsehen	106
<b>ASF</b>	Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste	54, 86
<b>ASK</b>	Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika	37
<b>ASKo</b>	Anti-Strauß-Komitee	52, 66
<b>AStA</b>	Allgemeiner Studentenausschuß	146
<b>ATIF</b>	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland	172
<b>ATÖF</b>	Studentenföderation der Türkei in Deutschland	174
<b>ATTF</b>	Föderation türkischer Sozialisten in Europa	171
<b>BDP/BDJ</b>	Bund Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend	68
<b>BG</b>	Basisgruppen-Fraktion	146
<b>BdWi</b>	Bund demokratischer Wissenschaftler	52, 60
<b>BHJ</b>	Bund Heimattreuer Jugend	116
<b>BIA</b>	Bürgerinitiative Ausländerstopp	101
<b>BIFA</b>	Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung	57, 88
<b>BIRKOM</b>	Antifaschistisches Einheitskomitee im Ausland	175
<b>BKI</b>	Bund Kommunistischer Intellektueller	64
<b>BSA</b>	Bund Sozialistischer Arbeiter	76
<b>BWK</b>	Bund Westdeutscher Kommunisten	69, 73
<b>BWK-HZ</b>	BWK-Hochschulzellen	71

<b>CISNU</b>	Conföderation Iranischer Studenten — National Union	163
<b>COBRA</b>	Comité Objectiv entraide et solidarité avec les victimes de la Répression Antinationaliste	110
<b>CTIM</b>	Trikolore-Komitee der Italiener in der Welt	166
<b>DA</b>	Deutscher Anzeiger	103
<b>DA</b>	Deutsche Aktionsgruppen	128
<b>DA</b>	Demokratischer Kampf	162
<b>DB</b>	Deutscher Block	114
<b>DFI</b>	Demokratische Fraueninitiative	58
<b>DFG-IdK</b>	Deutsche Friedensgesellschaft — Internationale der Kriegsdienstgegner	52
<b>DFG-VK</b>	Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner	52, 86
<b>DFLP</b>	Demokratische Front für die Befreiung Palästinas	159
<b>DFU</b>	Deutsche Friedens-Union	47, 86, 88, 89
<b>DID</b>	Demokratischer Informationsdienst	68
<b>DISK</b>	Konföderation revolutionärer Arbeitergewerkschaften	171
<b>DKEG</b>	Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes	117
<b>DKG</b>	Deutsche Kulturgemeinschaft	118
<b>DKP</b>	Deutsche Kommunistische Partei	18, 82, 85, 140, 160, 171
<b>DKP/HG</b>	DKP-Hochschulgruppe	140
<b>DNZ</b>	Deutsche National-Zeitung	104, 118
<b>DRP</b>	Deutsche Reichspartei	95
<b>DVG</b>	Deutsche Verlagsgesellschaft mbH	120
<b>DVU</b>	Deutsche Volksunion	102
<b>DVZ</b>	Deutsche Volkszeitung	47
<b>DWZ</b>	Deutsche Wochen-Zeitung	117, 120
<b>EKKE</b>	Revolutionäre Kommunistische Bewegung Griechenlands	162
<b>ELF</b>	Eritreische Befreiungsfront	158
<b>EPLF</b>	Eritreische Volksbefreiungsfront	158
<b>FDJ</b>	Freie Deutsche Jugend der DDR	40, 68
<b>FIDEF</b>	Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland	171
<b>FILEF</b>	Italienischer Verband der Gastarbeiter und Ihrer Familien	166
<b>FIR</b>	Fédération Internationale des Résistants	17, 50
<b>FR</b>	Freiheitlicher Rat	104
<b>GAD</b>	Grüne Aktion Deutschland	112
<b>GfP</b>	Gesellschaft für freie Publizistik	117
<b>GIM</b>	Gruppe Internationale Marxisten — Deutsche Sektion der IV. Internationale	76
<b>GNN</b>	Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH	70
<b>GOL</b>	Gewerkschaftlich orientierte Liste	150
<b>GUAFS</b>	Generalunion Afghanischer Studenten im Ausland	158

<b>GUPA</b>	Generalunion palästinensischer Arbeiter	159
<b>HDP</b>	Kroatische Staatsbildende Bewegung	167
<b>HKO</b>	Kroatischer Koordinationsausschuß der Gemeinschaft der Ortsausschüsse des Kroatischen Nationalrates in der Bundesrepublik Deutschland	167
<b>HNG</b>	Hilfsorganisation für nationale und politische Gefangene und deren Angehörige e.V.	110
<b>HNO</b>	Kroatisches Nationalkomitee in Europa	168
<b>HNV</b>	Kroatischer Nationalrat	167
<b>HRP</b>	Kroatische Revolutionäre Bewegung	167
<b>HVA</b>	Hauptverwaltung Aufklärung	182
<b>I.f.A.</b>	Initiative für Ausländerbegrenzung	106
<b>IMSF</b>	Institut für Marxistische Studien und Forschung	32
<b>ISVM</b>	Iranischer Studentenverein München	164
<b>IVDJ</b>	Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen	57
<b>JBA</b>	Jugendbund Adler	114
<b>JCC</b>	Jugendclub Courage	53
<b>JF.</b>	Junge Front	107
<b>JN</b>	Junge Nationaldemokraten	98, 150
<b>JP</b>	Junge Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation	45
<b>KABD</b>	Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands	62
<b>KAZ</b>	Kommunistische Arbeiterzeitung	65
<b>KB</b>	Kommunistischer Bund	68
<b>KBW</b>	Kommunistischer Bund Westdeutschland	71
<b>KDS</b>	Kampfgruppe Deutscher Sozialisten	109
<b>KDS</b>	Komitee für Demokratie und Sozialismus	78
<b>KFAZ</b>	Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit	55, 85 ff
<b>KHB</b>	Kommunistischer Hochschulbund	65, 145
<b>KHG</b>	Kommunistische Hochschulgruppe	72, 145
<b>KJB</b>	Kommunistische Jugendbünde	72
<b>KJD</b>	Kommunistische Jugend Deutschlands	73
<b>KKE-Ausland</b>	Kommunistische Partei Griechenlands	160
<b>KKE-Inland</b>	Kommunistische Partei Griechenlands	161
<b>KNE</b>	Kommunistische Jugend Griechenlands	160
<b>KNS</b>	Kampfeinheit Nationaler Sozialisten	109
<b>KOMKAR</b>	Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland	169
<b>KPCh</b>	Kommunistische Partei Chinas	60
<b>KPD</b>	Kommunistische Partei Deutschlands	72
<b>KPdSU</b>	Kommunistische Partei der Sowjetunion	17, 19, 32
<b>KRH</b>	Kollektiv Rote Hilfe München	79
<b>KS</b>	Kommunistische Studenten	73, 145
<b>KSG</b>	Kommunistische Studentengruppen	64
<b>KUK</b>	Kommunismus und Klassenkampf	71

<b>KVH</b>	Kurdische Volkshäuser	169
<b>KVZ</b>	Kommunistische Volkszeitung	71
<b>LAF</b>	Liste AStA und Fachschaften	141, 150
<b>LAK</b>	Landesastenkonzferenz	146
<b>LISA</b>	Liste Stärkt den AStA	148
<b>MAB</b>	Marxistische Arbeiterbildung	32
<b>MASCH</b>	Marxistische Abendschulen	32
<b>MAZ</b>	Marxistische Arbeiterzeitung	77
<b>MBFA</b>	Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung	88
<b>MIS</b>	Ministerium für Staatssicherheit der DDR	178, 182
<b>MG</b>	Marxistische Gruppen	76, 88, 144, 150
<b>MHP</b>	Partei der Nationalen Bewegung	175
<b>M.I.DER</b>	Türkischer Arbeiterverein in München	171
<b>ML-KKE</b>	Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Griechenlands	162
<b>MLPD</b>	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands	62
<b>MSB</b>	Marxistischer Studentenbund Spartakus	44, 141
<b>MSI-DN</b>	Soziale Italienische Bewegung — Nationale Rechte	166
<b>MSP</b>	Nationale Heilspartei	175
<b>MSV</b>	Moslemische Studentenvereinigungen	165
<b>MSZ</b>	Marxistische Studentenzeitung	77, 144
<b>MÜO</b>	Verein türkischer Idealisten, München	176
<b>NAD</b>	Nachrichten-Austausch-Dienst	126
<b>NE</b>	Nation Europa (Monatszeitschrift)	121
<b>NHB</b>	Nationaldemokratischer Hochschulbund	100, 147
<b>NPd</b>	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	93
<b>NSDAP</b>	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	107, 132
<b>NSDAP-AO</b>	NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation	124, 137
<b>NUESE</b>	Nationalunion eritreischer Studenten in Europa	159
<b>NEUEW</b>	Nationalunion eritreischer Arbeiter in Europa	159
<b>OEFE</b>	Verband Griechischer Studentenvereine in der Bundes- republik Deutschland und West-Berlin	161
<b>OEK</b>	Verband Griechischer Gemeinden in der Bundes- republik Deutschland und West-Berlin	160
<b>PAA</b>	Partei der Arbeit Albaniens	60, 72
<b>PAV</b>	Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundes- republik Deutschland und West-Berlin	159
<b>P</b>	Partizan	172
<b>PB</b>	Partizan Bolsevik	172
<b>PCE</b>	Kommunistische Partei Spaniens	170
<b>PCI</b>	Kommunistische Partei Italiens	166
<b>PFLP</b>	Volksfront für die Befreiung Palästinas	131, 159
<b>PKK</b>	Arbeiterpartei Kurdistans	169, 175
<b>PLO</b>	Palästinensische Befreiungsorganisation	37, 159
<b>PPP</b>	Pakistanische Volkspartei	170
<b>PSK</b>	Gesamtstudentische Syndikalistische Bewegung	161

<b>PSV</b>	Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin	160
<b>RAF</b>	Rote Armee Fraktion	128
<b>RBK</b>	Regensburger Bürgerkomitee	68
<b>RGO</b>	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition	74
<b>RHD</b>	Rote Hilfe Deutschlands	74
<b>RJVD</b>	Revolutionärer Jugendverband Deutschlands	64, 150
<b>RSF</b>	Rote Schüler-Front	65
<b>RZ</b>	Revolutionäre Zellen	130, 134
<b>SB</b>	Sozialistisches Büro Offenbach	79
<b>SDAJ</b>	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend	40, 150
<b>SED</b>	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	17, 19, 38, 178
<b>SHB</b>	Sozialistischer Hochschulbund	44, 142
<b>SJB</b>	Sozialistischer Jugendbund	76
<b>SMM</b>	Sowjetische Militärmission	180
<b>SOdZDL</b>	Selbstorganisation der Zivildienstleistenden	53
<b>SRP</b>	Sozialistische Reichspartei	118
<b>TAZ</b>	„Tageszeitung“	81
<b>TDF</b>	Föderation Demokratischer Arbeitervereine der Türkei in Europa	171
<b>THKP/-C</b>	Türkische Volksbefreiungspartei/-front	174
<b>TIKKO</b>	Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee	172
<b>TKP</b>	Türkische Kommunistische Partei	171
<b>TKP/ML</b>	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten	172
<b>TÖK</b>	Konföderation der Studenten aus der Türkei	174
<b>UFA</b>	Union der fortschrittlichen Araber	160
<b>UHNJ</b>	Bund der vereinigten Kroaten in Deutschland	168
<b>UISA</b>	Union Islamischer Studentenvereine in Europa	163
<b>UIS</b>	Union Iranischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin	164
<b>UZ</b>	Unsere Zeit (Zentralorgan der DKP)	29
<b>VDJ</b>	Vereinigung Demokratischer Juristen	57
<b>VDS</b>	Vereinigte Deutsche Studentenschaften	146
<b>VK</b>	Verband der Kriegsdienstverweigerer	52
<b>VMF</b>	Vereinigte Münchner Friedensinitiativen	66, 88
<b>VOGA</b>	Volksbewegung für Generalamnestie	104
<b>VrV</b>	Vereinigung für revolutionäre Volksbildung	72
<b>VSBd/PdA</b>	Volkssozialistische Bewegung Deutschland/Partei der Arbeit	107, 128, 131
<b>VVN-BdA</b>	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten	50, 65, 86 ff
<b>WBDJ</b>	Weltbund der Demokratischen Jugend	17, 40
<b>WFR</b>	Weltfriedensrat	17, 47, 50, 54, 55, 85
<b>WJ</b>	Wiking-Jugend	115
<b>WSG</b>	Wehrsportgruppe Hoffmann	110, 131
<b>Z</b>	Zentrumsfraktion	78

